

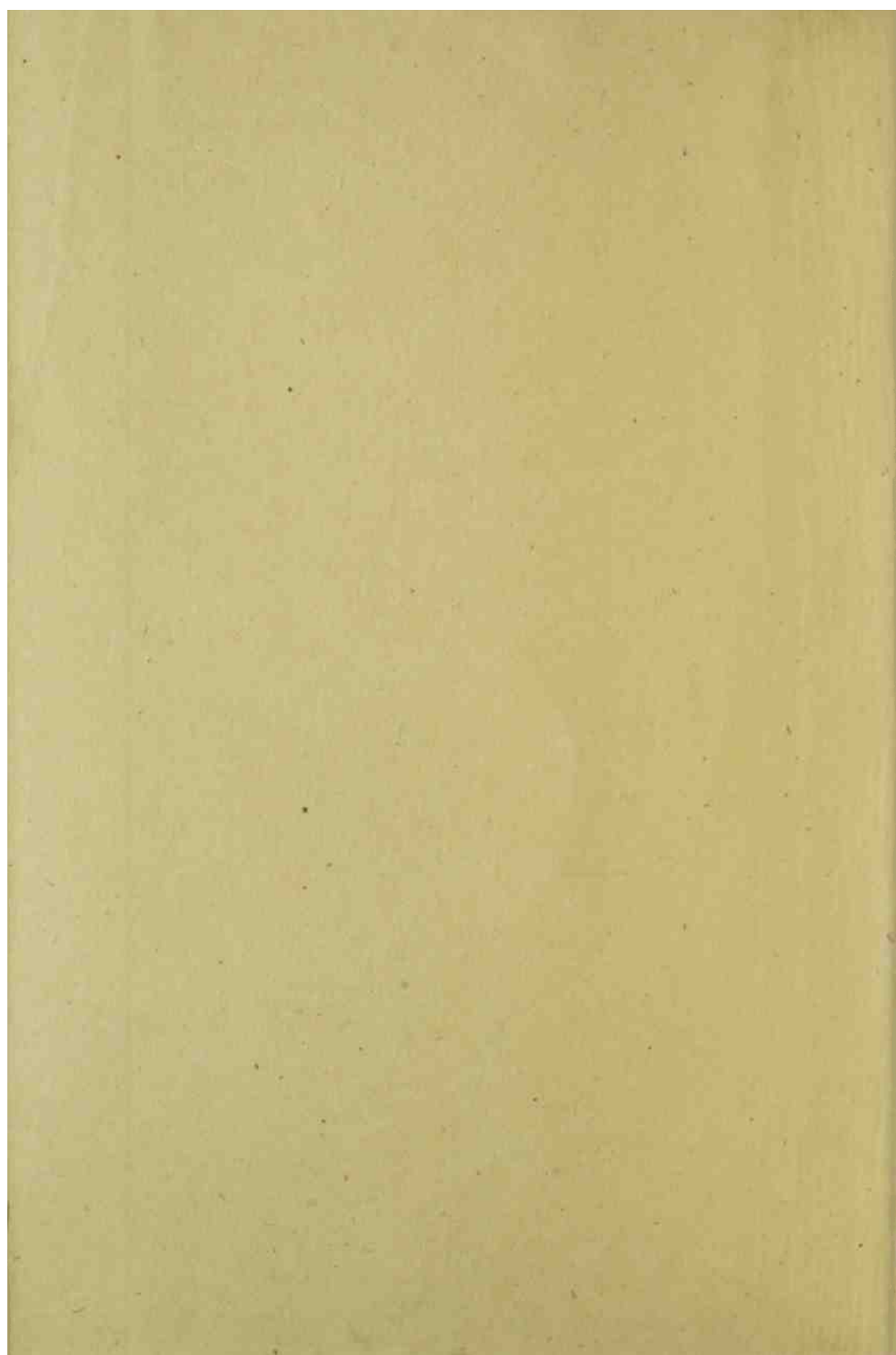
Die gegenwärtige Krisis
in der
deutschen Volkswirtschaftslehre.

Betrachtungen
über das
Verhältnis zwischen Politik und nationalökonomischer
Wissenschaft

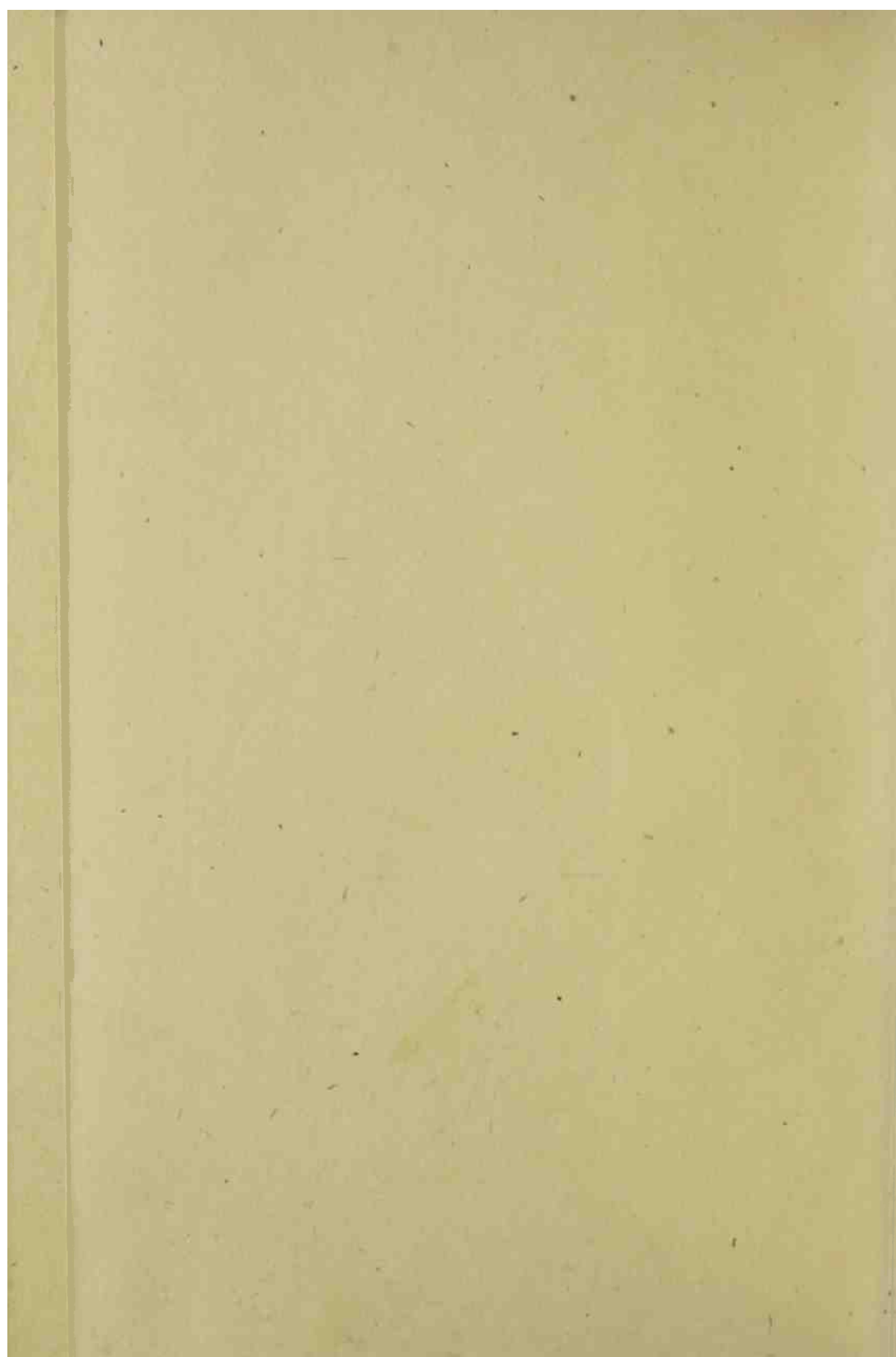
von

Ludwig Pohle,
Professor der Staatswissenschaften in Frankfurt a. M.

LEIPZIG.
A. Deichert'sche Verlagsbuchhandlung Nachf.
1911.



NAPOLI 15280



LABORATORIO DI
ECONOMIA POLITICA
S. COGNETTI DE MARTIS

Lascito
JANNACCONE

141

gegenwärtige Krisis
in der *A*
deutschen Volkswirtschaftslehre.

Betrachtungen
über das
Verhältnis zwischen Politik und nationalökonomischer
Wissenschaft

von

Ludwig Pohle,
Professor der Staatswissenschaften in Frankfurt a. M.

LEIPZIG.
A. Deichert'sche Verlagsbuchhandlung Nachf.
1911.

N.ro INVENTARIO PRE 2522

Alle Rechte vorbehalten.

Vorwort.

Die Nationalökonomie hat an sich nur die Aufgabe, das daseiende Verhältnis von Besitz und Arbeit zu erkennen, selbst da, wo sie es in seinem tiefsten Leben, den Gesetzen erfaßt; sie kann die künftige Bildung desselben wohl voraussagen, aber nicht selbst bestimmen, denn sie hat kein höchstes Grundprinzip, das keinem anderen untergeordnet wäre.
Lorenz von Stein.

Die deutsche akademische Volkswirtschaftslehre hat gegenwärtig, wie schon verschiedene Beurteiler übereinstimmend anerkannt haben, eine Krisis durchzumachen. Worum es sich bei dieser Krisis handelt, das läßt sich mit einem Satze sagen: Die deutsche Nationalökonomie muß entweder die politisch-moralischen Gesichtspunkte, die unter der Herrschaft der gewöhnlich kurz als Kathedersozialismus bezeichneten Richtung tief in sie eingedrungen sind — wie tief, wird vielleicht auch manchen unter den Fachgenossen erst die folgende Darstellung klar machen — wieder ausscheiden, oder sie muß selbst aus der Reihe der voraussetzungslosen Wissenschaften ausscheiden.

Der Zustand, der heute in der deutschen Volkswirtschaftslehre herrscht, hat in vielem Betracht Ähnlichkeit mit den Anschauungen, von denen aus in früheren Jahrhunderten, vor der Entstehung des modernen wissenschaftlichen Geistes, manche Zweige der Naturwissenschaften, insbesondere die biologischen Fächer, betrieben worden sind. Eine voraussetzungslose Forschung gab es damals auf diesen Gebieten ja noch nicht. Es galt immer etwas zu beweisen: die Vollkommenheit von Organen, die Weisheit Gottes usw. Ein Studium der Natur an und für sich galt als eitel und fruchtlos. Hielt es doch ein Herausgeber von Leibnitz' Schriften für nötig, im Vorwort den Lesern zu versichern, Leibnitz

habe keineswegs als ein müßiger Zuschauer die Naturerscheinungen betrachtet, sondern nach dem löblichen Beispiele anderer gelehrter Männer in diesem Studium Gott und seine hohe Vollkommenheit bewundert ¹⁾).

Wie damals die Biologie noch durchaus von Zweck- und Zielvorstellungen beherrscht wurde, die heute aus ihr in dieser Weise völlig verschwunden sind, so steht gegenwärtig die Volkswirtschaftslehre in Deutschland noch unter dem übermächtigen Einfluß von „sittlichen Werturteilen, teleologischen Betrachtungen und politischen Idealen“. Wie früher die Organe des menschlichen Körpers nicht betrachtet werden konnten, ohne daß man entweder ihre Vollkommenheit oder auch ihre Unvollkommenheit zu beweisen unternahm, so sind heute die Vertreter der Nationalökonomie in Deutschland größtenteils außerstande, die Organe der Volkswirtschaft zu untersuchen, ohne dabei zugleich politische Urteile über ihre Vollkommenheit oder Unvollkommenheit abzugeben, die gewöhnlich dazu noch mit dem Anspruch auftreten, Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zu sein. Für viele Hochschullehrer, so darf man ruhig behaupten, — und die späteren Ausführungen werden diese Behauptung beweisen, — besteht heute das Hauptziel des nationalökonomischen Unterrichts nicht in der Verbreitung von Verständnis für die Zusammenhänge der Volkswirtschaft, sondern in der Weckung der Überzeugung von der Mangelhaftigkeit und Reformbedürftigkeit der gegenwärtigen volkswirtschaftlichen Organisation.

Und von den Hörern der Nationalökonomie wird durch die Interessen, die sie wenigstens zum Teil verfolgen, diese Art der Behandlung volkswirtschaftlicher Probleme häufig noch unterstützt. Nicht einfach Tatsachen und Zusammenhänge zwischen Tatsachen wie beim Studium anderer Disziplinen will man oft erkennen, wenn man Nationalökonomie treibt, sondern man will hören, welche Forderungen zu erheben sind, um das Wirtschaftsleben zu reformieren. Oft sind die, welche sich mit der Volkswirtschaftslehre zu beschäftigen anfangen, schon vorher von der Notwendigkeit und Trefflichkeit eines bestimmten Reformprogramms überzeugt, und sie erwarten von der Wissenschaft nur, daß sie ihnen gleichsam die Richtigkeit ihrer Forderungen attestiere, ihnen Material liefere, um ihre Anschauungen zu begründen, und so ihre Position stärke. Der Herabwürdigung der Wissenschaft, die

¹⁾ Nach den Mitteilungen von Dr. Gottfried Benn in den „Grenzboten“, 70. Jahrgang (1911), Nr. 17, S. 181/2.

darin liegt, wenn man sich ihr mit solchen Absichten nähert, wird man gar nicht inne.

Es ist also ein überwiegend politisches Interesse, zum großen Teil auch unter der studierenden Jugend selbst, das heute den Anstoß zur Beschäftigung mit der Nationalökonomie gibt und ihr die Stellung einer Modewissenschaft verschafft hat. Und durch den gegenwärtigen Betrieb der Volkswirtschaftslehre an den deutschen Hochschulen wird diesen politischen Bedürfnissen nicht etwa Widerstand geleistet — im Gegenteil, man kommt hier den politischen Interessen der Hörer weit entgegen, man begegnet sich mit ihnen auf halbem Wege. Aus manchen Vorlesungen über Nationalökonomie ließe sich mit Leichtigkeit ein vollständiges Programm dessen zusammenstellen, was an der heutigen Wirtschaftsordnung durch staatliche Eingriffe alles zu bessern ist. Dieser politische Charakter gibt vielen volkswirtschaftlichen Vorlesungen überhaupt erst ihren Reiz und ist dasjenige, was die Studenten anzieht.

Man kann nun ruhig zugeben, daß der nationalökonomischen Wissenschaft von ihren ersten Anfängen an immer schon politische Elemente in gewissem Umfange beigemischt gewesen sind, daß sie von jeher Forderungen an das Leben erhoben hat. Allein bei den Nachfolgern von Adam Smith macht sich doch ein deutlich bemerkbares Streben geltend, die politischen Gesichtspunkte allmählich mehr zurücktreten zu lassen und die volkswirtschaftlichen Probleme unabhängig von allen praktischen Bestrebungen zu erörtern. Von dieser Entwicklung zu einer vollkommen voraussetzungslosen, lediglich Erkenntnisziele verfolgenden Disziplin wurde die Nationalökonomie indessen wieder abgelenkt durch das Aufkommen der Anfang der 70er Jahre in Deutschland entstehenden Schule, die man gewöhnlich kurz als „Kathedersozialismus“ bezeichnet, und als deren Hauptführer Männer wie Schmoller, Brentano, Lexis, Cohn, Ad. Wagner u. a. anzusehen sind. Dem Kathedersozialismus blieb es vorbehalten, die Hereinziehung der politisch-ethischen Gesichtspunkte in die Wissenschaft zum förmlichen System zu erheben und dieses Verfahren zugleich als einen der größten Fortschritte der nationalökonomischen Wissenschaft zu verkünden. Durch die immer weitere Ausbreitung dieser Schule, die von einer mächtigen Zeitströmung getragen wurde, in Verbindung mit dem siegreichen Vordringen der historischen Richtung ist es dahin gekommen, daß es wirkliche Nationalökonomien in der deutschen Volkswirtschaftslehre eigentlich nur noch als *rarae aves* gibt. Die Nationalökonomien von heute sind nach

einer treffenden Bemerkung von A. Voigt eigentlich alles andere — Wirtschaftshistoriker, Sozialethiker, Politiker, auch Ästhetiker und Hygieniker — nur nicht Nationalökonom, die das spezifisch „Ökonomische“ zum Mittel- und Angelpunkt ihrer Erörterungen machen.

Wenn man heute die Schrift eines akademischen Nationalökonom über eine Frage der Wirtschaftspolitik mit der eines eigentlichen Politikers über den gleichen Gegenstand vergleicht, wenn man z. B. gegeneinanderhält, was der Politiker Naumann und der Akademiker Brentano über den gleichen Gegenstand, etwa die Getreidezölle, sagen, wird man in der Art und Weise, wie in beiden Schriften die Frage behandelt wird, in den meisten Fällen keinen prinzipiellen Unterschied finden. Das liegt aber nicht etwa daran, daß die Politiker bei uns die Streitfragen der Wirtschaftspolitik nach wissenschaftlichen Grundsätzen behandeln, daß sie auf dem Niveau einer wirklich wissenschaftlichen Diskussion sich bewegen, sondern es liegt daran, daß die Vertreter der Wissenschaft größtenteils auf das Niveau der politischen Diskussion herabgestiegen sind. Sie haben den einfachen Grundsatz vergessen, daß die Wissenschaft nicht zu loben oder zu tadeln und nicht zu einem bestimmten Handeln anzuregen, sondern daß sie nur zu verstehen und die Einsicht zu fördern hat. Statt die Aufgabe der Wissenschaft darin zu sehen, uns das Verständnis für das verschiedene politische Verhalten der Menschen zu erschließen, betrachtet es die Richtung, die heute in der deutschen Volkswirtschaftslehre zweifellos die Herrschaft besitzt, als das Ziel der Wissenschaft, ihre Jünger zu einer bestimmten Stellungnahme zu den Problemen der Wirtschafts- und Sozialpolitik hinzulenken, sie von der Richtigkeit bestimmter Maßnahmen und von der Unzweckmäßigkeit anderer zu überzeugen. Ja, man gibt sich sogar dem Irrtum hin, die Wissenschaft könne die Richtigkeit einer bestimmten Wirtschaftspolitik „beweisen“.

Diese politisierende Methode in ihrer inneren Berechtigung und in ihren Folgen zu prüfen, soll die Aufgabe der folgenden Betrachtungen sein, die eine im Jahre 1910 in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ erschienene Aufsatzreihe in fast auf den doppelten Umfang erweiterter und ergänzter Form wiedergeben. Auch weitere Kreise als die Leserschaft einer Fachzeitschrift haben m. E. ein Interesse daran und ein Anrecht darauf zu erfahren, daß der Kathedersozialismus, der vielfach noch als die deutsche Nationalökonomie schlechthin gilt, nicht etwa nur von denen, gegen die sich seine wirtschafts-sozialpolitischen Forderungen

kehren, die sich also als „Interessenten“ leicht abtun lassen, bekämpft wird, sondern daß sich auch in der Wissenschaft selbst die Stimmen immer mehr häufen, welche aus rein wissenschaftlichen Gründen den Kathedersozialismus ablehnen, in ihm eine wissenschaftliche Verirrung sehen und zur Umkehr auf dem betretenen Wege mahnen. Darum habe ich der Anregung, die sowohl von einzelnen Fachkollegen wie auch von anderer Seite mehrfach an mich gelangt ist, zu folgen und eine buchhändlerische Sonderausgabe meiner Aufsätze über „Politik und Nationalökonomie“ zu veranstalten mich entschlossen.

Das Ergebnis der Erörterungen ist eine unbedingte Ablehnung der heute so weit verbreiteten politisierenden Methode, die dazu führt, wirtschaftspolitische Urteile und Forderungen im Namen der Wissenschaft auszusprechen. Es wird gezeigt, wie diese Methode nicht nur der inneren Berechtigung entbehrt, sondern wie sie auch zu äußerst verhängnisvollen Folgen führt, verhängnisvoll für den Fortschritt der wissenschaftlichen Erkenntnis, verhängnisvoll für die Stellung der Wissenschaft im öffentlichen Leben und verhängnisvoll auch für das öffentliche Leben selbst. Die Herrschaft der politisierenden Methode in der Volkswirtschaftslehre trägt die Hauptschuld daran, wenn heute zwischen den Parteien darum gekämpft wird, Einfluß auf die Besetzung volkswirtschaftlicher Lehrstühle zu erlangen; sie provoziert immer von neuem einen solchen Kampf. Denn wenn von den Vertretern der Wissenschaft auf den akademischen Lehrstühlen eine bestimmte, ablehnende oder zustimmende Haltung zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen als Ergebnis der wissenschaftlichen Forschung hingestellt wird, so muß das notwendig die Folge haben, daß zwischen den verschiedenen politischen Parteien ein Kampf um die Besetzung dieser für die politische Willensbildung so wichtigen Lehrstühle entbrennt. Solange die politisierende Methode in der Nationalökonomie herrscht, wird auch dieser Kampf in den Parlamenten bestehen bleiben. Es sei denn, daß man sich dazu entschlösse — das ist eigentlich die Konsequenz, zu der die Herrschaft der politisierenden Methode hinführt, die aber freilich zugleich geeignet ist, diese Methode ad absurdum zu führen und ihre ganze Widersinnigkeit hervortreten zu lassen — an jeder Hochschule soviel nationalökonomische Lehrstühle zu errichten, als grundsätzlich verschiedene Standpunkte in den Streitfragen der Wirtschaftspolitik sich gegenüberstehen, und für eine gleichmäßige Verteilung der Lehrstühle unter die verschiedenen Richtungen Sorge zu tragen!

Über ein Menschenalter bereits währt die Herrschaft der gewöhnlich kurz als „Kathedersozialismus“ bezeichneten Richtung; sie ist in dieser Zeit immer geschlossener und selbstbewußter geworden. Wer heute den Kathedersozialismus anzugreifen wagt, der muß darauf gefaßt sein, daß ihm aus dem gegnerischen Lager verwundert geantwortet wird: „Ja, lieber Freund, was willst du eigentlich. Wir verstehen gar nicht recht, was du an uns auszusetzen hast.“ Am liebsten möchte man überhaupt die Existenz des Kathedersozialismus als einer besonderen und selbständigen Richtung der Nationalökonomie ganz leugnen. Die Sache wird so hingestellt, als wenn die von den Kathedersozialisten geübte Art des Wissenschaftsbetriebs überhaupt die einzig mögliche Art des Wissenschaftsbetriebs in der Nationalökonomie sei. Vor allem sucht man die Abhängigkeit der eigenen Anschauungen und Bestrebungen von denen des eigentlichen Sozialismus zu bestreiten. Dabei ist der Kathedersozialismus in seinen grundlegenden theoretischen Anschauungen, insbesondere in seiner Auffassung von der Sonderstellung der Arbeit unter den drei Produktionsfaktoren, wie gerade die Ausführungen des wissenschaftlich wohl bedeutendsten seiner Vertreter, W. Lexis, erkennen lassen, im Grunde weiter nichts als ein Ableger des dogmatischen Grundgedankens des Sozialismus von der Arbeit als der allein wertbildenden Kraft und dem Arbeitseinkommen als der in letzter Linie allein berechtigten Einkommensart. Wenn das in den Schriften mancher Kathedersozialisten nicht so deutlich hervortritt, so rührt das allein daher, daß die Mehrzahl von ihnen es überhaupt nicht liebt, in theoretischer Hinsicht klar Farbe zu bekennen, daß sie sich vielmehr in einem gewissen theoretischen Halbdunkel, in möglichster Verschwommenheit der zugrunde liegenden theoretischen Auffassungen am wohlsten fühlen.

Den Kathedersozialisten, welche die Existenz des Kathedersozialismus als einer besonderen, dem echten Sozialismus nahe verwandten Schule gern ableugnen möchten, ist die alte Erfahrung entgegenzuhalten: die Eigenschaften, die für uns am meisten charakteristisch sind, pflegen wir oft selbst am wenigsten zu kennen. So beweist auch der Umstand, daß der Kathedersozialismus sich nicht als eine besondere wissenschaftliche Richtung fühlen will, nicht daß er das tatsächlich nicht ist, sondern es zeigt nur, wie fest sich schon der Kathedersozialismus in den Köpfen seiner Anhänger und auch auf der Mehrzahl der deutschen Hochschulen eingenistet hat. Dieser Herrschaft über die Geister und Gemüter, die eigenen wie die fremden, hat er es zu danken,

wenn er sich heute in Deutschland schon als die einzig mögliche Form des Wissenschaftsbetriebs vorkommen kann.

Diejenigen, welche die Verhältnisse in der deutschen Wissenschaft aus etwas größerer Entfernung zu betrachten imstande sind, denken darüber aber vielfach anders. In der volkswirtschaftlichen Literatur des Auslandes sind nicht selten Äußerungen des Erstaunens über die Eigenart des Wissenschaftsbetriebs in der deutschen akademischen Volkswirtschaftslehre und über die in ihr herrschenden, dem Sozialismus nahe verwandten theoretischen Anschauungen zu finden. Der schwedische Nationalökonom Knut Wicksell sprach schon in einer i. J. 1893 erschienenen Schrift¹⁾ seine Verwunderung darüber aus, daß in der deutschen Professorenliteratur sehr oft sozialistische Argumente, sogar die am wenigsten haltbaren, unter irgendeiner Verkleidung anzutreffen seien, welche Bemerkung freilich von Lexis entrüstet zurückgewiesen worden ist. Und ein anderer schwedischer Nationalökonom, G. Cassel²⁾, spottet darüber, daß die deutschen Wissenschaftsvertreter der Scholastik des marxistischen Sozialismus so ernste Beachtung schenken und ihr durch die Bezeichnung „wissenschaftlicher Sozialismus“ einen Platz in der Wissenschaft zu sichern gesucht haben.

Die Tatsache verdient überhaupt viel mehr Beachtung, als sie bisher in Deutschland gefunden hat, daß die ausländische nationalökonomische Wissenschaft die Abkehr von der Methode der älteren Nationalökonomie, welche der Kathedersozialismus in der Mehrheit seiner Vertreter predigt, nicht mitgemacht hat. Der Kathedersozialismus und der extreme Historismus sind bisher in der Hauptsache auf Deutschland beschränkte wissenschaftliche Richtungen geblieben. Wenn es auch an einzelnen Vertretern dieser Schulen im Auslande nicht gefehlt hat, zu einer dominierenden Stellung haben sie sich außerhalb Deutschlands nirgends emporzuschwingen vermocht. Insbesondere haben bei keinem der anderen Kulturvölker, weder den Franzosen, noch den Engländern, noch den Amerikanern, noch den Holländern, noch den Italienern, noch den Österreichern die offiziellen Vertreter der Wissenschaft eine so feindselige Haltung zu der Methode der älteren Nationalökonomie eingenommen wie bei uns in Deutschland. Darum ist im Auslande die Entwicklung der national-

¹⁾ Über Wert, Kapital und Rente nach den neueren nationalökonomischen Theorien. Jena, G. Fischer, S. 4. Der Zusammenhang, in den Wicksell diese Erscheinung mit dem Sozialistengesetz bringen will, besteht freilich nicht.

²⁾ The Nature and Necessity of Interest. London 1905, S. 33.

ökonomischen Wissenschaft auch eine gleichmäßigere, stetigere gewesen als bei uns, wo in der wissenschaftlichen Tradition durch das Aufkommen des Kathedersozialismus ein Riß, ein völliger Bruch mit der Vergangenheit entstanden ist. Das Ausland hat darauf verzichtet, die Methode der älteren Nationalökonomie zugunsten der neuen Methode preiszugeben, welche die jüngere historische Schule, die mit dem Kathedersozialismus aufs innigste zusammenhängt, als große wissenschaftliche Entdeckung ihm anpries. Unter diesen Umständen wird auch der deutschen Volkswirtschaftslehre, wenn sie den Anschluß an die ausländische Wissenschaft nicht ganz verlieren will, schließlich nichts übrig bleiben, als zu der einst voreilig für wissenschaftlich endgültig überwunden erklärten Methode der älteren Nationalökonomie wieder zurückzukehren, wofür ja die Anzeichen auch schon vorhanden sind.

Und damit wird von selbst auch das Hineinziehen politisch-moralischer Gesichtspunkte in die Wissenschaft, das neben der Feindschaft gegen die klassische Nationalökonomie und ihre Methode das zweite charakteristische Merkmal im Wesen des Kathedersozialismus ausmacht, wieder auf einen bescheideneren Umfang zurückgehen.

Bei dieser zweiten Wesenseigentümlichkeit des Kathedersozialismus mag übrigens daran erinnert werden, daß es nicht das erste Mal ist, daß ein solcher Kampf in der deutschen Wissenschaft ausgefochten wird. Vor dem Jahre 1848 dominierte in der Geschichtswissenschaft an den deutschen Universitäten eine Schule, deren Vertreter nicht nur Geschichte schreiben, sondern selbst Geschichte machen wollten. Die damalige Generation der deutschen Historiker, die Dahlmann, Gervinus, Droysen usw., an die sich dann später vor allem Sybel und Treitschke anschlossen, verfolgten mit ihrer Geschichtschreibung zum großen Teil zugleich politische Ziele, sie sollte die nationale und liberale Bewegung jener Zeit fördern. Nur Ranke mit seiner Schule bekannte sich zu der Auffassung, daß die historische Erkenntnis Selbstzweck sein müsse. In der gegenwärtigen deutschen Geschichtschreibung ist der Standpunkt Rankes wohl zu vollem Siege gelangt. Die Überzeugung hat sich Bahn gebrochen, daß Historie und Politik sich am besten gegenseitig aus dem Wege gehen, daß Ranke recht habe mit dem Wort: „Der Historiker kann niemals zugleich praktischer Politiker sein¹⁾.“ Der deutschen Geschichtschreibung ist diese weise Selbstbeschränkung, die eine ruhigere Entwicklung der Wissenschaft gestattete, nur zugute gekommen.

¹⁾ Vgl. dazu den Aufsatz von Dr. O. Diether über Ranke und Droysen in den Preußischen Jahrbüchern, Oktober 1910, S. 2 ff.

Wie damals die Historiker nicht mit der Aufgabe der Geschichtschreibung sich begnügten, sondern sich für diejenigen hielten, die Deutschlands politischer Entwicklung die Wege zu weisen hätten, so wollen heute die Nationalökonomien nicht mehr auf die Untersuchung der Zusammenhänge des Wirtschaftsleben und der Wirkungen der Wirtschaftspolitik sich beschränken, sie wollen auch selbst Wirtschaftspolitik treiben und sie stellen die Forderungen, die sie erheben — das ist der größte Irrtum dabei —, noch dazu als Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung selbst hin. Das Zeitalter der „Professorenpolitik“, das in der Geschichtschreibung der Vergangenheit angehört, steht in der deutschen Volkswirtschaftslehre heute noch in vollster Blüte.

Wann endlich wird auch in der deutschen Nationalökonomie die Stunde der Selbstbesinnung schlagen? Wann wird man die politisierende Methode erkennen als das, was sie in Wahrheit ist: das Gegenteil eines von willkürlichen dogmatischen Voraussetzungen freien Betriebs der Wissenschaft? Wann werden die Vertreter der Wissenschaft darauf verzichten lernen, selbst Wirtschaftspolitik zu treiben, um sich ganz dem zu widmen, was in der sogenannten praktischen Volkswirtschaftslehre ihre Hauptaufgabe ist, der Untersuchung der Wirkungen der Wirtschaftspolitik? Wann werden sie einsehen, daß, wenn sie noch einen Schritt weiter gehen wollen, die Wissenschaft ihre Jünger nicht zu einer bestimmten Stellungnahme zu den praktisch politischen Problemen anzuleiten hat, sondern ihr Ziel nur das sein darf, das Verständnis für die verschiedene Stellungnahme zu diesen Problemen zu erschließen? Wann, mit einem Wort, wird man in der so viel gemäßbrauchten Volkswirtschaftslehre erkennen, daß sie eine Wissenschaft wie alle anderen Wissenschaften ist? Und daß sie demgemäß nicht an das Gefühl und an politische Stimmungen sich zu wenden sowie Werturteile hervorzurufen oder richtiger zu suggerieren hat, sondern daß sie allein um der Erkenntnis willen da ist, ausschließlich mit dem Verstand es zu tun hat und ausschließlich die Einsicht zu fördern bestimmt ist?

Frankfurt a. M., Pfingsten 1911.

L. Pohle.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
I. Die Vorherrschaft der politischen Gesichtspunkte in der deutschen Nationalökonomie der Gegenwart	1
<p>Die Schwankungen in dem Verhalten der öffentlichen Gewalt zum Wirtschaftsleben seit dem Zeitalter des Merkantilismus (1). — Die Stellung der Wissenschaft zu diesen Schwankungen im allgemeinen (2). — Insbesondere die Lehre des Kathedersozialismus, daß die Nationalökonomie Forderungen an das Leben zu stellen habe (3). — Anzeichen einer Wiedererstarkung der Bewegung gegen das vom Kathedersozialismus vertretene Interventionsprinzip (4). — Der Scheideweg, an dem die nationalökonomische Wissenschaft gegenwärtig steht (6). — Opposition im Verein für Sozialpolitik gegen die bisher geübte Behandlung wirtschaftspolitischer Streitfragen (7). — Verteidigung der älteren Richtung durch G. Cohn (8). — Charakteristik und Kritik der Praxis des Vereins für Sozialpolitik bei der Erörterung wirtschaftspolitischer Probleme (10). — Aufgabe der folgenden Untersuchung (14).</p>	
II. Die politisierende Methode in der theoretischen Volkswirtschaftslehre	15
<p>Abgrenzung des Untersuchungsobjekts der theoretischen von dem der praktischen Volkswirtschaftslehre (15). — Verquickung der Darstellung volkswirtschaftlicher Zusammenhänge mit ihrer Beurteilung vom Standpunkt bestimmter politischer Ideale bei den Anhängern des Kathedersozialismus (18). — Nähere Analyse dieses Verfahrens insbesondere auf dem Gebiet der Lehre von der Einkommensverteilung (19). — Wilbrandts volkswirtschaftliche Vorlesungen als Beispiel für die heute beliebte Art, moralische Urteile über die Berechtigung einzelner Einkommenszweige abzugeben (21). — Zur Kritik Wilbrandts (25). — Weitere Beispiele für die Art, in der in der deutschen Volkswirtschaftslehre Kritik an der Einkommensverteilung geübt wird (28). — Der politische Charakter der Lohntheorien des Kathedersozialismus, insbesondere seiner Theorien zur Rechtfertigung des Gewerkvereinswesens (30). — Die Lehre vom letzten Druck, den der Arbeiter auszuhalten hat (31). — Zur Kritik dieser</p>	

Lehre (32). — Die Lehre von der angeblichen Sonderstellung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrags (34). — Kritik der tatsächlichen Voraussetzungen dieser Lehre (36). — Weitere Beispiele für die mit Werturteilen durchsetzte Behandlung des Gewerkevereinswesens in der kathedersozialistischen Literatur (40). — Der pseudotheoretische Charakter der kathedersozialistischen Lehren über die Gewerkevereine (44). — Die sozialistischen und kathedersozialistischen Versuche, das Seinsollende aus dem Seienden als notwendig abzuleiten (45). — Zur richtigen volkswirtschaftlichen Klassifikation der Gewerkevereine wie der Unternehmerverbände (47).

III. Die politisierende Methode in der praktischen Nationalökonomie und die wahren Aufgaben einer wissenschaftlichen Behandlung der Streitfragen der Wirtschaftspolitik 53

Das Aufstellen wirtschaftspolitischer Forderungen im Namen der Wissenschaft und die Beteiligung akademischer Nationalökonomien an den wirtschaftspolitischen Kämpfen (53). — Die Unmöglichkeit, eine bestimmte Art der Wirtschaftspolitik als die wissenschaftlich richtige zu beweisen (56). — Unklarheit der Formel vom Interesse des Gemeinwohls (58). — Verschiedene Bestimmung des Gemeinwohls durch Individualismus und Nationalismus (59). — Der Streit zwischen Freihandel und Schutzzoll als Beispiel des Kampfes zwischen individualistischer und nationalistischer Staatsauffassung (61). — Die Unfähigkeit der Wissenschaft, den Streit zwischen Individualismus und Nationalismus zu entscheiden (66). — Ansätze zur richtigen Auffassung des Gegensatzes zwischen Nationalismus und Individualismus bei Thünen und Marx (67). — Cohns Einwände gegen die Ablehnung der politisierenden Methode (69). — Die allgemeinen Ziele der Wirtschaftspolitik, nicht die Wirkungen bestimmter Maßregeln als die Hauptstreitpunkte in den wirtschaftspolitischen Kämpfen (71). — Die drei Aufgaben einer wissenschaftlichen Behandlung der Streitfragen der Wirtschaftspolitik (75). — Die Notwendigkeit insbesondere die Maßstäbe des politischen Urteils selbst mit zum Gegenstand der Untersuchung zu machen (77). — Grundsätze für die Stellung der akademischen Wissenschaft zu den politischen Tagesfragen und zu der praktischen Politik überhaupt (79). — Abweisung der für die Sozialpolitik vielfach geforderten Ausnahmestellung (83). — Die Durchführbarkeit einer unpolitischen Behandlungsweise der Streitfragen der Wirtschaftspolitik (86). — Gibt es Naturgesetze im Wirtschaftsleben und in welchem Sinne? (89). — Die politischen Gründe für die Abneigung der Kathedersozialisten gegen die Methode der klassischen Nationalökonomie (92).

IV. Die Folgen der Herrschaft der politisierenden Methode für den Wissenschaftsbetrieb und für die Stellung der Nationalökonomie im öffentlichen Leben 97

Die Nationalökonomie verliert unter dem Einfluß der politisierenden Methode den Charakter einer voraussetzungslosen Wissen-

schaft (97). — Die Wirkung des Eindringens der Pseudotheorien auf die Systematik der Volkswirtschaftslehre (98). — Die politisierende Methode als Fehlerquelle des wissenschaftlichen Urteils über Tatsachen und Tatsachenzusammenhänge (99). — Die kathedersozialistischen Lehren über das Verhältnis von Arbeitszeit und Arbeitsleistung sowie über die Ursachen des Aufsteigens des Arbeiterstandes als Beispiele (101—109). — Regelmäßige Überschätzung der Wirkungen der Sozialpolitik sowie Unterschätzung der Bedeutung dessen, was die freie Entwicklung leistet, bei den Kathedersozialisten (109). — Insbesondere falsche Beurteilung der Bedeutung der vom Gesetzgeber veranlaßten Arbeitszeitverkürzungen (110). — Überschätzung der Leistungsfähigkeit der Sozialpolitik überhaupt (113). — Verlust der wissenschaftlichen Unbefangenheit bei den Anhängern der politisierenden Methode (118). — Mangel an Objektivität bei der Beurteilung wissenschaftlicher Gegner (119). — Die gegenwärtige Monopolstellung des Kathedersozialismus in Deutschland und ihre Gefahren für die Freiheit der Wissenschaft (125). — Die unerquickliche Stellung der Nationalökonomien im öffentlichen Leben unter der Herrschaft der politisierenden Methode (129). — Die Mitschuld des Kathedersozialismus an den Angriffen auf die Wissenschaft (130). — Nur durch unpolitische Behandlung der wirtschaftspolitischen Probleme kann die Wissenschaft eine Stellung über den Parteien erlangen (133). — Schlußwort (135).

I.

Die Vorherrschaft der politischen Gesichtspunkte in der deutschen Nationalökonomie der Gegenwart.

Es ist eine Binsenwahrheit, daß die Geschichte sich in Gegensätzen zu bewegen pflegt. Vielleicht läßt sich aber auf keinem anderen Gebiete der Wechsel entgegengesetzter Strömungen so deutlich verfolgen wie auf dem der Staatseinmischung in das Wirtschaftsleben. Die größeren Staatswesen, die bald nach Beginn der von der politischen Geschichte als Neuzeit bezeichneten Epoche entstehen und sich konsolidieren, treiben alle zunächst eine Politik der weitgehenden Bevormundung und Reglementierung des Wirtschaftslebens. Sowohl in der äußeren wie in der inneren Wirtschaftspolitik wird das Prinzip der Staatsintervention auf die Spitze getrieben. Es feiert in diesem Zeitalter des Merkantilismus seine höchsten Triumphe. Im Laufe des 18. Jahrhunderts erhebt sich dann im ökonomischen Liberalismus eine starke Gegenbewegung gegen die merkantilistischen Staatseingriffe, teilweise schon vorbereitet von der physiokratischen Schule. Größere Erfolge in der praktischen Politik fängt die neue Richtung aber erst seit der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert an zu erzielen, und zwar zuerst in England und Frankreich. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts entspringt aus dem ökonomischen Liberalismus das Manchesterium, das die wirtschaftliche Tätigkeit des Staats möglichst auf den Schutz der Person und des Eigentums beschränken möchte, jeden darüber hinausgehenden Eingriff des Staats in das Wirtschaftsleben aber für ein Übel erklärt. Dieser einseitigen Zuspitzung des Nichtinterventionsprinzips entsteht in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bald ein neuer siegreicher Gegner in der mächtig anschwellenden sozialistischen Bewegung. Der Grundsatz der Staatseinmischung wird von Neuem als das allein selig-

— 2 —

machende wirtschaftspolitische Prinzip hingestellt, und es werden von ihm jetzt vor allem auch bedeutsame Anwendungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik zugunsten der „wirtschaftlich Schwächeren“ gemacht. Hand in Hand mit der ab- oder zunehmenden Neigung, die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit der einzelnen zu beschränken, geht dabei das Streben, das Gebiet des öffentlichen Betriebs entweder zu verkleinern oder zu vergrößern. Während der Herrschaft des ökonomischen Liberalismus werden die im merkantilistischen Zeitalter errichteten Staatsfabriken und sonstigen staatlichen Unternehmungen größtenteils verkauft, der Staat verkleinert seinen Besitz an Domänen, die Gemeinden veräußern Teile ihres Grundbesitzes. Als dann mit der Woge der sozialistischen Strömung die wirtschafts- und sozialpolitischen Eingriffe wieder zahlreicher werden, da ist man auch von neuem auf die Ausdehnung der Staats- und Gemeindebetriebe bedacht. Die Eisenbahnen werden verstaatlicht. Die Gemeinden richten eigene Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke ein, sie bringen die Trambahnen in ihren Besitz und suchen ihren Grundbesitz wieder zu vergrößern.

Alle diese Dinge sind ja schon oft geschildert worden und zur Genüge bekannt. Sie werden nur deshalb hier wieder ins Gedächtnis zurückgerufen, um dann weiter festzustellen, daß die nationalökonomische Wissenschaft dieses Hin- und Herpendeln der staatlichen Praxis zwischen zwei entgegengesetzten Prinzipien bisher ruhig mitgemacht hat. Ja, die Wissenschaft hat diese Schwankungen nicht nur mitgemacht, sie hat bei ihnen eine führende Rolle gespielt. Sie hat, je nachdem, sowohl dem Nichtinterventionsprinzip als auch dem Interventionsprinzip ihren Segen erteilt. Die größere Freiheit, die der ökonomische Liberalismus auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens forderte, ist im Namen der Wissenschaft verlangt worden. Die Staatsintervention wurde als ein Verstoß gegen die Naturgesetze des Wirtschaftslebens, als eine Störung der natürlichen Harmonie der letzteren hingestellt. Ganz ebenso wie die Ökonomen jener Zeit die Richtigkeit der Nichtintervention als das Ergebnis wissenschaftlicher Forschung auffaßten, so geben aber auch die Kathedersozialisten des ausgehenden 19. Jahrhunderts die von ihnen geforderte stärkere Einmischung des Staats in die wirtschaftlichen Verhältnisse für eine Lehre der Wissenschaft aus. So ungeheuer auch im übrigen der Gegensatz zwischen den Manchestermännern und den modernen Kathedersozialisten ist, so stehen sie doch insofern auf dem gleichen Boden, als ihr wirtschaftspolitisches Programm von ihnen als eine Lehre der Wissenschaft verkündet wird. Von Adam Smith bis

zu Schmoller und seiner Schule bewegt sich die Entwicklung der Volkswirtschaftslehre in dieser Beziehung im großen und ganzen auf derselben Linie. In der Auffassung, daß die Wissenschaft dem Leben die richtige Wirtschaftspolitik zu zeigen vermöge und daß das auch ihre Aufgabe sei, sind die Vertreter der Wissenschaft einig. Nur in der Frage, worin nun diese richtige Wirtschaftspolitik bestehe, sind sie diametral entgegengesetzter Ansicht.

Nähere Belege für diese Sätze werden weiterhin erbracht werden. Aber schon hier seien einige Äußerungen von Führern und Begründern der kathedersozialistischen Richtung angeführt, in denen zum charakteristischen Ausdruck gelangt, wie diese Richtung glaubt, daß die nationalökonomische Wissenschaft Forderungen an das Leben zu stellen habe, und daß diese Forderungen als Ergebnisse der wissenschaftlichen Untersuchung zu gelten haben. Brentano hat sich schon 1872 dahin ausgesprochen, die „realistischen Volkswirte“, zu denen er sich selbst rechnet, seien bestrebt, „aus der Erfahrung Schlüsse zu ziehen und aus den Bedürfnissen des wirklichen Lebens ihre Forderungen zu begründen, wie dies Ad. Smith vor 100 Jahren getan hat.“ Und diese Tätigkeit nimmt er als eine durchaus wissenschaftliche in Anspruch. Denn nach ihm handelt es sich hier für die realistischen Volkswirte darum, wie er sich an derselben Stelle etwas später geäußert hat, „die in der Wissenschaft objektiv gefundenen Wahrheiten zu verwirklichen, sie ins reale Leben zu übertragen“¹⁾. Und an diesem Standpunkt hat Brentano dann konsequent festgehalten. Mehr als 30 Jahre später hat er sich in einem Aufsatz in der Frankfurter Zeitung zu der Anschauung bekannt, die Wissenschaft vermöge eine bestimmte Art der Wirtschaftspolitik als die richtige zu erweisen.

Grundsätzlich ganz die gleiche Betrachtungsweise ist bei Schmoller und, wie sich nachher zeigen wird, noch bei zahlreichen anderen Nationalökonomern zu finden. Von Schmoller sei hier zunächst nur eine bezeichnende Stelle aus seiner bekannten Rektoratsrede von 1897 angeführt. Nachdem er davon gesprochen, daß alle großen idealen Güter der Menschheit, das Christentum, die Rechtsentwicklung von Jahrtausenden usw., auf den Weg der sozialen Reformen hinweisen, bezeichnet er als die Aufgabe, die hierbei der deutschen Wissenschaft zugefallen, die, „für diese uralten, ethisch-religiösen und rechtlich-staatlichen Imperative die

¹⁾ Beide Äußerungen zitiert nach Else Konrad, der Verein für Sozialpolitik. Jena 1908.

kausale Begründung zu geben und den strengen Beweis der Wahrheit zu erbringen“. Eben deshalb aber sei auf den Sieg der Wissenschaft trotz allen entgegenstehenden egoistischen Interessen zu hoffen. Wenn auch im einzelnen die Maßregeln streitig seien, die Richtung im ganzen sei es nicht mehr.

Gerade das, was Schmoller hier als unbestritten hingestellt, die wissenschaftliche Richtung als solche, die wirtschafts- und sozialpolitische Forderungen im Namen der Wissenschaft erheben zu können glaubt, soll im folgenden mit aller Schärfe und ohne jede Konzession bestritten werden. Die Annahme, daß die Wissenschaft irgendwelchen wirtschafts- oder sozialpolitischen Bestrebungen eine kausale Begründung und damit ihre Sanktion geben könne, soll als das aufgezeigt werden, was sie in Wirklichkeit ist: Köhlerglauben, aber nicht Wissenschaft. Es wird sich zeigen, daß alle Beweise, bestimmte Maßregeln der Wirtschaftspolitik als wissenschaftlich richtig oder unrichtig darzutun, wissenschaftlich nicht mehr wert sind als die sogenannten philosophischen Beweise für die Existenz Gottes, die Kant vor mehr als hundert Jahren aus dem Reich der Wissenschaft hinausgewiesen hat.

Eine grundsätzliche, entschiedene Bekämpfung der Richtung, welche systematisch politisch-moralische Gesichtspunkte oder, wie sie selbst es euphemistisch auszudrücken liebt, „ideale Gesichtspunkte“ in die Nationalökonomie hineingetragen hat, erscheint mir gerade jetzt um so zeitgemäßer, als verschiedene Anzeichen darauf hindeuten, daß die Hochflut der Strömung, die in gesetzlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben sich gar nicht genug tun konnte, wieder abzubauen beginnt. Der Chor der Stimmen wird allmählich stärker, die zweifelnd fragen, ob man gut tue, auf dem Wege der gesetzlichen Zwangsregelung aller möglichen Gebiete des Wirtschaftslebens immer weiter zu gehen, ob es nicht an der Zeit sei, sich wieder mehr auf die Ideale der wirtschaftlichen Freiheit und der Selbsthilfe zu besinnen. Wenn ein Harnack als Vorsitzender des evangelisch-sozialen Kongresses eine solche Mahnung aussprechen zu müssen glaubt, wenn ein so eifriger Sozialpolitiker wie Prof. Jastrow (Berlin) auf dem Verbandstag deutscher Arbeitsnachweise im Herbst 1908 in das Urteil einstimmt, daß uns weniger staatlicher Zwang, aber mehr Freiheit und Verantwortlichkeit des Individuums not tun, so gibt das doch außerordentlich zu denken und kündigt den voraussichtlich kommenden Umschlag der öffentlichen Meinung an. Auch unter den Schülern Schmollers fangen einzelne an, an den Leitgedanken der Sozialpolitik der Gegenwart, zu denen eben die Forderung

einer immer weitergehenden Staatseinmischung gehört, irre zu werden. Prof. L. von Wiese schrieb vor einiger Zeit in der „Deutschen Wirtschafts-Zeitung“ über dieses Thema folgendes¹⁾:

„Die Entwicklung des Parlamentarismus, besonders des demokratischen Wahlrechts, das anscheinend ja in nächster Zeit noch weitere Fortschritte machen wird, hat die Staatsgewalt auf dem politischen Gebiete bürgerlichen Kontrollen unterworfen; es ist nun sehr bemerkenswert, wie das, was auf dem Boden der Gesetzgebung der Staatsregierung an Selbständigkeit verloren gegangen ist, gegenwärtig durch Zunahme an administrativer Gewalt ersetzt wird. Ein ungeheurer Machtzuwachs erwächst ihr aus der Tatsache, daß alle Gesellschaftsschichten und Wirtschaftsgruppen den Staat beständig um Schutz angehen gegen andere soziale Kreise, daß er sich gar nicht mehr aller erwehren kann, die ihn flehentlich bitten, nur ja in alle bürgerlichen Verhältnisse reglementierend einzugreifen. Die Erinnerung, daß unsere Vorfahren jahrhundertlang unter einem Zuviel an Staatseingriffen gelitten haben, daß sie einen Verzweiflungskampf gegen die Einschränkung der freien Gesellschaft durch den Staat führen mußten, begegnet kaum noch Verständnis. Die Vorteile wirtschaftlicher Sicherheit gegenüber der Konkurrenz und der Wert der materiellen Güter werden allgemein überschätzt, bürgerliche Selbständigkeit und freie Entschlüsse und Handlungsfähigkeit zu gering bewertet. Einer Epoche des Neomerkantilismus auf dem Wege der Sozialpolitik würde man im allgemeinen nicht abgeneigt sein. Es würde in der Gegenwart für einen Staatsmann, dessen politisches Ziel die Wiederaufrichtung staatlicher Omnipotenz wäre, der einzig mögliche Weg der sein, es durch Ausnützung der sozialpolitischen Hingabe aller Schichten an den Staat zu versuchen. Wenn die staatlichen Funktionäre das bürgerliche Leben auf Schritt und Tritt kontrollieren dürfen, die Wohnung inspizieren, die Arbeitszeit regulieren, in zahllose wirtschaftliche Beziehungen diktatorisch hineinreden dürfen, kann das Wahlrecht so demokratisch wie möglich sein — die „Tage der Freiheit“ sind dann keineswegs gekommen.“

Das Allerbezeichnendste aber ist, daß auch in dem Kreise der Männer selbst, die am meisten dabei geholfen haben, die öffentliche Meinung im Sinne weiterer Anwendung des Interventionsprinzips zu beeinflussen, jetzt ketzerische Stimmen laut werden. Auf der Wiener Tagung des Vereins für Sozialpolitik im Herbst 1909 hielt einer der Redner es für angebracht, über die in weiten Kreisen des deutschen Volkes herrschenden Bestrebungen, deren Ziel er mit den Worten „deutsch und treu und pensionsberechtigt“ charakterisierte, zu spotten und sich lustig machen. Ja, wer anders hat denn aber so viel getan, so muß man da fragen, dieses Streben nach Einführung einer Pensionsversicherung oder Altersversorgung für immer neue Schichten der Bevölkerung großzuziehen, wenn nicht die deutschen Katheder-

¹⁾ III. Jahrgang, Nr. 21.

sozialisten, die sich im Verein für Sozialpolitik zusammengeschlossen haben? Auch in diesen Kreisen scheint man jetzt von einem Grauen vor den Geistern erfaßt zu werden, die man selbst erst gerufen hat und die man nicht mehr zu bändigen vermag.

Soll nun etwa die Nationalökonomie der Welt das Schauspiel einer Wissenschaft bieten, die künftig die Richtigkeit des Gegenteils von dem, was sie bisher in wirtschaftspolitischer Hinsicht gelehrt hat, wissenschaftlich zu beweisen vermag? Soll eine neue Generation von Nationalökonomien in Zukunft die staatliche Nichtintervention ebenso als das Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchung hinstellen, wie das die noch herrschende Schule mit der Staatsintervention getan hat? Eine Wissenschaft, die so oft zeigt, daß sie auch anders kann, die immer die in der öffentlichen Meinung herrschende Anschauung zugleich als Lehre der Wissenschaft verkündet, müßte doch bei einsichtigen Leuten um allen wissenschaftlichen Kredit kommen. Darum ist es gerade jetzt die rechte Zeit, gegen die in der Nationalökonomie übliche Vermengung von Politik und Wissenschaft den Kampf mit aller Energie aufzunehmen und die Wissenschaft von den politischen Bestandteilen zu reinigen, die in sie unrechtmäßigerweise hineingekommen sind.

Der wissenschaftliche Kampf gegen den Kathedersozialismus darf nicht, wie das bisher meist geschehen ist, in der Weise geführt werden, daß man seine wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen für unberechtigt erklärt und ihnen andere entgegensetzt. Wer so handelt, der verfällt in denselben Fehler wie der Kathedersozialismus selbst: er treibt Politik statt Wissenschaft. Nicht darum handelt es sich etwa, daß wir künftig mehr antisozialreformerische an Stelle der kathedersozialistischen, oder mehr freihändlerische an Stelle der schutzzöllnerischen Nationalökonomien bekommen, sondern einzig und allein darum, daß der akademische Nationalökonom die Grenzen seiner Wissenschaft besser kennen und darauf verzichten lernt, politische Urteile und politische Forderungen mit der usurpierten Approbation der Wissenschaft versehen in Umlauf zu setzen, wie das heute in großem Umfange geschieht. Es handelt sich hier gar nicht darum, das Leben zu reformieren, sondern nur die Wissenschaft¹⁾. Die Erkenntnis soll in der Nationalökonomie allgemein werden, daß die Wissenschaft mit den politischen Ge-

¹⁾ Darum ist es auch durchaus falsch, die neue Bewegung mit dem Schlagwort „Neo-Manchestertum“ abtun zu wollen. Wer so urteilt, zeigt nur, daß er ihren Kern gar nicht erfaßt hat, und daß er selbst eben nur in politischen Kategorien zu denken vermag.

sichtspunkten, welche die Führer des Kathedersozialismus in die Volkswirtschaftslehre eingeführt haben, gar nichts zu tun hat. Es genügt nicht, diese Erkenntnis bloß im Eingang der Vorlesungen und Lehrbücher in dem Kapitel über die Methode als richtig mit aufzuführen, späterhin aber fortgesetzt von dem entgegengesetzten Prinzip sich leiten zu lassen. Es muß vielmehr endlich einmal mit ihr Ernst gemacht werden, sie muß dem Nationalökonom so in Fleisch und Blut übergehen, daß er jede Grenzüberschreitung in das Gebiet der Politik als einen Verstoß gegen die Grundprinzipien seiner Disziplin empfindet und sich ängstlich vor ihr hütet. Das ist unbedingt nötig, weil die politisch-moralischen Gesichtspunkte ein Fremdkörper im Reich der Wissenschaft sind, und zwar nicht etwa ein unschädlicher, sondern im Gegenteil ein äußerst gefährlicher Fremdkörper. Durch die Verwendung willkürlich gewählter ethischer Maßstäbe und zwar noch dazu, ohne daß man über die Berechtigung zur Benutzung dieser Maßstäbe gründliche Rechenschaft zu geben für nötig hält, ist aus der Volkswirtschaftslehre das Gegenteil einer voraussetzungslosen Wissenschaft geworden.

Von der jetzigen Generation und insbesondere den Führern des Kathedersozialismus darf man freilich eine Abkehr von dem bisher befolgten Verfahren, das sie mit Stolz als die Einführung „idealer Gesichtspunkte“ in die Wissenschaft bezeichnen, nicht mehr erwarten. Der Fortschritt der Wissenschaft zu neuen Methoden und Betrachtungsweisen pflegt sich regelmäßig in anderer Weise als durch die Bekehrung der jeweilig herrschenden Richtung zu vollziehen. Der Versuch, der auf der letzten Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Wien von einigen Nationalökonomern unternommen wurde, der Versammlung das Unberechtigte und Gefährliche der Verquickung von Politik und Wissenschaft vorzustellen und zur Umkehr auf diesem Wege zu mahnen, wird daher kaum große Wirkung haben¹⁾. Auf den, der die Verhältnisse

¹⁾ Der eine der beiden, die in Wien diese Mahnung aussprachen, Max Weber, kann das Verdienst beanspruchen, als erster schon vor einer Reihe von Jahren richtige Grundsätze über das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft aufgestellt und verkündet zu haben (in dem Aufsatz über die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis im „Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik“, Neue Folge, 19. Band, S. 22 ff.). Der andere dagegen, W. Sombart, hat bis vor wenig Jahren recht kräftig mit die politische Trompete geblasen. Das hindert natürlich nicht, auch seine Bundesgenossenschaft, wenn er künftig das neue Prinzip streng durchführt, willkommen zu heißen, zumal über einen Sünder, der Buße tut, im Himmel mehr Freude herrscht, als über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen. M. Weber wird sich inzwischen überzeugt haben, daß sein Appell

etwas näher kennt und der weiß, wie sehr das ganze national-ökonomische Denken der Mehrzahl unserer älteren akademischen Volkswirte mit politischen Gesichtspunkten, wenn vielleicht teilweise auch unbewußterweise, durchtrankt ist, wie vielen von ihnen die politische Betrachtungsweise aller wirtschaftlichen Fragen schon sozusagen zur anderen Natur geworden ist, mußte es sogar etwas komisch wirken, wenn er las, wie den in Wien versammelten Nationalökonomien ins Gewissen geredet wurde, das Prinzip aufzugeben, auf dem sich bei vielen von ihnen ein großer, wenn nicht der größte Teil ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit und ihrer sonstigen Wirksamkeit bisher aufgebaut hat. Man kann von der älteren Generation wirklich nicht erwarten, daß sie völlig umlernt und den Wissenschaftsbetrieb noch einmal auf wesentlich veränderter Grundlage von vorn anfängt.

In der Tat ist auch schon aus den Kreisen der Anhänger der Richtung, die bisher die Führung im Verein für Sozialpolitik besaß, energischer Widerspruch gegen die Zumutung, die an sie in Wien gestellt wurde, erhoben worden. Gustav Cohn hat es in einem

vom Jahre 1904 bisher ziemlich wirkungslos geblieben ist. Es genügt eben nicht, um neuen methodischen Grundsätzen Anerkennung und Eingang in die Wissenschaft zu verschaffen, daß man sie nur einfach positiv entwickelt und verkündet. Das wird von denen, welche am meisten gegen diese Grundsätze verstoßen haben, so betrachtet und behandelt, als wenn es sie gar nichts angehe. Will man den neuen Grundsätzen zu wirklich praktischer Geltung verhelfen, dann genügt nicht die gelegentliche Verkündung der reinen Lehre, es muß vor allem auch der negative Teil der Arbeit geleistet werden: es muß das Irrige und Unhaltbare des jetzigen Verfahrens an einer möglichst großen Zahl von Beispielen im einzelnen nachgewiesen werden. Das wirkt viel stärker und kann vor allem auch nicht so bequem ignoriert werden, wie noch so treffende Auseinandersetzungen über die Prinzipien allein. Zu dieser negativen Arbeit vor allem will die vorliegende Schrift einen Beitrag liefern; und ferner ist ja auch nach dem Aufsatz von Max Weber noch vieles zu dem Thema zu sagen.

Neuerdings hat in prinzipieller Übereinstimmung mit Max Weber auch Adolf Weber den Gegenstand behandelt in der zweiten Hälfte seiner Schrift „Die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre als Wissenschaft“ (Tübingen, 1909). Mit manchem Gedanken der letztgenannten, sehr beachtenswerten Schrift werden sich meine Ausführungen nahe berühren, gehen allerdings in einzelnen Punkten noch über den Standpunkt Webers hinaus, bzw. suchen ihn schärfer zu präzisieren. Ich glaube mir gerade dadurch ein gewisses Verdienst zu erwerben, wenn ich den wissenschaftlichen Standpunkt, von dem aus man zur Ablehnung der politisierenden Methode kommt, möglichst klar und scharf herausarbeite und ihn in alle seine Konsequenzen verfolge. Der eigentliche Streitgegenstand wird dann besser erkannt, und die Entscheidung, welchen Weg die Wissenschaft künftig gehen soll, wird erleichtert. In dem Vorwurf, einseitig zu sein, würde ich daher nur eine Anerkennung erblicken.

im letzten Jahre erschienenen Aufsatz über „Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik“ in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft¹⁾ unternommen, die bisher von der deutschen Volkswirtschaftslehre geübte Praxis zu verteidigen und für ihre Beibehaltung zu plädieren. Der Aufsatz ist für unsere Zwecke, so entschieden wir seine Ergebnisse ablehnen müssen, außerordentlich wertvoll. Er zeigt, daß gegen unsere Schilderung des durchaus politischen Charakters des größten Teils der heutigen deutschen Nationalökonomie nicht etwa der Einwand erhoben werden kann, sie entspreche nicht den Tatsachen. In der Schilderung des Tatbestandes, der den Ausgangspunkt unserer Betrachtungen bildet, stimmt Cohn völlig mit der hier gegebenen Darstellung überein. Er sagt ausdrücklich von seinen Fachgenossen: „Sie politisieren in Wahrheit alle miteinander und sie sollen politisieren.“ Und demgemäß will er auch von der in Wien ausgesprochenen Mahnung, die Generalversammlungen des Vereins für Sozialpolitik in „Tage für objektive Erkenntnis“ umzugestalten, nichts wissen²⁾. „Sollte

¹⁾ 66. Jahrg. 1910, 1. Heft, S. 1—40. Auf diesen Aufsatz wird noch öfter zurückzukommen sein. An dem, was ich im Text zur Charakteristik desselben gesagt habe, sehe ich nicht Veranlassung, auch nur ein Wort zu ändern, auch nachdem G. Cohn in einer Fortsetzung seines Aufsatzes (a. a. O. 3. Heft, S. 448) mit offenbarem Bezug auf meine Worte folgendes bemerkt hat: „Ein dem Kathedersozialismus, dem Verein für Sozialpolitik und mir selber unfreundlich gesinnter Mann des Faches hat neulich gemeint, in dem vorausgegangenen ersten Aufsatz eine Art von repräsentativer Verteidigung der in dem Verein herrschenden Anschauungen zu finden. Ich glaube, bei etwas aufmerksamerer Lektüre hätten ihm einige Zweifel darüber aufgehen können.“ Das „Repräsentativ“ hat Cohn erst selbst in meine Worte hineininterpretiert; an sich liegt es nicht darin.

Ad. Weber faßt zu meiner Überraschung im Vorwort seines neuen Werkes über den Kampf zwischen Kapital und Arbeit (Tübingen 1910) die Aufsätze Cohns als ein Entgegenkommen an den hier vertretenen Standpunkt auf. Diesen Optimismus vermag ich leider nicht zu teilen. Die Sätze Cohns, die Weber zum Beweis dessen führt, stehen mir, wie scheint, im Widerspruch zu der Gesamttendenz der Ausführungen Cohns, die doch nur als ein starres Festhalten am Standpunkt der politisierenden Methode gedeutet werden kann.

²⁾ Wenn er etwas spöttisch darauf hinweist, daß solche Tagungen für objektive Erkenntnis den Erfolg haben werden, weite Kreise unberührt zu lassen (a. a. O. S. 35), so nötigt das zu der Frage, ob denn wissenschaftliche Veranstaltungen dazu da sind, ein auch für die große Öffentlichkeit interessantes Schauspiel aufzuführen? Und ist es wirklich ein Verlust für die Wissenschaft, wenn von den Zusammenkünften der Nationalökonomien diejenigen etwa wegbleiben, denen es mehr darauf ankommt, vor der Öffentlichkeit eine Rolle zu spielen und politischen Einfluß auszuüben als darauf, die Erkenntnis zu fördern. Die Zusammenkünfte der Nationalökonomien würden dann nur denselben Charakter annehmen, wie ihn die Tagungen der Vertreter vieler anderer Disziplinen schon lange und zwar ohne Schaden für die Wissenschaft selbst besitzen. Im übrigen ist die An-

dieses im Ernst geschehen, so würde alles, was der Verein für Sozialpolitik seit 1872 getan hat, über den Haufen geworfen werden. Er würde seine propagandistische Tätigkeit und die Überzeugung, daß ihr Zusammenhang mit unserer Wissenschaft, ja daß diese selber förderlich gewesen sei für die deutsche Wirtschafts- und Sozialpolitik, preisgeben.“ Noch bezeichnender aber für den Verein für Sozialpolitik ist Cohns Anschauung, die in der Tatsache, daß jemand eifriger Teilnehmer des Vereins ist, eine Bestätigung dafür erblickt, daß der Betreffende aufs wärmste mit wirksamen Reformbestrebungen zugunsten der wirtschaftlich schwachen und bedrängten Klassen sympathisiere. Die Frage, „ob man, um nun einmal die Hauptangelegenheit voranzustellen, ein überwiegendes Wohlwollen für die arbeitenden Klassen und deren Reform zur Geltung bringen soll,“ wird nach Cohn trotz großer Verschiedenheit der methodischen Richtungen doch einhellig bejaht, nämlich im Verein für Sozialpolitik — so sind diese Ausführungen doch wohl zu verstehen. Und Cohn, der an der Entwicklung des Vereins seit Jahrzehnten tätigen Anteil genommen, wird die in ihm herrschende Stimmung doch wohl richtig zu beurteilen verstehen.

Wem es wirklich Ernst ist mit einem von politischen Gesichtspunkten völlig freien Betrieb der Nationalökonomie, der wird unter den gegenwärtigen Verhältnissen daher sein Heil außerhalb des Vereins für Sozialpolitik suchen müssen. Für mich selbst habe ich — diese persönliche Bemerkung sei hier gestattet — diese Konsequenz schon im Herbst 1905 gezogen, indem ich bald nach der Mannheimer Tagung des Vereins, die seine stark mit politischen Elementen durchsetzte Art der Behandlung volkswirtschaftlicher Probleme besonders deutlich hervortreten ließ, meinen Austritt aus dem Ausschuß des Vereins und damit auch aus diesem selbst erklärte. Manchem Fachkollegen ist dieser Schritt damals nicht recht verständlich gewesen. Vielleicht verstehen sie jetzt meine Beweggründe besser. Auch der Vorsitzende selbst hatte von der Schärfe des Gegensatzes, in der ich mich zu der im Verein üblichen Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen befand, zunächst keine rechte Vorstellung, da er mich in einem an sich sehr freundlich gemeinten Schreiben zum Bleiben im Verein zu bewegen suchte. Ich mußte ihn erst darüber aufklären, daß es nicht etwa der Gegensatz zu

nahme, von der Cohn hierbei ausgeht, als ob der Nationalökonom, wenn er auf das Politisieren verzichte, über die wirtschaftspolitischen Probleme gar nichts mehr zu sagen habe, was die Praxis interessieren könne, selbstverständlich irrig, wie später noch zu zeigen sein wird.

einzelnen wirtschaftspolitischen Anschauungen, die in Mannheim vertreten worden waren, sei, was mich zu dem Schritt veranlaßt habe, sondern daß die Ursache wesentlich tiefer liege, daß ich vor allem irre geworden sei an der ganzen Art und Weise des Betriebs der Nationalökonomie, von dem aus man zur Aufstellung aller möglichen sozialpolitischen Forderungen gelange. Diese Bedenken methodischer Art seien allmählich so stark geworden, daß es mir wie eine Unehrlichkeit gegen mich selbst vorkomme, dem Verein noch länger anzugehören.

Der Verlauf der Tagungen, die der Verein seitdem abgehalten hat, hat mich in der Richtigkeit dieser Auffassung nur bestärkt. Um aus dem Verein für Sozialpolitik eine von allen politischen Schlacken befreite, rein wissenschaftliche Veranstaltung zu machen, müßte er eine Reform an Haupt und Gliedern durchzumachen und sich sozusagen selbst aufgeben. Ich weiß wohl, daß manche in ihm nichts weiter sehen als eine Vereinigung, die den akademischen Nationalökonomien Gelegenheit gibt, sich zu treffen und auszusprechen. Die Form, in der die Vertreter einer Wissenschaft ihre Zusammenkünfte organisieren, ist aber doch nichts Gleichgültiges. Und diese Form ist eben beim Verein für Sozialpolitik so beschaffen, daß die Generalversammlungen einen gewissen politischen Charakter erhalten und sich von den Tagungen, auf denen sonst noch wirtschaftspolitische Fragen erörtert werden, nur dem Grad, aber nicht der Art nach unterscheiden. Schon daß die Vereinigung der akademischen Vertreter der Nationalökonomie in Deutschland sich „Verein für Sozialpolitik“ nennt, ist sehr bezeichnend und bringt den politischen Charakter der Vereinigung zum Ausdruck. Nomen est omen. Vor allem tritt aber dieser politische Charakter in der Richtung, die der Verein seiner Tätigkeit gibt, deutlich hervor. Die Themata, die er in seinen Schriften untersuchen und auf den Generalversammlungen dann mündlich erörtern läßt, sind zum größten Teil Fragen, die gerade im Vordergrund der öffentlichen Diskussion stehen, weil über sie bald wichtige politische Entscheidungen getroffen werden müssen. Eine nach rein wissenschaftlichen Gesichtspunkten verfahrende Vereinigung müßte m. E. schon bei der Wahl ihrer Verhandlungsgegenstände andere Grundsätze maßgebend sein lassen, sie müßte abwarten, über welche Fragen ihre Mitglieder auf Grund ihrer Studien etwas Neues zu sagen haben und müßte dann unter den von ihren Mitgliedern angemeldeten Vorträgen eine zweckmäßige Auswahl zu treffen suchen. Ganz von selbst würde dann die Erörterung mehr auf Spezialprobleme hingelenkt werden und dadurch an Tiefe und

Gründlichkeit gewinnen. Die jetzt übliche Art, nicht einzelne genau abgegrenzte Themata, sondern ganze große Fragenkomplexe, wie die Richtung der deutschen Handelspolitik oder die Wohnungsfrage oder das Krisenproblem, zur Erörterung zu stellen, bewirkt, daß die Diskussion mehr in die Breite als in die Tiefe geht und oft völlig zerfährt. Das System, statt genau abgegrenzter Spezialfragen, z. B. nach den tatsächlichen Wirkungen einzelner wirtschaftspolitischer Maßregeln, gleich den ganzen Komplex von Fragen zur Verhandlung zu stellen, der sich auf die gesetzliche Regelung eines großen Gebietes des Wirtschaftslebens bezieht, ist aber ohne Zweifel ebenfalls als ein Ausfluß des Strebens der Vereinsleitung anzusehen, durch die Vereinstätigkeit politische Wirkungen zu erzielen, insbesondere Stimmung für soziale Reformen zu machen. Man will nicht bloß erkennen, welche Wirkungen mit bestimmten Eingriffen von Gesetzgebung und Verwaltung in das Wirtschaftsleben notwendig verknüpft sind, sondern man will selbst mit raten und taten, man hält es für Aufgabe der Wissenschaft, nicht nur die wirtschaftlichen Zustände zu beschreiben und die Ursachen der wirtschaftlichen Erscheinungen festzustellen, sondern auch, gewisse Erscheinungen als „Mißstände“ zu bezeichnen und Rezepte zu verschreiben, wie die Übelstände beseitigt werden können. Und damit jeder der zahlreichen sozialpolitischen Doktoren Gelegenheit habe, seine Diagnose zu stellen und seine Heilmittel und Kurmethoden vorzuschlagen, stellt man gleich ganze große Gebiete des Wirtschaftslebens auf einmal zur Verhandlung. Da kann dann jeder der Reihe nach sagen, was seiner Meinung nach auf diesem Gebiet, etwa dem des Wohnungswesens, alles an Mißständen bestehe und an Maßregeln ergriffen werden könne und müsse. So verläuft denn auch tatsächlich die Diskussion in den meisten Fällen. Der eine ist ganz für diese Maßregel, der andere wünscht sie nur zur Hälfte durchgeführt zu sehen, der dritte ist ganz dagegen und empfiehlt etwas völlig anderes. Alle aber glauben, und zwar auch die Mehrzahl der akademischen Dozenten, irgend etwas fordern oder irgend etwas ablehnen zu müssen. Man lese nur irgendeine der Debatten nach, und man wird sich sofort von der Richtigkeit der Darstellung überzeugen. Daß man mit dieser Art der Erörterung wirtschaftspolitischer Probleme aber das Gebiet der Wissenschaft verlassen und sich auf das der Politik begeben hat, über diese ungeheuer bedeutsame Verschiebung des Standpunktes wird nichts gesagt, und den meisten ist sie vielleicht überhaupt nicht klar geworden. Gerade deshalb aber ist es nötig, mit aller Schärfe zu sagen, daß das, was auf den Generalversamm-

lungen des Vereins für Sozialpolitik getrieben wird, Politik ist, aber nicht mehr Wissenschaft. Der Umstand, daß es gelehrte Politiker sind, die dort das Wort führen, vermag daran, daß sie doch eben Politik treiben, ebenso wenig etwas zu ändern wie der ruhigere, vornehmere Ton, der die Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik von anderen politischen Versammlungen unterscheidet oder wenigstens unterscheiden soll, oder die Tatsache, daß der Verein für Sozialpolitik darauf verzichtet, die Anschauungen der Mehrheit der Versammlung in Form von Resolutionen niederzulegen. Dieses Feigenblatt reicht wirklich nicht aus, die politische Blöße des Vereins zu bedecken.

Der politische Charakter der Vereinsverhandlungen findet auch noch in einigen Einzelheiten bezeichnenden Ausdruck; es sind nur Kleinigkeiten, aber der Geist, der in dem Ganzen lebt, wird durch sie trefflich illustriert. Die Referenten, die von der Vereinsleitung, dem Ausschuß, für die einzelnen Themata bestellt werden, wählt man so aus oder sucht sie so auszuwählen, daß die verschiedenen Interessen, die sich in einer wirtschaftspolitischen Frage gegenüberstehen, durch sie ihre Vertretung finden sollen. Bei handelspolitischen Fragen etwa erwartet man von dem einen Referenten, daß er den Gegenstand mehr vom Standpunkt der landwirtschaftlichen Interessen aus behandelt, vom anderen, daß er mehr die städtisch-industriellen Interessen im Auge hat. Bei Fragen der Sozialpolitik gibt man dem einen Referenten die Aufgabe, den Arbeitgeberstandpunkt zu vertreten, während der andere sich auf den der Arbeitnehmer stellen soll. Die Rednerliste wurde wenigstens früher so geführt, daß man sich „pro“ oder „contra“ eintragen mußte. Das veranlaßte schon im Jahre 1894 in Wien den Sozialdemokraten Dr. Adler, als er in der Lage war, sich bei dem Thema der industriellen Kartelle „Für“ oder „Gegen“ einzzeichnen zu sollen, zu der richtigen Bemerkung, das komme ihm gerade so vor, wie wenn er für oder gegen das nächste Erdbeben sprechen solle.

Mit den vorstehenden Bemerkungen soll nicht geleugnet werden, daß der Verein für Sozialpolitik durch die von ihm veranstalteten Enqueten und Untersuchungen, deren Ergebnisse in seinen Schriften veröffentlicht sind — es sei nur an die allein neun Bände umfassenden Untersuchungen über die Lage des Handwerks in Deutschland aus der Mitte der 90er Jahre erinnert —, der Wissenschaft Dienste von bleibendem Wert geleistet hat. Allein das, was der Verein hierdurch geschaffen, das hat er zum Teil selbst in gewissem Sinne wieder entwertet, indem er die

Ergebnisse seiner Untersuchungen so behandelte oder wenigstens ruhig so behandeln ließ, als wenn sich aus ihnen unmittelbar und ohne weiteres Schlußfolgerungen für die vom Staate einzuschlagende Wirtschaftspolitik ergäben. Und diese Zuspitzung der Untersuchung auf politische Ziele macht sich auch schon in manchen Arbeiten, welche in die Vereinsschriften Aufnahme gefunden haben, unangenehm bemerkbar. Übrigens Hand aufs Herz, wer auch nur von den akademischen Nationalökonomern hat die mehr als 120 Bände der Vereinsschriften wirklich eingehend studiert! Ich fürchte, auch auf diesem Gebiet ist die Wirksamkeit des Vereins mehr in die Breite als in die Tiefe gegangen.

Wenn man gegen eine ganze Schule und den von ihr eingeschlagenen Weg den Kampf führen muß, dann ist es selbstverständlich, daß nicht alles, was man zu sagen hat, in gleicher Weise für sämtliche Anhänger der Schule gilt, sondern den einen mehr, den anderen weniger trifft. Wenn es sich darum handelt, zunächst einmal die richtige Grundlage für eine wissenschaftlich einwandfreie Behandlung der Probleme der Wirtschaftspolitik festzustellen und die prinzipiellen Fehler zu rügen, die jetzt auf diesem Gebiete gegen den Geist voraussetzungsloser Forschung begangen werden, dann kann es nicht darauf ankommen, bei jedem Forscher im einzelnen festzustellen, inwieweit die erhobenen Vorwürfe gerade auf ihn zu beziehen sind. Diese literarhistorische Arbeit mag einer späteren Zeit überlassen bleiben, soweit sie überhaupt der Mühe lohnt.

Ich bin mir wohl bewußt, daß ich durch die nachstehenden Ausführungen bei manchen Fachkollegen, die mir bisher befreundet waren und mir Sympathie und Wohlwollen entgegenbrachten, Anstoß erregen werde. Ich bedaure dies persönlich, aber ich kann nichts dafür, daß meine innere Entwicklung der ihrigen entgegengesetzt verlaufen ist. Persönliche Zuneigung kann mich nicht davon abhalten, das zu bekämpfen, was mir für die Wissenschaft im höchsten Maße schädlich erscheint. *Amicus Plato, magis amica veritas!*

Auch möchte ich frei bekennen, daß ich selbst in meinen früheren Publikationen gegen die Grundsätze, die im nachstehenden entwickelt werden, öfter verstoßen habe. Jeder wächst zunächst unter dem Einfluß der Richtung auf, unter der er seine wissenschaftliche Ausbildung erhalten hat, und vermag sich nur langsam ihr zu entziehen und seinen eigenen Weg zu finden. Die Kritik, die im folgenden geübt wird, gilt in gewissem Grade also auch mir selbst. Das entbindet aber nicht von der Pflicht, sie rückhaltlos

zu üben, und die verschiedenen Formen, unter denen heute politisch-moralische Maßstäbe und Ideen Eingang in die Nationalökonomie gefunden haben, als ebensovielen Irrwege zu bezeichnen. Diese Formen sind teilweise sehr versteckt und scheinbar ganz harmlos, und man muß oft erst schärfer zusehen, um zu erkennen, daß hinter anscheinend rein wirtschaftlichen Darlegungen im Grunde nur politische Werturteile sich verbergen. Gerade diese maskiert auftretenden Werturteile, die ihren wahren Charakter nicht offen zur Schau tragen und über deren Herkunft keine Rechenschaft abgelegt wird, sind natürlich aber für die Wissenschaft die gefährlichsten.

Um die verschiedenen Gestalten, unter denen heute politisch-moralische Gesichtspunkte Einlaß in die nationalökonomische Wissenschaft erlangt haben, zu erkennen ist es nötig, etwas näher auf die Einteilung einzugehen, die heute gewöhnlich dem Gesamtgebiet der Nationalökonomie bei seiner akademischen Behandlung gegeben wird.

II.

Die politisierende Methode in der theoretischen Volkswirtschaftslehre.

Die Nationalökonomie wird an den deutschen Hochschulen heute regelmäßig in zwei Hauptvorlesungen, der theoretischen und der praktischen Volkswirtschaftslehre, vorgetragen. Als dritte, mit den beiden anderen weniger eng verbundene nationalökonomische Vorlesung gesellt sich dazu die über Finanzwissenschaft. Soweit die Scheidung des nationalökonomischen Lehrstoffs in theoretische und praktische Volkswirtschaftslehre überhaupt auf einem systematischen Einteilungsgrund sich aufbaut — viele Dozenten verteilen den Stoff ohne recht erkennbares Einteilungsprinzip ziemlich willkürlich auf die beiden Vorlesungen —, kann es wohl nur der folgende sein. Der theoretische Teil hat, nachdem die Entstehung der modernen wirtschaftlich durch Tauschverkehr und unternehmungsweisen Großbetrieb, rechtlich durch Privateigentum und Vertragsfreiheit charakterisierten Volkswirtschaft und die Bedingungen, auf denen ihre grundlegenden Einrichtungen ruhen, behandelt worden sind, vor allem die Beziehungen zu untersuchen, die in einer so beschaffenen Wirtschaftsverfassung immer von neuem zwischen den einzelnen Wirtschaften entstehen und durch die die Versorgung aller mit den nötigen Bedarfsgegenständen bewirkt wird. Die Vorgänge der Preisbildung und Einkommensverteilung bilden demgemäß den eigentlichen Kern jeder theoretischen nationalökonomischen Forschung ¹⁾.

¹⁾ Näher über die Aufgaben der nationalökonomischen Theorie habe ich mich in meiner Rektorats-Antrittsrede über „Nationalökonomische Theorie und Handelshochschule“ (Jena, 1905) sowie im Jahrgang XII der Zeitschrift für Sozialwissenschaft“ S. 418 ff. am Schluß des Aufsatzes über das Wesen und den Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie ausgesprochen.

Wenn so die Untersuchung des Wirtschaftslebens in der modernen Volkswirtschaft, in der Wirtschaftsordnung des Privateigentums, der Vertragsfreiheit und der persönlichen Freiheit der Produzenten als die eigentliche Aufgabe der nationalökonomischen Theorie hingestellt wird, so geschieht das nicht etwa aus einer besonderen Vorliebe für diese Wirtschaftsordnung, nicht etwa, weil sie von vornherein als die beste aller möglichen Wirtschaftsordnungen anzusehen ist. Es geschieht vielmehr einzig und allein, weil in dieser Wirtschaftsordnung, und nur in dieser, Zusammenhänge zwischen den Einzelwirtschaften, aus denen das Ganze sich zusammensetzt, sich ergeben, die ein interessantes und wichtiges Objekt für die theoretische Forschung bilden. Eine sozialistische Wirtschaftsordnung kann niemals in gleicher Weise wie die moderne Volkswirtschaft den Gegenstand einer theoretischen Betrachtung bilden. Die Einrichtungen einer sozialistischen Gesellschaftsordnung lassen sich zwar beschreiben, sie lassen sich aber nicht, sobald gewisse grundlegende Einrichtungen gegeben sind, aus diesen als notwendig ableiten. Die Einrichtungen eines sozialistischen Gemeinwesens gehen stets auf Beschlüsse der Regierung oder der Volksvertretung zurück, die das Maß der Arbeitspflicht der einzelnen Bürger nach Alter, Geschlecht usw., die Grundsätze für die Verteilung des Reinertrags der nationalen Produktion und dergleichen Punkte mehr regeln. In einem sozialistischen Gemeinwesen gibt es zwar staatliche Gesetze, die das Wirtschaftsleben regeln und ordnen, es gibt aber nicht „Naturgesetze“ des Wirtschaftslebens in dem Sinne wie in der modernen Volkswirtschaft, d. h. es fehlen die gleichförmig wiederkehrenden Beziehungen zwischen den Einzelwirtschaften, die sich aus den fundamentalen Rechtseinrichtungen unter der Annahme bestimmter tatsächlicher Voraussetzungen mit Notwendigkeit von selbst ergeben. Aus diesen formellen Gründen wird die moderne Volkswirtschaft, wie sie vorhin charakterisiert wurde, für alle Zeiten das eigentliche Untersuchungsgebiet der nationalökonomischen Theorie bilden, wie ja auch erst mit der modernen Volkswirtschaft eine wirkliche Wissenschaft vom Wirtschaftsleben und seinen Zusammenhängen entstanden ist.

Den Staat und seine Tätigkeit setzt die nationalökonomische Theorie, wie aus diesen Betrachtungen hervorgeht, nur in zwei Beziehungen voraus. Der Staat muß die einzelnen in ihren Eigentumsrechten schützen und er muß die Erfüllung vertragsmäßig übernommener Pflichten, nötigenfalls auf dem Wege des Zwangs, sichern. Das ist alles, was die moderne Volkswirtschaft vom

Staate braucht, um leben zu können. Dieses Maß staatlicher Tätigkeit ist aber auf der anderen Seite auch unentbehrlich für die Existenz der modernen Volkswirtschaft. Ohne die schützende Hand des Staats könnte sie nicht einen Augenblick bestehen.

Kann so die moderne Volkswirtschaft an sich, d. h. ihrem Wesen nach betrachtet, mit einem Mindestmaß staatlicher Tätigkeit auskommen, so hat sich doch der Staat niemals in der Geschichte auf dieses Mindestmaß beschränkt, sondern er hat auf zahlreichen Einzelgebieten Eingriffe in die wirtschaftliche Freiheit vorgenommen und das wirtschaftliche Handeln der Bürger unter bestimmte Bedingungen gestellt. Dadurch ergibt sich ein neues Objekt der nationalökonomischen Betrachtung, die Einmischung des Staats in das Wirtschaftsleben im weitesten Sinne des Wortes. Hierher gehört die eigene wirtschaftliche Tätigkeit des Staates (überhaupt die der Korporationen des öffentlichen Rechts), wenn z. B. Produktionszweige oder Verkehrsanstalten verstaatlicht werden, hierher gehören staatliche Beschränkungen der Unternehmungsfreiheit, des Koalitionsrechts, der Eigentumsverwendung, der Freiheit des Arbeitsvertrags, der Freiheit des internationalen Verkehrs, ferner die positive wirtschaftliche Fürsorge des Staates für einzelne Erwerbszweige oder einzelne Schichten der Bevölkerung, kurz das ganze unübersehbare Gebiet der vom Staat wirklich getriebenen oder der wenigstens von ihm verlangten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Gesamtheit dieser Eingriffe der öffentlichen Gewalt in das Wirtschaftsleben, die über den Schutz der Person und des Eigentums sowie die Garantie für die Erfüllung geschlossener Verträge hinausgehen, bildet das Untersuchungsobjekt der praktischen Nationalökonomie. Die praktische Nationalökonomie hat es, wie schon ihr Name sagt, mit einem Handeln zu tun. Aber sie untersucht nicht wie die Theorie die Resultierende, die sich aus den Handlungen der einzelnen Privatwirtschaften ergibt, sondern vielmehr das Handeln des Staats, oder genauer die Tätigkeit der öffentlichen Gewalt auf dem Gebiete der Wirtschafts- und der Sozialpolitik, und zwar soweit sie für die Gegenwart noch von praktischer Bedeutung ist, d. h. soweit es sich um tatsächlich geltende oder wenigstens in der Presse, von den politischen Parteien, den Interessentengruppen usw. zur Einführung vorgeschlagene Maßregeln handelt.

In welchem Sinne haben nun aber theoretische sowie praktische Nationalökonomie ihre Untersuchungsobjekte zu behandeln? Damit kommen wir zu dem Punkte, wo der Grundirrtum der heute die deutschen Universitäten beherrschenden Richtung, des

sog. Kathedersozialismus, beginnt. Der Kathedersozialismus faßt die Aufgabe der Wissenschaft hierbei als eine „kritische“ auf. Und was könnte wohl auch dem Geiste der Wissenschaft besser entsprechen als eine kritische Behandlung ihrer Objekte auf allen Gebieten? Wir wollen uns von dem Schlagwort „kritische Behandlung“ indessen nicht irreführen lassen. Das Wesen der Kritik, die der Kathedersozialismus übt, hat mit dem Geiste echter Wissenschaftlichkeit nichts zu tun, sondern läuft auf eine Vermengung von Politik und Wissenschaft hinaus. Um das zu erkennen, müssen wir den theoretischen und den praktischen Teil der nationalökonomischen Disziplin und die Art der Behandlung, die ihnen gegenwärtig meist zu Teil wird, gesondert betrachten.

In der Theorie zunächst findet der kritische Standpunkt des Kathedersozialismus vor allem darin seinen Ausdruck, daß die Zustände im gegenwärtigen Wirtschaftsleben nicht einfach so, wie sie sind, aus ihren Bedingungen heraus dargestellt werden, sondern daß die Darstellung der Verhältnisse des Lebens verquickt ist mit ihrer Beurteilung vom Standpunkte eines bestimmten Ideals aus. Aus der objektiven wissenschaftlichen Schilderung wird ein subjektives politisches oder moralisches Raisonnement. Die Darstellung dessen, was ist, und die Erklärung des Seienden aus seinen Ursachen und Bedingungen geht unvermerkt über in die Darlegung dessen, was sein könnte und auch sein sollte. Diese *μεταβασις εις άλλο γένος* vollzieht sich meist mit großer Geschwindigkeit und wird wie etwas ganz Selbstverständliches vorgenommen. Der Leser wird es in vielen Fällen kaum merken, daß plötzlich der wissenschaftliche mit dem politischen oder dem moralischen Standpunkt vertauscht ist; darf man doch in vielen Fällen ruhig annehmen, daß auch die Verfasser selbst unbewußt den Sprung aus dem Reich der Wissenschaft in das Gebiet der Politik unternommen haben. Die Gründe des Herzens sind plötzlich an die Stelle der Gründe des Verstandes getreten und werden als einander gleichartig und gleichwertig behandelt.

In dem theoretischen Teil tritt dieses Verfahren vor allem zutage bei der Erörterung der Einkommensverteilung. Die kathedersozialistischen Nationalökonomten behaupten von sich gern mit einem gewissen Stolz, daß sie erst der von der klassischen Nationalökonomie arg vernachlässigten Lehre von der Verteilung einen ihrer Bedeutung entsprechenden Platz in der Wissenschaft angewiesen hätten. Im Grunde ist das freilich ein Märchen. Gerade die Lehre von der Verteilung des Einkommens, von den

Faktoren, welche die Größe der Anteile der verschiedenen Klassen — Grundbesitzer, Kapitalisten, Unternehmer, Arbeiter — am Nationaleinkommen bestimmen, ist von den älteren Volkswirten mit am eifrigsten gepflegt und ausgebaut worden. Über diesem Kapitel sind sogar andere, wie die von der Produktion und ihrer Organisation, stiefmütterlich behandelt worden. Die Kathedersozialisten haben nicht etwa die Lehre von der Einkommensverteilung erst entdeckt und entwickelt, sondern das Neue, was sie auf diesem Gebiet geleistet haben, besteht allein darin, daß sie in die Darstellung der Einkommensverteilung und ihrer Bestimmungsgründe ein politisch-soziales Moment hineingebracht haben. Daß das ohne jedes wissenschaftliche Recht geschehen ist, und daß das, was dabei herauskommt, nicht Ergebnisse „der Wissenschaft“, sondern lediglich Folgerungen aus dem persönlichen politisch-moralischen Standpunkt der einzelnen Forscher sind, wird sich dann zeigen. Zunächst einige Beispiele für diese Art des wissenschaftlichen Vorgehens, die das gerade Gegenteil einer voraussetzungslosen Forschung bedeutet.

Wir wählen als Hauptbeispiel die Ausführungen eines der jüngeren Vertreter des Kathedersozialismus. Es wird sich aber später zeigen, daß das Verfahren der Begründer des Kathedersozialismus von dem seinigen im Wesen nicht verschieden ist, nur dem Grad, aber nicht der Art nach sich unterscheidet. Die Fehler und Irrtümer einer wissenschaftlichen Schule treten ja gewöhnlich in voller Schärfe erst bei ihrer zweiten Generation hervor. Das gilt auch vom Kathedersozialismus. Die Begründer und die älteren Führer dieser Richtung befaßten sich meist noch einer vorsichtigen Zurückhaltung in ihrer Kritik der bestehenden Wirtschaftsordnung sowie in ihren Reformvorschlägen. Oft geschah das freilich auf Kosten der logischen Konsequenz, aber es ließ die Unhaltbarkeit der Anschauungen des Kathedersozialismus nicht so scharf hervortreten, es machte ihn noch einigermaßen erträglich. Die zweite Generation der Kathedersozialisten gibt diese Vorsicht und Zurückhaltung jetzt auf. Vor allem die Schüler Schmollers verfallen jetzt einem Radikalismus, an dem man die Konsequenzen, zu denen der Kathedersozialismus führt, recht klar erkennen kann. Die Hemmungen, die bei den älteren durch die andere wissenschaftliche Ausbildung gegeben waren, die sie durchgemacht hatten, fallen bei ihnen weg und so kann man an ihnen die Fehler des Originals besser studieren als an diesem selbst. Vor allem an den jüngeren Schülern Schmollers wie Eberstadt, Wilbrandt usw. kann man diese Erscheinung

beobachten. Erst bei der Lektüre der Schriften dieser Autoren wird vielleicht vielen das eigentliche Wesen der wissenschaftlichen Richtung klar werden, die man als Kathedersozialismus bezeichnet. Da sie sich auch selbst so nennt, darf man ja diesen Namen ruhig anwenden. Uns interessiert von den genannten jetzt besonders Wilbrandt wegen einer Schrift, die er vor einiger Zeit unter dem Titel „Volkswirtschaftliche Vorlesungen“ veröffentlicht hat und die die Quintessenz dessen wiedergibt, was er seinen Studenten im ersten „Allgemeinen theoretischen Teil“ seiner nationalökonomischen Vorlesungen vorträgt. Da lernt man so recht die Auffassung kennen, welche heute auf kathedersozialistischer Seite über die Aufgaben der nationalökonomischen „Wissenschaft“ besteht.

Die Arbeit¹⁾ beginnt mit einer Untersuchung des National-

¹⁾ Über die formelle Anlage des Werks sei nur nebenbei bemerkt, daß sie auf eine mangelhafte Durcharbeitung des nationalökonomischen Stoffs schließen läßt. Das tritt schon darin deutlich zutage, daß die gleichen Fragen öfter an drei, vier verschiedenen Stellen behandelt werden. Diese Mängel des Werks sind übrigens auch von Rezensenten, die den prinzipiellen Standpunkt Wilbrandts teilen, zugegeben worden. Herkner macht aber in seinem Referat in der „Deutschen Literaturzeitung“ (31. Jahrg., Nr. 24) den eigentümlichen Versuch, diese Mängel des Buchs damit zu entschuldigen, daß sich der Verf. nur an seine „Hörer und Freunde“ gewendet habe. Vielleicht bestimmt nach diesem Grundsatz ein Verfasser nächstens ein Werk für „Hörer, Freunde und solche Rezensenten, die es günstig anzeigen wollen“. Das fragliche Buch Wilbrandts ist nicht etwa als Manuskript gedruckt worden, sondern hat sich auf dem gewöhnlichen buchhändlerischen Wege an die gesamte Öffentlichkeit gewendet. Da muß es sich auch gefallen lassen, nach dem Grundsatz behandelt zu werden: Wer bauet an den Straßen, der muß sich meistern lassen.

Herkner wendet sich in seinem Referat, das überhaupt den Eindruck macht, als sei es in erster Linie zur Verteidigung Wilbrandts gegen die oben erhobenen Angriffe geschrieben, auch gegen meine Charakteristik Wilbrandts als eines Mitglieds der Schule Schmollers. Wilbrandt sei viel weniger Schüler Schmollers, als vielmehr Schüler von anderen Nationalökonomern wie Lexis, Bücher, Sombart, Max Weber u. a. Mir ist es doch aber wahrlich bei meinen Ausführungen oben — das hätte auch Herkner sich leicht klar machen können — nicht darauf angekommen, eine Analyse der wissenschaftlichen Einflüsse zu geben, die auf Wilbrandts geistige Entwicklung wirksam gewesen sind, und ihr gegenseitiges Verhältnis abzuschätzen. Wenn man die Frage im letzteren Sinne stellt, dann mag Herkner ruhig recht behalten, daß Wilbrandt von den vorgenannten sowie vor allem von Marx selbst mehr angenommen hat als von Schmoller. Diese Frage hatte jedoch für mich wirklich nicht im geringsten Interesse. Mir kam es nur darauf an zu zeigen, daß in der Beziehung Wilbrandt unzweifelhaft Schmollers Schüler ist, daß er von diesem die Auffassung übernommen hat, die Volkswirtschaftslehre habe Forderungen an das Leben zu stellen. Diese Auffassung ist, wie auch Herkner nicht wird bestreiten wollen, in der Hauptsache das geistige

wohlstandes und seiner Steigerung durch die Fortschritte der Technik, der wirtschaftlichen Organisation usw., an der zwar im einzelnen sehr viel auszustellen und zu ergänzen ist, gegen die aber prinzipielle Bedenken nicht zu erheben sind. An das erste Buch, in dem öfter ein gewisser Optimismus zum Ausdruck gelangt, in dem es u. a. als die feststellbare und erstaunliche Tatsache unserer Zeit bezeichnet wird, daß „unser Volk als Ganzes, trotz seiner Vergrößerung auf mehr als das Doppelte auf demselben schon lange voll besiedelten Boden doch zugleich die Ernährung pro Kopf steigern und verbessern konnte“, schließt sich dann aber ein zweites Buch über die soziale Frage an, das man, schon stutzig geworden durch manche Ausführungen im ersten Buch, so z. B. die über das Geld, S. 47, mit wachsender Verwunderung lesen wird. Daß zwischen dem ersten und dem zweiten Buche eine tiefe Lücke klafft, daß es unverständlich erscheint, wie manche Anschauungen des ersten Buches mit denen des zweiten Buches zusammen von dem gleichen Autor vertreten werden können, sei nur nebenbei bemerkt. Die Darlegungen über die soziale Frage beginnen mit einer Schilderung der „Eindrücke des Lebens“. Diese Schilderung soll hier wörtlich folgen, um auch von der ganzen Schreibweise des Buches eine Vorstellung zu geben. Die Darstellung läßt klar erkennen, daß der Verfasser oder richtiger der Dozent sich weniger an den Intellekt als an den Willen seiner Zuhörer wendet. Sie ist offenbar weniger dazu da, die Kenntnis von ökonomischen Tatsachen und Zusammenhängen zu vermitteln, als vielmehr dazu, das soziale Gewissen zu erwecken, die Stimmung im Hörer hervorzurufen, die ihn für sozialpolitische Eingriffe aller Art geneigt macht. Nicht Erkenntnisse, wie in den übrigen Wissenschaften, werden bei dieser Art der Behandlung der Nationalökonomie überliefert, sondern der ganze Betrieb ist darauf eingestellt, Gesinnungen bestimmter Art zu erzeugen. Es heißt da bei Wilbrandt:

„a) Luxus und arbeitsloses Genußleben. Champagner-Massenkonsum (die Inserate!), moderne Diners, Bälle, Wohnungseinrichtungen, Luxus-

Eigentum Schmollers, er hat sie als neues wissenschaftliches Prinzip feierlich in die Volkswirtschaftslehre eingeführt, er war der Erfinder dieser neuen Mode, die jetzt nach Herknerns Ausdrucksweise schon die alte Mode geworden ist. Und darum war ich im Recht, Wilbrandt als Schüler Schmollers zu bezeichnen; er setzt mit den Werturteilen, die er im Namen der Wissenschaft fällen zu können glaubt, nur die Traditionen der Schmollerschen Schule fort, zeigt freilich zugleich, wohin die Schmollersche Methode, politische Forderungen im Namen der Wissenschaft zu erheben, die in sich kein Maß und Ziel hat, schließlich führt.

hotels, Luxuszüge, Sommer- und Winterorte der eleganten Welt, Yachten, Autos, Toiletten usw. — Diese Luxuskonsumtion nimmt Kraft und Zeit in Anspruch, züchtet Übersättigung, Blasiertheit, Raffiniertheit und Geistreichigkeit, im Gegensatz zur wirklichen Menschenkultur: Kunst, Naturleben, Religiosität, Erkenntnis, Charakter, Bildung von Körper und Seele.

b) Das ansteckende Beispiel. Allgemeine Steigerung der Lebensgewohnheiten. „Pflichten der Geselligkeit“, Opfer für Karriere und Konnexionen der Söhne, „glänzendes Elend“. Der gebildete Mittelstand, der nicht mitkann. Hinausschieben der Heirat, Verzicht auf die Ehe, Junggesellentum und alte Jungfern. Teuerung der Kunstdarbietungen (Oper, Theater), so daß oft für die Gebildeten unerschwinglich.

c) Das Elend. Mangel an dem Wenigen was nötig ist, um glücklich sein und sich menschlich entwickeln zu können in der Freude an Kultur und Natur, an Familie, an gesundem Dasein: das enggedrängte Wohnen der Masse in der wachsenden Stadt, jahraus jahrein im einstöckigen Hof, ohne Ferien, ohne Natur; das Heranwachsen der Kinder! Die Erwerbsarbeit der Hunderttausende von Müttern: Nähmaschine in jeder Wohnung, Heimarbeitsbündel, dreifache Überlastung der Frau, zerrissen von Erwerbsarbeit, Kindern, Haushalt; Fabrikarbeit verheirateter Frauen, Kinderverwahrlosung und Kindersterblichkeit, sechzehn und mehr Stunden tägliche Arbeit dieser Frauen. Kinderelend: Unterernährung (neue englische Enqueten, Feststellung von Entartung infolge Nahrungsmangels) und Überarbeitung der Kinder durch Erwerbsarbeit außer der Schulzeit (deutsche Enqueten, die Erfahrung der Lehrer mit erwerbstätigen Kindern). Die Welt der Heimarbeit. Typische Hauptnahrung: Kartoffeln und „Kaffee“, ständige Überarbeitung, Hungersnöte in den Krisen (Bericht des englischen Oberhauses über die Heimarbeit, deutsche Enqueten, aufgehäufte Literatur, Heimarbeitsausstellung). Die Hausweber: Hauptmanns „Weber“, ein Bild der Gegenwart, auf Grund seiner Studienreise im Erzgebirge, Anfang der 90er Jahre (vgl. meine Bücher „Die Weber in der Gegenwart“ und Arbeiterinnenschutz und Heimarbeit“). Bettler, Krüppel, Landstreicher; Gegensatz dieser Arbeitslosigkeit gegen die des Genußlebens! Die Arbeitenden: Eindrücke vom Aussehen, vom Fabriklärm und Staub; Arbeitsdauer, Hast der Intensität, Tuberkulose: an ihr starben im Jahre 1903 in Preußen allein 70 000, von ganz Deutschland fielen im Krieg von 1870 40 000; Frankreich verliert jährlich an Tuberkulose 150 000, im Krieg von 1870 an Gefallenen 80 000. Empfänglichkeit der durch Überanstrengung, Wohnungselend und Trunksucht geschwächten (Zusammenhänge!); Tuberkulose: die Krankheit des Elends. Bei Seuchen (Cholera) und überhaupt: Mortalitätsunterschiede! Zwei Arten Elend: Elend aus Naturereignissen (trifft alle) und soziales Elend (Nebeneinander der Gegensätze).“

Im Anschluß an diese Schilderung der „äußeren Tatsachen“ folgt die Erklärung der sozialen Kontraste. Damit kommen wir zu dem eigentlichen Kern des Buches, der Anschauungsweise, die die Ausführungen des zweiten Buches zusammenhält und sich wie ein roter Faden durch das Ganze hindurchzieht. Was Wilbrandt

hier gibt, das ist nicht eine objektive Analyse der Zusammenhänge des Wirtschaftslebens, wie man sie von der Wissenschaft erwartet, sondern das ist nichts anderes als eine Beurteilung der heutigen Wirtschaftsordnung und insbesondere der Einkommensverteilung in ihr vom Standpunkte eines bestimmten ethischen Ideals, nämlich vom Standpunkte des biblischen Satzes aus: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.“ Nach Wilbrandt ist nur dasjenige Einkommen berechtigt, das auf Grund von Arbeitsleistungen bezogen wird, alles andere Einkommen ist moralisch verwerflich. Und die Aufgabe der nationalökonomischen Wissenschaft besteht ihm nun darin, die einzelnen Einkommenszweige sowie die Gesamteinkommensverteilung in der modernen Volkswirtschaft am Maßstab dieses ethischen Ideals zu messen. Wie er zu diesem Ideal gekommen ist, worin die wissenschaftliche Begründung desselben besteht, so daß die Wissenschaft berechtigt ist, die Dinge mit diesem Maßstab zu werten, darüber sagt er bezeichnenderweise nichts. Und er hat klug daran getan. Denn wenn er versucht hätte, seinen ethischen Standpunkt wissenschaftlich zu begründen, dann wäre ihm vielleicht die Erkenntnis aufgegangen, daß die Wissenschaft überhaupt nicht imstande ist, über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit ethischer Ideale zu entscheiden, daß das nicht eine Sache des Wissens, sondern des Glaubens, nicht der reinen Vernunft, sondern der praktischen Vernunft ist, um mit Kant zu sprechen¹⁾. Vor dieser gefährlichen Erkenntnis, mit der sein

¹⁾ Diese Bezugnahme auf Kant gibt Dr. K. Drill in einem Artikel des Literaturblattes der Frankfurter Zeitung über „Wunschlose Nationalökonomie“ Veranlassung (Nr. 36 vom 5. Februar 1911), mich zu belehren, daß ich mich zu Unrecht für meine Auffassung auf die Autorität Kants berufen hätte. Kant habe die Begründung der Ethik nicht für eine Sache des Glaubens, sondern des Wissens gehalten, das Sittengesetz sei ihm ein Faktum usw. usw. Dr. Drill hat aber das schwere Geschütz seiner tiefgründigen Kantkenntnis umsonst gegen mich aufgeföhren. Es ist mir nicht eingefallen, mit den Worten im Text Kant als Schwurzeugen für die Richtigkeit meiner Anschauung anrufen zu wollen — solche Autoritätenbeweise sind überhaupt nicht nach meinem Geschmack —, sondern sie enthalten weiter nichts als eine Anspielung auf zwei durch Kant in der Wissenschaft bekannt gewordene Ausdrücke, deren Anwendung mir dazu dienen soll, den Gegensatz, um den es sich hier handelt, recht deutlich zu markieren. Die Vorwürfe, die mir Dr. Drill wegen meiner angeblichen ungenügenden Kantkenntnis macht, sind also lauter Luftthiebe.

Bemerkenswert ist an Drills Ausführungen noch das Zugeständnis, daß der Kathedersozialismus, den der Verfasser im übrigen möglichst in Schutz zu nehmen sucht, bisher nichts Erhebliches geleistet habe, um die ethischen Prinzipien, die seinen Werturteilen zugrunde liegen, in wirklich wissenschaftlicher Weise zu begründen. Darin liegt ein vernichtendes Urteil über diese wissenschaftliche Richtung.

ganzes Lehrgebäude, ebenso wie das des Kathedersozialismus überhaupt, wie ein Kartenhaus zusammengebrochen wäre, hat er sich dadurch bewahrt, daß er das Moralische nach dem bewährten Rezept behandelt hat, als ob es sich von selbst verstehe. Er dekretiert z. B. einfach bei der Besprechung der Leistungen, die die Unternehmer als Betriebsdirektoren vollbringen: „Das rechtfertigt das Gehalt des Direktors, nicht aber den Gewinn der Aktionäre“ (S. 106). Durch solche, wohl mit demselben „kraftvollen Pathos“, das Wilbrandt an Schmoller rühmt, vorgetragene Urteile wird den Studenten zwar kein Beweis für die Richtigkeit der kathedersozialistischen Anschauung gegeben, wohl aber wird versucht, sie mit suggestiver Kraft in ihnen wieder zu erzeugen.

Das Entscheidende dabei ist aber, daß Wilbrandt in die eigentliche volkswirtschaftliche Funktion des arbeitslosen Einkommens in der modernen Volkswirtschaft keine rechte Einsicht besitzt. Vor lauter sittlicher Entrüstung übersieht er, wozu heute

Über ein Menschenalter beherrscht sie nun die deutschen Hochschulen und sie zählt auch außerhalb der Hochschulen zahlreiche Anhänger, aber sie hat nichts getan, um die Prinzipien, die die wichtigste Voraussetzung ihrer wissenschaftlichen Arbeit bilden, klar zu formulieren und zusammenhängend zu begründen. So mag man meinetwegen in der Politik verfahren — und daß die Kathedersozialisten im Grunde alle überwiegend Politiker sind, darin liegt ja auch der Schlüssel zum Verständnis dieser eigentümlichen Erscheinung —, den Grundsätzen einer voraussetzungslosen Wissenschaft kann die Anwendung von ethischen Prinzipien, ohne daß über deren Ursprung Rechenschaft abgelegt wird, niemals entsprechen.

Das Schlußergebnis, zu dem Dr. Drill kommt, ist von dem hier vertretenen Standpunkt, trotz aller Opposition gegen mich, übrigens gar nicht so weit entfernt. Er fordert eine Dreiteilung der nationalökonomischen Forschung. Davon soll der eine Teil der exakten Untersuchung der bisher so arg vernachlässigten Prinzipien des ethisch-politischen Urteilens gewidmet sein — eine Forderung, die auch von mir erhoben worden ist. Dr. Drill freilich gibt sich der Hoffnung hin, daß diese Untersuchung zur Aufstellung einheitlicher, allgemein anerkannter ethischer Prinzipien führen werde, die dann auch von der Wissenschaft in der Weise wie das heute geschehe, wieder zur Fällung wirtschaftspolitischer Urteile im Namen der Wissenschaft benutzt werden könnten. Diese Hoffnung vermögen wir nach dem, was wir unten über Individualismus und Nationalismus als letzte Gegensätze der Staats- und Gesellschaftsauffassung sagen, freilich nicht zu teilen.

Es ist darum auch irrig von Drill zu sagen, die „wuschlose Nationalökonomie“, wie er die neue Richtung etwas spöttisch nennt, verschütte wichtigste Probleme der nationalökonomischen Forschung. Gerade umgekehrt verhält es sich, wie die weiteren Darlegungen im Text zeigen werden: Der Wissenschaft werden neue Probleme von großer Tragweite gestellt, die bisher als ganz außerhalb der Nationalökonomie liegend angesehen wurden. Was verschüttet wird durch die Abweisung der politisierenden Methode, das sind nicht Quellen lebendiger Erkenntnis, sondern das ist ein Brunnen, dessen Wasser trübe und vergiftet war und das daher die wissenschaftliche Arbeit nicht zu befruchten vermochte.

das überwiegend den oberen Einkommensklassen zufließende arbeitslose Einkommen dient. Er stellt sich selbst die Sache so vor und stellt sie wiederum seinen Lesern an den entscheidenden Stellen so dar, als ob das arbeitslose Einkommen von seinen Beziehern nur zu einer im Grunde überflüssigen Konsumtion verwendet werde. So sagt er S. 79: „Von den 30 Milliarden, die das heutige deutsche Nationaleinkommen jährlich ausmacht, entfallen etwa 10 Milliarden auf „Einkommen aus Vermögen“. Sie geben ihren Empfängern für jährlich 10 Milliarden M. Verfügung über zu kaufende Waren, wie Speisen, Getränke, Luxusartikel, Kunstgegenstände, die sämtlich zur Herstellung Arbeit erfordern, erarbeitet werden müssen, um genossen werden zu können; über all diese Arbeit wird verfügt auf Grund von Einkommen, das „aus Vermögen“ also nicht aus Arbeit, herkommt, ohne eigene Arbeit zur Herstellung des Gesamt-Arbeitsprodukts bezogen wird. Mithin wird der dritte Teil des Gesamt-Arbeitsprodukts an die Bezieher des Einkommens „aus Vermögen“ abgegeben von all denen, welche die gesamten Produkte erarbeiten (Direktoren, Techniker, Arbeiter, Bauern, indirekt Lehrer, Beamte, Offiziere, Künstler usw.). Durchschnittlich: von aller Arbeit wird geleistet $\frac{2}{3}$ für die Arbeitenden selbst, $\frac{1}{3}$ für die Vermögensbesitzer, also jährlich 200 Arbeitstage für sich selbst und 100 Arbeitstage für die Besitzenden.“

Die Hauptverwendung des arbeitslosen Einkommens zur Vermehrung des Kapitals und die Tatsache, daß infolgedessen dieses Einkommen zum großen Teil gar nicht von den Reichen selbst in Form von Luxusartikeln, sondern von Arbeitern in Form von Gegenständen ihres Konsums verzehrt wird, ist hier also gar nicht in Betracht gezogen. Zwar hat Wilbrandt früher, im ersten Buche, einmal spöttisch von dem Dilemma gesprochen, in dem die Kapitalisten sich in bezug auf die Frage befinden: wieviel sparen, wieviel prassen? Allein im zweiten Buch hat er das vergessen, und vor allem weiß er nicht, daß die Einkommensbeträge, welche die reichen Klassen kapitalisieren, sich damit in Einkommen hauptsächlich der Arbeiter umwandeln, obwohl man das doch schon bei Adam Smith nachlesen kann. Das Übersehen dieser grundlegenden Tatsache ist eigentlich um so auffallender, als Wilbrandt im ersten Buche die gewaltige Bevölkerungszunahme der neueren Zeit besprochen hat. Für diese rasch wachsende Bevölkerung mußten doch Wohnungen geschaffen, es mußten entsprechend mehr Fabriken und andere Produktionsanlagen errichtet werden usw. Woher wohl hätten die Mittel hierzu kommen sollen, wenn man

das ganze Volkseinkommen direkt verzehrt und nicht einen sehr beträchtlichen Teil dem unmittelbaren Konsum entzogen hätte, um ihn für die Kapitalbildung, in der Wilbrandt immer nur die eine Seite der Vermögensmehrung der Besitzenden sieht, zu verwenden?

Da war Karl Marx doch wirklich viel klüger als sein Schüler Wilbrandt. Er wußte genau, daß der Arbeiter in keiner Gesellschaftsordnung unter im übrigen gleichbleibenden Umständen den vollen Arbeitsertrag erhalten könne, sondern daß sich der Arbeiter immer vom Werte seines Produkts Abzüge gefallen lassen müsse, und zwar gilt das ja ganz besonders in einer an Menschen zunehmenden Volkswirtschaft. Unter den Posten, die vom Volkseinkommen nach Marx abgezogen werden müssen, ehe sich das ergibt, was für den Konsum verteilt werden kann, befinden sich als Nr. 2 zusätzliche Teile für Ausdehnung der Produktion. Mit Recht bemerkt hierzu der auch von Wilbrandt in seiner sonst etwas einseitig zusammengestellten Literaturauswahl empfohlene Philippovich: „die »zusätzlichen Teile für Ausdehnung der Produktion«¹⁾ stellen die Kapitalbildung dar, die heute im wesentlichen durch Vermittlung der Klassen mit höherem Einkommen vor sich geht. Dies ist der wichtigste Abzug, der am Arbeitsertrag gemacht wird, weil von ihm die Möglichkeit der Erhaltung einer wachsenden Bevölkerung abhängt.“

Im besten oder hier richtiger im schlimmsten Falle kann nach den Berechnungen, die über den Umfang der Spartätigkeit in solchen Ländern wie Deutschland vorliegen, kaum von der Hälfte des arbeitslosen Einkommens das gesagt werden, was Wilbrandt an der vorhin mitgeteilten Stelle ganz allgemein von ihm sagt. Die größere Hälfte dient der Kapitalbildung, wird also gar nicht von den ursprünglichen Beziehern dieses Einkommens, sondern von ganz anderen Personen, z. B. den Arbeitern, die neue Häuser, neue Hochöfen oder Fabriken bauen, neue Eisenbahnen oder Kanäle herstellen, neue Maschinen u. dgl. anfertigen, verzehrt.

Diese grundlegenden Zusammenhänge unseres Wirtschaftslebens kommen bei Wilbrandt nicht zu der Geltung, die sie beanspruchen können. Freilich, wenn er sie gebührend berücksichtigt hätte, dann fehlte auch der Kritik, die er an der Einkommensverteilung in der modernen Gesellschaftsordnung übt, eine ihrer wichtigsten Voraussetzungen!

In diesem Verfahren, Kritik an der Einkommensverteilung und

¹⁾ Grundriß der politischen Ökonomie, 2. Bd. 2. Teil, S. 207.

ihren Entwicklungstendenzen zu üben, steht nun Wilbrandt aber nicht etwa allein, sondern er folgt damit nur der in der herrschenden nationalökonomischen Richtung fast allgemein üblichen Sitte. Welches Lehrbuch der deutschen Nationalökonomie man auch zur Hand nehmen mag, regelmäßig mündet die Betrachtung der Einkommensverhältnisse in eine Kritik der gegenwärtigen Einkommensverteilung vom Standpunkte eines bestimmten Ideals der Einkommensgestaltung aus, und daran schließen sich dann oft gleich Vorschläge zu Eingriffen der öffentlichen Gewalt behufs Korrektur der jetzigen Zustände an. Darin, daß in dieser Art an den Tatsachen Kritik geübt und diese Kritik sogar als eine fast selbstverständliche Aufgabe der Wissenschaft angesehen wird, stimmt heute die Mehrzahl der nationalökonomischen Lehrbücher überein¹⁾ — einen besonders breiten Raum widmet Ad. Wagner in seiner „Grundlegung“ solchen Betrachtungen —, nur das Ideal der Einkommensverteilung, von dem aus die Kritik an den bestehenden Verhältnissen erfolgt, zeigt beträchtliche Verschiedenheiten. So weit wie Wilbrandt, überhaupt das arbeitslose Einkommen im Prinzip für unberechtigt zu erklären, gehen nur wenige, wenn als letztes Ziel der Einkommenspolitik allerdings auch, wie Philippovich richtig bemerkt, oft die Hemmung der Besitz- und Renteneinkommen zugunsten der Arbeitseinkommen bezeichnet wird. Die wünschenswerte Einkommensverteilung, die der Mehrzahl der Nationalökonomien heute als Ideal gilt, besteht wohl in einer Gestaltung der Einkommenspyramide, bei der auch die mittleren Einkommensklassen relativ stark vertreten sind, obwohl gerade gegen dieses Ideal von sozialistischer Seite triftige Einwendungen im Interesse der Lohnarbeiter erhoben worden sind, deren Lage bei einer starken Vertretung der mittleren Einkommensschichten sich ungünstiger gestalten könne als bei einer Einkommensverteilung, bei der zwischen Reich und Arm die Übergänge in geringerem Maße vorhanden sind²⁾. Namentlich die ganz großen Einkommen und Vermögen werden dabei von den Vertretern der Wissenschaft gern als jeder Berechtigung und jedes vernünftigen Zwecks entbehrend hingestellt. Die Größe dieser Konzentrationen lasse sich unmöglich rechtfertigen, denn es handle

¹⁾ S. z. B. auch den von R. Mayer verfaßten Artikel »Einkommen« im Handwörterbuch der Staatswissenschaften (3. Auflage, Bd. III), in dem ein besonderer Abschnitt „Die wünschenswerte Gestaltung des Einkommens und die Einkommenspolitik“ behandelt.

²⁾ Bernstein, Die heutige Einkommensbewegung und die Aufgabe der Volkswirtschaft. Berlin 1902, S. 34 ff.

sich um Größen, „die“, so drückt sich z. B. G. Cohn einmal wörtlich aus, „ihren Besitzern selber zum Unheil gereichen und jedem vernünftigen Maßstabe eines kulturgemäßen Bedarfs Trotz bieten“¹⁾.

Nicht darum handelt es sich, zu diesen verschiedenen Idealen hier Stellung zu nehmen und eines von ihnen als das Richtige zu erweisen²⁾, sondern im Gegenteil, es soll die Berechtigung, überhaupt solche Ideale in wissenschaftlichen Untersuchungen zu verwenden, in Frage gestellt werden. Daß aber das letztere Verfahren heute fast allgemein in der deutschen Wissenschaft üblich ist, daran kann wohl kein Zweifel bestehen. Es sei dafür nur noch ein Zeuge, der gewiß unverdächtig ist, angeführt. Philippovich schreibt in seinem Grundriß der Politischen Ökonomie³⁾ folgendes:

„Auf Grund einer von solchen Urteilen ausgehenden Betrachtung der Verteilung des Volkseinkommens in der heutigen Volkswirtschaft hat man die folgenden Forderungen erhoben, welche man als die wesentlichen, in der deutschen Nationalökonomie aufgestellten Ziele einer Einkommenspolitik bezeichnen kann: a) Bekämpfung der Bildung von übermäßig großen Einkommen auf inkorrektem Wege; b) Hemmung der Bildung von übermäßig großen Einkommen; c) Ausgleichung der Einkommen der Klassen und Berufe nach dem Werte ihrer Leistungen; d) Hebung des Einkommens der unteren arbeitenden Klassen, eventuell auch auf Kosten der Besitzenden.“

Auch Philippovich selbst, dessen „Grundriß“ von allen heute vorhandenen deutschen Lehrbüchern der Nationalökonomie dem Ideal einer möglichst unpolitischen Behandlung der Probleme der Wirtschaftspolitik gewiß noch am nächsten kommt, lehnt es nicht etwa als Aufgabe der Wissenschaft ab, Kritik an den bestehenden Einkommenszuständen zu üben und Ideale für die Einkommensverteilung aufzustellen. Gegen diejenigen, welche die Hemmung der Besitz- und Renteneinkommen zugunsten der Arbeitseinkommen als letztes Ziel der Einkommenspolitik hinstellen, macht er allerdings große Bedenken geltend. Aber das Verfahren, in

¹⁾ Wenn im Reichstage von sozialdemokratischer Seite das Einkommen bestimmter einzelner Familien, wie es z. B. mit demjenigen der Familie Krupp im Winter 1910/11 geschah, als unsinnig hoch bezeichnet wird, so ziehen damit die Sozialdemokraten nur die praktischen Konsequenzen aus den allgemeinen Sätzen, welche die Kathedersozialisten aufgestellt haben.

²⁾ Wer in aller Kürze die Haupteinwände kennen lernen will, die sich gegen eine Wirtschaftsordnung erheben lassen, die als Maßstab der Einkommensverteilung nur die von jedem geleistete Arbeit gelten läßt, sei z. B. auf den trefflichen Aufsatz von A. Voigt in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung (Nr. 2, 3 u. 4 vom Jan. 1910) über die Arbeit und ihren Lohn aufmerksam gemacht.

³⁾ 2. Band, Volkswirtschaftspolitik, 2. Teil, S. 195.

der Wissenschaft Ideale für die Einkommensverteilung aufzustellen, hält er an sich für zuverlässig und er schließt sich selbst dem herrschenden Gebrauch an, indem er schreibt:

„Was als gerechte Einkommensverteilung angesehen wird, ist nicht die gleiche Verteilung der Einkommen, auch nicht eine Verteilung der Einkommen nach den Bedürfnissen der einzelnen, sondern eine solche Verteilung, welche die Kontinuität der größtmöglichen Leistungsfähigkeit aller Kräfte des Volkes sichert. Bei welcher Verteilung diese Bedingung erfüllt ist, darüber werden die Urteile nach Zeiten und Völkern verschieden sein. Immerhin aber lassen sich für jede Zeit gewisse Kulturideale feststellen, und zu diesen gehört in der Gegenwart gewiß das der Hebung der unteren Klassen, der Förderung und Sicherstellung des Einkommens der Besitzlosen, der arbeitenden Klassen, und zwar nicht nur aus dem Grunde des Mitleids mit der dürftigen, in manchen Fällen unzureichenden Lebenshaltung der Angehörigen dieser Klassen, sondern auch aus dem Grunde, weil wir die Überzeugung haben, daß durch die Hebung des Einkommens der unteren Schichten der Gesamtheit Kräfte gewonnen werden, welche ihre Leistungsfähigkeit auf dem Gebiete der Produktion, der gesellschaftlichen Ordnung, der geistigen Kultur zu erhöhen imstande sind, während sie bei ungenügendem Einkommensstand verloren gehen.

Nach diesen Darlegungen ist es wohl nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, es ist heute in der deutschen nationalökonomischen Wissenschaft eine weitverbreitete Übung, die Tatsachen nicht nur darzustellen und ihre Zusammenhänge zu untersuchen, sondern sie zugleich vom Standpunkte bestimmter moralisch-politischer Ideale aus zu bewerten und zu kritisieren. Vor allem auch bei der Erörterung des Arbeitslohns und der wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter wird regelmäßig nach dieser Methode verfahren. Wie erst das Einkommen der besitzenden Klassen für ungerechtfertigt hoch erklärt wurde, so wird nun der Arbeitslohn für zu niedrig, für nicht ausreichend zu einer angemessenen Befriedigung der Lebensbedürfnisse der Arbeiter erklärt. Darf man doch ruhig als den gemeinsamen Ausgangspunkt der kathedersozialistischen Lohntheorien die Überzeugung — denn nur um eine solche, nicht um eine wirkliche Erkenntnis handelt es sich dabei — hinstellen, daß der Arbeiter, wenigstens wenn er isoliert, d. h. nicht gewerkschaftlich organisiert ist, in der heutigen Wirtschaftsordnung nicht das Einkommen erhalte, das ihm von Rechts wegen gebühre. Von dieser willkürlich angenommenen Voraussetzung aus werden heute von zahlreichen Nationalökonomen die Fragen des Arbeitslohnes behandelt. Namentlich bei der Besprechung des Gewerkvereinswesens tritt das klar hervor. Deshalb seien hier der Art und Weise, wie

das Gewerkvereinswesen in den Schriften echter Kathedersozialisten erörtert wird, noch einige Worte gewidmet. Es wird sich da deutlich zeigen, wie die Erscheinung der Arbeiterfachvereine von der deutschen Nationalökonomie der Gegenwart ganz überwiegend unter politischen Gesichtspunkten betrachtet wird.

Bei der Besprechung des Gewerkvereinswesens sieht nämlich der Kathedersozialismus seine Aufgabe nicht etwa einfach nur darin zu untersuchen, welchen Einfluß die Arbeiter auf dem Wege des Zusammenschlusses auf die Lohnhöhe usw. auszuüben vermögen und durch Anwendung welcher Mittel im einzelnen sie diesen Einfluß eventuell erlangen — dieses Thema, das bei einer rein nationalökonomisch-wissenschaftlichen Behandlung des Gegenstandes durchaus im Vordergrund der ganzen Untersuchung stehen müßte, wird meist sehr rasch und ziemlich oberflächlich abgemacht —, sondern der Hauptnachdruck wird darauf gelegt, die Löhne, welche die Arbeiter mit Hilfe ihrer Organisation erlangen, als berechtigt, als diejenigen erscheinen zu lassen, die der Arbeiter auf Grund einer wirklich „gerechten“ Einkommensverteilung beanspruchen kann. Die Betrachtung des Gewerkvereinswesens in der heutigen deutschen Nationalökonomie ist viel weniger unbefangene Erklärung, als vielmehr Rechtfertigungslehre. Zum Zweck der Rechtfertigung der Gewerkvereine und ihrer Tätigkeit sind schon eine ganze Reihe von Theorien aufgestellt worden, die von vielen offenbar schon als ein fester Besitzstand der Wissenschaft angesehen werden, denn sie kehren bei zahlreichen Autoren in fast gleicher Form wieder. Wenigstens einige der wichtigeren dieser Theorien seien hier kurz aufgeführt, weniger um eine eingehende Kritik an den tatsächlichen Voraussetzungen, von denen sie ausgehen, zu üben, — obwohl wir das im Vorübergehen auch tun wollen — als um ihren ausgeprägt politischen Charakter darzulegen, d. h. um zu zeigen, wie sie gar nicht dem Bedürfnis, bestimmte, ohne sie nicht recht verständliche Erscheinungen zu erklären, ihre Entstehung verdanken, sondern wie sie nur Rechtfertigungsversuche des Gewerkvereinswesens sind, wie sie dasselbe als sozial wertvoll und nützlich erweisen sollen.

Wir haben da einmal die Theorie vom letzten Druck, den der Arbeiter im Wirtschaftsleben auszuhalten hat. Diese Theorie wird insbesondere von Sidney und Beatrice Webb in ihrem bekannten Werk über Theorie und Praxis der englischen Gewerkvereine ¹⁾

¹⁾ Deutsch von C. Hugo, Stuttgart 1898. Nach Schmollers Urteil hat erst mit diesem Buch die wissenschaftliche Behandlung des Gewerkvereinswesens be-

vertreten, das auch von der deutschen Wissenschaft viel beachtet worden ist und auf sie starken Einfluß geübt hat. Das Ehepaar Webb gibt da in dem Kapitel über das Feilschen des Marktes im zweiten Bande eine höchst einseitige, Wahres und Falsches wunderlich mischende Schilderung von den Wirkungen, die das Streben des Konsumenten, alle Gegenstände seines Bedarfs möglichst billig einzukaufen, in Verbindung mit der unter den Verkäufern bestehenden Konkurrenz schließlich auf die Lage des Arbeiters haben müsse. Der Konsument, der die Gunst seiner Kundschaft unter den Ladengeschäften, in denen er einkauft, nach seinem souveränen Belieben verteilen kann, drückt zunächst auf die Verkaufspreise im Kleinhandel, indem er jede Ware da kauft, wo er sie ein paar Pfennig billiger bekommen kann, als wo anders. Der Kleinhändler gibt diesen Druck auf den Großhändler weiter und die Großhändler drücken auf die Verkaufspreise der Fabrikanten, indem sie dabei die zwischen den Verkäufern bestehende Konkurrenz nach Möglichkeit auszunutzen suchen. Der Fabrikant endlich sucht sich, um bei dem beständigen Druck auf die Verkaufspreise seiner Produkte überhaupt noch einen Gewinn zu erzielen, an den Löhnen seiner Arbeiter schadlos zu halten. So hat der Arbeiter das ganze Gewicht dieses Druckes auszuhalten. „Das Streben nach Billigkeit, dessen unbewußte Quelle der Konsument ist, wächst in dem Maße an Stärke, als es von einer Stufe der Verträge zur anderen vermittelt wird, bis es schließlich mit seinem ganzen angewachsenen Gewichte wie ein Alp auf die Subsistenzmittel des isolierten Arbeiters drückt“¹⁾. Der Arbeiter ist also nach dieser Auffassung, wie die Börsensprache sich ausdrückt, „der letzte, den die Hunde beißen.“

Das Willkürliche und Unvollständige dieser Betrachtungsweise braucht nur kurz angedeutet zu werden. Zunächst ist es schon sehr übertrieben, den Verkäufer als den unter allen Umständen vom Käufer abhängigen zu betrachten; es gibt ebensogut Fälle im Wirtschaftsleben, wo der Käufer vom Verkäufer abhängig ist. Vor allem aber fragt es sich, wie groß ist diese Abhängigkeit,

gonnen — für diejenigen Nationalökonomten, die wie Brentano u. a. schon vor den Webbs über die Gewerkvereine größere Arbeiten veröffentlicht haben, ein etwas bitteres Wort. Daß auch die Webbsche Darstellung der Gewerkvereine, trotzdem sie unsere Einsicht in das Wesen der Gewerkvereine unzweifelhaft erheblich gefördert hat, noch zu starken wissenschaftlichen Bedenken Anlaß gibt, lassen die Darlegungen im Text erkennen.

¹⁾ A. a. O., Bd. II, S. 201.

wie weit muß der Verkäufer dem vom Käufer ausgehenden Druck nachgeben? Muß sich der Verkäufer diesem Druck nur immer willenlos fügen, dann ist es ja eigentlich ein Wunder, daß überhaupt noch eine so zahlreiche Arbeiterklasse existiert. Daß letztere trotz diesem beständigen Druck existieren kann und dabei sowohl an Zahl wächst, wie auch in ihrer Lebenshaltung sich gehoben hat, erklärt sich sehr einfach folgendermaßen. Sobald wir näher zusehen, wer eigentlich die Konsumentenklasse ist, die diesen ungeheuren Druck ausübt und von ihm den Vorteil billiger Versorgung mit den Gütern ihres Bedarfs hat, müssen wir ja zu dem Ergebnis kommen, daß die Arbeiterklasse selbst gleichzeitig auch den Hauptbestandteil der Masse der Konsumenten bildet. Daraus ergibt sich aber, daß der Vorgang, der den Arbeiter als Produzenten schädigt, ihm als Konsumenten im Großen Ganzen der Volkswirtschaft wieder zugute kommen muß — Abweichungen und Ausnahmen im einzelnen natürlich zugegeben. Es ist eben eine ganz unhaltbare volkswirtschaftliche Betrachtungsweise, den Konsumenten als das selbständige Anfangs- und den Arbeiter oder Produzenten als das ebenso selbständige und für sich dastehende Endglied einer wirtschaftlichen Personenreihe zu betrachten. Wenn wir diese Reihe von Anfang bis zu Ende durchgehen, so sind wir vielmehr zugleich wieder beim Anfang angelangt. Anfangsglied und Endglied sind identisch, sind durch Personalunion verbunden, d. h. es handelt sich um eine in sich geschlossene Kette, bei der es eigentlich nirgends Anfang oder Ende gibt, oder bei der man ebensogut jedes Glied als Anfang oder auch als Ende betrachten kann¹⁾.

Diese doch so einfachen und ganz offen zutage liegenden volkswirtschaftlichen Zusammenhänge kommen in der Webbschen Theorie nicht zu ihrem Recht. Die Webbsche Theorie vom letzten und stärksten Druck, den der Arbeiter auszuhalten hat, soll ja offenbar auch nur dazu dienen, die Notwendigkeit der Gewerkvereinsbildung für die Arbeiter zu erweisen; das ist ihr eigentlicher Zweck. Die Gewerkvereine werden als Bollwerke dargestellt, welche die Arbeiter aufführen, um den auf ihnen lastenden Druck

¹⁾ Gegenüber manchen in der deutschen Wissenschaft umgehenden Theorien, die einfach dem Unternehmer die Schuld für den auf dem Arbeiter lastenden Druck aufbürden wollen, bedeutet übrigens die Auffassung der Webb, welche richtig den Konsumenten als die letzte Ursache des auf den Arbeiter ausgeübten Drucks bezeichnet, schon einen großen Fortschritt. Die Webbs dringen wenigstens bis zum letzten Glied der Kette vor, wenn sie auch nicht erkennen, daß die Kette eine geschlossene ist.

abzuwehren oder wenigstens seine Härte zu mildern, ähnlich wie sich auch sonst die Verkäufer zur Errichtung solcher Bollwerke zusammenschließen, um sich dem Druck, den die Käufer auf die Preise auszuüben suchen, zu entziehen. Gewiß ist es nun ein sehr richtiger Gedanke, die Organisationen der Arbeiter mit den Organisationen anderer Verkäufer in Parallele zu stellen, und auch die Bezeichnung dieser Verbände als Bollwerke kann man sich gefallen lassen. Es wird aber dabei nicht einfach untersucht, wo solche Bollwerke sich aufführen lassen und welche Veränderungen sie im Wirtschaftsleben hervorrufen, sondern dadurch, daß diese Ausführungen in Verbindung mit der Lehre vom letzten vom Arbeiter auszuhaltenden Druck auftreten, wird von vornherein zum mindesten den Bollwerken der Arbeiter der Anschein einer höheren Notwendigkeit gegeben. Die Gewerkvereinstheorie des Ehepaares Webb ist nicht moralisch farblos, wie es doch jede echte wissenschaftliche Theorie sein muß, sondern in ihr steckt von allem Anfang an ein gut Stück moralisches Urteil mit. Sie ist so angelegt, daß die Gewerkvereine im Lichte einer Einrichtung erscheinen, die ein Übel wenigstens teilweise wieder zu beseitigen sucht, das den Arbeitern durch den Mechanismus der heutigen Wirtschaftsordnung unverdienterweise zugefügt wird.

Um diesen Zweck voll zu erreichen, ist dem Ehepaar Webb die Theorie vom letzten Druck, den die Arbeiter auszuhalten haben, anscheinend aber noch nicht ausreichend erschienen. Zur besseren Rechtfertigung des Gewerkvereinswesens tritt zu dieser Theorie bei den Webbs noch eine zweite hinzu, die mit der ersten in eine organische Verbindung gebracht ist. Das ist die Lehre von der ungünstigeren Stellung, in der sich der einzelne Arbeiter bei den Verhandlungen über den Abschluß des Arbeitsvertrags im Vergleich zum Arbeitgeber befindet. Das ist ohne Zweifel die zur Rechtfertigung des Gewerkvereinswesens heute am meisten verwendete Theorie; zumal in der deutschen nationalökonomischen Literatur kehrt sie unzählige Male wieder. Wir wollen sie daher auch in der Prägung, die sie in Deutschland bekommen hat, kritisch betrachten. Sie gehört sozusagen zum eisernen Bestand der Lehrsätze der kathedersozialistischen Nationalökonomie, sie bildet die Grundlage, auf der die ganze Schilderung des Arbeitsverhältnisses in der modernen Volkswirtschaft bei vielen modernen Sozialpolitikern sich aufbaut.

Namentlich von Brentano und seiner Schule wird mit besonderer Vorliebe immer wieder das Thema variiert, wie der isolierte Arbeiter beim Abschluß des Arbeitsvertrags benach-

teilt sei, wie ein Arbeiter für sich allein gar nicht den Lohn erlangen könne, der ihm zukomme. Um erkennen zu lassen, wie diese Theorie voll von willkürlichen Annahmen und moralischen Werturteilen steckt und wie sie ebenso wieder darauf abzielt, bei dem, dem sie vorgetragen wird, eine moralisch-politische Überzeugung, nämlich die von der Notwendigkeit des Gewerksvereinswesens in der modernen Wirtschaftsorganisation hervorzu-rufen, genügt es, sie auszugsweise in der Form wiederzugeben, in der sie Herkner in seine weitverbreitete Arbeiterfrage¹⁾ aufgenommen hat. Es heißt da:

„Der Arbeiter (erhielt) mit der rechtlichen Gleichheit beim Abschlusse des Arbeitsvertrags noch lange nicht die gleiche faktische Freiheit, deren sich der Arbeitgeber erfreute. Gibt man zu, daß nur dann eine echte Freiheit beim Vertragsabschlusse vorhanden ist, wenn jeder der Kontrahenten die Vorschläge des anderen ablehnen kann, ohne wesentlich empfindlichere Nachteile als der andere zu erfahren, so konnte von einem tatsächlich freien Arbeitsvertrage in der Regel nicht gesprochen werden. Der besitzlose Arbeiter konnte seine Arbeitskraft nur betätigen, wenn er einen Arbeitgeber fand, der ihm die zur Arbeit notwendigen Produktionsmittel zur Verfügung stellte. Kam ein Arbeitsvertrag nicht zustande, so war der Arbeiter im allgemeinen nicht in der Lage, aus eigener Kraft sein Leben zu fristen. Er fiel der Armenpflege mit all ihren entehrenden Folgen anheim. Der Arbeitgeber dagegen konnte, auch wenn es nicht möglich war, einen Arbeitsvertrag abzuschließen, entweder sein Vermögen und dessen Rente zur Lebensführung verwenden, oder selbst ohne Beiziehung von Hilfskräften arbeiten. So groß immer die wirtschaftlichen Nachteile sein mochten, die ihn trafen, wenn er keine fremden Arbeitskräfte erhalten konnte, den Vergleich mit dem Zustande, in dem ein besitz- und arbeitsloser

¹⁾ Zitiert nach der fünften Auflage, S. 6ff. Herkner soll damit aber nicht als ihr Erfinder hingestellt werden. Dieser Ruhm gebührt wohl Brentano, daher findet sie sich auch fast bei allen Brentanoschülern. Dagegen ist ausdrücklich hervorzuheben, daß Schmoller sie sich nicht zu eigen gemacht hat, der überhaupt bei der Beurteilung des Gewerksvereinswesens, das nach ihm dringend einer gesetzlichen Regelung bedarf, sehr vorsichtig vorgeht. Schmoller versucht sogar, der Theorie der Brentanoschule von den Wirkungen des individuellen Arbeitsvertrags eine Auslegung zu geben, die ihr ihre Schärfe nehmen würde, indem er bemerkt (Grundriß, 2. Teil, S. 272): „Wenn Brentano sagt, der formell freie Vertrag des Gesetzes werde erst durch die Gewerksvereine ein wirklich freier, so meint er damit, er werde ein vollkommenerer, ein gerechterer, ein den Arbeiterstand fördernder“. Wäre das wirklich nur der Sinn der Lehre der Brentanoschule vom Arbeitsverhältnis in der modernen Volkswirtschaft, gäbe sie sich offen und ehrlich als weiter nichts als eine Forderung im Interesse der Arbeiterklasse, dann wäre sie natürlich ganz anders zu beurteilen, dann wären ihr die schlimmsten national-ökonomischen Giftzähne ausgebrochen. Leider läßt sich aber diese Umdeutung der oben wiedergegebenen Theorie mit ihrem Wortlaut bei der Mehrzahl ihrer Anhänger nicht vereinigen.

Arbeiter sich befand, konnten sie keinesfalls bestehen. Mit Recht hat man daher gesagt, der Arbeiter befände sich ständig in der Lage des Falliten, der um jeden Preis losschlagen müsse und dessen Ausverkauf zu Schleuderpreisen sprichwörtlich geworden sei. Kein Zweifel, das nackte Prinzip der Vertragsfreiheit, der Versuch, die Verwertung der Arbeitskraft einfach den Gesetzen des Warenmarktes zu unterstellen, die Vernachlässigung aller Besonderheiten, welche den Arbeiter als Vermieter seiner Arbeitskraft von anderen Vermietern unterscheiden, das alles war eine ungeheuere Vergewaltigung des wirklichen Arbeitsverhältnisses und zwar eine Vergewaltigung, die ganz vorwiegend zum Nachteile des Arbeiters ausschlug. Für ihn bildete eben das Arbeitsverhältnis eine Lebensfrage, für den Unternehmer nur ein Geschäftsinteresse.“

Zur Kritik der tatsächlichen Grundlagen dieser Anschauung sei nur soviel bemerkt. Wenn es wirklich richtig ist, daß „echte Freiheit“ — hierin liegt das Werturteil, mit dessen Hilfe die ganze Theorie überhaupt erst zustande kommt — beim Vertragsschlusse nur dann vorhanden ist, wenn jeder der Kontrahenten die Vorschläge des andern ablehnen kann, ohne wesentlich empfindlichere Nachteile als der andere zu erfahren, und wenn man im übrigen so argumentiert wie es Herkner im Vorstehenden tut, so ist echte Vertragsfreiheit in unserem Wirtschaftsleben überhaupt nur selten vorhanden. Der Arbeiter ist dann durchaus nicht der einzige, der beim Vertragsabschluß benachteiligt ist. Das gilt dann vielmehr ebenso häufig auch vom Konsumenten. Mit dem Bäcker z. B., der mir mein Brot liefert, verkehre ich dann auch nicht auf dem Fuße echter Freiheit. Denn wenn er mir die Brotlieferung verweigert, wenn kein Brotlieferungsvertrag zwischen uns zustande kommt, so bedeutet das für mich einen erheblich größeren Nachteil als für ihn. Ich kann es nicht so lange ohne sein Brot aushalten als er ohne meine Kundschaft; ich habe nicht die Einrichtungen, mir selbst Brot zu backen, mir fehlt auch die Geschicklichkeit dazu; für den Bäcker dagegen bedeutet es, wenn ich sein Brot nicht mehr kaufe, vielleicht noch nicht einmal den Verlust von 1 Prozent seiner Kundschaft! Ähnlich wie in der Industrie einer relativ geringen Zahl von Arbeitgebern oft die vielleicht hundertfach so große Zahl von Arbeitern gegenübersteht und wie daher der einzelne Arbeiter für den Großbetrieb eine erhebliche Bedeutung nicht hat, so kommt auch auf jeden Bäckereibetrieb, zumal in den großen Städten, eine Zahl von mehreren Hunderten von Kunden. Der einzelne Kunde hat daher für den Absatz des Bäckermeisters keine erhebliche Bedeutung, und die wirtschaftliche Übermacht des Bäckermeisters über den einzelnen Kunden ist somit evident erwiesen.

Nun wird mich freilich Herkner mit überlegener Miene belehren, daß, wenn mein Bäcker mir einen ungerechtfertigt hohen Preis abverlangt, ich deshalb noch nicht gleich vor die Alternative gestellt bin, entweder auf das Brot ganz zu verzichten oder aber es mir unter großen Schwierigkeiten und in geringerer Qualität selbst zu bereiten. Ich brauche ja nur zu einem anderen Bäcker zu gehen, und habe dann, wenn ich die Preisforderung meines bisherigen Brotlieferanten ablehne, nur den Nachteil zu tragen, daß ich beim Einkauf des Brotes eventuell einen weiteren Weg zurücklegen muß. Gewiß ist dieser Einwand richtig: trifft er aber nicht in ganz derselben Weise auf den Arbeiter zu, der im Begriff ist, einen Arbeitsvertrag abzuschließen? Kann nicht auch dieser, wenn ihm ein seiner Ansicht nach ungerechtfertigt niedriger Preis angeboten wird, sich nach einer anderen Arbeitsstelle umsehen? Dafür wird er freilich unter Umständen die Mühe der Wanderung nach einem andern Ort oder wenigstens zu einem andern Unternehmer auf sich nehmen müssen.

Ja, wie wird es aber, wenn auch der zweite, dritte, vierte usw. Arbeitgeber dem Arbeiter keinen höheren Lohn als den seiner Meinung nach zu niedrigen bewilligen will? Sind dann nicht doch die tatsächlichen Voraussetzungen für Herknerts Lehre von dem Arbeiter als dem schwächeren Teil des Arbeitsvertrags gegeben, nimmt dann nicht in der Tat der Arbeiter eine Sonderstellung im Wirtschaftsleben ein, eine Stellung, die ihm nur die Wahl zwischen Verhungern oder Annahme der vom Unternehmer einseitig festgesetzten Arbeitsbedingungen läßt? In Wirklichkeit ist indessen die Lage des Arbeiters gegenüber dem Unternehmer keine andere wie die des Konsumenten gegenüber dem Bäcker¹⁾. Dem Konsumenten kann es ja gerade so gehen wie wir es für den Arbeiter angenommen hatten. Er muß vielleicht die Wahrnehmung machen, daß auch der zweite, dritte, vierte Bäckermeister für seine Ware denselben Preis fordert wie sein früherer Lieferant. Und jetzt wird er allerdings scheinbar vor die Alternative gestellt, auf den Brotkonsum ganz zu verzichten oder sich sein Brot mühsam selbst bereiten zu müssen. Wenn er einigermaßen gewitzigt ist, dann wird er freilich, nachdem er über die Höhe der anderweit geforderten und gezahlten Preise sich unterrichtet hat, weder das eine noch das andere tun, sondern er wird der klügere sein, der

¹⁾ Den Fall einer monopolistisch beeinflussten Preisbildung schließen wir dabei in beiden Fällen aus, um das Problem nicht unnötig zu komplizieren.

nachgibt, er wird sich vor der Macht der Tatsachen beugen. Die Erkenntnis wird ihm dämmern, daß der Preis, den sein alter Lieferant von ihm forderte, nicht auf willkürlicher Festsetzung beruhte, auch nicht aus einer ungünstigeren Stellung seiner Person beim Vertragsabschluß entsprang, sondern der Marktlage bzw. den normalen Produktionskosten eines Bäckereibetriebs entsprach. Und er wird darum reuig zu seinem alten Lieferanten zurückkehren und einsehen, daß dessen Vorteil auch sein Vorteil ist.

Den Arbeitern wird es heute allerdings durch die Theorien, welche gerade auch bürgerliche Nationalökonomien über die ungünstige Stellung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrags in großer Zahl aufgestellt haben, ungeheuer schwer gemacht, zu der entsprechenden Erkenntnis zu gelangen. Sie müssen nach dem, was ihnen als das Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchung über ihre Lage beim Abschluß des Arbeitsvertrags vorgetragen wird, immer annehmen, daß sie, wenn sie nicht besondere Mittel zur Anwendung bringen können, die Übervorteilten und Betrogenen sind. Diese ganze Lehre von der Benachteiligung des isolierten Arbeiters ist aber im Grunde nichts weiter als eine *petitio principii* und ein in das vornehme Gewand einer nationalökonomischen Theorie sich hüllendes Werturteil. Das, was scheinbar als Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung über die Lage des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrags sich darstellt, ist nur die Folge der willkürlichen Annahme, die schon vor Beginn der Untersuchung feststand, daß der Lohn, den der isolierte Arbeiter erhält, nicht der sei, der ihm eigentlich gebühre. Diese ganze Theorie gehört daher zu der Gattung der Pseudotheorien, sie erklärt nationalökonomisch in Wirklichkeit nichts, sie will uns nur die Überzeugung von der Gerechtigkeit bzw. Ungerechtigkeit bestimmter Lohnsätze beibringen. Um dieses Ziel besser zu erreichen, bietet sie ein großes Aufgebot von nationalökonomischen Vorstellungen auf und benebelt dadurch den Sinn der nicht genügend kritisch Denkenden so, daß sie es für wissenschaftlich bewiesen ansehen, der vereinzelte Arbeiter zum mindesten könne heute nicht den Lohn erhalten, den der Arbeiter von Rechts wegen verdiene.

Wissenschaftlich richtig und relevant ist an der Theorie von der angeblichen Benachteiligung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsverhältnisses überhaupt nur zweierlei. Einmal ist Herkner selbstverständlich zuzugeben, daß, wenn die Arbeiter es im Grunde nicht nötig hätten zu arbeiten, wenn sie ebensogut sämtlich als Rentiers leben könnten, dann auch das Arbeitsangebot kleiner und infolgedessen die Lohnbildung eine andere sein würde. Und

eigentlich liegt es in der Konsequenz der Herknerschen Ausführungen, die Forderung zu erheben, daß die Arbeiter, damit ihnen echte Freiheit und Gleichheit beim Abschluß des Arbeitsvertrags zuteil werde, alle als Rentiers, die von ihren Zinsen leben können, geboren werden müssen. Denn auch die Gewerkvereine können die Arbeiter doch nur für kurze Zeit durch ihre Unterstützungen der Notwendigkeit, arbeiten zu müssen, entheben. Nach kurzer Zeit, wenn die Mittel des Gewerkvereins aufgezehrt sind, ist ihre Lage doch wieder die alte. Um diese triviale Wahrheit zu entdecken, bedurfte es aber gar nicht so langer Ausführungen über die schwierige Stellung des Arbeiters bei den Verhandlungen über den Arbeitsvertrag. Wie würde es übrigens wohl in einer dem Ideal Herkners entsprechenden Volkswirtschaft aussehen, in der kein Arbeiter es mehr um des Unterhalts willen nötig hat zu arbeiten, sondern es nur aus Liebe zur Sache tut, oder auch um eine Beschäftigung zu haben?

Und zum andern ist an der Theorie von der Benachteiligung des isolierten Arbeiters richtig, daß koalierte Arbeiter, wenigstens unter gewissen Voraussetzungen, die wir hier nicht näher untersuchen können, bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen vermögen. Ob man aber die höheren Löhne, welche die Arbeiterkoalitionen eventuell zu erringen imstande sind, als die gerechten und naturgemäßen betrachten will, das hat für die wissenschaftliche Betrachtung eine offene Frage zu bleiben. Es ist das rein eine Frage des politisch-moralischen Standpunkts, also eine Frage, die mit den Mitteln der Wissenschaft gar nicht entschieden werden kann und die die Wissenschaft im Grunde gar nichts angeht. Für die Wissenschaft genügt als Ausgangspunkt bei der Erörterung der Erscheinungen des Gewerkvereinswesens vollkommen die — ethisch indifferente — Tatsache, daß die Arbeiter mit Hilfe des Zusammenschlusses unter Umständen bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen vermögen als ohne dieses Mittel. Unter welchen Voraussetzungen und in welchen Grenzen das möglich ist, auch in welchem Umfang es tatsächlich geschieht, das sind die eigentlichen Aufgaben einer wissenschaftlichen Behandlung der Gewerkvereine.

In der umfangreichen Literatur, die wir von kathedersozialistischer Seite über das Gewerkvereinswesen besitzen, stehen aber nicht diese Fragen, sondern umgekehrt gerade meist die moralisch-politische Wertung des Gewerkvereinswesens im Vordergrund. Natürlich werden auch die oben skizzierten Punkte behandelt, vor allem Angaben über die tatsächliche Entwicklung der Gewerkvereine werden reichlich gegeben, allein die Darstellung

erhält ihr eigentlich charakteristisches Gepräge doch eben durch den mehr oder weniger deutlich ausgesprochenen Gedanken, daß die Gewerkvereine etwas Erwünschtes seien, daß sie dem Arbeiter erst zu einer gleichberechtigten Stellung neben dem Unternehmer verhelfen, und daß sie ihn insbesondere erst die Löhne zu erringen in den Stand setzten, welche die gerechte Entlohnung seiner Arbeit darstellten oder die ihm wenigstens von Herzen zu gönnen seien. Manche Nationalökonomten gehen ja sogar so weit die Lohnsteigerungen, welche den Arbeitern in den letzten Jahrzehnten zuteil geworden sind, einfach als das Werk der Gewerkvereine, oder wenigstens als zur Hauptsache ihr Verdienst anzusehen¹⁾.

Die vorhin geschilderte Überzeugung darf heute, mit ganz geringen Abweichungen, als Gemeingut der kathedersozialistischen Nationalökonomten bezeichnet werden. Sie tritt in ihren Veröffentlichungen vielfach mit dem Anspruch auf, ein gesichertes Ergebnis der Wissenschaft zu sein. Es fällt mir nun nicht entfernt ein, diese Überzeugung als solche oder gar das Gewerkvereinswesen bekämpfen zu wollen. Was ich behaupte, ist nur das: Diese Dinge, die heute einen so breiten Raum in den Erörterungen der Vertreter der Wissenschaft einnehmen, die einen wesentlichen Bestandteil dessen bilden, was heute von vielen Kathedern in Deutschland den Studenten als nationalökonomische Wissenschaft überliefert wird, gehören zum größten Teil gar nicht in die Wissenschaft hinein.

Wie weit verbreitet diese mit Werturteilen durchsetzte Betrachtung des Gewerkvereinswesens heute in der Wissenschaft ist und mit welcher naiven Selbstsicherheit sie auftritt und auftreten kann, weil jeder einzelne sich auf zahlreiche andere zu berufen vermag, die schon das gleiche gelehrt haben, dafür seien nur folgende Zeugnisse angeführt: Sombart, der allerdings in der Bestimmtheit, mit der er Sätze als angeblich feststehende Wahrheiten verkündet, andere immer gern zu übertrumpfen gesucht hat, schreibt in seinem Büchlein über „Die gewerbliche Arbeiterfrage“ (Sammlung Götschen, Nr. 209, S. 46/7) über die Gewerkvereine folgendes:

„Heutzutage weiß jedes Kind, daß der Arbeiter in jenem Kampfe um die besten Arbeitsbedingungen deshalb der schwächere Teil ist, weil er zur rascheren Verwertung seiner Arbeitskraft gedrängt wird als der Kapitalist zur Verwertung seines Kapitals, und weil aus dieser

¹⁾ Dieser Anschauung huldigt z. B. auch von Zwiedineck-Südenhorst in seiner „Sozialpolitik“ (Leipzig 1911, S. 171), obwohl ihn allein schon die Entwicklung der deutschen Bergarbeiterlöhne im letzten Menschenalter eines Besseren belehren könnte.

Situation ganz von selbst eine schärfere Konkurrenz der Arbeiter untereinander als der Kapitalisten untereinander sich ergibt. Zwar sind beide am letzten Ende gleichmäßig aufeinander angewiesen, um existieren zu können: gerade wie der Möbelmagazininhaber und der verhökende Tischlermeister nicht einer ohne den andern bestehen könnten. Und trotzdem ist in dem schließlichen Handel der Tischlermeister benachteiligt. Der Arbeiter ist aber nichts weiter als ein solcher trôleur, der nicht abwarten kann. Das ist die sattsam bekannte Lage der Dinge, aus der nur die Aufgabe der Gewerksvereine folgt, den Arbeiter zum Abwarten zu befähigen: voilà tout.“

Aus dieser Bewertung der Gewerksvereine werden dann einige Seiten weiter vom Verfasser auch gleich die entsprechenden politischen Konsequenzen gezogen:

„Nichts wäre verfehlter, als aus den paar Möglichkeiten eines Konflikts zwischen Gewerkschaftsbewegung und öffentlichem Interesse jenen den Strick drehen zu wollen. Vielmehr ist mit aller Entschiedenheit daran festzuhalten, daß die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung nicht nur für die Arbeiter selber, sondern für die Gesamtkultur eines Volkes von heilsamster Wirkung ist, daß also auch die öffentlichen Instanzen, Gesetzgebung und Verwaltung nichts besseres zu tun vermögen, als durch ihr Verhalten die Weiterentwicklung der Bewegung zu fördern.“

O. von Zwiedineck-Südenhorst schildert in seiner ganz kürzlich erschienenen „Sozialpolitik“¹⁾ die Stellung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrags ganz wie Brentano, Herkner, Sombart folgendermaßen:

„Ohne ein Einverständnis der Arbeiter, oder wenigstens ohne das Bewußtsein in Arbeiterkreisen, daß auf ihrer Seite ein einheitlicher Wille hinsichtlich der Arbeitsbedingungen besteht, ist jeder Arbeiter infolge der Zwangslage, Arbeitsgelegenheit zwecks Erwerb zu finden, den Bedingungen, die die Arbeitgeber bieten, ausgeliefert, falls nicht autoritäre Kräfte in die Gestaltung dieser Bedingungen eingreifen.“

In ähnlicher Form kehrt der Gedanke, daß der Arbeiter bei individuellem Arbeitsvertrag nicht zu seinem Rechte komme, in der „Einführung in die Sozialpolitik“, wieder, die L. von Wiese²⁾ geschrieben hat. Solange der moderne Rechtsstaat unbedingt am individuellen Arbeitsvertrag festhielt, konnte es nach v. Wiese „keine wirkliche Freiheit und Erhebung der Arbeiterklasse geben.“

Wer noch weitere Zeugnisse für die weite Verbreitung der Auffassung, die in dem individuellen Abschluß des Arbeitsvertrags an sich schon eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit erblickt, in der deutschen Volkswirtschaftslehre haben will, der braucht nur in dem

¹⁾ Leipzig, B. G. Teubner, 1911, S. 177.

²⁾ Leipzig, Verlag von G. A. Gloeckner, 1910, S. 153.

Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik, insbesondere solange es unter der Leitung von H. Braun stand, die Aufsätze über Fragen des Koalitionsrechts, der Gewerkvereine und verwandte Gegenstände nachzulesen. Da wird er immer wieder auf die oben zur Genüge gekennzeichnete Auffassung stoßen, daß bei individuellem Abschluß des Arbeitsvertrags der Arbeiter nicht zu seinem Recht komme. Dieses Werturteil, das aber nicht als solches, sondern als eine aus dem objektiven Tatbestand mit logischer Notwendigkeit sich ergebende Schlußfolgerung auftritt, zieht sich wie ein roter Faden durch die meisten Abhandlungen, die das Arbeitsverhältnis betreffen. So ist es z. B., um wenigstens einen Fall dieser Art anzuführen, der Grundgedanke, auf dem sich die Beweisführung in dem oft zitierten Aufsatz von Dr. Löwenfeld über Kontraktbruch und Koalitionsrecht im Hinblick auf die Reform der deutschen Gewerbegesetzgebung zur Hauptsache aufbaut¹⁾. Diese Auffassung, mit der er ja nur die in der deutschen Nationalökonomie herrschende Doktrin wiedergibt, führt Löwenfeld dazu, alle Arbeitsverträge als unter dem Zwange der Not geschlossen anzusehen und demgemäß auch bei dem Kontraktbruch des Arbeiters von vornherein für milde Beurteilung einzutreten. Der Arbeiter rächt sich damit gewissermaßen ja nur für das ihm zuerst durch Ausbeutung seiner Notlage zugefügte Unrecht.

Aus den Betrachtungen über die Sonderstellung, die der Arbeiter angeblich beim Abschluß des Arbeitsvertrags einnimmt, wird dann regelmäßig zugleich eine Rechtfertigung der Gewerkvereine abgeleitet. Den kathedersozialistischen Nationalökonomien scheint es ganz unmöglich zu sein, die Gewerkvereine rein als Objekt wissenschaftlicher Betrachtung, als eine Einrichtung, die jenseits von Gut und Böse sich befindet, und der man daher auch ohne Liebe und Haß entgegentritt, zu behandeln. Das Ziel, dem ihre Erörterungen hierüber zustreben, ist vielmehr regelmäßig das, ein günstiges Urteil über die Gewerkvereine hervorzurufen, sie spielen meist die Rolle von Verteidigern der Gewerkvereine. Daß es sich schließlich um eine politische Beurteilung der Gewerkvereine handelt, wird z. B. von Herkner ganz offen zugegeben. In seinen „Abschließenden Betrachtungen“ über die Arbeiterberufsvereine bemerkt er selbst, bei den Gewerkvereinen wie bei anderen sozialen Gebilden könne die entscheidende Frage nicht

¹⁾ a. a. O., 3. Band, S. 383 ff. Ebenfalls in die Gruppe der Rechtfertigungstheorien gehört die dort von Löwenfeld kritisierte Theorie des Arbeitsverhältnisses, mit der Loening die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs der Arbeiter zu rechtfertigen sucht.

die sein, ob lediglich Vorzüge vorhanden seien oder nicht, sondern ob die guten Wirkungen vor den üblen den Vorrang behaupteten¹⁾. Hier ist es also klipp und klar ausgesprochen, daß diese Wissenschaft ihre Aufgabe nicht in der Erklärung von Erscheinungen sieht, sondern daß sie zugleich zu Werturteilen hinführen will und darum mit den Kategorien „gut“ und „böse“, die sonst in der Wissenschaft nichts zu suchen haben, arbeiten muß.

Ob die vorstehend besprochenen Theorien des Gewerkevereinswesens von richtigen tatsächlichen Voraussetzungen ausgehen oder nicht, ist bei ihrer Beurteilung daher auch gar nicht der entscheidende Gesichtspunkt. Auch wenn sie vollkommen richtig wären, gehörten sie nicht in die Wissenschaft²⁾. Die Wissenschaft hat für ihre Zwecke diese Lehren gar nicht nötig. Eine Wissenschaft, die darauf ausgeht, die Erscheinungen auf die einfachste Weise zu erklären, wie es doch das Ziel aller Wissenschaft ist, — dieses ökonomische Moment darf bei der Formulierung der Aufgaben der Wissenschaft nicht übersehen werden —, braucht zum Verständnis des Gewerkevereinswesens diese gekünstelten Konstruktionen nicht. Um die Entstehung, das Wesen und die Erfolge der Arbeiterverbände zu erklären, genügt es, von viel einfacheren, insbesondere auch nicht mit Werturteilen vermischten Voraussetzungen auszugehen, als sie den oben geschilderten Theorien zu Grunde liegen. Um den richtigen Ausgangspunkt zur Beurteilung aller Verbandsbildungen im Wirtschaftsleben, der der Unternehmer sowohl wie der der Arbeiter, zu gewinnen, braucht man sich einfach nur die beiden Punkte klar zu machen: einmal daß der Rechtszustand der Gewerbefreiheit immer auch die Möglichkeit in sich schließt, daß die Angehörigen desselben Berufs sich zusammenschließen und gemeinsam ihre Preisforderungen stellen, statt sich gegenseitig Konkurrenz zu

¹⁾ a. a. O., S. 184.

²⁾ Aus diesem Grunde ist hier auch von einer vollständigen Kritik dieser Theorien, soweit sie überhaupt Anspruch auf Beachtung seitens der Wissenschaft haben, d. h. hinsichtlich der tatsächlichen Annahmen, von denen sie ausgehen, abgesehen. Eine vollständige Kritik müßte vor allem noch die Behauptung prüfen, die erst das Schlußglied in der Kette der kathedersozialistischen Beweise für die Benachteiligung, die der isolierte Arbeiter bei Abschluß des Arbeitsvertrags angeblich regelmäßig zu erleiden hat, bildet, nämlich die Lehre, daß auf dem Arbeitsmarkt beständig ein Überangebot an Arbeit herrsche, daß in der Volkswirtschaft der gewöhnliche Zustand der sei, daß mehr Arbeiter Stellen suchen als eigentlich gebraucht werden. Wie diese Lehre auf einer falschen Deutung einiger an sich richtig beobachteter Tatsachen beruht, ist hier indessen nicht der Ort, näher auseinanderzusetzen.

machen und sich zu unterbieten; und zum anderen, daß diese Möglichkeit dann Wirklichkeit werden wird, sobald die Voraussetzung dafür gegeben ist, daß durch gemeinsames Vorgehen höhere Preise sich erzielen lassen als durch gegenseitigen Wettbewerb.

Es erhellt ohne weiteres, daß diese Gesichtspunkte einen ganz anderen formalen Charakter tragen, als die früher besprochenen Theorien. Diese letzteren Theorien dürfen nicht etwa verglichen werden mit wissenschaftlichen Hypothesen, die zur Erklärung eines Tatbestandes angenommen sind, der sonst unverständlich bleiben würde. Sie sind nicht Arbeitshypothesen, wie sie andere Wissenschaften anwenden, sondern sie sind dogmatische Glaubenssätze, die der gefühlsmäßigen Beurteilung eines bestimmten Tatbestandes dienen sollen. Sie sind willkürlichen Ursprungs; sie sind daher unbeweisbar, bedürfen aber auch für den, der an sie glaubt, gar keines Beweises. Allerdings suchen sie nun zugleich, und darin liegt ihre große Gefahr für die Wissenschaft, ihre subjektive Natur geschickt zu verschleiern. Das subjektive Werturteil tritt mit dem Anspruch auf, sich aus einem objektiven Tatbestand mit gleichsam logischer Notwendigkeit zu ergeben. Dadurch wird es mit einer höheren Autorität bekleidet, als sie ihm an sich zukommt. Subjektive Werturteile durch die Form der Darstellung mit einer Art von objektiver Notwendigkeit auszustatten, ist ja ein im politischen Kampf oft geübter Kunstgriff. Es ist geradezu eines der Hauptmittel des politischen Kampfes, die Ziele, nach denen man strebt und die Grundsätze, nach denen man urteilt, als aus der Natur der Dinge selbst sich ergebend hinzustellen.

Das Größte und Kühnste auf diesem Gebiet hat der sogenannte wissenschaftliche Sozialismus mit der Lehre geleistet, die das eigentliche Fundament seines theoretischen Lehrgebäudes bildet, mit der Lehre, daß die Arbeit und sie allein die Quelle des Wertes der Güter sei und daß der Wert der Waren sich nach den Arbeitskosten zu richten strebe, die ihre Herstellung erfordert. Diese sozialistische Werttheorie sowie auch die Leidenschaftlichkeit, mit der um sie gestritten worden ist, wird nur dann richtig verstanden, wenn man sich ihre politische Funktion klar macht. Sie hat die praktische Aufgabe, das nach Absicht des Sozialismus Seinsollende aus dem Seienden selbst als objektiv notwendig zu erweisen. Der Grundgedanke des gesamten Sozialismus ist ja die Ethisierung des Wirtschaftslebens mit den Mitteln des Zwangs, oder genauer, die Verwirklichung des ethischen Prinzips, daß jeder nur soviel Einkommen beziehen soll als dem Maße und der

gesellschaftlichen Bedeutung der von ihm geleisteten Arbeit entspricht, mit Hilfe der Rechtsordnung. Der ältere Sozialismus, namentlich in England und Frankreich, hat dieses sein soziales Ideal meist frei als solches verkündet und es lediglich auf ethische Erwägungen gegründet, der sog. wissenschaftliche Sozialismus in Deutschland dagegen machte durch die von ihm aufgestellte Arbeits-Werttheorie den Versuch, das ethische Prinzip, das seinen Forderungen zugrunde liegt, als ein im Wirtschaftsleben selbst wirksames Prinzip von objektiver Geltung aufzuzeigen. Es ist klar, daß, wenn dieser Versuch gelungen wäre, die Idee des Sozialismus eine Stütze von ungeheurer Tragkraft erhalten hätte. Das, was der Sozialismus forderte, erschien dann nicht mehr allein auf die subjektiven Wünsche und Anschauungen der Menschen gegründet, sondern es mußte im Lichte einer Forderung erscheinen, die gleichsam von der Natur der Dinge selbst gestellt wird.

Was der Sozialismus im Großen mit der Arbeits-Werttheorie versucht hat, das haben die Kathedersozialisten im kleinen Maßstabe auf zahlreichen anderen Gebieten unternommen. Sie haben Lehren ausgebildet, die ihren Ursprung gar nicht in dem Bedürfnis haben, wirtschaftliche Erscheinungen zu erklären und ihre Zusammenhänge zu verstehen, sondern die vor allem dazu bestimmt sind, Werturteilen sowie auch wirtschaftspolitischen Forderungen eine Art von objektiver Unterlage zu geben, das Seinsollende aus dem Seienden selbst als notwendig abzuleiten. Die Maßstäbe des Urteils und die Ziele des Strebens sollen dadurch als die von den Tatsachen selbst geforderten hingestellt werden und so ein größeres Ansehen erhalten. Derjenige, der seine Forderungen in dieser Weise zu begründen sucht, wird ja nicht so leicht in Verlegenheit kommen; es werden sich immer wirkliche oder angebliche Tatsachen finden lassen, die eine Verwertung zu diesem Zwecke gestatten, mag dafür auch anderen Tatsachen etwas Gewalt angetan werden müssen. Niemand ist ja gewöhnlich erfinderischer, freilich zugleich auch unkritischer, in der Begründung seiner Ziele, als der homo politicus; er entschließt sich mit Leichtigkeit zur Annahme und zum begeisterten Eintreten für höchst ungewisse und selbst ganz absurde Theorien, wenn sie nur eben geeignet sind, das, was er will, als richtig und notwendig erscheinen zu lassen. Den Erfindern der wissenschaftlichen Pseudotheorien, die auf diese Weise entstanden sind, darf man auch nicht etwa die Absicht zuschreiben, die Wahrheit wissentlich zu unterdrücken. Das wäre weit gefehlt; nicht ihre Moral, sondern nur ihre Fähigkeit, Kritik zu üben, hat gelitten.

Wir sind nun weit davon entfernt, den Forderungen, zu deren Begründung die Pseudatheorien entstanden sind, die heute in der Nationalökonomie eine so große Rolle spielen, hier entgegenzutreten, sie wegen der unrichtigen tatsächlichen Grundlagen, auf denen ihre Begründung größtenteils beruht, etwa einfach abzulehnen. Darum handelt es sich hier gar nicht. Es soll hier weder für noch gegen sozialpolitische Forderungen Stellung genommen werden, was u. E. eben überhaupt nicht zu den Aufgaben der Wissenschaft gehört, sondern was verlangt wird, ist lediglich, daß die Wissenschaft nicht, um wirtschafts- oder sozialpolitischen Forderungen ein größeres Gewicht zu geben, mit Theorien angefüllt werde, die in ihr nichts zu suchen haben und durch die die wahre Wissenschaft, die Erkenntnis der wirklichen Zusammenhänge, oft geradezu gefälscht wird. Übrigens kann sich die Aufstellung solcher Pseudatheorien gerade auch an den Forderungen, denen sie zugute kommen sollen, noch einmal schwer rächen. Die Wahrheit kommt schließlich überall an den Tag, und wenn die Erkenntnis der Unwahrheit der Theorien, mit denen man heute die angebliche objektive Notwendigkeit des Programms unserer Sozialreformer beweisen will, sich verbreitet, dann besteht die Gefahr, daß man auch dieses ganze Programm mit über Bord wirft. Wer seine Forderungen rein politisch motiviert, wer sie aus dem entspringen läßt, was die eigentliche Quelle ihres Ursprungs ist, dem Willen, dem kann das niemals passieren.

In die Klasse dieser Pseudatheorien gehören also auch die vorhin besprochenen Auffassungen des Gewerkvereinswesens und der angeblichen Sonderstellung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrags. Diese Theorien mit ihrem offenbaren Streben, Arbeiterkoalitionen und Gewerkvereine als etwas, das in politischer und sozialer Beziehung erwünscht und darum mit allen Mitteln zu fördern ist, erscheinen zu lassen, haben dabei das wirkliche Verständnis dieser Erscheinung nicht gefördert, sondern im Gegenteil eher gehemmt und erschwert. Sie bilden ein Hindernis, die Verbände der Arbeiter volkswirtschaftlich richtig zu klassifizieren. Ohne Zweifel gehören die Arbeiterkoalitionen ebenso wie die Verbände der Unternehmer (Kartelle, Syndikate, Konventionen usw.) ihrem Wesen nach zu der Klasse der Monopolbildungsbestrebungen, — ich sage absichtlich „Bestrebungen“ und nicht Monopolbildungen, denn ein vollständiges Monopol zu erlangen wird auch den bestorganisierten Unternehmer- oder Arbeiterverbänden kaum je gelingen. Aber zwischen dem eigentlichen Monopol und dem Zustand völlig freier Konkurrenz gibt es zahlreiche Zwischen-

stufen, die durch den Zusammenschluß der Angehörigen eines Berufs mittels mehr oder weniger weitgehender Einschränkung des gegenseitigen Wettbewerbs zum Zweck der Erlangung besserer Preise entstehen. Je nach dem Grade des Zusammenschlusses und der Einschränkung des freien Wettbewerbs ergeben sich dabei Erscheinungen von sehr verschiedenem volkswirtschaftlichem Einfluß, von solchen an, die an den Preisen, wie sie bei Aufrechterhaltung völlig freier Konkurrenz herrschen, nichts Wesentliches ändern, bis zu Verbänden, die eine monopolähnliche Stellung mit entsprechenden Preisen zu erlangen vermögen. Das gilt in gleicher Weise von den Kartellen der Unternehmer wie von den Gewerkvereinen der Arbeiter, die trotz aller äußeren Verschiedenheit sowohl in ihren letzten Zielen, wie in den Mitteln, mit denen sie diese Ziele zu erringen suchen, prinzipiell vollkommen übereinstimmen, und die daher eine tiefer eindringende Betrachtung durchaus zu derselben Klasse volkswirtschaftlicher Erscheinungen rechnen wird.

Das geschieht indessen heute regelmäßig nicht, und zwar verhindern das vor allem wieder rein politische Gründe. Diejenigen, welche die Unternehmerverbände gut und nützlich finden, sind in bezug auf die Gewerkvereine oft entgegengesetzter Meinung, und glauben den ersteren daher unrecht zu tun und ein ungünstiges Licht auf sie fallen zu lassen, wenn sie dieselben mit den Gewerkvereinen auf eine Stufe stellen. Und die Anhänger der Gewerkvereine wiederum glauben den letzteren zu schaden, wenn sie ihre Wesensverwandtschaft mit den in der Öffentlichkeit wegen ihrer Einwirkung auf die Preise vielfach ungünstig beurteilten Syndikaten der Unternehmer betonen. So sind, wenn auch aus ganz entgegengesetzten Beweggründen, die feindlichen Brüder darin einig, die prinzipielle Übereinstimmung beider Arten von Verbänden in ihrem ganzen wirtschaftlichen Aufbau und ihren Zielen nicht in den Vordergrund zu rücken, obwohl gerade durch eine solche vergleichende Betrachtung das richtige Verständnis beider Erscheinungen nur erleichtert werden würde.

Politische Gründe, d. h. die Furcht, ein weniger günstiges Urteil hervorzurufen, sind es offenbar auch, welche bei der Schilderung der Gewerkvereine die kathedersozialistischen Nationalökonomien oft abhalten, den monopolistischen Charakter der Arbeiterfachvereine in dem vorhin erläuterten Sinne so hervorzuheben, wie es zur richtigen Erfassung ihrer ökonomischen Grundlagen eigentlich notwendig ist, während auf die Unternehmerverbände von dieser Seite das Wort „Monopol“ schon eher angewendet wird. Das Wort Monopol, das ja an sich ganz farblos ist, nur einen ge-

wissen ökonomischen Tatbestand begrifflich umschreibt, ruft in der politischen Erörterung leicht unerwünschte Nebenvorstellungen hervor. Wenn die Grundlage des ganzen Gewerkvereinswesens mit diesem ominösen Wort in Verbindung gebracht würde, so könnte das leicht eine weniger freundliche Beurteilung des Gewerkvereinswesens zur Folge haben, es könnte wohl auch Zweifel an der Richtigkeit der Lehre von der Sonderstellung des Arbeiters beim Abschluß des Arbeitsvertrags erwecken. So wird dieses gefährliche Wort bei der Charakterisierung der Gewerkvereinsbestrebungen von den Kathedersozialisten nur mit großer Vorsicht verwendet, wenn man es nicht lieber ganz vermeidet. In der Tat fehlt der Hinweis auf die Tatsache, daß wir es in allen Gewerkvereinen genau so wie in allen Unternehmerkartellen mit Monopolisierungstendenzen zu tun haben, bei denen aber je nach den besonderen Umständen des Falls und den angewandten Mitteln der Erfolg außerordentlich große Abstufungen zeigen kann, in manchen kathedersozialistischen Darstellungen der Arbeiterkoalitionen gänzlich. Und doch liefert erst der Begriff „Monopolisierungstendenz“ den Schlüssel zum vollen Verständnis der Stellung dieser Verbände in der Volkswirtschaft.

Eine rühmliche Ausnahme macht in dieser Beziehung übrigens Zwiedineck-Südenhorst in seiner vorhin erwähnten Sozialpolitik. Er nennt das Kind beim richtigen Namen und erkennt offen an ¹⁾, daß die Koalitionsbewegung der Arbeiter auf Monopolstellung, monopolartige Verwertung der Arbeitskraft abziele, gleichviel ob sich die Koalition fallweise auf die Lohnhöhe oder die Arbeitszeit oder andere prinzipielle Fragen konzentriere. Herkner dagegen behandelt diesen ökonomisch so wichtigen Punkt ziemlich nebensächlich erst gegen Ende seiner Ausführungen über die Arbeiterberufsvereine ²⁾. Die Monopolisierungstendenzen erscheinen bei ihm nicht als die Seite der Gewerkvereine, die das eigentliche Wesen derselben ausmacht, — für den, dem das Wort „Monopol“ stets eine politische Nebenbedeutung hat, mag es auch schwer sein, das auszusprechen —, sondern mehr nur als eine Entartungserscheinung einer an sich guten Einrichtung, die glücklicherweise aber nur in verhältnismäßig seltenen Fällen sich zeige, und zwar auch mehr nur im Auslande, während die deutschen Arbeiter, Gott sei Dank, bessere Menschen seien. Die Beschränkungen der Lehrlingszahl, welche in dem Tarifvertrag im deutschen Buchdruck-

¹⁾ a. a. O., S. 178/9.

²⁾ In dem Abschnitt über „Zugang zum Gewerbe und Organisationszwang“.

gewerbe vorgesehen sind, rechnet er überhaupt noch nicht unter die hierher gehörigen Maßregeln, da handelt es sich nur um die legale Bekämpfung eines Mißbrauchs. Und dann heißt es weiter: „Von dieser legalen Bekämpfung eines Mißbrauchs sind die zünftlerisch-monopolistischen Tendenzen zu unterscheiden, die sich in England und Amerika hier und da geltend machen.“

Von monopolistischen Tendenzen darf man nach Herkners Auffassung anscheinend nämlich nur dann sprechen, wenn es sich darum handelt, den Zugang zu einem Gewerbe in unzulässiger Weise zu erschweren. Bei der Charakterisierung gewerkschaftlicher Bestrebungen dagegen, die vom Unternehmer die ausschließliche Beschäftigung organisierter Arbeiter fordern, vermeidet er dieses Wort und drückt sich über die Bedeutung eines erfolgreichen Vorgehens der Arbeiter nach dieser Richtung sehr vorsichtig nur folgendermaßen aus, nachdem er über den von den Arbeitern dabei oft angewandten Organisationszwang einige tadelnde Bemerkungen hat fallen lassen: „Im übrigen liegt es offen zutage, welchen Machtzuwachs es für eine Organisation bedeutet, wenn sie tatsächlich die Arbeitsgelegenheit beherrscht und den Grundsatz des closed shop durchsetzt, so daß der Arbeiter nur als ihr Mitglied Stellung finden kann.“ Wenn Gewerkvereine, die in diese Position gelangt sind, die Freiheit des Arbeitgebers bei der Auswahl seiner Arbeiter zu beschränken suchen, so hat er dafür wieder halb tadelnde, halb entschuldigende Worte.

„Es kommt auch vor, daß man wenigstens in das Entlassungsrecht Eingriffe versucht, dem Arbeitgeber z. B. zumutet, bei auftretendem Arbeitsmangel lieber einen jungen, mobileren, als einen älteren, verheirateten, weniger leistungsfähigen Arbeiter zu entlassen¹⁾. Können diese Ziele vom humanen Standpunkt aus betrachtet auch anerkennenswert sein, so sind sie mit den privatwirtschaftlichen Existenzbedingungen, unter denen die Unternehmungen nun einmal stehen, doch so wenig vereinbar, daß durch derartige Forderungen leicht mächtige Gegenaktionen der Arbeitgeber ausgelöst werden, um die »Tyrannei der Gewerkschaften«, wie es heißt, mit Erfolg zu brechen.“

Aus den letzten Ausführungen erhellt zugleich, und um das noch einmal zu zeigen, sind wir auf diesen Punkt etwas näher eingegangen, wie Herkner über die Gewerkvereine gar nicht schreiben kann, ohne sie fortwährend entweder zu loben oder zu tadeln. Bei der Darstellung der Erscheinungen des Gewerkvereinswesens laufen ihm beständig Werturteile unter, er kann

¹⁾ Gewiß hätte auch der geschickteste Anwalt des Gewerkvereinswesens das Beispiel für die Eingriffe der Arbeiterverbände in die Rechte des Unternehmers nicht besser wählen können.

gar nicht anders denken als in politisch-moralischen Kategorien. Und das gilt auch nicht etwa nur von dem den Arbeiterberufsvereinen gewidmeten Abschnitt seiner Arbeiterfrage, sondern das trifft für das ganze Buch von Anfang bis zu Ende zu, fast auf jeder Seite sind offene oder versteckte Werturteile zu finden. Es wimmelt nur so von Werturteilen. Eine Darstellung, die in dieser Weise Werturteile verwendet, kann aber u. E. nicht als das Ergebnis einer voraussetzungslosen wissenschaftlichen Forschung betrachtet werden. Wenn wir Herkners Arbeiterfrage, ebenso wie die Werke mancher anderen Autoren — denn es hieße Herkner großes Unrecht tun, wenn man glauben wollte, er stehe mit seiner fortwährend in politischen Kategorien sich bewegendem Behandlungsweise wirtschaftlicher Gebilde allein da, vielmehr kann man heute von einer ganzen Reihe deutscher Nationalökonomien sagen: sie sind allzumal Politiker und ermangeln des Ruhms, den sie vor der Wissenschaft haben sollen — wenn wir Herkners Arbeiterfrage und viele andere Werke somit aus prinzipiellen Gründen ablehnen, so geschieht das indessen nicht wegen der Tendenz, die in den Herkner'schen Werturteilen zum Ausdruck kommt, und die speziell in bezug auf die Gewerkvereine zu einem überwiegend günstigen Urteil führt¹⁾. Diesem Mißverständnis möchten wir noch einmal nachdrücklich vorbeugen. Wir lehnen überhaupt alle Werturteile über die Gewerkvereine als nicht in die Wissenschaft gehörig ab, sowohl das überwiegend

¹⁾ Das Gesamturteil Herkners ist ohne allen Zweifel ein überwiegend günstiges, wenn H. auch nicht unterläßt zu betonen, daß die Entfaltung der Arbeiterberufsvereine auch ernste Gefahren wirtschaftlicher und politischer Art in ihrem Schoß birgt. Derartige Zugeständnisse und Einschränkungen haben ja die Nebenwirkung, die dann folgende entschiedene Bejahung der Hauptfrage um so schärfer hervortreten zu lassen und dem ganzen Urteil einen besonders objektiven Charakter zu geben. Die Summe seines Urteils faßt aber Herkner selbst in den Worten zusammen, daß die Gewerkvereine in wichtigen Beziehungen eine hohe Kulturmission erfüllen, und selbst für die als unerfreulich bezeichneten Seiten des Gewerkvereinswesens hat er eine Entschuldigung bereit, wie er überhaupt bei seiner Besprechung der Arbeiterberufsvereine die Regel des kleinen Katechismus zum 8. Gebot befolgt, daß man nur Gutes von ihnen reden und alles zum Besten kehren soll. Nach dem Hinweis auf die ernsten Gefahren des Gewerkvereinsrechtes fährt er nämlich sogleich fort: „Es ist auch durchaus nicht erstaunlich, daß Organisationen der untersten, minder gebildeten Volksklassen, die bisher zu wenig Macht besessen haben, um schon immer die Kunst eines weisen Gebrauchs der Macht zu besitzen, nach den verschiedenen Richtungen Fehler begehen. Man wird um so weniger geneigt sein, die Arbeiterorganisationen deswegen zu verwerfen, als ja auch die Verbände der Unternehmer (Kartelle, Syndikate) sowohl wie die speziellen Verbände zur Wahrnehmung der Arbeitgeberinteressen oft genug Anlaß zu sehr berechtigter Kritik bieten.“

günstige Urteil Herkners, wie etwa das verdammende von Alexander Tille, das wir an anderer Stelle zurückgewiesen haben. Mit der Beurteilung der Gewerkvereine nach den Kategorien „Gut und Böse“ überschreitet die Wissenschaft die ihr gezogenen Grenzen und betritt das Gebiet der Politik. Das ist aber, wie gezeigt, für die Wissenschaft selbst gefährlich. Es erschwert die Einsicht in die wahre Natur der Gewerkvereine und führt zur Aufstellung von allerhand Theorien, die keinen Anspruch auf Bürgerrecht in der Wissenschaft haben, da sie gar nicht der Erklärung der Erscheinungen, sondern der Rechtfertigung bestimmter Werturteile über sie dienen wollen. Solche Pseudotheorien sind in der Nationalökonomie gegenwärtig aber in großer Zahl zu finden. Das, was heute als theoretische Volkswirtschaftslehre von deutschen Kathedern vorgetragen wird, setzt sich zu einem nicht geringen Teil aus solchen Pseudotheorien zusammen. Diese Pseudotheorien haben in der kathedersozialistischen Volkswirtschaftslehre die echte Theorie förmlich überwuchert und erstickt. So feindlich sich der Kathedersozialismus zu der theoretischen Forschung im Sinne der klassischen Nationalökonomie gestellt hat, — weshalb, wird später noch dargelegt werden —, so war er gegen die Aufnahme von Theorien der vorbezeichneten Art in die Wissenschaft durchaus nicht spröde, und er hat selbst im Aufstellen solcher Pseudotheorien eine nicht geringe Fruchtbarkeit bewiesen. Bei der Entwicklung dieser Theorien war auch seine Ängstlichkeit gegen die Annahme eines abstrakten Wirtschaftsmenschen, die sonst immer gegen die klassische Theorie als ein Haupttrumpf ausgespielt wurde, auf einmal verschwunden, und man schreckte vor den gewagtesten Konstruktionen und Annahmen nicht zurück.

Soviel zunächst über die politisierende Methode in dem ersten Hauptteil der Nationalökonomie, nach der heute in Deutschland üblichen Einteilung der Volkswirtschaftslehre! Wir wollen dabei nicht unterlassen hervorzuheben, daß das Gewerkvereinswesen, das wir vorhin mit als Hauptbeispiel gewählt haben, um zu zeigen, wie die kathedersozialistische Volkswirtschaftslehre mit Werturteilen um sich wirft, von vielen Nationalökonomien in der sogenannten praktischen Nationalökonomie im Zusammenhang mit den Fragen des Koalitionsrechts behandelt wird. Wenn wir schon hier darauf eingingen, so geschah es, weil diese Werturteile über die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung in letzter Linie die Aufgabe haben, an der Einkommenverteilung in der modernen Volkswirtschaft Kritik zu üben, sie, wenigstens bei individuellem Abschluß

des Arbeitsvertrags, als ungerecht und einer Korrektur bedürftig erscheinen zu lassen, welche Korrektur im Sinne der ausgleichenden Gerechtigkeit eben durch die Gewerkvereine bewirkt werde.

Infolge dieser heute fast allgemein angewandten Betrachtungsweise gehören in der gegenwärtigen deutschen Nationalökonomie die Kategorien „zuviel“ sowie „zuwenig“, in denen immer auch schon ein Werturteil steckt, zu den am häufigsten verwendeten. Die Definition der Nationalökonomie, die kürzlich ein süddeutsches Witzblatt einem preußischen Referendar in den Mund legte: „Nationalökonomie?! Was ist denn das? Ach so, wenn man Arbeiterwohnungen ausmißt und sagt, die wären zu klein!“ hat daher zwar nicht das Wesen der Nationalökonomie an sich, wohl aber einen wesentlichen Zug der heute in Deutschland herrschenden Richtung der Volkswirtschaftslehre richtig erfaßt und ausgedrückt.

Aus diesem Zug ist auch die starke Vorliebe, die heute in der deutschen Wissenschaft für monographische Darstellungen, insbesondere von Arbeiterverhältnissen, Wohnungszuständen aus der Gegenwart u. dgl. herrscht, mit zu erklären. Diese Monographien geben eine gern benutzte Gelegenheit zur Verwendung der Kategorien „zuwenig“ und „zuviel“, sowie „gut“ und „schlecht“. In die Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse mischt sich regelmäßig ihre Beurteilung vom Standpunkte irgendeines Ideals aus. Auch in den vom Verein für Sozialpolitik veranstalteten Untersuchungen spielen solche Werturteile teilweise eine große Rolle.

Dem gegenüber ist nun aber die Frage zu erheben: Kann das Kritisieren der Tatsachen des Lebens in diesem Sinne wirklich Aufgabe der Wissenschaft sein? Besitzt die Wissenschaft hierzu die innere Berechtigung? Und welche Folgen ergeben sich für die Wissenschaft selbst aus einer solchen Erweiterung ihrer Aufgaben? Diese Fragen, auf die im Vorangegangenen gelegentlich schon mit eingegangen wurde, sollen im nächsten Artikel ihre nähere Beantwortung finden. Zuvor aber ist das analoge Verfahren, das in der praktischen Nationalökonomie gang und gäbe ist, nämlich wirtschaftspolitische Forderungen mit dem Anspruch zu erheben, daß sie als Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zu betrachten seien, noch näher zu schildern.

III.

Die politisierende Methode in der praktischen National- ökonomie und die wahren Aufgaben einer wissenschaftlichen Behandlung der Streitfragen der Wirtschaftspolitik.

Wer die Aufgabe der Volkswirtschaftslehre so auffaßt, daß sie die tatsächlichen Zustände nicht nur aus ihren Bedingungen zu erklären, sondern sie auch am Maßstabe eines irgendwie konstruierten Ideals zu messen und zu bewerten habe, bei dem ist von selbst eine starke psychologische Disposition gegeben, der Wissenschaft zugleich die weitere Aufgabe zu stellen, dem Leben Vorschriften zu machen, wie es auf die Höhe jenes idealen Zustandes gebracht werden könne. Und so erklärt es sich ohne weiteres, daß jene Nationalökonomien, die den Inhalt ihrer wissenschaftlichen Tätigkeit zum großen Teil darin finden, das Leben zu meistern und zu tadeln, weil es ihrem Ideal nicht entspricht, auch glauben, alle möglichen Forderungen an die staatliche Wirtschaftspolitik stellen zu müssen. Wie in der theoretischen Volkswirtschaftslehre die Verwendung der „idealen“ Gesichtspunkte zum Aufstellen von Werturteilen führt, so äußert sie sich in der praktischen Volkswirtschaftslehre, die die Eingriffe des Staats in das Wirtschaftsleben untersucht, im Erheben von zahlreichen wirtschaftspolitischen Forderungen. Das Aufstellen von wirtschaftspolitischen Forderungen in wissenschaftlichen Arbeiten ist heute infolgedessen eine im großen Umfang geübte Praxis. Es hat sich ja nach und nach eine Art Schema für die Behandlung volkswirtschaftlicher Fragen herausgebildet. Zu diesem Normal-schema gehört aber auch, daß Reformvorschläge gemacht und Heilmittel angegeben werden¹⁾. Die wissenschaftliche Unter-

¹⁾ Siehe z. B. die Disposition des Artikels „Krisen“ von Herkner im Handwörterbuch der Staatswissenschaften. Oder die Zusammenstellung von Vorschlägen

suchung erhält ihren Abschluß und ihre Krönung durch die Empfehlung oder auch die Ablehnung bestimmter wirtschaftspolitischer Vorschläge. Und die Stellungnahme zu den betreffenden Vorschlägen erscheint dabei als das Resultat, das sich aus der vorangegangenen Untersuchung mit Notwendigkeit ergibt. Mit der ganzen Autorität der Wissenschaft bekleidet treten uns die Urteile über die Maßregeln der Wirtschaftspolitik zumeist entgegen, nicht etwa aber werden sie ausdrücklich als nur der persönlichen politischen Stellung des Schreibers entsprungen bezeichnet. Wirtschaftspolitische Urteile der letzteren Art würden ja auch nur geringen Eindruck machen. Ganz anders dagegen, wenn die Vorschläge mit dem Anspruch, Ergebnisse der wissenschaftlichen Forschung zu sein, auftreten, oder wenn man wenigstens nichts dagegen tut, im Leser die Vorstellung aufkommen zu lassen, als ob die Autorität der objektiven Wissenschaft hinter diesen Urteilen stehe.

Nur aus der Auffassung, daß der Wissenschaft über die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die ein Land zu treiben habe, das entscheidende Wort zustehe, ist es auch zu erklären, daß manche Nationalökonomien es offenbar geradezu als Gewissenspflicht empfinden, möglichst jede Gelegenheit zu benutzen, um für die praktische Verwirklichung bestimmter Forderungen in Wort und Schrift einzutreten. Die Nationalökonomie ist ihnen eben „eine Wissenschaft, die Forderungen an das Leben zu stellen hat“ (Wilbrandt, Herkner). Oder, wie G. Cohn es formuliert hat, „der wahre Beruf unserer Wissenschaft gegenüber dem Staatsleben besteht darin, daß wir die Erkenntnisse der Staatswissenschaft aus Geschichte, Erfahrung, vergleichender Gesetzgebung als Ziele voranstellen für die Entwicklung unserer Gesellschaft und ihrer Reformen“¹⁾. So ist es gekommen, daß die deutschen akademischen Nationalökonomien zu einem großen Teile zugleich Vorkämpfer für bestimmte wirtschaftspolitische Bestrebungen geworden sind. Der eine sieht es als seine Spezialaufgabe an, auf Kongressen

zur Besserung der Wohnungsverhältnisse in dem Referat von Carl Joh. Fuchs für den XIV. Internationalen Kongreß für Hygiene und Demographie, Berlin 1907. (Bd. 3 des Kongreßberichts, S. 3 ff.) Charakteristisch ist auch, daß Sombart sein Büchlein über die gewerbliche Arbeiterfrage in der Sammlung Götschen mit einer mehrere Seiten langen Aufzählung von Vorschlägen zur Beseitigung der Übelstände im großstädtischen Wohnungswesen schließt, die nach ihm „die von den fortgeschrittenen Sozialpolitikern heute wohl einstimmig vertretenen Ansichten“ wiedergibt und daher als das „Mindestprogramm“ der Sozialpolitik im Augenblick bezeichnet werden darf.

¹⁾ In einem Aufsatz im „Tag“ vom 19. März 1909.

und Versammlungen eine Wohnungsreform großen Stils zu fordern und Resolutionen in diesem Sinne zur Annahme zu verhelfen, der zweite tritt für Arbeitskammern ein, der dritte für den Ausbau des Arbeiterschutzes, der vierte für eine Revision der Handelspolitik im freihändlerischen Sinne, der fünfte ist Bodenreformer und propagiert den Gedanken der Wertzuwachssteuer, der sechste nimmt der Reihe nach zu allen überhaupt auftauchenden Tagesfragen Stellung usw. Und wenn auch eine ganze Anzahl von Lehrern der Nationalökonomie von einem öffentlichen Eintreten für wirtschaftspolitische Maßregeln absieht, so ist doch ihre Behandlung der praktischen Nationalökonomie, wie jeder Kenner der Verhältnisse weiß, in der Regel in einem Geiste gehalten, der der hier gegebenen Schilderung entspricht. Der Student, der eine Vorlesung über praktische Nationalökonomie an einer deutschen Hochschule hört, wird gewöhnlich die Überzeugung gewinnen, daß es eine Reihe von wirtschaftlichen Forderungen gibt, die von der Wissenschaft als richtig anerkannt sind, während andere von ihr abgelehnt werden ¹⁾. Eine Vorlesung über praktische Nationalökonomie ist gegenwärtig gewöhnlich zugleich eine Sammlung von Rezepten für Eingriffe der Gesetzgebung und Verwaltung in die verschiedenen Gebiete des Wirtschaftslebens. Damit soll nicht geleugnet werden, daß die Vorlesung dem Studenten auch vielerlei nützliche Kenntnisse vermittelt, ihn näher mit den Verhältnissen der großen Hauptabteilungen des Erwerbslebens (Landwirtschaft, Gewerbe, Handel, Verkehr) und ihrer historischen Entwicklung, — in dieser Beziehung wird sogar oft des Guten zuviel getan — bekannt macht, aber das Endziel, zu dem die Betrachtung hinführt, ist regelmäßig das, daß eine Beurteilung der Wirtschaftspolitik, die der Staat auf den einzelnen Gebieten getrieben hat, vorgenommen wird, daß je nachdem entweder die vom Staate wirklich ergriffenen Maßnahmen verworfen und dafür andere besser dem Gemeinwohl dienende vorgeschlagen werden, oder aber, daß umgekehrt die tatsächliche Wirtschaftspolitik als zweckmäßig anerkannt und die dagegen erhobenen Einwände und gemachten Gegenvorschläge zurückgewiesen werden. Regelmäßig wird der

¹⁾ Unter diesen Umständen kann es nicht auffallen, wenn man auch in studentischen Kreisen dem Glauben begegnet, daß soziale und wirtschaftliche Reformen als ein Gebot der Wissenschaft zu betrachten seien. In der Satzung des akademischen sozialwissenschaftlichen Vereins an der Universität Tübingen heißt es diesem Standpunkt gemäß beispielsweise: „Der Zweck des Vereins ist, das Interesse für die Ergebnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung und das Verständnis für die Verwirklichung ihrer Forderungen unter den Studierenden . . zu fördern.“ Man sieht: wie die Alten sangen, so zwitschern die Jungen.

Hörer dabei den Eindruck bekommen, als ob das gefundene Ergebnis die aus objektiv-wissenschaftlichen Gründen einzig mögliche Lösung sei, als ob es die Stimme der Wissenschaft selbst sei, die ihr Urteil über die wirtschaftspolitischen Maßregeln und Vorschläge fälle. Es ist zwar, zumal wenn der betreffende Dozent zugleich der historischen Schule angehört, sehr viel von der Relativität aller wirtschaftspolitischen Maßregeln die Rede, es wird uns weitläufig auseinandergesetzt, daß sich nicht eines für alle schicke, sondern daß sich die Wirtschaftspolitik nach der jeweils erreichten Stufe der ökonomischen Entwicklung richten müsse, allein, daß auch auf derselben Wirtschaftsstufe und für die gleichen wirtschaftlichen Verhältnisse alle Wirtschaftspolitik nichts Absolutes sein kann, sondern nur etwas Relatives ist, das wesentlich mit von gefühlsmäßig bestimmten Momenten abhängt, von dieser Relativität ist kaum die Rede. Durch die ganze Behandlung des Gegenstandes wird vielmehr der Eindruck erweckt, als ob, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes bekannt seien und sobald man die Wirkungen eines Eingriffs in diese Verhältnisse kenne, auch das, was die Wirtschaftspolitik in solcher Lage zu tun und zu lassen habe, eindeutig bestimmt sei. Die wirtschaftspolitischen Urteile erhalten dadurch den Charakter einer objektiven Notwendigkeit und einer absoluten Sicherheit. Diese objektive Notwendigkeit und diese absolute Richtigkeit kann ihnen ihrer Natur nach aber niemals zukommen, und, wenn sie doch mit dem Anspruch auf allgemeine Geltung auftreten, so wie ihn sonst die Sätze der Wissenschaft erheben und ihrem Wesen nach erheben müssen, so gleichen sie Münzen, die unberechtigterweise zu einem höheren Wert in den Verkehr gebracht werden, als ihrem tatsächlichen Metallgehalt entspricht.

Warum aber ist es unmöglich und unberechtigt, wirtschaftspolitische Forderungen und Urteile im Namen der Wissenschaft auszusprechen? Der entscheidende Punkt, auf den es hierbei ankommt, ist der folgende¹⁾: Das Eintreten für irgendwelche Maßnahmen der Wirtschaftspolitik, überhaupt aller Politik, ergibt sich ebenso wie die Beurteilung vorhandener Einrichtungen und Zustände niemals einfach als das Resultat rein wissenschaftlicher, verstandesmäßiger Überlegungen. Es ist immer zugleich das Produkt einer ethischen Überzeugung, einer bestimmten Auffassung von den Aufgaben des Staates, eines Werturteils vom Standpunkt

¹⁾ In dem gleichen Sinne habe ich die aufgeworfene Frage schon in meiner Rektoratsrede vom 21. Oktober 1906 beantwortet. Vgl. die Festschrift über das Jügelhaus. Jena 1907, S. 33.

eines bestimmten Ideals der gesellschaftlichen Entwicklung aus. Wer z. B. eine bestimmte Art der Handelspolitik empfiehlt, mag sie nun freihändlerisch oder schutzzöllnerisch sein, der tut das niemals allein deshalb, weil er zu bestimmten Erkenntnissen über die Folgen der vorgeschlagenen Handelspolitik gelangt ist, sondern er tut es immer zugleich, weil er über diese Folgen ein günstiges Werturteil sich gebildet hat, weil sie ihm mit dem, was nach seiner Anschauung dem Gesamtwohl frommt, übereinzustimmen scheinen. Allerdings wird unser Urteil über die Nützlichkeit von Maßregeln von unserer Einsicht in ihre Wirkungen mitbestimmt und mit dieser Einsicht sich eventuell ändern. Wer etwa Baubeschränkungen nur deshalb gefordert hat, weil er glaubte, durch sie eine so weitgehende Verbilligung der Bodenpreise erreichen zu können, daß auch die Wohnungsmieten dadurch erniedrigt werden würden, der wird, sobald er das Irrtümliche dieser Annahme erkannt hat, von Baubeschränkungen, die über das ihm hygienisch als unbedingt notwendig Erscheinende hinausgehen, nichts mehr wissen wollen. Wer jedoch den Flachbau aus ästhetischen, hygienischen — wenn vielleicht auch nur eingebildeten —, oder anderen Gründen, z. B. weil durch ihn eine zahlreichere Klasse von Hausbesitzern in der Bevölkerung geschaffen wird, für so wichtig hält, daß er ihm selbst mit einer Verteuerung der Wohnungen nicht zu hoch bezahlt zu sein scheint, der wird an der Forderung von allerhand Baubeschränkungen festhalten, auch wenn ihm nachgewiesen wird, daß sie das Bauen unweigerlich verteuern müssen und der Bevölkerung den Zwang zu erhöhten Wohnungsaufgaben auferlegen. Also aus der Feststellung der Wirkungen einer Maßregel folgt unser praktisches Verhalten ihr gegenüber, unsere Zustimmung oder Ablehnung, nicht einfach auf rein logischem Wege. So ergibt sich, um noch ein Beispiel anzuführen, unsere Stellung zu Getreidezöllen niemals allein aus dem Nachweis, daß der Kornzoll auf den Brotpreis wirkt. Mag es noch so sicher sein, daß der Kornzoll das Brot verteuert, auch der, der persönlich an der Höhe der Getreidezölle ganz uninteressiert ist, vielleicht sogar durch sie mitbelastet wird, kann für Getreidezölle stimmen, weil er ihre Wirkungen auf anderen Gebieten, insbesondere für die Erhaltung der landwirtschaftlichen Bevölkerung, etwa wegen ihrer Bedeutung für die Wehrhaftigkeit des Staats und für die Schnelligkeit der natürlichen Bevölkerungszunahme, für das Staatsganze für so wertvoll hält, daß die Belastung der Konsumenten daneben nur als ein relativ kleines Opfer erscheint, das einem Teil der Bevölkerung

„im Interesse des Gemeinwohls“ mit gutem Gewissen auferlegt werden darf.

„Im Interesse des Gemeinwohls“, damit sind wir bei der Formel angelangt, mit der alle wirtschaftspolitischen Urteile begründet zu werden pflegen, so wie alle Urteile der Gerichte „Im Namen des Königs“ ausgefertigt werden. In der Tat wird sich kaum eine wirtschaftspolitische Auseinandersetzung finden, in der uns nicht versichert wird, daß die Entscheidung, zu der sie kommt, lediglich im nationalen Gesamtinteresse gefällt sei. Und ganz besonders versichern uns natürlich die Vertreter der akademischen Wissenschaft, daß sie bei ihrer Stellungnahme für oder wider bestimmte Maßregeln nicht von der Rücksicht auf die Sonderinteressen einzelner Gesellschaftsklassen, sondern lediglich von der Rücksicht auf das allgemeine Wohl sich leiten lassen. „Der akademische Lehrer praktischer Disziplinen kann und soll nur einen Leitstern haben: Das Gesamtwohl und das Gesamtinteresse.“ (Schmoller in seiner Rektoratsrede 1897.)

Das klingt gewiß vortrefflich und hat etwas Bestechendes. Allein das Schlimme ist nur, daß man praktisch mit dem hier aufgestellten Grundsatz nichts anfangen kann, zumal es staatliche Maßregeln, die nicht einzelnen Gruppen der Bevölkerung mehr nützen als anderen und die darum nicht auch unter dem Gesichtspunkt der „Förderung von Sonderinteressen“ betrachtet werden können, bei der Natur der menschlichen Dinge und Einrichtungen überhaupt nicht gibt¹⁾. Das Gemeinwohl vermag uns doch nur dann als sicherer Führer bei unserer Stellungnahme in den wirtschaftspolitischen Kämpfen zu dienen, wenn das, was das Gemeinwohl fordert, als ein eindeutig bestimmtes und feststehendes Ziel betrachtet werden darf. Darin liegt aber der verhängnisvolle Irrtum der historischen Schule und des Kathedersozialismus. Der Leitstern, der uns führen soll, erweist sich bei genauerem Zusehen gar nicht als ein einziger Stern, sondern als ein Doppelgestirn, und jeder der beiden Sterne zieht seine eigene Bahn. Oder ohne Bild gesprochen: Das, was das allgemeine Wohl eines Landes in einer gegebenen Lage erfordert, läßt sich nicht aus einem allgemein anerkannten Prinzip eindeutig ableiten. Die abgegriffene Formel vom Gesamtinteresse der Nation, die in den wirtschaftspolitischen Erörterungen so gern

¹⁾ Die wirtschaftliche Gesetzgebung des Staats ist bei einigermaßen entwickelten gesellschaftlichen Verhältnissen in gewissem Sinne immer „Klassengesetzgebung“. Vgl. hierzu den Aufsatz von A. Voigt über „Wirtschaft und Recht“ in der Zeitschrift für Sozialwissenschaft, N. F. 2. Jahrg., S. 387 ff.

als eine gegebene Größe mit allgemein anerkanntem Inhalt behandelt wird, gibt vielmehr wieder sehr verschiedenen Deutungen Raum. Vor allem zwei grundverschiedene Auffassungen über das, was vom Standpunkte des Gemeinwohls aus als das letzte und höchste Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung zu betrachten sei, stehen hier einander gegenüber: Die Weltanschauung, oder richtiger gesagt, die Staatsauffassung des Individual- und die des Sozialprinzips. So werden diese Gegensätze von der herrschenden Terminologie gewöhnlich bezeichnet; besser spricht man vielleicht von Individualismus und Nationalismus, um keine Verwechselung des Sozialprinzips oder Sozialismus mit dem, was man gewöhnlich unter Sozialismus versteht, nämlich dem Kollektivismus, aufkommen zu lassen.

Die beiden entgegengesetzten Staatsauffassungen, die in der Formel vom Gemeinwohl friedlich nebeneinander schlummern, geben aber auf die Frage, welche Politik zum Gedeihen eines Landes und seinem Fortschritt am Besten beiträgt, in den meisten Fällen gerade die entgegengesetzte Antwort. Denn der Individualismus sieht, wenigstens in seiner extremen Form — zwischen Individualismus und Nationalismus gibt es ja zahlreiche Zwischenstufen und Mischungen¹⁾, wodurch die Mannigfaltigkeit der politischen Parteien entsteht —, das letzte Ziel der gesellschaftlich-staatlichen Entwicklung in etwas anderem als der Nationalismus, obwohl beide gleichmäßig vom nationalen Gesamtinteresse sprechen. Für den Anhänger des Individualprinzips sind alle gesellschaftlichen Einrichtungen und auch der Staat selbst in letzter Instanz nur dazu da, das Wohlbefinden der jeweilig lebenden Generation zu fördern. Das Individuum ist ihm Selbstzweck. Für den Vertreter des Nationalismus dagegen sind die Individuen nur Durchgangsposten im Leben der Nation, die der Idee nach ewig ist. Dem Volksganzen, der organisierten Nation, dem Staat als dem

¹⁾ Die einzelnen Menschen lassen sich selbstredend nicht so wie bei der Obstfrau Äpfel und Birnen hübsch getrennt liegen, in Nationalisten und Individualisten aufteilen, sondern sie stellen oft sehr wunderliche Mischungen zwischen individualistischer und nationalistischer Betrachtung des öffentlichen Lebens dar; während sie auf bestimmten Gebieten ganz den individualistischen Standpunkt sich zu eigen gemacht haben, denken sie auf anderen noch nationalistisch. Ganz konsequente Individualisten sind ebenso selten wie ganz konsequente Nationalisten; jeder macht sich im Leben selbst seine Mischung aus Individualismus und Nationalismus zurecht. Vom Menschen im allgemeinen gilt hier das Wort: „Ich bin kein ausgeklügelt Buch, ich bin ein Mensch in seinem Widerspruch.“ Für die Wissenschaft darf dieser Zustand natürlich aber kein Hindernis sein, scharf zwischen Individualismus und Nationalismus zu unterscheiden.

sichtbaren Vertreter der unübersehbaren Reihe der künftigen Generationen wird vom Nationalismus ein eigener selbständiger Zweck zuerkannt, und wenn die Interessen dieses Ganzen mit denen der jeweilig lebenden Generation in Widerstreit geraten, so müssen nach der Auffassung des Nationalprinzips die letzteren zurücktreten. Um der gedeihlichen Entwicklung der künftigen Generationen willen ist der Nationalist bereit, der lebenden Opfer und Einschränkungen aufzuerlegen. Der extreme Individualist dagegen bestreitet dem Staate das Recht, das lebende Geschlecht in seinen Ansprüchen auf persönliche Freiheit, materielles Wohlbefinden usw. zu verkürzen.

Am deutlichsten zeigt sich der Unterschied zwischen Individualisten und Nationalisten in dem Verhältnis beider zu den Fragen der äußeren und denen der inneren Politik. Dem Nationalisten stehen die Fragen der äußeren Politik stets an Wichtigkeit voran, er prüft alle Fragen der inneren Politik unter dem Gesichtspunkt, wie sie auf die Stellung seiner Nation unter den anderen Völkern einwirken, ob sie die Kräfte gegenüber dem Auslande zu vermehren oder zu vermindern geeignet sind. Dem Individualisten dagegen kommen umgekehrt die Fragen der inneren Politik zuerst, er wählt seine Stellung zum Auslande vor allem mit Rücksicht auf Gesichtspunkte der inneren Politik. Die innere Politik hat nach ihm die äußere zu bestimmen.

Der Gegensatz zwischen Individualismus und Nationalismus zeigt sich aber nicht nur auf diesem, sowie auf dem rein wirtschaftlichen Gebiete, er kehrt überhaupt auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens und der staatlichen Einrichtungen wieder. Der echte Individualist ist z. B. Gegner der Todesstrafe, ferner unbedingter Anhänger der Friedensbestrebungen zwischen den Völkern, er fordert völlige Gleichstellung der Frau mit dem Manne usw., während der Nationalist diesen Forderungen nur zuzustimmen vermag, soweit sie ihm unter den zurzeit bestehenden Verhältnissen, insbesondere auch auf internationalem Gebiete, ohne Nachteil für die Stellung seiner Nation unter anderen Völkern und für die Entwicklung der künftigen Geschlechter erfüllbar zu sein scheinen. Der Individualismus ist dabei immer die vorwärtstreibende, der Nationalismus mehr die bremsende Kraft ¹⁾, und das Gegeneinanderwirken beider

¹⁾ Eine nähere Untersuchung des Wesens dieser beiden politischen Grundkräfte — das oben über sie Gesagte beansprucht nicht entfernt, schon definitive Formulierungen zu geben — erscheint dringend nötig. Sie muß geradezu die erste Aufgabe jeder wissenschaftlichen Politik sein, d. h. einer Politik, die uns nicht zu einer bestimmten Stellungnahme in den politischen Kämpfen anleiten, sondern diese

Kräfte führt gewöhnlich zum Abschluß von Kompromissen auf einer mittleren Linie, die je nach dem augenblicklichen Stand der Kräfte bald mehr nach rechts oder mehr nach links gezogen wird. So kommt es, daß die praktische Politik sich aus lauter Kompromissen zusammensetzt, daß sie die „Kunst des Erreichbaren“ ist.

Es kann hier natürlich nicht ein Überblick über die verschiedenen Gebiete des Staatslebens gegeben werden, um zu zeigen, wie individualistische und nationalistische Grundanschauung zu einer ganz verschiedenen Stellungnahme zu den einzelnen politischen Problemen führen, es sollte zunächst nur an einigen Beispielen dargelegt werden, wie Individualismus und Nationalismus das, was das nationale Gesamtinteresse erfordert, in ganz verschiedener Weise bestimmen. Und demgemäß kommt man vom Standpunkt des Nationalismus insbesondere auch zu einer vollkommen anderen Wirtschafts- und Sozialpolitik als vom individualistischen Prinzip aus. Bei zahllosen Streitpunkten der Wirtschaftspolitik, so z. B. bei der Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll vorzuziehen ist, ferner bei der Frage der Ordnung des ländlichen Erbrechts (Einführung des Anerbenrechts), bei vielen Problemen des Arbeiterschutzes, auch bei der Frage nach dem „besten“ Steuersystem und der Stellung der Erbschaftsteuer in ihm usw. usw., überall wird man bei tieferem Eindringen finden, wie die Gegensätze, die im öffentlichen Leben aufeinander stoßen und die Parteien voneinander trennen, in letzter Linie sich zurückführen lassen auf den Gegensatz zwischen den ethisch-politischen Prinzipien des Individualismus und des Nationalismus.

So einfach, um nicht zu sagen selbstverständlich, diese Dinge im Grunde sind, so ist es doch vielleicht ganz nützlich, den Sachverhalt an einem konkreten Beispiele noch etwas näher zu erläutern. Denn wie auf anderen Gebieten, so werden auch hier die elementarsten Wahrheiten meist am wenigsten beachtet, oder, wenn man sie in der Theorie vielleicht auch anerkennt, da, wo man sich praktisch nach ihnen richten sollte, vernachlässigt man sie. Wir wählen als solches Beispiel das altehrwürdige des Kampfes zwischen Freihandel und Schutzzoll. Schmoller hat zwar einmal behauptet, über Freihandel und Schutzzoll werde heute nicht mehr gestritten, aber er hat mit dieser Prophezeiung kein Glück gehabt. Gerade im letzten Jahrzehnt ist in der wissenschaftlichen Literatur wie in der Tagespresse in Deutschland sowohl wie anderwärts

Kämpfe uns verstehen lassen will. Diese Art wissenschaftlicher Politik ist heute freilich mehr noch ein Ziel, als etwas schon wirklich Vorhandenes.

die Diskussion über die Fragen der Handelspolitik von neuem mit großer Leidenschaftlichkeit entbrannt. Das, worum dabei gekämpft wird, wie überhaupt immer bei dem Streit zwischen Freihandel und Schutzzoll, das sind in Wahrheit viel weniger die Wirkungen der beiden entgegengesetzten Systeme der Handelspolitik, das ist vielmehr die Frage, wie diese Wirkungen zu beurteilen sind, ob sie im Gesamtinteresse der Nation erwünscht erscheinen oder nicht. Der Streit dreht sich also in letzter Linie um ein Werturteil, was übrigens der Sprachgebrauch des Lebens dadurch in gewissem Grade zum Ausdruck bringt, daß wir von „überzeugten“ Freihändlern und „überzeugten“ Schutzzöllnern sprechen. Da nun der Freihändler dieses Werturteil vom individualistischen Standpunkt, der Schutzzöllner aber vom nationalistischen Standpunkt aus fällt, beide also von entgegengesetzten Auffassungen des Gemeinwohls ausgehen, so müssen sie auch notwendig zu entgegengesetzten Resultaten kommen und können sich niemals einigen. „Sie können zusammen nicht kommen, das Wasser ist viel zu tief.“

Hinsichtlich der Hauptwirkungen, die Freihandel und Schutzzoll auf die volkswirtschaftliche Entwicklung eines Landes ausüben, können wir ihren Gegensatz dabei folgendermaßen formulieren ¹⁾: Bei völliger internationaler Handelsfreiheit wird auf die Dauer — von den Übergangserscheinungen soll hier abgesehen

¹⁾ Daneben besitzt allerdings auch heute noch die Anschauung von Smith und Ricardo Vertreter, daß keine zollpolitische Maßregel imstande sei, die Menge des Gewerbleißes in einem Lande zu vermehren, daß jeder Zoll vielmehr nur eine andere und zwar eine ungünstigere Verteilung in den produktiven Kräften des Inlandes herbeiführe, als sie bei Freihandel eingetreten sein würde. Selbst wenn man sich aber auf den Boden dieser Anschauung stellt, die mir im Zeitalter der massenhaften internationalen Kapitalübertragungen und der modernen Wanderungsbewegung ganz unhaltbar erscheint — mag sie auch vielleicht für die Zeit von Smith und Ricardo eine gewisse historische Geltung beanspruchen können —, wird das Resultat der Betrachtungen im Text nicht wesentlich geändert. Auch dann behält es seine Richtigkeit, daß der Gegensatz zwischen Freihandel und Schutzzoll in letzter Linie auf den Gegensatz zwischen Individualismus und Nationalismus hinausläuft. Der Nationalist wird eben unter Umständen eine bestimmte Verteilung der produktiven Kräfte des Volkes, insbesondere zwischen Landwirtschaft und Industrie, für so wichtig im Interesse des Staats halten, daß er eine Minderung der Produktivität der Arbeit dafür in Kauf nimmt, auch wenn ihr keine Vermehrung der Gesamtmengen von Kapital und Arbeit, die im Inlande Verwendung finden, gegenüber steht. Der Individualist dagegen wird eine solche, durch Staatseingriffe bewirkte künstliche Verteilung der Produktivkräfte auf die einzelnen Gewerbezweige, weil sie nicht den höchsten sonst möglichen Grad der Produktivität der Arbeit zu erreichen gestattet, stets für ein Unrecht halten.

werden — im Verhältnis zu dem in einem Land angewandten Kapital und zu der in ihm tätigen Arbeit das günstigste Ergebnis, d. h. das größte Produkt erzielt. Der Freihandel bewirkt daher die weltwirtschaftlich zweckmäßigste internationale Arbeitsteilung. Er weist jedem Produktionszweige, ohne sich um die Grenzpfähle zwischen den einzelnen Staaten zu kümmern, denjenigen Standort an, an dem er die vorteilhaftesten natürlichen und sozialen Produktionsbedingungen findet. Dadurch hebt er die Produktivität der Arbeit auf den höchsten jeweilig erreichbaren Stand und erhöht dadurch auch das durchschnittliche Volkseinkommen in den weltwirtschaftlich miteinander verbundenen Ländern.

Das sind die Posten, die das Guthaben des Freihandels ausmachen. Die orthodoxen Freihändler übersehen nur häufig, daß die Vorteile des Freihandels unter Umständen erkaufte werden müssen mit einer Verminderung der in einem Land wirtschaftlich tätigen Bevölkerung oder wenigstens mit der Verlangsamung ihres Wachstums. Bei der weltwirtschaftlich zweckmäßigsten Verteilung der Produktivkräfte und Produktionszweige über die Erde werden die Interessen der einzelnen Länder, so, wie sie der Nationalist versteht, nicht immer ohne weiteres genügend gewahrt. Hier besteht die Gefahr, daß die von der Natur weniger begünstigten Länder zu kurz kommen, daß sie einen Bevölkerungsverlust erleiden oder wenigstens in ihrem Wachstum gehemmt werden. Nach der Auffassung des Nationalismus hat der einzelne Staat aber nicht bloß ein Interesse daran, daß im Verhältnis zu dem Kapital und der Arbeit, die in ihm produktiv tätig sind, ein möglichst günstiges Ergebnis erzielt wird, sondern er hat daneben auch ein sehr starkes Interesse an der absoluten Größe der Gesamtsummen von Kapital und Arbeit, die im Inlande Beschäftigung finden. Und hier kommt nun eben in Betracht, daß keine Gewähr dafür besteht, daß bei Freihandel die Gesamtsumme der produktiven Kräfte in einem Lande immer ebenso groß ist wie bei Zollschutz. Die Gesamtwirkung des Schutzsystems besteht nämlich darin, daß es unter gewissen — durchaus nicht etwa unter allen — Umständen, wie wir es in wesentlicher Übereinstimmung mit den Ausführungen von Lexis im Handwörterbuch der Staatswissenschaften formulieren können, in dem geschützten Lande eine größere Summe von Kapitalien und Arbeitskräften konzentriert, als sich ohne Zollschutz dort vereinigt haben würden. Diese Konzentration ist aber nicht ohne Opfer zu erreichen. Ein Teil der Waren, die sonst aus dem Auslande bezogen worden wären, wird zwar jetzt im Inland hergestellt, allein das geschieht mit höheren Kosten als es im Ausland

geschehen würde. Und so wird durch das Schutzsystem die Produktivität der Arbeit und das Durchschnittseinkommen auf die Höhe zu steigen verhindert, die sie bei Freihandel erreicht haben würden. Diese Sätze enthalten zugleich den eigentlichen Kern der vielfach noch mißverstandenen Listschen Theorie der produktiven Kräfte, welche lehrt, daß durch das Schutzsystem ein Volk an produktiven Kräften gewinnt, was es an Tauschwerten verliert. Nur daß Friedrich List aus diesem Gedanken lediglich die temporäre Berechtigung von industriellen Schutzzöllen ableitete, während er in Wahrheit, sobald man ihn einmal anerkennt, eine viel universellere Bedeutung besitzt. Doch das nur nebenbei!

Der „reine Fall“, um den es sich bei den handelspolitischen Gegensätzen in letzter Linie handelt, ist also, wie sich aus dieser kurzen Darlegung über die volkswirtschaftlichen Wirkungen des Freihandels und der Schutzzollpolitik ergibt ¹⁾, der folgende: „Was

¹⁾ Selbstverständlich kann in diesem Zusammenhang nicht eine ausführliche Begründung der im Text vorgetragenen Lehre über die Wirkungen von Freihandel und Schutzzoll gegeben werden. Vielleicht ist es aber ganz nützlich, sich an einem konkreten Beispiel klar zu machen, daß das Schutzsystem tatsächlich die Wirkung haben kann, die Bevölkerung, die in einem Lande wirtschaftlich zu existieren vermag, zu vergrößern. Was wäre z. B. die Wirkung gewesen, wenn ein Land wie Italien bei der Situation, wie sie sich in den 80er Jahren auf dem Weltgetreidemarkt entwickelte, seine Landwirtschaft ohne Zollschutz gelassen hätte? Der gewaltige Preissturz für Getreide, der damals eintrat, hätte in Italien ohne Agrarzölle unzweifelhaft zu einer starken Einschränkung des Getreidebaus führen müssen. Der im Getreidebau überflüssig werdenden Bevölkerung wäre aber zum größten Teil nichts anderes übrig geblieben als die Auswanderung. Für die Begründung von Exportindustrien großen Stils sind die Bedingungen in Italien (Kapitalmangel, Mangel an Kohle und Eisen, geringe Schulbildung) nicht so günstig wie in anderen Ländern, und ganz besonders galt das damals, wo die Technik noch nicht so weit war, um die Möglichkeit zur Ausnutzung der italienischen Wasserkräfte mit Hilfe der Elektrizität zu geben, wo die Industrie also ausschließlich auf den Kohlenbezug aus dem Auslande angewiesen gewesen wäre. Die Aussichten, die in der Landwirtschaft überflüssig werdenden Arbeitskräfte in neu entstehenden Exportindustrien unterzubringen, waren also für Italien damals sehr gering. Muß doch Italien auch heute noch, obgleich die Verhältnisse durch den vorerwähnten Umstand sich inzwischen wesentlich gebessert haben, den größeren Teil seines natürlichen Bevölkerungszuwachses an das Ausland abgeben. Eine Aufhebung oder Herabsetzung der italienischen Agrarzölle, ohne daß sich die Getreidepreise zuvor entsprechend gehoben haben, könnte nur die Wirkung haben, die ohnehin so große Auswanderung aus Italien noch mehr zu verstärken. Das zeigt recht deutlich, wie der Zollschutz einem Lande unter Umständen ermöglicht, eine größere Bevölkerung festzuhalten als es nach der Konjunktur auf dem Weltmarkte eigentlich beanspruchen kann. Es gibt eben kein volkswirtschaftliches Gesetz, das da bestimmt, daß einem Lande, das infolge der Konkurrenz von Ländern mit geringeren Pro-

ist vorzuziehen für ein Land, eine größere Bevölkerung mit etwas geringerem Durchschnittseinkommen, oder aber eine kleinere Bevölkerung mit größerem Durchschnittseinkommen und infolgedessen besserer Lebenshaltung? Auf diese Frage gibt der Individualismus gerade die entgegengesetzte Antwort wie der Nationalismus. Vom nationalistischen Standpunkt aus, wie ihn die konservativen Parteien und vor allem die Regierungen selbst gewöhnlich vertreten, ist man geneigt, wenn diese Frage in einem konkreten Fall zur Entscheidung steht, einer größeren Bevölkerung den Vorzug zu geben, selbst wenn das nur mit erheblichen wirtschaftlichen Opfern geschehen kann. Die Regierungen pflegen vom Standpunkt der machtpolitischen Interessen, die ihnen anvertraut sind, der Meinung zu sein, daß ein privatwirtschaftlicher Verlust sehr wohl ein politischer Gewinn sein kann. Sie streben eine Gestaltung der Handelspolitik an, bei der der Staat ein Maximum von Menschen und Kapitalien auf seinem Gebiet zu beschäftigen vermag, auch wenn das nur durch künstliche Mittel wie Schutzzölle usw. und unter wirtschaftlichen Opfern großer Teile der Bevölkerung erreicht werden kann. Die Handelspolitik ist dadurch ein Mittel geworden, mit dem die Staaten sozusagen einen fortwährenden unblutigen Krieg um die Größe der Bevölkerung führen, die wirtschaftlich in ihnen zu existieren vermag.

Bei diesem Streben, von dem wir die Handelspolitik aller Länder in der bisherigen Geschichte beständig erfüllt sehen, das aber selbstverständlich nie ganz schrankenlos, sondern nur innerhalb gewisser Grenzen, die erfolgreich herauszufinden die Kunst

duktionskosten im Getreidebau einen Teil seiner Landwirtschaft verliert, dafür immer ein entsprechender Zuwachs auf industriellem Gebiete zuteil werden müsse. Die Exportindustrien, zu deren Bildung die Ausdehnung des Getreidebaus in den begünstigten Ländern die Möglichkeit gibt, werden sich vielmehr auf die einzelnen Länder in sehr verschiedener Weise verteilen, je nach der Gunst der Produktionsbedingungen für die Industrie in den einzelnen Ländern. Man darf eben bei der Erörterung dieser Fragen nie vergessen, daß sich in der Weltwirtschaft nicht wie in den schematischen Beispielen mancher Nationalökonomien nur zwei Länder gegenüberstehen, sondern daß sich um die Erlangung der Exportindustrien, deren Entstehung durch die Erweiterung des Getreidebaus in den überseeischen Ländern ermöglicht wird, eine ganze Reihe von Ländern Konkurrenz machen. Von diesen Exportindustrien haben Länder wie Großbritannien, Deutschland und Belgien ohne Zweifel einen viel größeren Teil an sich gezogen wie etwa Italien, Spanien oder Schweden. Von einem Rückgang ihres eigenen Getreidebaues waren dagegen alle diese Länder durch die Preisbildung, die infolge der überseeischen Konkurrenz auf dem Getreidemarkt einsetzte, in ungefähr gleichem Maße — natürlich hier im Verhältnis zu ihrer Bevölkerung betrachtet — bedroht.

des Staatsmanns ist, sich praktisch durchzusetzen vermag, gerät der einzelne Staat nun nicht nur leicht in Konflikt mit den übrigen Staaten, sondern auch mit den ökonomischen Interessen großer Teile seiner eigenen Staatsangehörigen. Dafür werden freilich wieder andere Teile der Bevölkerung durch die vom Staate zunächst in seinem Interesse eingeschlagene Handelspolitik begünstigt. So entsteht der Zusammenhang zwischen Schutzpolitik und Förderung der Interessen einzelner Erwerbszweige, der den Individualisten häufig veranlaßt, das Schutzsystem in Bausch und Bogen zu verdammen. Die Handelspolitik führt also zu fortwährenden Zusammenstößen nicht nur zwischen dem „nationalen Egoismus“ verschiedener Staaten, sondern auch zwischen dem Egoismus des Staats und dem Egoismus, d. h. den privatwirtschaftlichen Interessen, seiner Bürger. Für die Parteien, welche auf individualistischem Boden stehen, besitzen ja die vorhin angegebenen Erwägungen kein Gewicht. Sie müssen von ihrem Standpunkt aus folgerichtig zu einer entschiedenen Vertretung der Konsumenteninteressen kommen. Der Konsument wünscht aber seine Waren möglichst billig einzukaufen und fragt nicht danach, ob sie aus dem Auslande oder aus dem Inlande kommen. Mag auch die Bevölkerung, welche die Bedingungen ihrer wirtschaftlichen Existenz im Inlande findet, dadurch abnehmen oder nur langsamer wachsen können als bisher, er verlangt die Handelspolitik so gestaltet zu sehen, daß er auf jeden Fall die Gegenstände seines Bedarfs möglichst billig beziehen kann und dadurch sein Einkommen indirekt erhöht. Diesem Ziel des Individualisten bzw. des Konsumenten entspricht eine freihändlerische Handelspolitik unter allen Umständen am besten, während die Interessen, die der Nationalismus vertritt, je nachdem bald besser durch eine schutzzöllnerische, bald auch durch eine freihändlerische Handelspolitik gewahrt werden.

In dem Streit zwischen Individualismus und Nationalismus vermag nun nicht etwa die Wissenschaft das entscheidende Wort zu sprechen. Mit den Mitteln der Wissenschaft kann nicht bewiesen werden, daß von den beiden im Leben sich bekämpfenden Staatsauffassungen die eine entweder allgemein die „höhere“ sei gegenüber der anderen, oder daß wenigstens in einem konkreten Fall eine von ihnen unbedingt die Richtschnur für das Handeln des Staats zu bilden habe¹⁾. Die letztere Anschauung ist ja die,

¹⁾ In meiner 1900 erschienenen Arbeit „Frauen-Fabrikarbeit und Frauenfrage“ habe ich versucht, den Geltungsbereich beider Prinzipien abzustecken und die Richtigkeit einer bestimmten sozialpolitischen Maßregel (erhöhter Arbeiterschutz für verheiratete Arbeiterinnen) streng wissenschaftlich zu beweisen. Ich gebe ohne

zu der die historische Schule hinneigt oder die sie wenigstens durch ihre Lehren zu stützen geeignet ist, die allerdings meist etwas verschwommenen Charakter besitzen und der prinzipiellen Klarheit entbehren. Der Grundgedanke der historischen Schule von der Relativität aller volkswirtschaftlichen und politischen Einrichtungen erfährt häufig die Deutung, daß, wenn die Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, auf der sich ein Land jeweilig befindet, seine Beziehungen zu anderen Ländern, seine Stellung in der Weltwirtschaft usw. gegeben seien, dann auch die Wirtschaftspolitik, speziell etwa die Handelspolitik, die es am besten treibe, bestimmt sei. Regelmäßig wird dann irgendein Kompromiß zwischen Individualismus und Nationalismus als die richtige Art der Handelspolitik bezeichnet, und den Kompromissen, welche die Parteien in solchen Fällen, ihren Machtverhältnissen entsprechend, im Leben meist schließen, wird dadurch eine Art von höherer wissenschaftlicher Weihe erteilt. Dieses Verfahren hat schon Max Weber 1904 treffend dahin charakterisiert ¹⁾: „Mit wissenschaftlicher »Objektivität« hat das nicht das allermindeste zu tun. Die »mittlere Linie« ist um keine Handbreit mehr wissenschaftliche Wahrheit als die extremsten Parteiideale von rechts oder links.“ In der Tat bleibt immer, gleichviel wie die wirtschaftliche Lage eines Landes beschaffen sein mag, der Gegensatz zwischen Individualismus und Nationalismus in voller Stärke bestehen ²⁾. Keine der beiden Weltanschauungen hat, wenn

weiteres zu, daß dieser Versuch mißlungen ist, eben weil sich nicht das eine der beiden Prinzipien gegenüber dem andern als das höhere beweisen läßt.

¹⁾ Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik. Neue Folge, 1. Bd. S. 30.

²⁾ Der erste Nationalökonom, der meines Wissens klar erkannt hat, daß der Gegensatz zwischen Freihandel und Schutzzoll auf den Gegensatz zwischen Individualismus und Nationalismus hinausläuft, war J. H. von Thünen. Natürlich drückt er das Verhältnis aber noch in der etwas naiven Sprache seiner Zeit aus. Thünen untersucht (Der isolierte Staat, 3. Aufl., 2. Teil, II. Abteilung, S. 86 ff.) die Wirkung des freien Kornhandels zwischen Ländern mit Boden von ungleicher Fruchtbarkeit und zeigt da, wie der Staat, der das Getreide nicht so wohlfeil produziert wie das Ausland, bei völliger Freiheit des Kornhandels einer Abnahme seiner Bevölkerung entgegengeht. „Es werden die Bewohner der entfernten Gegend des Staats A (das ist der teurer produzierende) ihre Gebäude verfallen lassen, und wenn diese aufhören brauchbar zu sein, mit ihrem Vieh und der beweglichen Habe nach dem Staate Q (das ist der mit dem fruchtbareren Boden) wandern, dort auf dem noch unkultivierten Lande sich anbauen, wo wegen des fruchtbaren Bodens ihre Arbeit und ihr Kapital eine höhere Belohnung finden, als in A. Die endliche Folge ist also die, daß der Staat A an Bevölkerung, Kapital und Landrente ärmer geworden ist.“

Über die Lage, in die der Staat A dadurch gerät, spricht er sich dann folgendermaßen aus: „Wenn der Staat A dem Staat Q früher im Kriege gewachsen

man die Dinge rein wissenschaftlich betrachtet, zu einer bestimmten Zeit und unter bestimmten Verhältnissen mehr Recht oder weniger

war, so hört nach dieser Veränderung das Gleichgewicht an Macht auf, und A gerät jetzt in eine gewisse Abhängigkeit von Q. Kann dies dem Regenten des Staats A gleichgültig sein, und ist er nicht völlig gerechtfertigt, wenn er die Einfuhr des Kornes aus Q verbietet, um seine Unabhängigkeit zu retten? Dies ist nun die nationale Seite der Frage und von diesem Standpunkt aus müssen wir die Zweckmäßigkeit der Handelsfreiheit verneinen. Sehen wir nun aber auf die Masse des materiellen Wohlstands, von dem das Glück der Menschen, wenigstens der ärmeren Klasse größtenteils abhängt, so hat dieser durch die Übersiedelung nach Q bedeutend zugenommen. Auf dem weit fruchtbareren Boden des Staats Q wird die Arbeit durch ein weit höheres Produkt gelohnt, und Arbeiter wie Kapitalisten genießen eines höheren Wohlstands. Töricht würde man es finden, wenn die Staatsgewalt den Anbau eines fruchtbaren Landstrichs im Staat verböte und die Untertanen zwänge, sich auf einem minder ergiebigen Boden abzumühen und kümmerlich zu leben. Ganz ähnlich verhält es sich mit der Verhinderung des freien Handels und hat man das Wohl der Gesamtheit der Menschen vor Augen, so erscheint die Hemmung des freien Verkehrs als ein gegen die Menschheit begangener Frevel. Hier treffen wir nun auf den merkwürdigen Punkt, wo das Interesse des Regenten mit dem des Volks im Widerspruch ist, ja wo sich das Interesse beider feindlich gegenübersteht.“

Thünen wirft dann die Frage auf, welches von beiden Interessen das höhere und begründetste ist, und beantwortet sie zugunsten des Interesses der Untertanen, also des Individualismus. Seine Beweisführung ist folgende: „Das Streben des Regenten ist nicht auf die absolute, sondern nur auf die relative Wohlfahrt seines Volkes, d. i. die im Verhältnis zu anderen Nationen stehende gerichtet. Er entzieht seinem Volke die Vorteile des freien Handels, wenn dadurch anderen Völkern größere Vorteile als dem seinigen zufließen. Dies wird durch die Sorge für die Unabhängigkeit seines Reichs geboten. Das Streben des Volks aber geht dahin, seinen Wohlstand zu vermehren, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, ob dies anderen Nationen zum Vorteil oder Nachteil gereiche. Unbewußt und unwillkürlich fördert es dadurch aber auch das Wohl anderer Völker. Das Volk in Verfolgung seiner materiellen Interessen fördert das Wohl der Menschheit, der Regent dagegen sucht nur das Wohl des ihm anvertrauten Volkes zu fördern. Jenes ist ein weltbürgerliches, dieses ein nationales Interesse, und wer kann zweifelhaft sein, welches von beiden vor dem Richterstuhl der Moral und Religion das höhere ist?“

Es braucht nach den Ausführungen im Text nicht gesagt zu werden, daß diese Beweisführung nicht zwingend ist. Thünen beweist mit seinen Betrachtungen nicht, daß das Individualprinzip wirklich dem Nationalprinzip gegenüber stets das höhere ist, sondern nur, daß er es für das höhere hält, d. h. daß er selbst auf individualistischem Standpunkt steht. Er schließt seine Auseinandersetzungen mit dem Satz: „Auf einer höheren Stufe der Zivilisation werden einst beide Interessen zusammenfallen und Eins werden.“ Er meint damit den Zustand des ewigen Friedens zwischen den Völkern der Erde, ein Ideal, das ihm durch Errichtung eines europäischen Gerichtshofs zur Entscheidung internationaler Konflikte wenigstens für Europa in absehbarer Zeit erreichbar erscheint.

Wie auch Karl Marx den Gegensatz zwischen Individual- und Nationalprinzip sowie den Einfluß dieser Prinzipien auf die Urteile der Nationalökonomien sehr wohl kannte, zeigt die interessante, in den „Theorien über den Mehrwert“

Recht als die andere. Daraus ergibt sich also nicht eine historische, sondern, wenn der scheinbar widersinnige Ausdruck erlaubt ist, eine „absolute Relativität“ der Stellungnahme der Wissenschaft zu den Problemen der Wirtschaftspolitik. Individualismus und Nationalismus sind eben letzte Gegensätze des politischen Urteils, welche die Wissenschaft als gegeben hinzunehmen hat, zwischen denen eine Bewertung vorzunehmen aber nicht ihres Amtes ist. Auf welche Seite wir uns in diesem Kampf der Staatsauffassungen schlagen, das hängt von den verschiedensten Momenten und zwar vielfach Imponderabilien ab, von der Erziehung, den persönlichen Erfahrungen und Studien, nicht zuletzt natürlich, wenn auch nicht so ausschließlich, wie der Marxismus lehrt, von der Klassenzugehörigkeit und der jeweiligen politischen Lage der Klassen in einem Lande.

Es ist interessant, zu sehen, mit welchen Gründen die Anhänger der politisierenden Methode in der Nationalökonomie ihr Verfahren gegen die Lehre von der Relativität auch der letzten und höchsten ethischen Ziele, aus der sich die Verwerflichkeit alles Politisierens in der Wissenschaft von selbst ergibt, weil bei ihm das Relative wie ein Absolutes behandelt wird, zu verteidigen suchen. Besonders einige sehr bezeichnende Äußerungen von G. Cohn verdienen hier angeführt zu werden¹⁾:

„Daß wir keine mathematisch-physikalischen Beweise für die Gerechtigkeit besitzen, darf uns nicht hindern, an die Objektivität einer Gerechtigkeit, die sich in der Geschichte fortschreitend offenbart, dennoch zu glauben. . . . Denn dieses »Subjektive«, das wir besitzen, kommt nicht von meiner Subjektivität und nicht von der Subjektivität der heutigen Fachgenossen. Es ist die Erkenntnis, die Überzeugung einer großen Anzahl von Subjekten. Sie kommt nicht in diesen Subjekten bloß zum Ausdruck. Sie ist der Niederschlag der Gesamtintelligenz von Jahrhunderten, den wir als wissenschaftliche Erkenntnis zusammenfassen. . . . Es sollte die »Subjektivität« unserer sozialpolitischen Ideale auch für die Gegner einige Autorität dadurch gewinnen, daß die Bekenntenschaft eine recht stattliche und ansehnliche ist.“

Es ist schwer, diese Ausführungen ganz ernst zu nehmen. Zunächst wird von Cohn der eigentliche Streitgegenstand dadurch mit großer Geschicklichkeit verschleiert, daß er den Unterschied, auf den hier alles ankommt, den zwischen „Erkenntnis“ einerseits

(II, 1, S. 309/10) mitgeteilte Äußerung von ihm über Ricardo und Sismondi (zitiert in dem Aufsatz von Peter von Struve: Über einige grundlegende Motive im nationalökonomischen Denken; „Logos“, Band I, 1910/11, Heft 3).

¹⁾ In dem schon im ersten Artikel erwähnten Aufsatz im ersten Heft des Jahrgangs 1910 der „Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft“, S. 21, 22 und 29.

und „Überzeugung“ andererseits, durch harmlose Gleichsetzung beider Begriffe aus der Welt schafft. Nach der berüchtigten Methode, wie sie früher wohl in der Philologie angewandt wurde, um die Verwandtschaft zwischen Worten aufzudecken, der Methode, die von ἀλωπηξ mit 1, 2, 3 auf Fuchs kam, wird hier Erkenntnis plötzlich als identisch mit Überzeugung behandelt. Wenn man so verfährt, ist es freilich möglich, alles zu beweisen. Ein ähnliches Jonglieren mit Begriffen findet sich bei Cohn auch sonst noch. Wenn man die Führung in der Wirtschaftspolitik den Praktikern, den Männern der Tat überläßt, dann ist nach ihm die Tat, der Wille, der Instinkt auf den Thron gesetzt; wenn man dagegen politisierenden Professoren diese Rolle zuweist, dann besorgt die Erkenntnis die Ordnung des politischen und sozialen Lebens. Professoren haben anscheinend nach ihm eine andere Psychologie wie gewöhnliche Menschen; bei ihnen entspringt die Überzeugung der Erkenntnis, bei anderen dem Willen oder dem Instinkt.

Und dann der Hinweis auf die stattliche Zahl von Anhängern, welche die Grundsätze und Ziele des Kathedersozialismus heute in der Wissenschaft und im Leben besitzen! Wird denn durch die große Zahl ihrer Bekenner eine subjektive Überzeugung zu einer objektiven Erkenntnis? Und soll etwa künftig über solche Prinzipienfragen der Wissenschaft nach Mehrheiten abgestimmt werden? Vielleicht schlägt uns Cohn hierfür auch noch ein Wahlrecht vor, selbstverständlich mit Pluralstimmen für die Ordinarien. Und hat er ganz vergessen, daß die gemeinsamen Anschauungen in der deutschen Nationalökonomie über das, was Aufgabe des Staates in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sei, noch recht jungen Datums sind, daß sie nicht viel über ein Menschenalter zurück reichen und daß man vorher auch in der deutschen Wissenschaft ganz entgegengesetzte Lehren vertreten hat, Lehren, die in der Nationalökonomie anderer Länder, z. B. in der Frankreichs, noch heute bedeutende und einflußreiche Anhänger zählen? Darf etwas, was so schnellem Wandel unterworfen war und wieder unterworfen sein kann, als objektive Erkenntnis betrachtet werden?

Und was hat denn die rasche Ausbreitung der wirtschafts- und sozialpolitischen Lehren des Kathedersozialismus und ihre praktischen Erfolge in der Gesetzgebung bewirkt, auf die Cohn mit solchem Stolz hinweist? Er selbst sieht darin das siegreiche Vordringen der Idee der sozialen Gerechtigkeit, vor dem die Interessentpolitiker zurückweichen müssen. Das ist eine große Illusion. Eine nüchterne, realistische Betrachtung der Dinge wird hier zu

einem ganz anderen Resultat kommen. Den Einfluß des Kathedersozialismus in allen Ehren, aber die Umkehr der Wirtschaftspolitik vom Manchestertum zur weitgehenden Einmischung des Staats in das Wirtschaftsleben, zumal auf sozialpolitischem Gebiete, hat der Kathedersozialismus durch seine Lehren über soziale Gerechtigkeit wirklich nur zum kleinsten Teil bewirkt. Er selbst ist von dieser Zeitströmung mehr getragen worden, als daß er sie gemacht hat. Die Kräfte, die diese Bewegung am stärksten getrieben haben, sind ganz wo anders zu suchen als auf den deutschen Kathedern. Sie liegen einfach in den politischen Verhältnissen und ihrer Entwicklung. Man vergesse nicht, die wirtschaftlich Schwachen sind im Zeitalter des allgemeinen Wahlrechts die politisch Starken. Cohn hat in dem schon zitierten Artikel im Tag diese Tatsache durch den Hinweis zu entkräften gesucht, daß die Vertreter der besitzlosen Klassen im Reichstag ja gar nicht die Majorität besaßen. Dieser Einwand ist aber nicht beweiskräftig. Jeder, der die Dinge sieht, wie sie sind, weiß doch, daß alle Parteien, von der Rechten bis zur Linken, sich heute um die Gunst der Wählermassen bemühen und ihnen in ihren Programmen etwas zu bieten suchen. Dadurch in allererster Linie, und nicht durch die Lehren der Kathedersozialisten über das, was sozial gerecht sei, ist das bekannte Wettrennen der Parteien bei der Stellung sozialpolitischer Anträge entstanden, bei dem allerdings, darin mag Graf Posadowsky recht haben, viel Heuchelei mit unterlaufen mag, aus dem aber doch, immer mit Rücksicht auf die Wählerschaft, auch viele positive Ergebnisse hervorgegangen sind.

Nach dieser Zwischenbemerkung gegen Cohn spinnen wir unseren eigentlichen Gedankenfaden weiter. Aus dem Resultat, zu dem wir bei unseren Erörterungen gelangten, ergibt sich als Konsequenz, daß man erst dann über die beste Wirtschaftspolitik für ein Land diskutieren kann, wenn man sich vorher über das allgemeine Ziel der Wirtschaftspolitik verständigt hat. Wie oft wird aber heute auch in der wissenschaftlichen Literatur gegen diesen eigentlich doch selbstverständlichen Grundsatz verstoßen, und zwar gerade auch in der handelspolitischen Diskussion. Die beiden Richtungen, die sich bekämpfen, berufen sich beide auf das nationale Gesamtinteresse, aber jede versteht darunter etwas anderes; die eine steht auf individualistischem, die andere auf nationalistischem Standpunkt, aber sie bringen das nicht klar zum Ausdruck, sondern argumentieren gegeneinander von ihrem stillschweigend angenommenen Standpunkt aus. Im Hinblick auf diese Praxis hat Ernst Troeltsch von Schmoller einmal sehr treffend bemerkt,

daß er die Normen zur Beurteilung der sozialen, politischen usw. Einrichtungen durch „Erschleichung“ gewinne. Naturgemäß muß aber z. B. eine handelspolitische Diskussion, die sich auf so unklaren Grundlagen bewegt, absolut unfruchtbar bleiben. Eine Verständigung ist dann von vornherein ausgeschlossen; die Gegner reden einfach aneinander vorbei. Die unbewußten Voraussetzungen, die unseren Schlüssen zugrunde liegen, sind eben, wie schon Kant bemerkt hat, für den Wissenschaftsbetrieb die am meisten gefährlichen. Und es ist wirklich kein Ruhmestitel für die Nationalökonomie, daß in ihr die Voraussetzungen, unter denen allein ihre Sätze Geltung beanspruchen können, so selten klar formuliert und an die Spitze gestellt werden. Wenn man im Ernst an der politisierenden Methode festhalten will — wem freilich einmal ein Licht über ihr wahres Wesen aufgegangen ist, dem wird das nicht mehr möglich sein —, dann hat man zum mindesten die Pflicht, von den Maßstäben des politischen Urteils, von denen man Gebrauch macht, genaue Rechenschaft abzulegen, sowohl von ihrem Inhalte als auch von dem Wege, auf dem man zu ihnen gelangt ist. Es wird gegenwärtig indessen kaum eine zweite Wissenschaft geben, wo soviel mit gleichsam hinterrücks in die Wissenschaft eingeführten Begriffen und Sätzen gearbeitet wird, mit Begriffen und Sätzen, bei denen man ganz vergißt zu sagen, wie man dazu gelangt ist, wie die deutsche Nationalökonomie. Wenn ein Philosoph ein Schulbeispiel sucht für eine nicht voraussetzungslos verfahrenende Wissenschaft, der kathedersozialistische Teil der deutschen Volkswirtschaftslehre kann es ihm liefern. Und damit der Tragödie auch das Satyrspiel nicht fehlte, hatte einer der Hauptvertreter der politisierenden Methode in der Volkswirtschaftslehre vor einigen Jahren die Kühnheit, sich mit an die Spitze der Bewegung für einen voraussetzungslosen Betrieb der Wissenschaft zu stellen!

Als eine rühmliche Ausnahme von der Regel, daß die Maßstäbe des politischen Urteils nicht klar formuliert vorangestellt werden, sind aus der handelspolitischen Literatur eigentlich nur die Schriften Dietzels zu nennen. Dietzel beginnt z. B. seine Untersuchung über „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft“, an die sich dann eine Reihe anderer Abhandlungen angeschlossen haben, in richtigem Empfinden mit der Feststellung des obersten Zieles aller Wirtschaftspolitik. Gegenüber der sonst üblichen Behandlung wirtschaftspolitischer Probleme ist das sicher ein großer Fortschritt. Die Art und Weise, wie das Ziel der Wirtschaftspolitik formuliert wird, kann allerdings weitergehende Ansprüche nicht befriedigen. Von der wesentlich

verschiedenen Aufgabe, die tatsächlich der Handelspolitik im Leben der Völker gestellt wird, ist bei Dietzel mit keinem Worte die Rede. Das oberste Ziel, das er der Wirtschaftspolitik stellt, ist rein individualistischen Ursprungs. Die Wirtschaftspolitik muß nämlich nach ihm vor allem darauf gerichtet sein¹⁾, zu bewirken, „daß das unter den gegebenen Bedingungen mögliche Maximum des Volksreichtums erreicht werde“. Dieses Ziel tritt bei ihm mit einer naiven Selbstverständlichkeit so auf, wie wenn es das allein mögliche sei, und beansprucht gleichsam axiomatische Geltung. Seine Notwendigkeit wird nicht zu beweisen versucht, sondern es wird nur dogmatisch verkündet. Daß dieses Ziel, wie vorhin gezeigt wurde, mit anderen in Konflikt kommen kann und welchem Ziel dann der Vorrang zukommt, wird nicht erörtert. Die ganze Beweisführung Dietzels in seiner Untersuchung über Weltwirtschaft und Volkswirtschaft ist daher auch nur überzeugend für den, der dem individualistischen Ausgangspunkt seiner Betrachtungen zuzustimmen vermag. Und dasselbe gilt auch von den Ergebnissen seiner anderen Arbeiten auf handelspolitischem Gebiete. Was er ausführt, ist zum großen Teil als richtig anzuerkennen, wenn der Handelspolitik nur die Aufgabe gestellt wird, für die größtmögliche Produktivität der in einem Lande verwendeten Arbeitskräfte und Kapitalien zu sorgen; es ist aber falsch, wenigstens bei gewisser Lage der Verhältnisse, wenn das oberste Ziel der Handelspolitik dahin bestimmt wird, die Gesamtmenge der in einem Lande beschäftigten Kapitalien und Arbeiter, selbst unter einer etwaigen Abnahme der Produktivität, möglichst zu steigern. Der Hauptstreitgegenstand zwischen Freihandel und Schutzzoll liegt also auf einem Gebiet, das Dietzel in seiner Untersuchung nicht genügend berücksichtigt hat, und zwar einem Gebiet, das gar nicht rein wirtschaftlicher Natur ist, sondern bei dem es sich um Weltanschauungsfragen handelt.

Was eben am Beispiel der Streitfragen der Handelspolitik dargelegt wurde, das gilt auch noch für zahllose andere Streitfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Worüber hier gestritten wird, das sind im Grunde meist weniger die Wirkungen der gerade zur Diskussion stehenden Maßregeln — obwohl auf diesem recht eigentlich das Zentrum einer wissenschaftlichen Behandlung wirtschaftspolitischer Probleme bildenden Gebiet noch zahlreiche

¹⁾ Auf die zweite Hauptaufgabe, die daneben von ihm der Wirtschaftspolitik gestellt wird, für einen möglichst stetigen Verlauf des wirtschaftlichen Lebens zu sorgen, braucht hier nicht eingegangen zu werden.

Kontroversen bestehen —, sondern das sind die Zwecke selbst, denen die staatlichen Eingriffe auf den fraglichen Spezialgebieten in letzter Linie dienen sollen¹⁾. In der Wirtschaftspolitik wie überhaupt in der gesamten Politik können eben die Zwecke nicht ohne weiteres als gegeben betrachtet werden. Es ist hier nicht wie in der Medizin, wo der Zweck der ärztlichen Tätigkeit, möglichst lange Erhaltung der Gesundheit und des Lebens, von vornherein feststeht und es sich nur darum handelt, die Mittel zu finden, die diesem Zweck am besten dienen, und auch nicht wie in der Technik, wo ebenfalls gewöhnlich das Ziel ohne weiteres gegeben ist und nur das Mittel, das am schnellsten zum Ziele führt, zu suchen ist. Wenn die „beste“ Kesselfeuerungsanlage konstruiert werden soll, so weiß jeder, was dabei das Ziel ist: eine Feuerungseinrichtung, die den größten Nutzeffekt im Verhältnis zum Kohlenverbrauch erzielt. In der Wirtschaftspolitik treten uns die anzustrebenden Ziele nicht mit einer solchen Selbstverständlichkeit entgegen. Hier herrscht nur selten Übereinstimmung über das Ziel, wie etwa bei der Währungspolitik, wo die Herstellung eines in seinen Wertverhältnissen möglichst konstanten Geldwesens jetzt ziemlich allgemein als Ziel anerkannt wird. Vielmehr bildet die entgegengesetzte Auffassung der anzustrebenden Ziele hier die Regel und die Auseinandersetzung über sie den eigentlichen Inhalt des politischen Lebens; darum ist auch alle Politik ihrem Wesen nach stets Parteipolitik und muß es notwendig sein. Wer etwas will in der Wirtschaftspolitik, wer für eine Maßregel oder gegen sie eintritt, der ergreift damit Partei, der darf nicht mehr sagen, daß er seinen Standpunkt über den Parteien gewählt habe und ihnen objektiv gegenüberstehe. Denn mit den Mitteln der Wissenschaft kann eben nicht das eine Ziel als das bessere und höhere erwiesen

¹⁾ Bei den Kämpfen zwischen den verschiedenen Strafrechtsschulen in der Jurisprudenz hat dieser Gesichtspunkt längst allgemeine Anerkennung gefunden. Die verschiedenen Richtungen, die sich hier gegenüberstehen, unterscheiden sich vor allem durch ihre abweichenden Auffassungen über den Zweck der Strafe. Um diesen Punkt dreht sich auch der Hauptkampf; die Stellungnahme zu den einzelnen Strafbestimmungen und Reformvorschlägen ist erst das Sekundäre. Soweit haben es die Nationalökonomien noch längst nicht gebracht. In der Nationalökonomie kämpft man nicht um die allgemeinen Prinzipien, aus denen sich die Stellungnahme zu den Einzelfragen der Wirtschaftspolitik mit innerer Notwendigkeit ergibt; der Kampf hat sich hier vielmehr in lauter scheinbar selbständige Gefechte um einzelne Positionen aufgelöst und entbehrt des inneren Zusammenhanges; manchmal hat es sogar den Anschein, als gäbe man sich förmlich Mühe, diesen nicht hervortreten zu lassen.

werden; der Gegensatz der letzten ethischen Ziele muß von der Wissenschaft als notwendig und unüberbrückbar hingenommen werden. Dadurch, daß die individualistische und die nationalistische Grundauffassung in jeder menschlichen Gesellschaft sich finden und überall aus ihrem Gegeneinanderwirken das, was wir Fortschritt in Staat und Gesellschaft nennen, hervorgeht, hat gewissermaßen die Natur selbst — diese metaphysische Annahme auszusprechen ist hier wohl gestattet —, darauf hingewiesen und anerkannt, daß beide gleich notwendig und unentbehrlich im Leben der menschlichen Gemeinschaften sind, sowie etwa im kosmischen Bereich die Zentripetalkraft und die Zentrifugalkraft zur Erhaltung der Gestirne in ihren Bahnen gleich notwendig sind.

Das praktische Ergebnis, zu dem unsere Betrachtungen führen, besteht in der Forderung: Die wissenschaftliche Erörterung der Probleme der Wirtschaftspolitik hat sich grundsätzlich auf die folgenden drei Aufgaben zu beschränken:

1. Die Schilderung der Entstehung der einzelnen Probleme, d. h. es sind die speziellen wirtschaftlichen Verhältnisse und Entwicklungen darzulegen, die zu Eingriffen des Staats in das Wirtschaftsleben oder wenigstens zur Erhebung hierauf gerichteter Forderungen an den Staat auf bestimmten Gebieten den Anlaß gegeben haben. Soweit es sich um tatsächlich geltende gesetzliche Maßregeln handelt, sind vor allem die wirtschaftlichen Grundgedanken der gesetzlichen Regelung einzelner Wirtschaftsgebiete herauszuschälen. Denn die Aufgaben einer solchen nationalökonomischen Betrachtung der wirtschaftlichen Gesetzgebung sind natürlich ganz anderer Art als die einer etwaigen juristischen Behandlung. Für die nationalökonomische Betrachtung muß es vor allem darauf ankommen, die Ziele herauszuarbeiten, die der Gesetzgeber durch sein Eingreifen erreichen will. Deshalb ist es für sie auch weniger wichtig, die Einzelheiten der betreffenden Gesetze zu erörtern, als ihre wirtschaftlichen Absichten und Ziele klar zu erkennen.

2. Als zweite Hauptaufgabe einer wissenschaftlichen Betrachtung der Wirtschaftspolitik gesellt sich hierzu die Untersuchung der Folgen, die durchgeführte oder verlangte wirtschaftspolitische Maßregeln notwendig nach sich ziehen. Auf diesem Punkte wird naturgemäß das Schwergewicht der ganzen Erörterung liegen müssen. Es werden dabei vor allem die bloß zufälligen und vorübergehenden von den notwendigen und dauernden Wirkungen einer Maßregel zu trennen sein. Und die notwendigerweise eintretenden Wirkungen werden den erwarteten

und beabsichtigten gegenüberzustellen bzw. es wird zu prüfen sein, inwieweit neben den erwarteten noch andere nicht vorausgesehene und vielleicht auch gar nicht erwünschte Folgen sich einstellen. Ferner gehört es auch in dieses Kapitel, die Bedingungen festzustellen, unter denen die mit einem Eingriffe des Staats verfolgten Zwecke allein sich erreichen lassen würden — diese gewissermaßen technische Aufgabe zu lösen, gehört sehr wohl noch zu den von der nationalökonomischen Wissenschaft zu erörternden Problemen.

3. Die dritte Aufgabe, die der Betrachtung erst ihren Abschluß gibt, besteht dann in der Darlegung der allgemeinen politischen und moralischen Prinzipien und Ideale, von denen aus die wirtschaftspolitischen Parteien und Ideenrichtungen dazu gelangen, die Wirkungen der einen Maßregel als überwiegend dem Gemeinwohl nützlich, die der anderen aber als überwiegend schädlich zu beurteilen und demgemäß für die eine einzutreten, die andere aber zu verwerfen. Oder, wie man es auch formulieren kann, die wissenschaftliche Betrachtung hat die Zwecke zu bezeichnen, zu denen die einzelnen Maßregeln sich als Mittel verhalten.

In diesem Zusammenhang gehören also sehr wohl auch „sittliche Werturteile, teleologische Betrachtungen sowie politische Ideale“ in die nationalökonomische Wissenschaft; sie sollen nach der hier vertretenen Auffassung durchaus nicht völlig aus der Wissenschaft verbannt werden, aber ihre Verwendung soll allerdings eine ganz andere sein als die bisher übliche. Sie sollen die verschiedene Stellungnahme der Parteien zu den Streitfragen der Wirtschaftspolitik uns verständlich machen, aber sie sollen nicht genau in der Weise, wie die Parteien im Leben selbst es machen, dazu dienen, absolut hingestellte Werturteile über die einzelnen Maßregeln und ihre Wirkungen zu fällen. Der Vertreter der Wissenschaft darf nicht einfach eines bestimmten Maßstabs der politisch-moralischen Beurteilung als des gleichsam einzig und allein möglichen sich bedienen, und zwar noch dazu ohne seinen Inhalt genauer anzugeben —, sondern er hat die Maßstäbe der politischen Beurteilung selbst mit als ein Objekt seiner Untersuchung zu betrachten. Es ist klar, daß durch die Erfüllung dieser Forderung die sogenannte praktische Nationalökonomie einen ganz anderen Charakter erhalten würde, als sie ihn heute besitzt, wo das Stellen von wirtschaftspolitischen Forderungen in wissenschaftlichen Werken etwas ganz Gewöhnliches ist.

Betrachtungen über die letzten Grundlagen des politischen Urteils gehören m. E. eigentlich an die Spitze jeder zusammenfassenden wissenschaftlichen Darstellung der Probleme der Wirtschaftspolitik. Sie haben die Erörterungen über die wirtschaftlichen Parteien und ihre Programme, die man jetzt an dieser Stelle vielfach findet, zu ersetzen, bzw. zu ergänzen und zu vertiefen. Mit einigen dürftigen Bemerkungen über die Relativität der politischen Ziele und Urteile ist es dabei freilich nicht getan, sondern es handelt sich hier um ein Kapitel von ganz grundlegender Bedeutung. In ihm müssen die Maßstäbe der politischen Bewertung bis auf ihre letzten Grundlagen zurückverfolgt und es muß gezeigt werden, welche ungeheuer große Rolle die Prinzipien des Individualismus und des Nationalismus hierbei spielen, wie ihr Aufeinanderstoßen, Gegeneinanderwirken und Sichzusammenfinden schließlich das ganze öffentliche Leben beherrscht und ihm seinen Hauptinhalt gibt, wie schon seit Jahrtausenden, so wohl auch in eine unabsehbare Zukunft.

Solche Erörterungen werden heute ja als nicht zur Nationalökonomie gehörig, sondern als in das Gebiet der Sozialphilosophie oder der Soziologie fallend betrachtet, und der Nationalökonom glaubt daher, sie ignorieren zu können. Diese künstliche Trennung zwischen den Wissenschaften muß aber aufhören, die Nationalökonomie bedarf unbedingt einer Verlängerung in das Gebiet hinein, das heute für soziologisch gilt, wenn sie aus den Netzen der politisierenden Methode, in denen sie jetzt gefangen liegt, sich befreien und einen wirklich wissenschaftlichen Charakter auch bei der Behandlung wirtschaftspolitischer Streitfragen erlangen will. Soziologische Betrachtungen sind nicht ein *hors d'oeuvre* für den Nationalökonom, sondern geradezu die *pièce de résistance* nationalökonomischer Untersuchungen. Die Soziologie ist nicht neben, sondern in der Nationalökonomie selbst zu pflegen. Die Soziologie, die gegenwärtig ein etwas kümmerliches Dasein führt und nicht recht gedeihen will, weil keine der jetzt an den Hochschulen vorhandenen Disziplinen so recht sich zu ihrer Pflege verpflichtet und berufen fühlt, wird dann auch eine ganz andere Entwicklung nehmen als bisher, wenn die Nationalökonomien anfangen einzusehen, daß große Teile der Soziologie notwendige Bestandteile des von ihnen zu behandelnden Gebiets bilden. So wird die hier vertretene Auffassung von den Aufgaben der Volkswirtschaftslehre auch der Ausbildung etzt vernachlässigter Zweige der Sozialwissenschaften zugute kommen. —

Hat die Wissenschaft die vorstehend bezeichneten drei Aufgaben erfüllt, so hat sie ihre Rolle ausgespielt und muß abtreten. Denn das direkte Stellen von Forderungen kann nicht mehr im Namen der Wissenschaft geschehen. Die Wissenschaft kann wohl die Mittel bestimmen, die am besten zur Erreichung von als gegeben angenommenen Zwecken dienen, aber die Zwecke selbst zu setzen ist bei der Zwiespältigkeit der Ideale des menschlichen Gemeinschaftslebens nicht mehr ihre Aufgabe. Das hat schon Lorenz von Stein treffend mit den Worten¹⁾ ausgedrückt, die dem Vorwort zu dieser Schrift als Motto vorangesetzt sind: „Die Nationalökonomie hat an sich eben nur die Aufgabe, das daseiende Verhältnis von Besitz und Arbeit zu erkennen, selbst da, wo sie es in seinem tiefsten Leben, den Gesetzen erfaßt; sie kann die künftige Bildung desselben wohl voraussagen, aber nicht selbst bestimmen, denn sie hat kein höchstes Grundprinzip, das keinem anderen untergeordnet wäre.“

Es heißt den Bock melken wollen, wenn man von der Wissenschaft den Beweis der Richtigkeit eines solchen höchsten Grundprinzips fordert; ein solches Grundprinzip kann von unserem Willen gesetzt, es kann aber niemals von der Wissenschaft als das allein richtige oder das höhere bewiesen werden. Ziele zu setzen ist eben nicht Sache der Erkenntnis, der Wissenschaft,

¹⁾ Angeführt nach dem Zitat bei Thünen, *Der isolierte Staat*, 3. Aufl., 2. Teil, II. Abteilung, S. 89. Thünen will das allerdings nicht Wort haben; er glaubt jenes von L. von Stein vermißte Grundprinzip in der Idee der Bestimmung des Menschen, die der Sozialismus aufstelle, gefunden zu haben. Damit setze sich der Sozialismus über die Volkswirtschaftslehre, als das sie Benutzende und Beherrschende; jene sei wesentlich nur begreifend, er dagegen gestaltend.

Es braucht nach dem im Text Ausgeführten keiner besonderen Widerlegung dieser Ansicht. Ebenso sind aus den oben entwickelten Gründen die auf dem gleichen Irrtum sich aufbauenden Lehren von Stammler und seiner Schule über das objektiv richtige Recht als unhaltbar abzulehnen. Was Stammler als das unbedingte Endziel des sozialen Lebens aufstellt — „die Gemeinschaft frei wollender Menschen“ — ist entweder weiter nichts als ein verhülltes Bekenntnis zum Individualprinzip oder aber ein material ganz inhaltloses und so weit gefaßtes Prinzip, daß in ihm Individualismus und Nationalismus nebeneinander Raum haben und daß es nicht möglich ist, aus ihm eine bestimmte Stellungnahme zu den konkreten Einzelproblemen der Wirtschaftspolitik abzuleiten. Auf keinen Fall aber ist in ihm das wissenschaftlich allein als richtig nachgewiesene Prinzip zu erblicken, mit Hilfe dessen, wie Stammler glaubt, eine „sichere Grenze zwischen objektiv begründetem und zwischen nicht berechtigtem sozialen Wollen“ zu ziehen ist. Auf eine nähere Auseinandersetzung mit der Stammlerschen Lehre (s. insbesondere den letzten Abschnitt des fünften Buchs von dessen „Wirtschaft und Recht nach der materialistischen Geschichtsauffassung“, Leipzig 1896, S. 572 ff.) brauchen wir uns daher gar nicht einzulassen.

sondern ist eine Tat des wesentlich von Gefühlen mitbestimmten Willens. Der Wille ist es, der die Ziele steckt und sie dadurch wertvoll macht, in diesem Punkte hat Nietzsche recht. Wir täuschen uns selbst, wenn wir glauben, unsere Strebungen seien das Produkt verstandesmäßiger Überlegungen, sie gehen vielmehr aus den letzten, von uns selbst nicht zu ergründenden Tiefen unserer Seele hervor. —

Die im vorstehenden entwickelten Grundsätze für die wissenschaftliche Behandlung wirtschaftspolitischer Probleme bedürfen noch der Verteidigung gegen einige naheliegende Einwände, die auch tatsächlich wenigstens teilweise schon erhoben worden sind, so von Gustav Cohn in dem früher zitierten Aufsatz in der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Vor allem sei zur Verhütung möglicher Mißverständnisse erklärt, daß mit der Verweisung der politisierenden Methode aus der nationalökonomischen Wissenschaft dem Vertreter der akademischen Wissenschaft nicht das Recht abgesprochen werden soll, persönlich zu den wirtschaftspolitischen Streitfragen Stellung zu nehmen. Ob er das tun will oder nicht, das ist Sache des persönlichen Temperaments, der wissenschaftlichen Ausbildung, des Interesses für das öffentliche Leben usw. Aber wenn er es tut, dann markiere er scharf die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft und lasse klar hervortreten, daß es nicht die Stimme der objektiven Wissenschaft ist, die aus ihm spricht, sondern seine persönliche Überzeugung. Indessen ist auch diese Forderung nicht so zu verstehen, als ob der Einführung eines kleinlichen und übereifrigen Beckmesser-tums in die Wissenschaft das Wort geredet werden solle, das ängstlich jeden, auch den kleinsten Verstoß gegen den hier aufgestellten Grundsatz anmerkt und rügt¹⁾. Das ist es wirklich

¹⁾ Auf der ersten Tagung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie im Oktober 1910 in Frankfurt a. M. ist man in dem an sich berechtigten Streben, Werturteile aus der Wissenschaft zu verbannen, manchmal zu weit gegangen. Die Vorsitzenden sahen es zum Teil als ihre Aufgabe an, jeden Redner, sobald ihm ein Werturteil entschlüpfte, augenblicklich zu unterbrechen und den Fehler zu monieren, was natürlich äußerst störend wirkte.

Unnötiger Übereifer in dieser Beziehung ist es auch, wenn K. Bücher einer mehrbändigen Sammlung von Monographien über „Die Heimarbeit im rhein-mainischen Wirtschaftsgebiet“ deshalb die wissenschaftliche Unbefangenheit und Tendenzfreiheit glaubt absprechen zu müssen, weil die Veranstalter der Sammlung bei ihrem Werk den Wunsch hegten, die Monographien sollten dem Sozialpolitiker als Material dienen. (Vgl. die Bemerkungen von P. Arndt im Vorwort zum 2. Bande des genannten Sammelwerks, Jena, G. Fischer, 1911, S. XIV ff.). Wenn man auf einmal diese übergroße Ängstlichkeit jetzt sieht und zugleich an das denkt, was auf

nicht, worauf es ankommt. Das Hauptziel muß vielmehr eine Behandlung der Gegenstände der praktischen Nationalökonomie in einem Geiste sein, der von Anfang an die Scheidelinie zwischen Politik und Wissenschaft scharf zieht, der das, was man weiß, sorgfältig trennt von dem, wovon man nur überzeugt ist, ohne es beweisen zu können. Ist diese Bedingung erfüllt, dann braucht man wegen einzelner gelegentlicher Verstöße gegen das Prinzip der Trennung von Politik und Wissenschaft gar nicht mehr so ängstlich zu sein. Dann haben sie ihre Hauptgefahr verloren. Gefährlich sind sie nur, solange in der Wissenschaft, wie das heute der Fall ist, ein Geist herrscht, der die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft absichtlich verwischt, der es geradezu als Pflicht der Wissenschaft ansieht, Propaganda für bestimmte wirtschaftspolitische Reformen zu treiben und der, wenn er der Nationalökonomie die Bezeichnung einer praktischen, moralisch-politischen Disziplin, einer „Kulturwissenschaft“ oder, wie die schönen Namen sonst alle heißen, beilegt, damit zugleich einen Freibrief für die größten Verstöße gegen den Grundsatz voraussetzungsloser Forschung erlangt zu haben glaubt.

Anders wie mit den einzelnen Forschern steht es m. E. mit ihrer Vereinigung. Der Hauptnährboden des heute in Deutschland so weit verbreiteten Aberglaubens, die Wissenschaft habe die Ziele der Wirtschaftspolitik zu bestimmen, ist ohne Zweifel die Art und Weise gewesen, wie auf den Versammlungen des Vereins für Sozialpolitik über wirtschaftspolitische Fragen verhandelt worden ist. Das hat unwillkürlich den Eindruck erweckt, als ob es Aufgabe der Wissenschaft sei, wirtschaftspolitische Forderungen zu erheben und über ihre Berechtigung zu entscheiden. Genau so aber, wie es zwar gläubige Philosophen, aber keine gläubige Philosophie geben darf, mag es zwar politisierende Nationalökonomien geben, aber keine politisierende Nationalökonomie. Wissenschaftliche Politik ist ein Unding, ein Widerspruch in sich. Wenn die jetzige verhängnisvolle Vermischung der Grenzlinien zwischen Politik und Nationalökonomie wieder beseitigt werden soll, dann werden daher vor allem für die Zusammenkünfte der Nationalökonomien andere Beratungsgegenstände gewählt werden müssen oder wenigstens die Behandlung der Themata wird in anderem Geiste zu erfolgen haben als jetzt.

dem Gebiete der Vermengung von Politik und Wissenschaft bisher von der deutschen Volkswirtschaftslehre geleistet worden ist, ohne daß von seiten der übrigen Fachvertreter dagegen energisch protestiert worden ist, dann wird man unwillkürlich an das Wort vom Mückenseihen und Kamelschlucken erinnert.

Und auch für den einzelnen akademischen Nationalökonom scheue ich mich nicht, noch einen Schritt weiterzugehen und zu sagen, daß mir allerdings auch für ihn das höhere Ideal darin zu liegen scheint, daß er sich der direkten Stellungnahme zu den wirtschaftspolitischen Fragen — bei Fragen der Schul-, Kirchen- usw. Politik nimmt die Sache schon ein anderes Gesicht an, weil sie nicht zu den Gegenständen gehören, die der Nationalökonom von Berufswegen zu behandeln hat —, nach Möglichkeit enthält. Wenn er so verfährt, ist er vor der Gefahr, seine wissenschaftliche Objektivität zu verlieren, jedenfalls am besten geschützt. Das wird sich noch deutlicher zeigen, wenn wir später die Folgen erörtern, die das Hereinziehen politischer Gesichtspunkte in die Volkswirtschaftslehre für den Wissenschaftsbetrieb gehabt hat. Auch der Vertreter der akademischen Nationalökonomie vermag eben nicht zween Herren zugleich zu dienen. Wenn seine Ideale halb aus der Politik und halb aus der Wissenschaft stammen, dann läuft er beständig Gefahr, Grundsätze der wissenschaftlichen Forschung im Interesse seiner politischen Ziele zu verletzen. Wem aber die Förderung der Wissenschaft als Lebensaufgabe anvertraut ist, dem müssen doch die Ziele der Erkenntnis höher stehen, als irgendwelche an sich noch so wichtigen politischen Ziele; der Gelehrte, der anders denkt und empfindet, hat seinen Beruf verfehlt. Die Gefahr solcher Konflikte wird durch Vermeidung der Beteiligung an der politischen Stellungnahme und Propaganda am einfachsten und sichersten beseitigt.

Als Vertreter der Wissenschaft darf der akademische Nationalökonom eigentlich auch gar kein Interesse daran haben, daß nur eine bestimmte Art der Wirtschaftspolitik im Leben verwirklicht werde. Im Gegenteil: vom rein wissenschaftlichen Standpunkte aus muß er wünschen, daß möglichst viel verschiedene wirtschaftspolitische Experimente angestellt werden, daß etwa jede Gemeinde eine andere Art der Boden- und Wohnungspolitik treibe, weil er dann die Wirkungen der verschiedenen Maßregeln am besten studieren und beobachten kann. Auch die Wirtschaftspolitik seines eigenen Vaterlandes soll er möglichst ohne direkte innere Anteilnahme mit demselben kühlen, rein wissenschaftlichen, nur auf die Erkenntnis der Ursachen und Wirkungen gerichteten Interesse verfolgen, mit dem der Naturforscher die Einrichtungen in einem Bienen- oder einem Ameisenstaat untersucht. Ist sein politisches Interesse zu stark für eine solche Enthaltensamkeit, nimmt er, wenn auch nur als Privatperson, direkt teil an den Kämpfen des öffentlichen Lebens, so kann er

bei dem Versuch, die dann nötige doppelte Buchführung einzurichten, leicht in schwere Konflikte geraten. Vor diesen Konflikten bleibt er bewahrt, wenn er in die wirtschaftspolitischen Kämpfe nur insoweit eingreift, als es sich darum handelt, dafür zu sorgen, daß sie in richtiger Erkenntnis der Wirkungen der zur Diskussion stehenden Maßregeln geführt werden. Denn damit wird der Boden der Wissenschaft, die nicht bloß an der Feststellung der Wahrheit, sondern auch an ihrer Ausbreitung ein Interesse hat, noch nicht verlassen. Was hier für die Wissenschaft gefordert wird, die Freiheit von jeder Tendenz, ist übrigens für die Kunst schon eine alte, längst anerkannte Forderung. Goethe sagt: „Moralische Zwecke vom Künstler fordern, heißt ihm sein Handwerk verderben.“ Ebenso müssen wir lernen zu sagen: Die Unterstützung wirtschaftspolitischer Reformen vom Nationalökonom zu fordern, heißt ihm seine Wissenschaft verderben. Und insbesondere auch in der praktischen Nationalökonomie müssen wir einer Behandlung der Probleme zustreben, deren Ziel, um mit Schopenhauer zu sprechen, „das von der Peitsche des Willens erlöste reine Erkennen ist“, die zwar die Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßregeln untersucht ¹⁾ und die Abhängigkeit der Bewertung dieser Wirkungen von bestimmten Idealen der politisch-sozialen Entwicklung aufzeigt, die aber nicht mehr dem Wahne huldigt, daß die Wissenschaft von sich aus bestimmte Reformen zu fordern habe.

¹⁾ Die Beschränkung der Erörterung auf die Wirkungen der Wirtschaftspolitik kann freilich auch in einem Sinne gehandhabt werden, der den schroffsten Gegensatz zu der hier geforderten Art der wissenschaftlichen Behandlung wirtschaftspolitischer Probleme bedeutet. Die bloße Gegenüberstellung der Wirkungen zweier verschiedener wirtschaftspolitischer Systeme ist unter Umständen gerade das Mittel, mit dem man die stärksten politischen Wirkungen erzielen, das eine System als verabscheuenswert, das andere dagegen als höchst erstrebenswert erscheinen lassen kann. Selbstverständlich wird den oben aufgestellten Forderungen mit einem solchen rein rhetorischen Kunstgriff nicht Genüge getan. Es kommt auf den Geist an, der die ganze Erörterung durchdringt, und dieser muß eben so beschaffen sein, daß die Erörterung gar nicht unmittelbar zu politischen Schlußfolgerungen hinleitet, daß sie vielmehr überall erkennen läßt, wie man von denselben wissenschaftlichen Erkenntnissen aus unter der Mitwirkung entgegengesetzter politischer Ideale zu verschiedenen praktischen Zielen gelangen kann. Daher auch die früher (S. 76) unter Nr. 3 erhobene Forderung, die rein nationalökonomische Untersuchung der Wirkungen der einzelnen Eingriffe und Maßregeln noch zu ergänzen durch einen sozusagen mehr sozialphilosophischen Teil, der die Prinzipien des politischen Urteils, den Ursprung und das Wesen der politischen Parteien usw. behandelt. Dieser allgemeine sozialphilosophische Teil ist in der praktischen Nationalökonomie bisher über der Wirtschafts-, oder richtiger würde man wohl meist sagen, der Verwaltungsgeschichte, gewöhnlich arg vernachlässigt worden.

Selbstverständlich gilt das, was hier gefordert wird, nicht nur für die Behandlung der wirtschaftspolitischen Fragen im engeren Sinne, sondern genau so auch für die der sozialpolitischen Probleme. Die Fragen der Sozialpolitik sind nicht etwa in der Lage, eine Ausnahmestellung zu beanspruchen. Heute liegen ja die Dinge nach dem gewiß unverdächtigen Zeugnis von Cohn so, daß „die große Mehrzahl der Fachgenossen politisiert, indem sie den arbeitenden Klassen zu Hilfe kommt“. Das Mitleid mit den wirklich oder vermeintlich wirtschaftlich Schwachen darf die Wissenschaft aber nicht zu einem anderen Verfahren veranlassen, als es sich aus ihren Aufgaben ergibt. Dem akademischen Nationalökonom kommt es nicht zu, sich in dem Sinne als „Gesinnungsprofessor“ zu fühlen, wie das heute vielfach geschieht, daß er es als seine Aufgabe ansieht, soziale Gesinnung zu erwecken und zu verbreiten, d. h. jene Überzeugung, die allen Forderungen im Interesse der lohnarbeitenden Klassen wohlwollend und sympathisch gegenübersteht. Was sind denn, wenn wir näher zusehen, die Gesichtspunkte, mit denen alle die zahlreichen Maßregeln, welche die moderne Sozialpolitik von Gesetzgebung und Verwaltung zugunsten der Lohnarbeiter verlangt, in letzter Linie begründet werden? Regelmäßig stoßen wir da auf die Herstellung und Förderung des „sozialen Friedens“ als des letzten Ziels. Unter dem sozialen Frieden, der gefördert werden soll, wird aber wieder ein Doppelpes verstanden. Entweder meint man damit den gewerblichen Frieden, die Verminderung der Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis. In dieser Beziehung wird ja vor allem den Gewerkvereinen eine günstige Wirkung auf den sozialen Frieden nachgerühmt, und dieser Umstand wird vielfach ebenso wie der folgende als ein weiteres Argument neben den schon früher (S. 31 ff.) behandelten zur Rechtfertigung des Gewerkvereinswesens verwendet. In der Tat ist ja auch zugegeben, daß da, wo ältere, vorsichtig geleitete Gewerkvereine bestehen, ein gewisser Schutz gegen leichtsinnig, d. h. ohne genaue Prüfung der Marktlage und wegen relativ unbedeutender Differenzen unternommene Arbeitseinstellungen vorhanden ist, und daß auch sonst durch gut organisierte Gewerkvereine die Häufigkeit der Streiks vermindert wird, freilich zum Teil wohl nur aus dem Grunde, weil solche Gewerkvereine auch ohne zur Waffe des Streiks zu greifen, ihre Forderungen durchzusetzen imstande sind.

Zum anderen aber wird unter dem sozialen Frieden, der durch die von der Wissenschaft empfohlenen Sozialreformen gefördert werden soll, die Erweckung einer anderen Stimmung in

der Arbeiterschaft gegenüber dem Staat und der bestehenden Wirtschaftsordnung verstanden. Als Hauptwirkung der Sozialpolitik, wie sie vor allem in der Arbeiterschutz- und Arbeitsversicherungs-gesetzgebung, ferner in der Gewährung des Koalitionsrechts und der hierdurch ermöglichten Tätigkeit der Gewerksvereine, in der Errichtung von Einigungsämtern und Arbeiterkammern usw. zum Ausdruck kommt, erwartet man eine Aussöhnung der Arbeiterschaft mit der geltenden Staatsverfassung und eine andere Haltung derselben zu den übrigen Klassen der Gesellschaft. An die Stelle der prinzipiell ablehnenden Stellung der sozialistisch gesinnten Arbeiterschaft zu Staat und Gesellschaft soll durch die Sozialreform eine mildere, ruhigere Stimmung treten, was, wie man wohl hofft, dann auch bei den Wahlen sich äußern werde. Sehr stark betont z. B. Herkner diese Folgen der Tätigkeit der Gewerksvereine; er schreibt hierüber (Arbeiterfrage, 5. Auflage, S. 186/7):

„Wo anders als in den Gewerkschaften kann der Arbeiter denn lernen, nicht nur zu kritisieren, sondern auch positiv zu wirken, das Wünschenswerte von dem Möglichen zu unterscheiden, ein besseres Augenmaß für die Abschätzung der realen Mächte des Lebens zu gewinnen, einzusehen, daß in Wirklichkeit die Dinge meist weit verwickelter liegen als der Außenstehende glaubt, daß das Können dem Wollen oft recht enge Grenzen zieht und daß mit geradlinigen, abstrakten Lösungen kein Auskommen zu finden ist? Diese ausgezeichneten Wirkungen, welche der praktischen Schulung durch die gewerkschaftliche Arbeit zukommen, müssen aber auch dem politischen Leben reichen Ertrag abwerfen. Die sozialdemokratische Lehre beruht auf der Überzeugung, daß innerhalb der überlieferten Wirtschaftsordnung eine dem Zeitbewußtsein entsprechende Hebung der Arbeiterklasse ausgeschlossen ist. Deshalb wird für eine prinzipielle Umgestaltung im sozialistischen Sinne agitiert. Die gewerkschaftliche Bewegung dagegen sucht Erfolge im Gegenwartsstaate zu erreichen und hat solche Erfolge bereits in erheblichem Maße errungen. Ohne die Klassengegensätze, welche zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bestehen, zu verkennen, weiß die Gewerkschaftsbewegung doch, daß neben den Gegensätzen auch gemeinsame Interessen vorhanden sind, daß im Widerspruche mit der Lehre vom Klassenkampfe auch relativ friedliche, für beide Teile segensreich wirkende Zustände mit Hilfe der Tarifgemeinschaften begründet werden können. Keine Macht der Welt kann die psychologische Wirkung dieser gewerkschaftlichen Gegenwartsarbeit ausschalten. Wer Tag für Tag solchen Aufgaben seine beste Kraft zuwendet, wer wachsende Erfolge aus dieser Tätigkeit emporblühen sieht, hört tatsächlich auf, orthodoxer Sozialist zu sein, so wenig ihm selbst die Umwandlung immer zum klaren Bewußtsein kommt und so wenig er geneigt sein mag, die Umwandlung anderen gegenüber zuzugeben. . . .

So darf denn wohl die Gewerkschaftsbewegung auch als Vorstufe für die Einordnung der Arbeiterklasse in das Leben der Staatsgemein-

schaft aufgefaßt werden. Sie bringt, ob mit oder ohne Bewußtsein und Absicht, tatsächlich eine Umbildung hervor, welche die Gefahr einer dauernden Entfremdung zwischen Staatsleben und Arbeiterklasse ausschließt.“

Gewiß ist nun zuzugeben, daß die Wirkungen, die hier den Gewerkvereinen bzw. der Sozialreform überhaupt zugeschrieben werden, auf an sich zum großen Teil ganz richtigen Beobachtungen beruhen, und es ist daher auch gegen die Feststellung dieser Wirkungen in einer wissenschaftlich-nationalökonomischen Arbeit nichts einzuwenden. Es bewendet aber eben nicht einfach bei der Feststellung dieser Wirkungen, sondern ihre Besprechung muß dazu dienen, um Stimmung für sozialpolitische Maßregeln zu machen und die betreffenden Einrichtungen als notwendig zu beweisen. Das ergibt sich z. B. in bezug auf die oben angeführten Sätze Herkners deutlich aus dem Zusammenhang, in dem sie stehen.

Mit diesem Verfahren wird aber der Boden der wissenschaftlichen Untersuchung verlassen. Man mag als Politiker vollkommen davon überzeugt sein, daß die Herstellung des sozialen Friedens ein höchst erstrebenswertes Ziel ist und daß die modernen Staaten mit ihren demokratischen Verfassungseinrichtungen, im Zeitalter der allgemeinen Schul- und Wehrpflicht, des allgemeinen Wahlrechts, bei dem modernen Zeitungs- und Parteiwesen, ohne die Einkehr einer versöhnlichen Gesinnung in der Arbeiterschaft auf die Dauer gar nicht regiert werden können, wenn nicht schwere Katastrophen entstehen sollen, allein zugleich muß man mit allem Nachdruck die Frage aufwerfen: Was hat die Wissenschaft mit diesen Zielen unzweifelhaft rein politischer Natur zu schaffen?

Gehört es wirklich zu den Aufgaben der Wissenschaft, für solche rein politische Ziele zu wirken und zu diesem Zweck für die Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung einzutreten und für die Gewerkvereine Stimmung zu machen, wie es z. B. in der schon früher (S. 41) mitgeteilten Äußerung Sombarts geschieht, der sich mit Leichtigkeit zahlreiche ähnliche Aussprüche anderer akademischer Nationalökonomien anreihen ließen?

Für die Verbände der Arbeiter hat die Wissenschaft nach unserer Auffassung als solche ebensowenig Propaganda zu machen, wie sie das gegenüber den Verbänden der Unternehmer tut, die ja nach den Mitteln, die sie anwenden, und den Zielen, die sie verfolgen, wie schon erwähnt wurde, eine vollkommene Parallelerscheinung zu den Arbeiterverbänden darstellen. Und ebenso

braucht sich die Wissenschaft nicht damit abzuquälen, Theorien zu ersinnen, aus denen die Notwendigkeit der Gewährung des Koalitionsrechts folgen soll. Denn möglichste Koalitionsfreiheit für die Arbeiter zu fordern ist ebensowenig Sache der Wissenschaft, wie die Wissenschaft auf der anderen Seite etwa die Aufgabe hat, Beschränkungen des Koalitionsrechts zu befürworten und die Notwendigkeit dieser Beschränkungen auf angeblich wissenschaftlichem Wege zu beweisen. Ich will gerade bei diesem Punkte kein Hehl aus meiner persönlichen politischen Überzeugung machen, um Mißdeutungen vorzubeugen. Ich persönlich bin als Staatsbürger durchaus für Gewährung voller Koalitionsfreiheit an die Arbeiter und ich erkenne auch an, daß das heutige deutsche Koalitionsrecht noch einige Imparitäten aufweist, daß es die Arbeiter in manchen Beziehungen ungünstiger stellt als die Unternehmer. Die Frage ob diese Ungleichheiten beseitigt werden sollen und ob den Arbeitern größere Koalitionsfreiheit zu gewähren ist, ist für mich aber lediglich eine politische Frage bzw. eine Frage des Gerechtigkeitsgefühls, nicht aber eine Frage der nationalökonomischen Wissenschaft.

Die Vertreter der akademischen Wissenschaft haben also weder den Lohnarbeitern noch den Unternehmern bei der Vertretung ihrer Interessen gegenüber dem Staat „zu Hilfe zu kommen“. Ich glaube auch, beide Parteien brauchen bei ihrer propagandistischen Tätigkeit die Unterstützung der Wissenschaft gar nicht. Sie sind Manns genug und genügend politisch organisiert, um ihre Interessen selbst zur Geltung zu bringen. Das gilt doch heute wohl auch von den Arbeitern.

Läßt sich nun aber eine solche unpolitische Behandlung der Fragen der praktischen Nationalökonomie, wie sie hier verlangt wird, überhaupt durchführen? Was bleibt von der Wissenschaft noch übrig, wenn man eine scharfe Scheidelinie zieht zwischen objektiver Wissenschaft und subjektiver politischer Stellungnahme? Die Behauptung, daß bei der Durchführung unserer Forderungen die Wissenschaft innerlich verarme und auf wenige dürftige Sätze zusammenschrumpfe, ist das Hauptbedenken, das Cohn den Gegnern der politisierenden Methode entgegenhält und mit dem er wohl auch in manchen Kreisen einen gewissen Eindruck erzielt hat. Wenn jener dicke Strich der Scheidung zwischen gesicherten Wahrheiten und subjektiven Ansichten in der Nationalökonomie gemacht werden solle, dann werde der akademische Lehrer in die unangenehme Lage kommen, den nach unerschütterlichen Wahr-

heiten dürstenden Zuhörern seine leeren Hände oder leeren Wissensschätze zeigen zu müssen, um endlich jenseits des dicken Strichs zu dem Bekenntnis überzugehen: „Hier sind jetzt unsere subjektiven Meinungen, Wünsche, Ziele, die wir die Zuhörer warnen müssen, für mehr zu nehmen als sie wert sind.“ Denn tatsächlich falle in das Gebiet der subjektiven Ansichten die große Masse des Lehrstoffs, über den der Nationalökonom zu verfügen habe. Die Forderungen der Gegner der politisierenden Methode führten daher zum Bankrott der Wissenschaft. Wie könne man aus der Mitte jener kleinen Minderheit der wissenschaftlichen Genossenschaft selber eine so selbstmörderische Kritik unternehmen, die, statt dieser oder jener Zweifel im einzelnen, die Axt an den Baum lege ¹⁾).

Cohn behandelt hier zwei Dinge als identisch, die glücklicherweise aber nicht identisch sind: die Wissenschaft der Volkswirtschaftslehre als solche und die in Deutschland zurzeit herrschende nationalökonomische Richtung. Mit der prinzipiellen Ablehnung der politisierenden Methode wird allerdings die Axt an den Baum des Kathedersozialismus gelegt, aber der Kathedersozialismus ist, Gott sei Dank, nicht die Nationalökonomie selbst. Und nicht unserer Wissenschaft als solcher stellt Cohn ein Armutszeugnis aus, wenn er behauptet, die Masse des Lehrstoffs falle in das Gebiet der subjektiven Überzeugungen, sondern nur der von ihm vertretenen Richtung gilt dieses Zeugnis. Diese hat es allerdings in manchen ihrer Vertreter dahin gebracht, daß in dem, was als Wissenschaft vorgetragen wird, die Aufstellung und Begründung wirtschaftspolitischer Forderungen die objektive Erörterung der Wirkungen der Maßregeln überwuchert und erstickt hat. Diese Volkswirte können freilich unsere Forderungen nicht durchführen; deshalb sind sie aber nicht an sich undurchführbar. Eines ist dabei allerdings zuzugeben: es ist viel schwerer, die wirtschaftspolitischen Probleme nach unpolitischer Methode zu behandeln, als wenn der akademische Lehrer, selbst begeistert für irgendwelche sozialen oder wirtschaftlichen Reformen, seine Hauptaufgabe darin sieht, seine Zuhörer ebenfalls für diese Forderungen zu begeistern und sie von ihrer Zweckmäßigkeit zu überzeugen. Es erfordert eine ganz andere Art der Arbeit, eine viel sorgfältigere Vorbereitung von dem Dozenten, eine größere Kunst, den Stoff anziehend darzustellen, wenn grundsätzlich darauf verzichtet wird, dem Stoff durch das Hineinziehen politischer Gesichtspunkte ein

¹⁾ A. a. O. S. 19 und passim.

Interesse für den Hörer zu verleihen, das er sonst an sich nicht besitzt. Wer sich stark mit an das Gefühl seiner Hörer wendet, wer ihren Willen in eine bestimmte Richtung zu lenken sucht, der fesselt sie ja gewöhnlich viel leichter, als der, der nur ihren Verstand in Anspruch nimmt. Volksversammlungs- oder, wie man auch sagen könnte, „Animier“-Nationalökonomie ist leichter zu treiben und interessiert mehr als „Geschäftsnationalökonomie“. Aber hier wie auf anderen Gebieten soll das Licht der Wissenschaft nicht wärmen, sondern nur leuchten. Das Interesse freilich, dem die Nationalökonomie heute in weiteren Kreisen begegnet, ist größtenteils auf die in ihr herrschenden politischen Gesichtspunkte zurückzuführen. Diesem Umstande vor allem verdankt sie es, wenn sie heute die etwas zweifelhafte Ehre genießt, Modewissenschaft zu sein.

Daß der Nationalökonom nicht mit leeren Händen zu seinen Hörern zu kommen braucht, wenn er sich darauf beschränkt, nur das vorzutragen, was vor den dicken Strich zu stehen kommt, der die Grenze zwischen Wissenschaft und Politik bedeutet, das kann ich aus eigener Erfahrung versichern. Überhaupt würde ich die Forderung der unpolitischen Behandlung der volkswirtschaftlichen Probleme hier gar nicht erheben, wenn ich nicht schon die Probe auf das Exempel gemacht und mich von der Durchführbarkeit meiner methodischen Forderungen überzeugt hätte. Ich habe im Laufe der letzten Jahre meine alten Kollegienhefte sämtlich verbrannt und dafür neue unter strenger Ausschaltung der spezifisch politischen Gesichtspunkte ausgearbeitet. Und siehe da, es ging ganz gut, wenn auch die strenge Durchführung des neuen Grundsatzes eine gewisse Selbstzucht erforderte. Eine kleine Probe daraus, die sich auf die Wohnungsfrage bezieht, ist auch bereits in der Sammlung Göschen¹⁾ erschienen. Allerdings bin ich von vornherein darauf gefaßt, daß auch gegen diese wie gegen andere auf den gleichen methodischen Grundsätzen beruhende Arbeiten der Vorwurf erhoben werden wird, sie politisierten doch²⁾. Denn

¹⁾ „Die Wohnungsfrage“, Bd. I: Das Wohnungswesen in der modernen Stadt; Bd. II: Die städtische Wohnungs- und Bodenpolitik, Leipzig 1910.

²⁾ Das ist inzwischen auch schon geschehen! Dr. Hans Rost hat in der Kölnischen Volkszeitung sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß die Bearbeitung der Wohnungsfrage für die Sammlung Göschen einem auf einem so manchesterlichen Standpunkte stehenden Verfasser wie mir übertragen worden sei, obwohl er sonst mancherlei Gutes an dem Büchlein anerkennt. Hierin zeigt sich die Unfähigkeit unserer heutigen Nationalökonomien deutlich, in unpolitischen Kategorien zu denken. Wenn jemand nachweist, daß die von seiten der Wohnungsreformer verlangten Eingriffe der öffentlichen Gewalt in das Wohnungswesen nicht die um-

daß auch die objektivste Feststellung lediglich der Wirkungen einer wirtschaftspolitischen Maßregel unter Umständen von politischem Einfluß sein kann, das läßt sich natürlich nie vermeiden. Das wird aber den Anhängern der politischen Methode wohl schon genügen, um der anderen Seite Verstöße gegen die eigenen methodischen Prinzipien vorzuwerfen, weil sie selbst sich als Politiker von dem Grundsatz leiten lassen: „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich.“

Die tieferen Gründe dafür, daß Cohn den Umfang der nationalökonomischen Lehren, die vor den bewußten dicken Strich gesetzt werden dürfen, so gering einschätzt, liegen in seiner Auffassung von dem Wesen der Nationalökonomie als Wissenschaft im allgemeinen und speziell in seiner Annahme, daß es im menschlichen Gesellschaftsleben eigentliche Gesetzmäßigkeiten oder Kausalzusammenhänge nicht gebe oder daß sie wegen der Kompliziertheit der Verhältnisse, um die es sich dabei handelt, wenigstens nicht exakt nachgewiesen werden könnten. Der Irrtum, unter dem die Nationalökonomien nach ihm leiden, ist der, „daß man sich immer wieder einbildet, eine strengere Regelmäßigkeit dem Stoffe unserer Wissenschaft entlocken zu können, als die ist, die aus seinem Wesen folgt“¹⁾. An „Naturgesetze“ auf dem Gebiet des Wirtschaftslebens glaubt Cohn nicht, oder sie sind nach ihm praktisch wertlos. Man müsse, wie er sich früher²⁾ einmal ausgedrückt hat, den Stoff unserer Wissenschaft erst alles Blutes entleeren, um ihm die Hebel und Schrauben der mathematischen Methode anzulegen oder um ihm Naturgesetze zu entlocken.

Selbstverständlich kann in diesem Zusammenhang nicht das ganze große, vielumstrittene Problem der Methode der Nationalökonomie aufgerollt werden. Es ist aber auch gar nicht nötig. Es genügt, gegen Cohn mit seiner Leugnung der Existenz von wirtschaftlichen Naturgesetzen zwei Punkte hervorzuheben. Einmal sei eine das wahre Wesen wirtschaftlicher Naturgesetze an einem Beispiel trefflich illustrierende wissenschaftliche Autorität angeführt, die auch Cohn unbedingt als solche gelten lassen muß:

wälzenden Wirkungen haben können, die man in diesen Kreisen von ihnen erwartet, ohne aber dabei zu diesen Maßregeln selbst irgendwie Stellung zu nehmen, so genügt ihnen das schon, um seinen Standpunkt als manchesterlich zu verdächtigen. Wer nicht gleich ihnen direkt Forderungen erhebt, den betrachten sie ohne weiteres als ihren Gegner, ein neues Zeugnis dafür, wie tief die politische Betrachtungsweise heute in die Volkswirtschaftslehre eingedrungen ist.

¹⁾ A. a. O., S. 10.

²⁾ Schmollers Jahrbuch, 29. Jahrgang, 1. Heft, S. 11.

nämlich Cohn selbst. In dem zuletzt angeführten Aufsatz schreibt Cohn an einer anderen Stelle (S. 17) folgendes:

„Vor hundert Jahren hat man in Frankreich ein Münzgesetz gemacht, demzufolge 15 $\frac{1}{2}$ Pfund Silber einem Pfunde Gold gleichwertig sind. Der wahre Wert hat niemals ganz mit diesem gesetzlichen Wert übereingestimmt, und seit einem Menschenalter ist dasselbe durch die wirkliche Wertgestaltung völlig über den Haufen geworfen worden. Das Parlament kann alles, sagt das englische Sprichwort, nur nicht aus einem Manne eine Frau machen. Das soll heißen: Die souveräne Staatsgewalt kann alles Mögliche als Gesetz proklamieren, aber es kann der Natur der Dinge nicht Gewalt antun. Despoten auf Thronen und in Nationalkonventen haben vergebens ihre Macht eingesetzt gegen die Natur der Dinge.“

In einem weitergehenden Sinne, als hier Cohn der Natur der wirtschaftlichen Dinge Selbständigkeit und Unabhängigkeit gegenüber staatlichen Eingriffen zuerkennt, ist auch von den Vertretern der „exakten Theorie“ nie praktische Geltung für die von ihnen behaupteten Naturgesetze des Wirtschaftslebens beansprucht worden. Sollte es eine solche geheimnisvolle „Natur der Dinge“, wie sie Cohn auf dem Gebiete des Geldwesens anerkennt, aber etwa nur auf diesem einzigen Gebiete des Wirtschaftslebens und sonst nirgends geben?

Und zum anderen ist Cohn mit seiner Leugnung von Naturgesetzen des Wirtschaftslebens entgegenzuhalten, daß, wenn es wirklich im wirtschaftlichen Verkehr der Menschen keine Gesetzmäßigkeiten oder Kausalzusammenhänge gäbe, gerade er förmlich verpflichtet wäre, sie trotzdem anzunehmen und eventuell sogar zu erfinden. Die politisierende Methode der Nationalökonomie, als deren Anhänger er sich bekennt, hat ja überhaupt nur dann Sinn und Existenzberechtigung, wenn das Wirtschaftsleben den Eingriffen des Gesetzgebers in gewissem Umfang gehorcht und wenn wir imstande sind, den Erfolg, den bestimmte Maßregeln der Wirtschaftspolitik haben werden, mit annähernder Sicherheit vorauszusagen. Zu einer solchen Voraussage sind wir aber nur dann befähigt, wenn wir die Zusammenhänge, die Gesetzmäßigkeiten des Wirtschaftslebens kennen, wenn wir wissen, wie das eine notwendig aus dem anderen folgt. Ohne die Voraussetzung eines beständigen und notwendigen Zusammenhangs zwischen den volkswirtschaftlichen Erscheinungen und ohne die Möglichkeit der Erkenntnis dieser Zusammenhänge durch die Wissenschaft ist die politisierende Methode einfach sinnlos und läuft auf die schlimmste Willkür hinaus. Wenn Cohn recht hat mit seiner Behauptung, daß das, was die Wissenschaft über die

Gesetzmäßigkeiten im Wirtschaftsleben zu sagen habe, eine *quantité négligeable* sei ¹⁾, dann spricht er in Wahrheit zugleich seiner politisierenden Methode das Todesurteil.

Die Abneigung Cohns gegen die Annahme von Gesetzmäßigkeiten im menschlichen Gesellschaftsleben ist zum guten Teil nur die Folge der fetischistischen Vorstellung, die er wie andere Anhänger der historischen Schule sich von dem Wesen der Naturgesetze gemacht haben. Weil dieser Fetischismus in den Erscheinungen des Gesellschaftslebens keine Bestätigung findet, glauben sie die Existenz von „Naturgesetzen“ auf diesem Gebiet überhaupt bestreiten zu müssen. Mit dem wahren Wesen und dem eigentlich geisteswissenschaftlichen Ursprung der Naturgesetze, sowie mit der Tatsache, daß alle Wissenschaften, die nicht ein einmaliges Geschehen beschreiben, sondern Kausalzusammenhänge zwischen verschiedenen Erscheinungen feststellen wollen, daß alle „Gesetzeswissenschaften“ (Windelband, Rickert), gleichviel welches Gebiet des Geschehens sie untersuchen, sich des im Prinzip gleichen Verfahrens bedienen, mit dieser grundlegenden methodologischen Einsicht sind die Vertreter dieser Richtung nicht genügend ver-

¹⁾ Derselbe Cohn übrigens, der von der Leistungsfähigkeit der Nationalökonomie auf dem Gebiet, auf dem recht eigentlich eine Wissenschaft zeigen muß, was sie leisten kann, eine so geringe Meinung hat, wirft den Gegnern der politisierenden Methode vor, sie dächten gering von ihrer Wissenschaft, verkleinerten ihr Gebiet, setzten sie in den Augen der Außenstehenden herab und unterschätzten das, was von der herrschenden Schule auf wissenschaftlichem Gebiete geleistet worden sei. Wenn die Führer des Kathedersozialismus sich jetzt darüber beklagen, daß man das von ihnen Geleistete gering bewerte, so muß man sie aber daran erinnern, wie sie seinerzeit beim Aufkommen ihrer Richtung über die Leistungen der ihnen vorangegangenen nationalökonomischen Generationen geurteilt haben. Mit unendlicher Überlegenheit, ja teilweise mit Verachtung sind von den Schmoller, Brentano, Cohn, Held u. a. die Leistungen der klassischen Nationalökonomien und ihrer Schüler behandelt worden. Nichts von dem früher Geleisteten wollte man gelten lassen. Die historische Schule wollte die Kontinuität der historischen Entwicklung unterbrechen und verlangte einen Aufbau der Wissenschaft auf gänzlich neuen Grundlagen. Und mit was für hohen Worten wurde dabei die Bedeutung des eigenen Tuns verkündet. „Für unser Fach ist es darauf angekommen, aus der flachen Gemeinnützigkeit zu einer Wissenschaft erst sich zu erheben“, hat Cohn früher einmal versichert, und in ähnlicher Weise läßt Schmoller mit der von ihm begründeten jüngeren historischen Schule eine neue Zeit der nationalökonomischen Wissenschaft beginnen, die Zeit „der Rückkehr zur wissenschaftlichen Erfassung der Wirklichkeit an Stelle einer Reihe abstrakter Nebelbilder, denen jede Realität fehlte“. Wer den Leistungen seiner Vorgänger solche Geringschätzung entgegenbrachte, der hat das Recht verwirkt, sich darüber zu beklagen, wenn seinen eigenen Leistungen von der jüngeren Generation eine niedrige Bewertung zuteil wird. Womit man in der Jugend gesündigt hat, damit wird man im Alter gestraft.

traut, und so erweisen sich ihre Auffassungen über die methodischen Grundfragen der Wissenschaft, wo man sie auch anpacken mag, als unhaltbar und als der sicheren erkenntnistheoretischen Fundamentierung entbehrend.

Im tiefsten und letzten Grunde gehen aber auch die scheinbar rein wissenschaftlichen Bedenken, welche Historismus und Kathedersozialismus — beide sind ja vielfach durch Personalunion verbunden — gegen die Methode der klassischen Nationalökonomie und gegen die Annahme von Naturgesetzen im Wirtschaftsleben geltend gemacht haben, doch wieder nur auf politische Momente zurück. Die Leidenschaftlichkeit, mit der der Kampf um die Methode von seiten der Historiker und Kathedersozialisten geführt worden ist und noch geführt wird, ist nur zu verstehen, wenn man sich den politischen Hintergrund dieses Kampfes klar macht. Die Ergebnisse, zu denen die ältere Nationalökonomie mit Hilfe ihres überwiegend deduktiven Verfahrens gekommen war, wurden als ein arges Hindernis für die Eingriffe des Staats in das Wirtschaftsleben, die man forderte, empfunden, sie ließen diese Eingriffe als sehr zweifelhaft in ihren Wirkungen, wenn nicht als völlig wirkungslos oder unter Umständen auch als nachteilig erscheinen. Wollte man die Bahn frei machen für eine rege Tätigkeit des Staates insbesondere auf sozialpolitischem Gebiete, so galt es vor allem, die von der älteren Nationalökonomie gelehrten Gesetze des Wirtschaftslebens als falsch zu erweisen oder sie doch wenigstens in ihrem Ansehen zu erschüttern. Da das aber, wenn man sich auf den Boden der Methode der klassischen Nationalökonomie selbst stellte, kaum möglich erschien, so mußte man logischerweise den Kampf gegen die Methode richten, mit deren Hilfe diese Gesetze begründet worden waren. Auf diesem Boden sind die heftigen Anklagen, daß die ältere Nationalökonomie wegen der Unzuverlässigkeit ihrer Methode nirgends zu gesicherten Ergebnissen führe, daß sie uns nur Nebelbilder statt der Wirklichkeit gebe, daß ihre Methode nicht die Feuerprobe der Übereinstimmung ihrer Lehren mit der Erfahrung bestehe, daß ihre Untersuchungen nur „scholastische Denkübungen über die Erscheinungen der Preisbildung“ (Schmoller) darstellten, und wie die Anklagen alle lauten, erwachsen.

Der Kampf um die Methode der Nationalökonomie, der schon seit Jahrzehnten tobt, wenn er auch momentan etwas an Heftigkeit verloren zu haben scheint, dreht sich also in Wahrheit gar nicht so sehr um die Methode selbst, als um die mit ihrer Hilfe gewonnenen Ergebnisse. Daraus erklärt sich auch die Hart-

näckigkeit dieses Kampfes; es ist eben im Grunde gar kein rein wissenschaftlicher Streit. Die methodischen Einwände, die gegen das wissenschaftliche Verfahren der klassischen Nationalökonomien ins Treffen geführt werden, sind zum großen Teil nur Vorwände; sie sind aber gar nicht der eigentliche Grund der Ablehnung der Methode der klassischen Nationalökonomie. Und darum ist es auch gar nicht möglich, diese Gegner mit rein methodisch-wissenschaftlichen Gründen von der Unrichtigkeit ihrer Anklagen und Angriffe zu überzeugen. Hat man ihre ersten Einwände so widerlegt, daß von ihnen wirklich nichts mehr übrig bleibt, so sind sie um neue nicht verlegen, und hat man mit diesen aufgeräumt, so stellen sie uns wieder die ersten entgegen. Es ist wie bei dem Kampf mit der Hydra, für jeden abgeschlagenen Kopf wachsen zwei neue. Der Gegensatz des Historismus und Kathedersozialismus gegen die Methode der älteren Nationalökonomie ist eben überwiegend ein gefühlsmäßig bestimmter. Er hat seinen Ursprung im Grunde in der Empfindung, daß die Ergebnisse, zu denen die Wissenschaft durch Anwendung dieser Methode gekommen war, für die politischen Bestrebungen des Kathedersozialismus nicht recht zu gebrauchen waren, daß sie keine geeignete Grundlage für die Forderungen, die zu erheben man entschlossen war, abzugeben imstande waren, wenn sie nicht gar diesen als ein Hindernis sich in den Weg stellten. Eine Begründung für das sozialreformatorsche Programm des Kathedersozialismus war aus den Lehren der älteren Nationalökonomie jedenfalls nicht zu entnehmen, gerade das aber war es, was die politisierenden Nationalökonomien von der Wissenschaft verlangten. Für ihre Zwecke war nur eine Wissenschaft brauchbar, die zu dem Ergebnis kam, daß das Wirtschaftsleben an allen Ecken und Enden reformbedürftig sei und daß überhaupt erst durch das Eingreifen des Staats Ordnung und Gerechtigkeit im Wirtschaftsleben geschaffen werden könne. Weil die ältere Theorie eine solche politische Verwertung nicht gestattete, deshalb ist sie von den Kathedersozialisten in letzter Linie verworfen worden; deshalb vollzog man den Bruch mit der ganzen bisherigen wissenschaftlichen Entwicklung und machte den kühnen, inzwischen freilich kläglich gescheiterten Versuch eines Aufbaus der Wissenschaft auf völlig neuen Grundlagen.

Diese neuen Grundlagen haben regelmäßig einen starken politischen Einschlag. Die Theorien, die der Kathedersozialismus an die Stelle der politisch vielfach noch farblosen Lehren der älteren Nationalökonomien gesetzt hat, haben sämtlich entweder einen an-

klagenden oder aber einen rechtfertigenden Charakter. Gegen das sich selbst überlassene Wirtschaftsleben wird die Anklage erhoben, daß in ihm die Gerechtigkeit zu kurz komme, dagegen werden die direkt oder indirekt von der öffentlichen Gewalt geschaffenen Einrichtungen damit gerechtfertigt, daß durch sie erst der Zustand verwirklicht werde, bei dem der Grundsatz des *sum cuique* im Wirtschaftsleben Geltung erlange. Mit Hilfe dieser neuen, ganz mit Werturteilen und Gerechtigkeitsvorstellungen durchsetzten nationalökonomischen Theorie ließ sich freilich bequemer Sozialpolitik treiben, als auf der Basis der ethisch-politisch mehr neutralen Theorie der Alten. Was aber aus der Wissenschaft selbst werde, wenn man sie so in den Dienst der politischen Ziele stelle, darum hat man sich auf seiten der politisierenden Nationalökonomien anscheinend wenig Sorge gemacht.

Um die ganze Größe des Unterschieds zwischen alter und neuer Theorie zu erkennen, braucht man nur etwa das Kapitel der Kapital- und Zinslehren sich etwas näher anzusehen. Die Kapital- und Zinstheorie der älteren Nationalökonomie ließ sich so wenig zur Begründung des sozialpolitischen Programms des Kathedersozialismus verwenden, mit ihr ließ sich politisch überhaupt so wenig anfangen, daß sie bei den Kathedersozialisten ziemlich allgemein durch eine Theorie ersetzt worden ist, die unter starker Annäherung an die sozialistische Ausbeutungstheorie den Zins aus dem Machtverhältnis zwischen Kapital und Arbeit abzuleiten unternimmt.¹⁾ Die Übereinstimmung, mit der diese Theorie von denjenigen Nationalökonomien vertreten wird, die zugleich als Vorkämpfer bestimmter sozialpolitischer Reformen sich fühlen, ist ein deutlicher Hinweis darauf, wie eben das Streben, dem eigenen sozialpolitischen Programm eine theoretische Begründung zu geben, bei der Entstehung dieser Lehre eine wichtige Rolle gespielt, wie hier das Wollen das Denken bestimmt hat. Um diese neue Theorie aufstellen zu können, mußten zuvor aber natürlich die älteren, sozialpolitisch nicht so gut verwertbaren Anschauungen der älteren Wissenschaft unschädlich gemacht werden, und da zu einer eigentlichen Widerlegung die wissenschaftlichen Kräfte der Kathedersozialisten doch nicht ganz aus-

¹⁾ Zur Kritik dieser Theorie, die Böhm-Bawerk treffend einen modernen vulgär-ökonomischen Ableger der sozialistischen Ausbeutungstheorie nennt, vergleiche dessen Schrift: *Einige strittige Fragen der Kapitaltheorie* (Wien 1900), insbesondere die Polemik gegen Lexis, S. 110 ff. S. auch Oswald, *Beiträge zur Theorie des Kapitalzinses*, *Zeitschrift für Sozialwissenschaft*, Neue Folge, 1. Jahrgang (1910), namentlich S. 436 ff.

reichten, so half man sich eben in der Weise, daß man die wissenschaftliche Berechtigung der Methode, mit deren Hilfe die ältere Nationalökonomie ihre Kapital- und Zinstheorie begründet hatte, generell anzweifelte. An Eifer in dieser Beziehung haben es die Schmoller, Brentano, Lexis usw. unterstützt von der großen Zahl ihrer Schüler, nicht fehlen lassen. Mit allen möglichen Mitteln und Argumenten versuchte man in diesen Kreisen, die Methode der klassischen Nationalökonomie zu diskreditieren und an den Pranger zu stellen, wobei man freilich oft nur die eigene Unfähigkeit, methodologische Probleme zu erörtern, an den Pranger stellte.

Aus dieser Sachlage ergibt sich zugleich der Schluß, daß, sobald die politisierende Methode wieder aus der Nationalökonomie verschwindet, auch die Feindschaft gegen die deduktive Methode ihr natürliches Ende finden wird. Ja, man darf sogar überzeugt sein, spätere Generationen werden überhaupt nicht mehr verstehen, wie man diese für die Nationalökonomie ganz unentbehrliche Methode so leidenschaftlich hat bekämpft und die gegen sie vorgebrachten meist sehr oberflächlichen und fadenscheinigen Gründe in unserer Zeit überhaupt hat so ernst nehmen können.

Tatsächlich ist es ja niemals gelungen, diese Methode ganz aus der Wissenschaft zu verbannen. Auch die leidenschaftlichsten Gegner der Methode, die mit Hilfe des Prinzips der Wirtschaftlichkeit ein bestimmtes wirtschaftliches Verhalten der Menschen aus gegebenen Bedingungen als notwendig deduziert, haben nie völlig auf die Anwendung dieser offiziell so heftig befehdeten Methode verzichtet. Und darum liegt in dem ganzen Kampfe gegen die Methode der klassischen Nationalökonomie eine gewisse Unehrllichkeit. Gewiß ist es richtig, die Kathedersozialisten haben diese Methode nicht wie die ältere Nationalökonomie dazu benutzt, um mit ihrer Hilfe die Erscheinungen des Wirtschaftslebens in einem einheitlichen und geschlossenen System zu erfassen. Aber sie haben sie doch an zahllosen Punkten ihrer Werke bei der Besprechung von einzelnen Erscheinungen in prinzipiell ganz derselben Weise verwendet wie die Klassiker der Nationalökonomie es getan. Es würde ein Leichtes sein, aus den Schriften von Schmoller, Brentano und anderen Gegnern der klassischen Nationalökonomie Dutzende von Sätzen zusammenzustellen, die Geltung nur unter der Voraussetzung haben, daß die Menschen bei ihren wirtschaftlichen Handlungen sich von dem ökonomischen Prinzip, dem Streben mit den gegebenen Mitteln ein Maximum an Bedürfnisbefriedigung zu erreichen, leiten lassen, und die aus diesem Prinzip auf deduktivem Wege abgeleitet sind. So hat die offiziell

aus den Hallen der Wissenschaft verwiesene Methode durch Hintertüren ihren Weg in die Arbeiten auch ihrer leidenschaftlichsten Gegner gefunden. Man kann eben ohne diese Methode in Wahrheit in der Nationalökonomie gar nicht auskommen, die Methode der klassischen Nationalökonomie ist auch heute noch die klassische Methode dieser Wissenschaft. Nur eine aus ganz anderen als rein wissenschaftlichen Gründen entspringende Gegnerschaft gegen diese Methode hat das übersehen können.

Zugleich aber lehren diese Betrachtungen, wie die Verwendung politischer Gesichtspunkte und die Vernachlässigung der theoretischen Forschung im Sinne der älteren Wissenschaft beim Kathedersozialismus nicht zufällig nebeneinander sich finden, sondern wie diese beiden sein Wesen bestimmenden Charakterzüge innerlich zusammengehören, wie das eine notwendig aus dem anderen folgt. Der Kathedersozialismus kann gar nicht gut unbefangene theoretische Forschung im Geiste der älteren Theorie treiben. Denn er kann die Ergebnisse, zu denen diese Forschung führt, nicht brauchen. Sie stören seine politischen Zirkel und liefern ihm nicht die Grundlagen, die er nötig hat, um seine wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen als Ergebnisse der Wissenschaft selbst hinstellen zu können. Das und nichts anderes ist der letzte Grund des teilweise geradezu fanatischen Hasses, den manche Kathedersozialisten gegen die ältere Nationalökonomie empfinden. Die Politik treibt auch bei diesen anscheinend vollkommen wissenschaftlichen Erörterungen ihr verderbliches Spiel ¹⁾.

Was im vorstehenden schon angedeutet wurde, die Gefahren, die das Eindringen der politisierenden Methode für den Wissenschaftsbetrieb selbst sowie für die Stellung der Nationalökonomie im öffentlichen Leben heraufbeschwört und die mehrfach schon recht deutlich sich gezeigt haben, soll im folgenden noch etwas näher beleuchtet werden, zumal man diese Dinge in den Kreisen ihrer Anhänger etwas leicht nimmt oder gar von ihnen nichts zu wissen scheint.

¹⁾ Vgl. hierzu G. Cassel, Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag. Göttingen 1900, S. 5 ff.

IV.

Die Folgen der Herrschaft der politisierenden Methode für den Wissenschaftsbetrieb und für die Stellung der Nationalökonomie im öffentlichen Leben.

Bei den Folgen, welche das Vordringen und das immer weitere Umsichgreifen der politisierenden Methode in der Nationalökonomie für die Wissenschaft selbst gehabt hat, handelt es sich nicht etwa um unerhört neue, sondern um die längst bekannten Erscheinungen, die sich überall da einstellen, wo der Wissenschaftsbetrieb nicht völlig voraussetzungslos erfolgt, sondern wo mit dem Streben nach Erkenntnis andere Ziele praktischer Art sich mischen, ihm wahrscheinlich sogar oft vorangestellt werden. Wer an die Untersuchung des Seienden mit bestimmten Vorstellungen und Wünschen in bezug auf das, was auf dem fraglichen Gebiet eigentlich sein sollte, herangeht, der läuft immer die doppelte Gefahr, von den Theorien, die zur Erklärung der Erscheinungen sich bieten, unbewußt diejenigen zur bevorzugen, die zugleich zur Begründung seiner wirtschaftspolitischen Ziele verwendet werden können, und zugleich von dem Seienden, von den Tatsachen nur das zu sehen, was zur Begründung seiner Forderungen zu dienen geeignet ist. Ist selbst bei dem reinsten Erkenntnisstreben schon die Gefahr groß, daß der Forscher sich von vorgefaßten Meinungen beeinflussen läßt und unter dem Einfluß dieser vorgefaßten Meinungen nur das sieht, was wieder als Stütze derselben verwendet werden kann, so wird diese Gefahr ¹⁾ noch in mehrfacher Potenz gesteigert,

¹⁾ Die klassischen Worte, mit denen Schopenhauer auf diese die Erkenntnis der Wahrheit bedrohende Gefahr hingewiesen hat, seien wenigstens in der Anmerkung noch einmal angeführt: „Eine abgefaßte Hypothese gibt uns Luchsäugen für alles sie Bestätigende, und macht uns blind für alles ihr Widersprechende. Was unserer Partei, unserem Plane, unserem Wunsche, unserer Hoffnung entgegensteht, können wir oft gar nicht fassen und begreifen, während es allen anderen klar vorliegt; das jenem Günstige hingegen springt uns von ferne in die Augen. Was dem Herzen widerstrebt, läßt der Kopf nicht ein.“

wenn der Forscher bewußt als Vorkämpfer für bestimmte praktische Ziele sich fühlt, wenn er gar das Eintreten für gewisse Forderungen auch für eine Aufgabe der Wissenschaft ansieht. Ein Arzt schrieb kürzlich: „Propaganda zu einem praktischen Zweck und wissenschaftliche Ursachenforschung sind zwei recht verschiedene Dinge. Genau mit dem fanatischen Eifer für seine heilige Sache wächst bei dem praktischen Propagandisten die Seelenblindheit für alles, was außerhalb seiner alleinseligmachenden Ideenkreise liegt. Diese Intelligenzen haben große praktische Erfolge, sie können Wohltäter der Menschheit werden, aber die voraussetzungslose Wissenschaft fördern sie nicht.“ Diese Worte waren auf die Mediziner, die den Alkoholgenuß für alle möglichen Schäden verantwortlich machen wollen, gemünzt. Sie treffen indessen auch für alle übrigen Forschungsgebiete zu, auf denen man Propaganda und Ursachenforschung zugleich treiben will. In keiner Wissenschaft herrscht aber heute die Vermischung zwischen propagandistischer Tätigkeit und Feststellung der Tatsachen sowie ihrer Zusammenhänge in höherem Grade als in der Nationalökonomie, wie sie in Deutschland betrieben wird. Das Abweichen von den Grundsätzen, die sonst für die Wissenschaft gelten, wird hier nicht als etwas, was man mit der menschlichen Schwäche und Unvollkommenheit entschuldigen müsse, betrachtet. Es wird im Gegenteil mit großer Selbstgewißheit und Zuversicht, wie die früher mitgeteilten Äußerungen erkennen ließen, als ein neues heilbringendes Prinzip der Wissenschaft verkündet. Der grundsätzliche Verzicht auf die propagandistische Tätigkeit in der Wissenschaft dagegen wird von dieser Seite als die Preisgabe eines großen Teils des Besten hingestellt, was der Pflege unserer Wissenschaft anvertraut ist ¹⁾.

Die Folgen dieser Art des Wissenschaftsbetriebs sind für den aufmerksamen Beobachter schon deutlich erkennbar. Sie äußern sich nach verschiedenen Richtungen hin, die hier nur kurz angedeutet werden können. Erstlich in dem Eindringen der schon früher (S. 44 ff.) gekennzeichneten Pseudotheorien in die Wissenschaft, d. h. jener Theorien, die nicht dem Bedürfnis, die Erscheinungen zu erklären, ihre Entstehung verdanken, sondern bei deren Aufstellung vor allem das Verlangen Pate gestanden hat, bestimmten wirtschafts- oder sozialpolitischen Forderungen ein größeres Gewicht, eine Art wissenschaftlicher Begründung zu geben. Die Zahl solcher Pseudotheorien und die Rolle, die sie in der deutschen Volkswirtschaftslehre gegenwärtig spielen, ist

¹⁾ Cohn, a. a. O. S. 11.

außerordentlich groß; auf den verschiedensten Gebieten sind sie zu finden. Das, was heute als nationalökonomische Theorie von deutschen Kathedern vorgetragen wird, setzt sich zu einem großen Teil aus solchen Pseudotheorien zusammen. Es ist freilich nur recht schlecht gelungen, aus diesen oft ganz disparaten Elementen so etwas wie ein zusammenhängendes wissenschaftliches System zu machen. Wenn Wundt Recht hat mit der Auffassung, daß das Wesen der Wissenschaft in dem systematischen Zusammenhang der Teile besteht, so ist die Nationalökonomie heute kaum noch eine Wissenschaft zu nennen. Den Hauptteil der Schuld an dem gegenwärtigen unbefriedigenden Zustand der theoretischen Volkswirtschaftslehre in Deutschland hat aber die Herrschaft der Pseudotheorien. Die Systemlosigkeit vieler jetzt verbreiteter Lehrbücher der Volkswirtschaft, ihr Mangel an innerem Zusammenhang und an Klarheit des ganzen Aufbaues, die Lücken, die oft zwischen den einzelnen Teilen klaffen, gehen in letzter Linie zurück auf das Eindringen der Pseudotheorien, die man mit Bestandteilen ganz anderer Herkunft künstlich zu einem Ganzen zu vereinigen gesucht hat, das in Wahrheit aber doch kein Ganzes geworden ist. Es wird eine Herkulesarbeit sein, die Wissenschaft von diesen Pseudotheorien wieder zu reinigen und zu befreien. Ein einzelner vermag mit seiner Kraft diese Aufgabe gar nicht allein zu bewältigen; es wird dazu des Zusammenwirkens einer ganzen wissenschaftlichen Generation bedürfen, und diese wird ihre Arbeit am besten noch einmal ganz von vorn beginnen, indem sie die Leistungen der Kathedersozialisten zunächst ganz beiseite läßt.

Zum zweiten verleitet die politisierende Methode ihre Anhänger in gesteigertem Maße zu einer willkürlichen und einseitigen Auswahl unter den Tatsachen der Erfahrung. Nur durch eine solche ganz einseitige Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse ist es ja auch möglich gewesen, den vorerwähnten Pseudotheorien eine Art wissenschaftlicher Begründung zu geben. Die Erscheinungen, die zu der Lehre, die man brauchte, nicht stimmen wollten, sah man eben einfach nicht. Manche von den Nationalökonomern, welche vorwiegend praktische Ziele verfolgen, bekennen sich mit naiver Offenheit selbst dazu, daß sie unter den Tatsachen eine etwas willkürliche Auswahl vornehmen. So schreibt einer der Führer der deutschen Wohnungsreformbewegung, Karl von Mangoldt, in seinem Werke „Die städtische Bodenfrage, eine Untersuchung über Tatsachen, Ursachen und Abhilfe“ über seine Methode folgendes: „Indes wollen wir frei gestehen, daß wir getreu unserer Rolle, hier mehr Staatsanwalt als Richter zu sein,

auf die Sammlung und Darstellung der entlastenden Momente nicht das gleiche Maß von Sorgfalt und Anstrengung verwandt haben wie auf die belastenden.“

Von akademischen Nationalökonomern liegen solche charakteristische Selbstbekenntnisse zwar nicht vor, und sie werden mit Bewußtsein auch nicht zu einer parteiischen Auswahl der Tatsachen sich verleiten lassen, aber trotzdem wird auch bei ihnen, soweit sie zugleich Vorkämpfer für bestimmte wirtschaftliche und soziale Reformen sind, jene obenerwähnte Seelenblindheit in hohem Grade sich einstellen. Das zeigt sich vor allem auch in der Art und Weise, wie die Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen von politisierenden Nationalökonomern geschildert werden. Diejenigen Wirkungen, welche ein günstiges Urteil über die empfohlene Politik hervorzurufen geeignet sind, werden ausführlich und mit lebhaften Farben geschildert, diejenigen dagegen, die als nachteilig empfunden werden könnten, übergeht man möglichst mit Stillschweigen oder man sucht doch wenigstens ihre Bedeutung möglichst abzuschwächen. Wie schwer wird es z. B. den meisten Schutzzöllnern, zuzugeben, daß Schutzzölle in vielen, wenn auch nicht in allen Fällen, zu einer Verteuerung der Waren im Inlande führen; welche Mühe gibt man sich oft in diesen Kreisen, die Belastung des inländischen Konsums durch die Zölle möglichst niedrig erscheinen zu lassen! Daher auch die große Rolle, welche die Lehre, der Zoll werde vom Auslande getragen, — obwohl das nur ein vorübergehender Zustand sein kann —, in der Argumentation der schutzzöllnerischen Kreise spielt! Und wie leicht gehen auf der anderen Seite die Freihändler darüber hinweg, daß einzelne Produktionszweige, wenn man sie unter gewissen Voraussetzungen, wie sie z. B. unter den heutigen Verhältnissen auf dem Weltmarkte für die Landwirtschaft der mittel- und westeuropäischen Kulturstaaten gegeben sind, ohne Zollschutz läßt, zu einem Rückgang ihrer Entwicklung verurteilt werden. Wenn man es nicht vorzieht, über diesen Punkt ganz zu schweigen oder die drohende Gefahr einer Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung direkt zu leugnen, so sucht man sie doch wenigstens als möglichst geringfügig und als ziemlich bedeutungslos für die Entwicklung der Volkswirtschaft im Ganzen hinzustellen. Man wird daher von den Vertretern der Wissenschaft, die selbst entweder auf schutzzöllnerischer oder auf freihändlerischer Seite an den handelspolitischen Kämpfen sich beteiligen, immer nur ein unvollständiges und einseitig gesehenes Bild von den Wirkungen der von ihnen empfohlenen und ebenso der von ihnen abgelehnten Handels-

politik erhalten. Es heißt auch wirklich mehr von der menschlichen Natur verlangen als sie leisten kann, wenn man ihr zumutet, von einem Ziele, für das sie begeistert kämpft, auch die Schattenseiten in voller Objektivität zu sehen und zu schildern. Diese Objektivität kann nur erlangen, wer prinzipiell darauf verzichtet, sich mit in die Reihe der Kämpfenden zu stellen, und sich mit der Rolle des bloßen Zuschauers bei den politischen Kämpfen begnügt.

Wo die Nationalökonomien sich der politisierenden Methode verschrieben haben, da ist daher der Mangel an Objektivität bei der Darlegung der Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßregeln geradezu eine von selbst sich einstellende Erscheinung. Nur wenn man diese Fehlerquelle des wissenschaftlichen Urteils in der heutigen deutschen Volkswirtschaftslehre berücksichtigt, wird die Rolle verständlich, die gewisse Anschauungen, so z. B. die über das Verhältnis von Arbeitszeit und Arbeitsleistung, in der heutigen deutschen Wirtschaftslehre spielen. Die deutschen Kathedersozialisten sind in der Regel auch eifrige Anhänger einer Verkürzung der Arbeitszeit. Wenn die Vertreter der Wissenschaft sich als Vorkämpfer dieser Bestrebungen fühlen, dann hat das aber die große Gefahr, daß sie die Wirkungen dessen, was sie wünschen, falsch beurteilen. Und eine solche unrichtige Beurteilung der Wirkungen von Arbeitszeitverkürzungen auf die Leistungen der Arbeiter und damit auf die Produktionskosten ist in der Tat heute in der wissenschaftlichen Literatur eine sehr häufige Erscheinung. Einzelne, noch dazu meist nicht ganz einwandfrei angestellte Beobachtungen¹⁾, in denen Verkürzungen der Arbeitszeit durch gesteigerte Leistungen der Arbeiter ausgeglichen oder sogar mehr als ausgeglichen wurden, sind in ganz unzulässiger Weise verallgemeinert worden; man ist nicht mehr weit davon, aus einzelnen Erfahrungen dieser Art, die an ganz bestimmte Voraussetzungen gebunden waren, ohne Berücksichtigung dieser Voraussetzungen und ohne Beachtung der näheren Umstände, durch die in den beobachteten Fällen das Resultat: Steigerung der Arbeitsleistung erzielt wurde, ein allgemeines Gesetz des Inhalts zu machen, daß überhaupt jede Verkürzung der Arbeitszeit in sich die Tendenz trage, durch Steigerung der Arbeitsleistungen ausgeglichen zu werden. Wenn man bei Gewerkschaftsführern auf Grund von unvorsichtigen Äußerungen dieser Art der Überzeugung begegnet,

¹⁾ Richtig hervorgehoben bei Dr. Walter Schmitz, *Regelung der Arbeitszeit und Intensität der Arbeit* (Thünen-Archiv, herausgeb. von R. Ehrenberg, 3. Bd., 2. Heft, S. 169 ff.).

es sei längst wissenschaftlich festgestellt, daß Arbeitszeitverkürzungen die Produktionskosten nicht erhöhten, so ist das daher kein Wunder. Man braucht nur einige Jahrgänge der „Sozialen Praxis“ durchzusehen, um zu erkennen, wie hier zwar alle Fälle sorgfältig registriert worden sind, die sich als Stützen der Lehre, daß die Herabsetzung der Arbeitszeit die Produktion nicht zu verteuern brauche, verwenden ließen, wie auf die Sammlung der „negativen Instanzen“ dagegen, die sich in den Jahresberichten der Gewerbeaufsichtsbeamten und in anderen Quellen ebenfalls leicht in größerer Zahl hatten finden lassen, von den Mitarbeitern dieser Zeitschrift nicht die gleiche Sorgfalt verwendet worden ist. Das Wollen hat hier eben das Denken und die wissenschaftliche Arbeit regiert.

Ein dritter Punkt, in dem sich die politisierende Methode als Fehlerquelle des wissenschaftlichen Urteils erweist, ist die Überschätzung der Bedeutung der Staatstätigkeit, die sich bei den Anhängern dieser Methode gewöhnlich findet. Daß die politischen Parteien den Einfluß der Staatstätigkeit überschätzen, ist ja naturgemäß. Die politischen Parteien haben, von der radikalen Linken an bis zur äußersten Rechten, zumal in Ländern mit demokratischem Wahlrecht, das gemeinsame Interesse und die gemeinsame Neigung, die Wirkungen der wirtschaftspolitischen Tätigkeit des Staates möglichst hoch einzuschätzen. Ganz natürlich. Denn von dem Maße des Einflusses, den der Staat hier besitzt, hängt auch ihre eigene Bedeutung ganz wesentlich mit ab. Ist der Staat überhaupt nicht imstande, mit seinen Mitteln die wirtschaftlichen Verhältnisse überall da, wo sie unbefriedigend und reformbedürftig erscheinen, durchgreifend zu verbessern, so muß auch das Parteileben an Bedeutung verlieren. Sein Inhalt besteht ja in der Hauptsache darin, die Hoffnung zu erwecken, daß durch Erfüllung der Forderungen des eigenen Parteiprogramms die vorhandenen Mißstände beseitigt werden können. Wenn eine politische Partei im Konkurrenzkampf mit den anderen Parteien nicht unterliegen will, dann ist sie, wie die Verhältnisse heute in Ländern wie Deutschland, England, Frankreich, Österreich usw. liegen, geradezu gezwungen, bei ihren Anhängern die Vorstellung zu nähren, daß der Staat auf wirtschaftlichem Gebiete eine Art Omnipotenz besitze. Sonst müßten ja ihre eigenen Forderungen und Vorschläge ziemlich wertlos erscheinen.

Diese den politischen Parteien allgemein eigentümliche Überschätzung des Einflusses des Staates auf das Wirtschaftsleben erfährt nun durch die Art und Weise, wie die Vertreter der Wissenschaft gegenwärtig diese Dinge behandeln, nicht etwa die dringend

notwendige Korrektur, sondern sie wird eher noch gesteigert. Die Anhänger der politisierenden Methode in der Volkswirtschaftslehre neigen ebenso wie die Parteimenschen dazu, die wirtschaftlichen Verhältnisse in erster Linie durch das, was der Staat tut, oder auch das, was er nicht tut, bestimmt sein zu lassen, und sie tragen so ihrerseits dazu bei, daß sich ganz irrige Anschauungen über das, was an der wirtschaftlichen Entwicklung der neueren Zeit auf das Konto staatlicher Eingriffe und Maßnahmen und was auf die Rechnung vom Staate unabhängiger Faktoren zu setzen ist, immer weiter verbreiten, während es doch gerade Aufgabe der Wissenschaft sein sollte, falsche Auffassungen, die sich hierüber im Leben herausgebildet haben, richtigzustellen und das Verständnis für die wahren Ursachen der ökonomischen Erscheinungen zu fördern.

In ganz krasser Weise tritt der Mangel an richtigem Augenmaß für das Verhältnis, in dem die verschiedenen in Betracht kommenden Faktoren zur Erzielung des Gesamtergebnisses beigetragen haben, in den Erörterungen über die Arbeiterfrage, namentlich bei den Erklärungen zutage, welche die kathedersozialistischen Nationalökonomien für das Aufsteigen des Arbeiterstandes in den letzten Jahrzehnten geben. Darüber kann ja kein Zweifel bestehen, daß die Lage der Lohnarbeiter in den Ländern europäischer Kultur im Laufe des letzten Menschenalters sich ganz gewaltig gehoben hat. Es hat wohl noch nie eine Periode in der Wirtschaftsgeschichte gegeben, in der sich in so kurzer Zeit eine so durchgreifende Verbesserung in der Lage der lohnarbeitenden Klassen vollzogen hat, wie in der Zeit seit 1870, ja, vielleicht ist überhaupt noch nie in der ganzen bekannten Wirtschaftsgeschichte die Lage der unteren Volksklassen eine so günstige, ihr Konsum ein so reichlicher gewesen wie in der Gegenwart. Die lauten Klagen über Unterernährung, die immer noch ertönen, und die Heftigkeit der Wünsche, das Einkommen der unteren Klassen immer mehr zu steigern, die wir tagtäglich hören oder lesen müssen, beweisen nichts gegen die Richtigkeit dieser Auffassung. Im Gegenteil: Zeiten, in denen besonders viel gefordert und verlangt wird, sind durchaus nicht etwa die, in denen es den betreffenden Klassen besonders schlecht geht. Vielmehr gilt auch hier das Wort, daß der Appetit beim Essen kommt. Daß die Lage der Arbeiter in neuerer Zeit sich erheblich gebessert hat, das wagen ja auch die sozialistischen Führer heute nicht mehr zu leugnen.

Welchen Umständen ist nun aber dieses rasche Aufsteigen des Arbeiterstandes zu danken? Wollten wir den Katheder-

sozialisten glauben, dann wären es vor allem die Eingriffe des Staats in die Verhältnisse der Arbeiter gewesen, welche diese Wandlung vollbracht haben. Schlagen wir die aus diesem Lager stammenden Darstellungen der Arbeiterfrage wie z. B. die von Herkner, v. Wiese, v. Zwiedineck usw. auf, um zu sehen, auf welche Faktoren hier die Besserung in der Lage der Arbeiter zurückgeführt wird, so müssen wir den Eindruck gewinnen, als ob vor allem die vom Staate getriebene Sozialreform (Arbeiterschutz-, Arbeitsversicherungsgesetzgebung, Einführung des Koalitionsrechts usw.) das Wunder bewirkt habe. Im Vordergrund der Darstellung steht durchaus das, was der Staat für die Arbeiter getan hat oder was sie selbst durch ihre Gewerkvereine, Genossenschaften usw. für sich erreicht haben. Diese Einrichtungen werden in breit angelegter Erörterung behandelt, sie müssen dem unbefangenen Leser als die eigentlichen Säulen, welche die aufsteigende Entwicklung des Arbeiterstandes getragen haben und noch tragen, erscheinen; von den anderen, unpersönlichen Mächten, die bei dieser Entwicklung im Spiele gewesen sind, ist, wenn überhaupt nur ganz nebenbei die Rede. Daß außer der staatlichen Politik auch noch andere Mächte, und zwar solche rein wirtschaftlicher Natur, die Lage der Arbeiter bestimmen, das wird von der herrschenden Richtung der deutschen Nationalökonomie anscheinend als eine weniger wichtige Sache betrachtet, über die es nicht lohnt, viel zu reden.

Welche Einseitigkeit, welche Verblendung liegt aber in dieser Betrachtungsweise, wie sie bei den politisierenden Nationalökonomien ziemlich allgemein zu finden ist! Es soll gar nicht geleugnet werden, daß Sozialreform, Gewerkvereins- und Genossenschaftswesen usw. ebenfalls ihren Beitrag dazu geliefert haben, die Lage der Arbeiter zu heben, ihre Einkommensverhältnisse zu bessern. Allein die eigentliche Grundlage der aufsteigenden Entwicklung des Arbeiterstandes im letzten Menschenalter ist doch auf einem ganz anderen Gebiete zu suchen, auf einem Gebiete, das dem Einfluß des Staates und der Gewerkvereine entrückt ist. Was das Einkommen der arbeitenden Klassen im alten Europa im letzten Menschenalter so rasch in die Höhe getrieben hat, was insbesondere auch den Bestrebungen der Gewerkvereine, immer günstigere Arbeitsbedingungen zu erringen, erst die sichere und erfolgversprechende Unterlage gegeben hat, das ist die steigende Produktivität der menschlichen Arbeit in dieser Zeit gewesen. Dieses Wachsen der Produktivität war aber wieder die Folge der Fortschritte der Technik in diesem Zeitraum, und zwar

kommen dabei weniger die Fortschritte der industriellen Technik in Betracht, an die man bei der Erörterung dieser Frage gewöhnlich zuerst denkt, als vielmehr in erster Linie die Fortschritte der Verkehrstechnik und die durch sie bewirkte Verbilligung des Personen- und des Warenverkehrs. Auf dieser Verbilligung des Verkehrs beruht hauptsächlich diejenige Erscheinung, die wir kurz als „Entstehung der modernen Weltwirtschaft“ zu bezeichnen gewöhnt sind, und deren Wesen darin besteht, daß in den letzten Jahrzehnten in den Warentauschverkehr zwischen den verschiedenen Ländern und Erdteilen auch eine Reihe der wichtigsten Güter des Massenverbrauchs, wie vor allem Brotgetreide und andere Agrarprodukte, teilweise ja auch schon frisches Fleisch, in gewaltigen Mengen einbezogen worden sind. Dadurch ist die ganze Erde auch für diese Artikel ein einziges Wirtschaftsgebiet mit einheitlicher Preisbildung geworden. Diese Entwicklung bedeutete aber für die alten Kulturstaaten Europas, wie hier nur kurz angedeutet werden kann, die Möglichkeit, sich aus dem Auslande zu wesentlich billigeren Preisen mit einer Reihe der wichtigsten Nahrungsmittel zu versorgen als sie die inländische Produktion liefern konnte, zumal wenn sie die Deckung des einheimischen Bedarfs allein hätte übernehmen sollen. Trotz der Agrarzölle, welche die festländischen Staaten Europas zur Abschwächung des Anpralls der überseeischen Konkurrenz eingeführt haben, haben ja in allen diesen Ländern die Getreidepreise seit dem stärkeren Eindringen des überseeischen Getreides ganz erheblich niedriger gestanden wie in den vorangegangenen Jahrzehnten.

Vom Standpunkte der Arbeiter und ihrer Einkommensverhältnisse, die uns hier vor allem interessieren, bedeutet diese Entwicklung aber folgendes: Zwei Wirtschaftsgebiete, eines mit höherer Produktivität der Arbeit und infolgedessen höheren Löhnen (Amerika, insbesondere die Vereinigten Staaten), und eines mit geringerer Produktivität und niedrigeren Löhnen (West- und Mitteleuropa), die bisher noch ziemlich getrennt nebeneinander gestanden, die gleichsam zwei verschiedenen wirtschaftlichen Welten angehört hatten, wurden durch sie zu einem einzigen Wirtschaftsgebiet verschmolzen, in dem nun die Produktivität der Arbeit und der Stand der Löhne sich gegenseitig anzunähern und auszugleichen trachteten. Der Vorgang, der sich auf wirtschaftlichen Gebiete jetzt abspielt, ist im Wesen ganz derselbe wie der, der in der Natur vor sich geht, wenn zwei Röhren, die bisher einen verschieden hohen Wasserstand aufwiesen, in

kommunizierende Röhren verwandelt werden. Die Länder, die die Röhre mit dem niedrigeren Wasserstand darstellen, sind die dichtbevölkerten west- und mitteleuropäischen Industriestaaten. Ihre Arbeiter profitieren jetzt von der engeren ökonomischen Verbindung, in welche diese Gebiete durch die Umgestaltung des Verkehrs zu den noch dünn besiedelten und erst an wenig Stellen ausgebeuteten überseeischen Gebieten getreten sind. Wie in diesen Gebieten von jeher der Lohn hoch stand, weil es dort ein selbstverständliches Gebot der Wirtschaftlichkeit war, die in so geringer Menge vorhandene menschliche Arbeitskraft nur an Stellen zu verwenden, wo sie einen hohen Ertrag gab, also z. B. nur die fruchtbarsten Bodenklassen des im Überfluß vorhandenen jungfräulichen Landes unter den Pflug zu nehmen, nur die mächtigsten und am nächsten zur Erdoberfläche gelegenen Kohlenflötze und Erzgänge abzubauen¹⁾ usw., so tritt infolge des innigen

¹⁾ Um wenigstens ein Beispiel zu geben, um wieviel die Produktivität der Arbeit in denselben Produktionszweigen in den Vereinigten Staaten höher steht als in Europa, seien hier die Ziffern über die durchschnittliche Jahresleistung eines Arbeiters im Steinkohlenbergbau der wichtigsten Länder angeführt. Die Zahl der von einem Bergarbeiter jährlich geforderten Tonnen Steinkohle betrug

Vereinigte Staaten								
Jahr	Weichkohle	Anthrazit	Zus.	England	Deutschland	Frankreich	Österreich	Belgien
1890	525	335	450	292	268	215	183	174
1895	511	368	458	280	342	204	178	172
1900/6	620	396	547	285	250	199	176	168

Noch mehr tritt die Überlegenheit Amerikas in folgenden Ziffern zutage. Es betrug durchschnittlich die Jahresleistung:

	pro Kopf der Belegschaft	Die Zahl der Schichten	Die Leistung pro Kopf u. Schicht
in Pennsylvanien 1900	727,5 t	219	3,32 t
im Saargebiet 1906	232,7 „	296	0,786 „
im Ruhrbezirk „	275,6 „	321	0,862 „
in Oberschlesien „	333,5 „	286	1,166 „

In Nordamerika erzielt also ein Bergarbeiter in der gleichen Zeit fast die dreifache Leistung wie in Deutschland. Das erklärt uns zugleich, weshalb in Nordamerika der Arbeitslohn soviel höher stehen kann und tatsächlich höher steht als bei uns; nach Sombart („Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus?“, Tübingen 1906, S. 86) stellte sich z. B. i. J. 1902 der Durchschnittsverdienst der im amerikanischen Steinkohlenbergbau beschäftigten Arbeiter auf 629 Dollars oder 2642 M., im preußischen Steinkohlenbergbau dagegen betrugen die Durchschnittslöhne im gleichen Jahre in den Oberbergamtsbezirken Breslau 815 M., Dortmund 1131 und Bonn 1068 M.

So wie im Kohlenbergbau liegen die Dinge aber auch noch in zahlreichen anderen Produktionszweigen. Vor allem in den Hauptzweigen der Urproduktion wird in Amerika mit der gleichen Arbeit ein viel größeres Produkt erzielt als bei uns. Das gilt insbesondere auch von der amerikanischen Landwirtschaft. Durch

Zusammenhanges, in den die Entstehung der Weltwirtschaft beide Gebiete gebracht hat, nun auch in Europa die Notwendigkeit gebieterisch hervor, die Arbeit aus den weniger ertragreichen Verwendungen zurückzuziehen und sie nur an solchen Stellen zu verwenden, in denen Europa hinsichtlich der Produktivität der Arbeit nicht allzusehr hinter den überseeischen Ländern zurücksteht oder sie sogar übertrifft. Die minder ertragreichen Produktionszweige, aus denen Europa die Arbeitskräfte zurückziehen oder anders ausgedrückt, bei denen es die Produktion einschränken oder wenigstens mit ihrer weiteren Ausdehnung sehr zurückhaltend sein muß, sind bekanntlich große Teile der Landwirtschaft, die Verwendungen dagegen, in denen Europa die Konkurrenz mit Amerika aushalten kann, auch wenn dem europäischen Arbeiter schließlich amerikanische Löhne gezahlt werden müssen, sind die industriellen Produktionen.

Die große Verschiebung in den Rentabilitätsverhältnissen zwischen Landwirtschaft und Industrie, die sich im letzten Menschen-

das extensive, mit geringen Ernteerträgen von der Flächeneinheit sich begnügende Betriebssystem, das sie bei dem drüben herrschenden Bodenüberfluß noch zur Anwendung bringen kann, ist sie in die Lage versetzt, mit dem gleichen Arbeitsaufwand ein viel größeres Arbeitsprodukt zu erreichen als es die west- und mitteleuropäische Landwirtschaft mit den bei ihr notwendig herrschenden intensiven Anbaumethoden zu erlangen vermag. Von der größeren Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit in Nordamerika im Vergleich mit Europa kann man sich schon eine ungefähre Vorstellung verschaffen, wenn man die Erntemengen hüben und drüben in Beziehung setzt zu der in der Landwirtschaft erwerbstätigen Bevölkerung. Da tritt die große Überlegenheit der amerikanischen Landwirtschaft auf diesem Gebiete deutlich hervor.

In dem verschiedenen Stande der Produktivität der menschlichen Arbeit in den verschiedenen Ländern haben wir die letzte und tiefste Ursache der Lohn-differenzen zwischen denselben zu erblicken. Wenn das diejenigen, welche über die Verschiedenheit der Lohnhöhe in den einzelnen Ländern, insbesondere in Deutschland und Amerika, schreiben, doch immer beachten wollten! Und zugleich erhellt hieraus, wie töricht die Anschauung ist, welche den Stand der Löhne in Europa auf das herrschende „kapitalistische Wirtschaftssystem“ zurückführt. Bei dem gleichen kapitalistischen Wirtschaftssystem kann die Lage der Arbeiter in den einzelnen Ländern je nach dem erreichten Grade der Produktivität der Arbeit eine sehr verschiedene sein. Die verschiedene Höhe des Arbeitsertrags ist der Faktor, welcher das allgemeine durchschnittliche Lohnniveau in erster Linie bestimmt; die hieraus sich ergebenden Lohnsätze erfahren dann natürlich aber noch Korrekturen je nach dem Verhältnis, das in einem Wirtschaftsgebiet zwischen den einzelnen Produktionsfaktoren besteht, d. h. je den Mengen, in denen sie einerseits angeboten und andererseits begehrt werden. Von diesen grundlegenden Lohnbestimmungsgründen ist bei unseren modernen Sozialreformern leider aber nur wenig die Rede. Die primären Lohnbestimmungsgründe werden von ihnen über den sekundären vernachlässigt.

alter in Westeuropa vollzogen hat, muß vor allem auch unter dem Gesichtspunkte einer veränderten Bewertung der menschlichen Arbeitskraft betrachtet werden. Die europäische Industrie konnte die höhere Bewertung der menschlichen Arbeitskraft, die sich von Amerika aus seit den 70er Jahren nach Europa verbreitete, ertragen, sie konnte ihren Arbeitern höhere Löhne gewähren, ohne daß darunter ihr Gewinn leiden mußte, die Landwirtschaft dagegen geriet hierdurch in eine äußerst schwierige Situation. Denn während sie höhere Löhne zahlen sollte, gingen unter dem Drucke der billigeren überseeischen Konkurrenz zugleich die Preise ihrer wichtigsten Produkte in starkem Maße zurück, ein Prozeß, der auch durch die Einführung von Agrarzöllen nur abgeschwächt, aber nicht etwa aufgehoben worden ist. Das ist die letzte Ursache der gegenwärtigen kritischen Lage der west- und mitteleuropäischen Landwirtschaft, insbesondere des Getreidebaues dieser Länder: beständig steigende Löhne bei gesunkenen Preisen der Produkte. Und wenn das Steigen der Löhne weiter anhält, dann wird in manchen festländischen Staaten trotz der Getreidezölle, wenn man diese nicht immer weiter erhöhen will, der Landwirtschaft nichts übrig bleiben, als sich nach englischem Muster doch noch zu einer starken Einschränkung des Getreidebaues zu entschließen, ihn namentlich auf den weniger fruchtbaren Böden einzustellen und letztere in Weideland oder Wald zu verwandeln. Was das nationalwirtschaftlich bedeutet, ist hier nicht zu erörtern.

Mit diesen Darlegungen, die naturgemäß nur ganz skizzenhaft sein konnten¹⁾, haben wir zugleich die eigentlich treibende Kraft bei dem raschen Aufsteigen der Löhne in Westeuropa während des letzten Menschenalters aufgewiesen. Von dieser Hauptursache der steigenden Lebenshaltung der arbeitenden Klassen ist freilich bei den deutschen vorwiegend für Sozialpolitik sich interessierenden Nationalökonomien wenig zu lesen. Sie haben nur Interesse für das, was in Form von bewußten Aktionen und sozialen Kämpfen sich vollzieht, die im stillen wirkenden Zusammenhänge, die nicht in Staatsaktionen u. dgl. einen sichtbaren äußeren Ausdruck finden, bleiben ihnen verborgen; sie liegen außerhalb ihrer Blickweite, die nur auf Gegenstände eingestellt ist, die

¹⁾ Eine mit der oben vorgetragenen Auffassung im wesentlichen übereinstimmende Erklärung des Wachstums der Produktivität der Arbeit in neuester Zeit und des daraus entspringenden Aufsteigens des Arbeiterstandes gibt übrigens H. Dietzel in seinem Beitrag zu den „Festgaben für Adolf Wagner“ (Leipzig 1905), S. 35 ff. sowie in seinen handelspolitischen Schriften.

sich im politischen Kampf verwerten lassen, die einen politischen Hintergrund haben. Als die Faktoren, die das meiste zur Hebung der Lage der arbeitenden Klassen getan haben, erscheinen bei ihnen die sozialpolitische Tätigkeit des Staates und die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter. In bezug auf die Gewerkschaften geben sich manche Kathedersozialisten sogar dem naiven Glauben hin, wie wenn sie das Wunderwerk der Erhöhung der Löhne auf den jetzigen Stand aus eigener Kraft vollbracht hätten. Um zu erkennen, daß die Gewerkschaften nur geholfen haben, die Früchte für die Arbeiter zu pflücken, die auf einem nicht von den Gewerkschaften gepflanzten Baume gewachsen sind, dazu reicht ihre theoretische Einsicht in die letzten Bestimmungsgründe der Lohnhöhe nicht aus.

Dieselbe falsche Einschätzung der Kräfte, der wir hier, wo es sich um die Entwicklung der Lage der arbeitenden Klassen im allgemeinen handelt, bei den politisierenden Nationalökonomien begegnen, die Unterschätzung der unpolitischen und die Überschätzung der politischen Faktoren, kehrt auch auf einer Reihe von Spezialgebieten der Arbeiterfrage wieder. Überall zeigt sich die Neigung, das, was der Staat direkt oder indirekt geleistet hat, sehr hoch zu veranschlagen, während das, was die freie Entwicklung der wirtschaftlichen Kräfte leistet, als *quantité négligeable* behandelt wird, jedenfalls in seiner Bedeutung nicht entfernt nach Gebühr gewürdigt wird¹⁾. Es sei hier nur ein Gebiet noch beispielsweise angeführt, das der Arbeitszeitverkürzung. Wir leben ja gegenwärtig unzweifelhaft in einer Zeit, die durch die Tendenz zur Verkürzung der durchschnittlichen täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit gekennzeichnet ist. Für England z. B. kann man nach den Untersuchungen des Ehepaars Webb annehmen, daß im Laufe des letzten Jahrhunderts die Dauer des gewöhnlichen Arbeitstags in den meisten Gewerben um 2 bis 3 Stunden herabgesetzt worden ist.

In den Schriften und den Vorlesungen der deutschen Kathedersozialisten wird nun dieses Thema regelmäßig in Verbindung mit der Darstellung der staatlichen Gesetzgebung über die zulässige Dauer der Arbeitszeit behandelt. Dadurch wird von vornherein der Eindruck erweckt, wie wenn die Regelung der Arbeitszeit durch den Gesetzgeber das Beste zur allmählichen Ver-

¹⁾ Das ist übrigens der Punkt, den J. Wolf von Anfang an in seiner Polemik gegen den Kathedersozialismus mit Nachdruck betont hat, und durchaus mit Recht. Die psychologische Wurzel dieser falschen Beurteilung der wirkenden Kräfte im Wirtschaftsleben ist aber ohne Zweifel die politisierende Methode.

kürzung der Arbeitsdauer in der Industrie getan habe, und die Darstellung selbst ist gewöhnlich nur zu sehr geeignet, den Leser oder Hörer in dieser Auffassung zu bestärken. Indessen ist es durchaus irrig, zu glauben, erst das Eingreifen des Gesetzgebers habe diese Entwicklung hervorgerufen, oder sie sei auch hauptsächlich auf das Konto der Arbeiterschutzgesetzgebung zu setzen. Sowohl von den Freunden wie auch von den Gegnern des Arbeiterschutzes pflegt heute das, was die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Arbeitszeitverkürzung geleistet hat, erheblich übertrieben dargestellt zu werden, von den Freunden des Arbeiterschutzes in dem begreiflichen Bestreben, das, was der Staat getan hat, möglichst bedeutsam erscheinen zu lassen, von den Gegnern in dem ebenso begreiflichen Streben, die Belastung, welche der Industrie durch die staatlichen Eingriffe in die Arbeitszeit auferlegt wird, möglichst groß hinstellen. Eine unpolitische leidenschaftslose Betrachtung der wirklichen Verhältnisse wird aber zu einer viel bescheideneren Beurteilung dessen, was der Staat bisher auf diesem Gebiete an Änderungen bewirkt hat, kommen müssen, einer Beurteilung, die sich von den hohen Lobsprüchen der Freunde und den heftigen Anklagen der Gegner des Arbeiterschutzes gleich weit entfernt hält.

Über die Ursachen der tatsächlichen Entwicklung auf diesem Gebiet ist nämlich in aller Ruhe festzustellen: bei den in neuerer Zeit in erheblichem Umfang eingeführten Verkürzungen der Arbeitszeit hat die staatliche Gesetzgebung nicht etwa die Führung gehabt; nicht sie hat durch ihre Maßregeln die beständig fortschreitende Reduktion der Arbeitszeit bewirkt, sondern sie ist mit ihren Eingriffen der natürlichen Entwicklung nur gefolgt. Die Rolle, die der Gesetzgebung bei diesem Prozeß zugefallen ist, läßt sich, ähnlich wie übrigens auch noch auf manchem anderen Gebiet der sozialen Entwicklung, dahin charakterisieren: nicht die Gesetzgebung hat von sich aus die Entwicklung immer weiter vorwärts getrieben, nicht sie hat das durchschnittliche Maß der täglichen Arbeitszeit in den Kulturländern aus eigener Kraft immer mehr herabgesetzt, sie hat vielmehr nur die bescheidenere Aufgabe erfüllt, den in erster Linie durch die Fortschritte der Technik bzw. die Leistungsfähigkeit der Arbeiter erreichten Zustand festzuhalten und zu verallgemeinern, d. h. zu verhindern, daß einzelne Industrien und ebenso einzelne Betriebe mit ihrer Arbeitszeit erheblich hinter der bereits im Durchschnitt der ganzen Volkswirtschaft erreichten Verkürzung zurückbleiben. Die Arbeiterschutzgesetzgebung korrigiert also die natürliche Entwicklung

in Einzelheiten, aber sie bestimmt nicht ihren Gang. Sie eilt nicht der natürlichen Entwicklung voraus, sondern sie folgt ihr nach.

So und nicht anders ist der tatsächliche Gang der Dinge in den wichtigeren Industriestaaten gewesen. Wenn sich z. B. die Schweiz jetzt anschickt, den elfstündigen Maximalarbeitstag, den sie 1877 eingeführt hat, nach mehr als einem Menschenalter durch einen zehnstündigen zu ersetzen, so geschieht es deshalb, weil die Beobachtung lehrt, daß in der Zwischenzeit ohne Zutun des Staates in immer mehr Industrien die Arbeitszeit auf zehn Stunden zurückgegangen ist, so daß eine allgemeine Herabsetzung der täglichen Arbeitsdauer auf dieses Maß in ihren Folgen nicht mehr allzu bedenklich erscheint, weil sie eben nur das allgemein gesetzlich festlegt, was durch die freie Entwicklung ohnehin schon in dem größeren Teile der Industrie erreicht ist. Schon 1901 wurde in der Schweiz festgestellt, daß gegen 70 Prozent der Arbeiterschaft weniger als die gesetzlich gestattete Zeit von 11 Stunden arbeiteten ¹⁾.

Ebenso lagen die Dinge in Deutschland, als man sich im Jahre 1908 entschloß, den elfstündigen Maximalarbeitstag für Frauen in einen zehnstündigen umzuwandeln. Die im Jahre 1902 von den Gewerbeaufsichtsbeamten veranstalteten Erhebungen über die Dauer der Arbeitszeit für Frauen in Fabriken hatten gezeigt, daß in 64,7 Prozent der untersuchten Betriebe und für 53,3 Prozent der Arbeiterinnen die tägliche Arbeitszeit schon nicht mehr über zehn Stunden hinausging; eigentlich war nur in der Textilindustrie und daneben in verschiedenen Zweigen der Nahrungs- und Genußmittelindustrie eine mehr als zehnstündige Arbeitszeit noch die Regel.

Dieser Umstand, daß die Gesetzgebung über die Verkürzung der Arbeitszeit bisher nur der tatsächlichen Entwicklung gefolgt ist, darf bei der Beurteilung der Wirkungen dieser Gesetzgebung nie außer acht gelassen werden. Denn es ist selbstverständlich ein Unterschied von ganz fundamentaler Bedeutung, ob eine Gesetzgebung sich der natürlichen Entwicklung anschließt, sie nur etwas zu beschleunigen sucht, oder aber, ob sie sich ihr entgegenstemmen will. Bei der gesetzlichen Regelung der industriellen Arbeitszeit, wie sie in den letzten Jahrzehnten in vielen Industriestaaten erfolgt ist, war entschieden das erstere der Fall. Das muß aber zu einer ganz anderen Beurteilung dieser Politik und ihrer

¹⁾ Vgl. die Mitteilungen von L. Katscher in der „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“, N. F., II. Jahrg., S. 400.

Wirkungen führen, wie wenn der Gesetzgeber den Versuch unternommen hätte, ohne von der freien Entwicklung unterstützt zu sein oder gar im Gegensatz zu ihr, das Maß der täglichen Arbeitszeit herabzusetzen.

Die freie Entwicklung auf diesem Gebiete darf dabei aber auch nicht etwa, wozu manche unserer Sozialpolitiker neigen, als das alleinige Werk der Gewerkvereine betrachtet werden. Die Rolle der Gewerkvereine ist hier keine wesentlich andere als wir sie vorhin in bezug auf den Hauptteil der den Arbeitern zugefallenen Lohnerhöhungen charakterisierten. Die Bestrebungen der Gewerkvereine auf Verkürzung der Arbeitszeit — ganz abgesehen davon, daß die Arbeitszeit auch da, wo es keine Gewerkvereine gibt oder wo sie wenigstens keinen erheblichen Einfluß besitzen, reduziert worden ist, — waren nur deshalb erfolgreich, weil auf zahlreichen Gebieten Fortschritte der Technik sowie auch gesteigerte Leistungen der Arbeiter die Möglichkeit zu einer Herabsetzung der Arbeitszeit ohne Verminderung der Produktion gaben. Namentlich auch der zweite Faktor, die Steigerung der Arbeitsleistung, kommt hier sehr stark in Betracht. Er vermag insbesondere die statistisch nachgewiesene Tatsache zu erklären, daß sich die Dauer der täglichen Arbeitszeit nach der Größe der Orte in der Weise abstuft, daß die Arbeiterschaft in den großen Städten die kürzeste tägliche Arbeitszeit hat. Es hängt dies nicht damit zusammen, wie man wohl gemeint hat, daß die Arbeiter in den großen Städten im Durchschnitt einen längeren Weg zwischen Wohnung und Arbeitsstätte zurückzulegen haben, sondern diese Erscheinung ist wirtschaftlich nur dadurch möglich, daß in den Großstädten intensiver gearbeitet wird als in kleineren Orten, daß die Arbeiterschaft der Großstädte in der kürzeren Arbeitszeit doch dasselbe leistet wie die der kleinen Orte in der längeren. In den Großstädten drängen sich heute eben die tüchtigsten und in den Jahren der größten Leistungsfähigkeit stehenden Arbeiter zusammen; das ist es, was hier ohne Nachteil für die Volkswirtschaft eine kürzere Arbeitszeit einzuführen gestattet. Aus diesen Verhältnissen ergibt sich auch, nebenbei bemerkt, wie da, wo ein intensiveres Arbeiten in der kürzeren Arbeitszeit stattfindet, von selbst eine entsprechende Reduktion der Arbeitszeit eintritt, und wie die Unternehmer, die von kathedersozialistischer Seite gern so geschildert werden, als ob sie von dem angeblich erst auf dieser Seite entdeckten Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Arbeitsleistung gar keine Kenntnis hätten, da, wo wirklich eine höhere Arbeitsleistung in kürzerer Arbeitszeit möglich ist, auch die praktischen Konsequenzen aus

dieser Tatsache zu ziehen gar nicht abgeneigt sind. Doch das nur nebenbei!

In diesem wie in zahlreichen anderen Fällen verführt die politisierende Methode zu einer unrichtigen Beurteilung der tatsächlichen Entwicklung. Unter dem Einfluß der politischen Bestrebungen, in deren Dienst man sich gestellt hat, schätzt man das Maß, in dem die einzelnen bei der Entwicklung mitwirkenden Faktoren zu dem Zustandekommen des Gesamtergebnisses beigetragen, falsch ein, und zwar eben in dem Sinne, daß der Einfluß der politischen Faktoren, gegen die oder für die zu kämpfen man den Beruf in sich fühlt, überschätzt, der der vom Staate und der Politik unabhängigen Faktoren dagegen unterschätzt wird. Eigentlich sollte es doch aber gerade Aufgabe der Vertreter der Wissenschaft sein, die Fehler, die auf diesem Gebiet im öffentlichen Leben aus leicht begreiflichen Gründen begangen werden, zu korrigieren und einer richtigeren Bewertung der Wirksamkeit der verschiedenen Kräfte, die die wirtschaftliche Entwicklung treiben, zum Siege zu verhelfen; statt dessen sehen wir die Vertreter der Volkswirtschaftslehre heute in Deutschland, soweit sie im Banne der politisierenden Methode stehen, die Irrtümer und Fehler der Politiker in dieser Beziehung ruhig mitmachen, die ihnen natürlich ganz anders angekreidet werden müssen als bloßen Politikern.

Hand in Hand mit der Überschätzung dessen, was die staatliche Politik für die bisherige wirtschaftliche Entwicklung geleistet hat, geht bei den Kathedersozialisten eine Überschätzung dessen, was die Wirtschafts- und Sozialpolitik überhaupt zu leisten imstande ist. In der letzten Hinsicht herrschen gegenwärtig bei den Vertretern der Wissenschaft teilweise so übertriebene Vorstellungen, daß auch aus dem Kreise die Kathedersozialisten selbst schon zur Besonnenheit und zur Mäßigung gemahnt worden ist. Brentano hat schon vor einer Reihe von Jahren folgende Sätze geschrieben, die zugleich auf eine Hauptwurzel des Übels, nämlich die Vernachlässigung der theoretischen Forschung im alten Sinne des Wortes durch die Anhänger der politisierenden Methode, treffend hinweisen¹⁾: „Es hat sich eine eigentümliche Wirkung der bloßen Erzählung der Taten der Verwaltung der Vergangenheit herausgestellt. Während man früher unter dem Einfluß der Vorstellung von Naturgesetzen, welche unabänderlich das wirtschaft-

¹⁾ Aus dem Vorwort zu der „Theoretischen Einleitung in die Agrarpolitik“, Stuttgart 1897, S. IV.

liche Leben beherrschten, das, was die Verwaltung leisten könne, unterschätzt hat, ist nun vielfach — namentlich bei Jüngeren — die Vorstellung herrschend geworden, als ob es bloß darauf ankäme, daß die richtigen Männer und das richtige Wollen vorhanden seien, damit alles gemacht werden könne. Den Widerstand, den die Natur der Dinge entgegensetzt, läßt man um so mehr außer Betracht, als man von dieser Natur der Dinge gar keine Kenntnis hat.“

Wenn Brentano diesen Zustand als „geradezu gefährlich“ bezeichnet, so können wir ihm darin durchaus beistimmen, wenn freilich wohl auch in etwas anderem Sinne, als er es gemeint hat. Gefährlich ist u. E. dieser Zustand insofern, als er in den Verwaltungsbeamten, denen solche übertriebene Anschauungen über die Leistungsfähigkeit des Staats auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiete vorgetragen werden, eine Neigung zu allerlei gewagten Experimenten hervorrufen muß. Diese können aber dann nicht die Wirkungen haben, die man von ihnen erwartete, und das Ausbleiben der erwarteten Wirkungen muß dann in weiten Kreisen Enttäuschungen hervorrufen. Die Kreise, in deren Interesse die Experimente vorgenommen wurden, müssen sich dann wie betrogen vorkommen.

Auch hier sei ausdrücklich das Mißverständnis abgewehrt, als wollten wir der staatlichen Tätigkeit auf wirtschaftlichem Gebiet etwa möglichst enge Grenzen ziehen! Wir verlangen hier überhaupt nichts vom Staate, weder daß er viel noch daß er wenig tue, wir verlangen vielmehr nur von der Wissenschaft, daß sie richtigere Anschauungen über die tatsächlichen und die möglichen Wirkungen staatlicher Eingriffe in das Wirtschaftsleben besitze und verbreite, als sie heute in den Kreisen der Wissenschaft vielfach zu finden sind. Das Verhältnis, in dem heute die nationalökonomische Wissenschaft zur Politik steht, scheint mir überhaupt der Würde der Wissenschaft nicht recht zu entsprechen. Ich spreche doch kein Geheimnis aus, wenn ich sage, daß viele wirtschafts- und sozialpolitische Maßregeln, die heute vom Staate ergriffen werden, ihren Zweck sozusagen in sich selbst tragen, d. h. daß sie weniger in den objektiven wirtschaftlichen Wirkungen, die von ihnen ausgehen können, ihren Grund haben als in den psychologischen Wirkungen, die man sich von ihrem Erlaß verspricht. Ein großer Teil der wirtschaftlichen Gesetzgebung ist heute in allen Ländern unter dem Gesichtspunkt politischer Beruhigungsmittel zu betrachten. Er soll dazu dienen, die öffentliche Meinung, die über die Aufdeckung gewisser als

„Mißstände“ empfundener Erscheinungen erregt ist, dadurch zufrieden zu stellen, daß sie sieht, daß von der Regierung Gegenmaßregeln ergriffen werden. Die öffentliche Meinung, die nach dem treffenden Wort von G. Brandes weit mehr von der Phantasie als von der Vernunft geleitet wird, fragt ja nicht danach und vermag nicht zu beurteilen, ob die Maßregeln, die getroffen sind, wirklich etwas Erhebliches zu bessern vermögen. Sie begnügt sich damit, daß überhaupt etwas geschieht, wenn auch die eingeführten Reformen vielleicht nur den Schein für die Wirklichkeit bieten und im Grunde alles beim Alten lassen.

Am meisten entwickelt ist diese Art von Gesetzgebung wohl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Das tritt in sehr bezeichnender Weise darin hervor, daß man es für genug hält, Gesetze zu erlassen, ohne auch nur die bescheidensten Anstalten zu ihrer Durchführung zu treffen. Auf diese Weise ist die ungeheuer reiche Produktion der Vereinigten Staaten an Gesetzen aller Art zu erklären¹⁾. In Deutschland haben wir es ja noch nicht so weit gebracht, Gesetze nur zu erlassen, ohne auch für ihre Durchführung zu sorgen, aber auch bei uns besteht oft ein arges Mißverhältnis zwischen den möglichen Wirkungen staatlicher Maßregeln und den tatsächlich an sie geknüpften Hoffnungen. Gesetze dieser Art, wie z. B. manche der Novellen zur Gewerbeordnung, werden eben in erster Linie ihrer politischen Wirkungen wegen erlassen, sie sind politische Beruhigungsmittel, sie sollen wohl auch die Abstimmung gewisser Kreise bei den Wahlen beeinflussen²⁾.

Als Staatsbürger kann man nun ruhig zugeben, daß ein moderner Staat nicht ohne eine solche gesetzgeberische Tätigkeit regiert werden kann, aber zugleich darf der Nationalökonom mit

¹⁾ Vgl. den Aufsatz von Ernst Schultze „Gesetzes-Überproduktion in den Vereinigten Staaten“, in der von mir herausgegebenen „Zeitschrift für Sozialwissenschaft“, Neue Folge, II. Jahrg. (1911), Heft 1.

²⁾ Als ein Beispiel dieser Art aus der Gegenwart ist nach Alfred Manes der deutsche Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte aufzufassen. Dieser Entwurf ist nach ihm zu betrachten „als eine rein politische Aktion, unternommen in der Absicht, gewisse in Aussicht stehende Wahlen nach einer bestimmten Richtung hin zu lenken: Die Wünsche einer großen Anzahl Angestellter, die als Reichstagswähler möglicherweise ihre Stimme der äußersten Linken geben würden, sollen erfüllt werden, um die weniger linksstehenden Parteien zu verstärken. . . . Um eines Augenblickerfolges willen wird ein soziales Versicherungsgesetz beabsichtigt, und zwar zum Teil für Personenkreise, für welche eine Zwangsversicherung bei weitem nicht so notwendig wäre wie für andere“. (Vgl. den Aufsatz von Manes über Grenzen sozialer Versicherung in der „Internationalen Wochenschrift für Wissenschaft, Kultur und Technik“, Beilage zur Münchener Allgemeinen Zeitung, 5. Jahrg., No. 18, S. 570.)

allem Nachdruck fragen: was hat die Wissenschaft mit dieser Gesetzgebung zu schaffen? Ist es wirklich nötig, daß die Wissenschaft die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik so in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellt, wie das heute in dem größten Teile der deutschen Nationalökonomie geschieht? Ist es diese Gesetzgebung in ihrem ganzen Umfange tatsächlich wert, so eingehend und mit so großem Respekt behandelt zu werden? Ist die Stellung, welche die heutige deutsche Wissenschaft den staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsleben innerhalb ihrer Erörterungen angewiesen hat, nicht vielmehr nur zu erklären aus den politischen Interessen, welche die Vertreter der nationalökonomischen Wissenschaft heute überwiegend besitzen? Dieses politische Interesse macht sie unfähig, den richtigen Maßstab an die wirtschaftlichen Dinge anzulegen. Die Wirkungen der staatlichen Tätigkeit sehen sie nur unter einem Vergrößerungsglas, was die dem bewußten menschlichen Eingreifen entrückten Faktoren dagegen leisten, sehen sie nur verkleinert. Daß die Wissenschaft hier wieder das richtige Augenmaß finde, daß man die Beobachtungs- und Schätzungsfehler, die aus dem Eindringen der politisierenden Methode in die deutsche Volkswirtschaftslehre entsprungen sind, wieder zu vermeiden lerne, für dieses rein wissenschaftliche Ziel zu kämpfen, ist eine der Hauptaufgaben unserer Betrachtungen.

Eine weitere ungünstige Folge, die die Herrschaft der politisierenden Methode für den Wissenschaftsbetrieb hat, ist die, daß die Anhänger dieses Standpunkts Tatsachen und Theorien nicht völlig frei und unabhängig gegenüberstehen, sondern daß ihre Unbefangenheit notwendig stets eine verminderte sein muß. Wer bestimmte Ziele erreichen will und annimmt, daß, um seine Forderungen als berechtigt erscheinen zu lassen, gewisse Tatsachen oder auch gewisse Lehren als richtig erwiesen sein müssen, der wird, sobald die Richtigkeit dieser Tatsachen oder Lehren bestritten wird, nicht ohne weiteres bereit sein, an ihre Stelle die entgegengesetzten Tatsachen oder Lehren zu setzen. Eine sehr bezeichnende Erfahrung dieser Art habe ich selbst auf dem Frankfurter Wohnungskongreß im Herbst 1904 gemacht; ich muß für diese Erfahrung eigentlich dem Frankfurter Wohnungskongreß dankbar sein, denn er hat mir erst die Augen darüber geöffnet, wohin der heutige Betrieb der Nationalökonomie führt. Ich hatte in meinem einleitenden Referat über die tatsächliche neuere Entwicklung der Wohnungszustände in Deutschland auf Grund des vorhandenen statistischen Materials festgestellt, daß die Wohnungsverhältnisse in den deut-

schen Großstädten während der letzten Jahrzehnte durch Abnahme der durchschnittlichen Wohndichte in einem der wichtigsten Punkte eine Wendung zum Besseren erkennen ließen. Die Heftigkeit, ja Erbitterung, mit der sofort von zahlreichen Rednern die Geltung dieses Satzes angefochten wurde, ohne daß sie aber imstande waren, die Richtigkeit der Tatsachen, auf die er sich stützte, zu bestreiten, war nur zu erklären aus dem — nebenbei bemerkt, irrigen — Glauben, daß den Wohnungsreformbestrebungen die Grundlage entzogen werde, wenn nicht eine beständige Verschlechterung der Wohnungszustände in den modernen Großstädten nachgewiesen werden könne. „Wir können die Reformvorschläge nicht zusammen mit den Tatsachen, die sie überflüssig machen werden, diskutieren“, mit diesen Worten gab Brentano der herrschenden Stimmung Ausdruck¹⁾.

Hier handelte es sich nun freilich um einen Kongreß, der überwiegend aus nichtakademischen Kreisen besucht war. Aber auch in der Wissenschaft selbst sind schon Dinge vorgekommen, die deutlich erkennen lassen, wie durch die propagandistische Tätigkeit der Vertreter der Wissenschaft ihre Unbefangenheit gegenüber Tatsachen und Theorien noch über das Maß, das aus der menschlichen Unvollkommenheit fließt, hinaus verringert wird. In dem leidenschaftlichen Streit um Kleinhaus und Mietkaserne, der in den letzten Jahren hauptsächlich zwischen A. Voigt auf der einen und Eberstadt und Fuchs auf der anderen Seite ausgefochten wurde, glaubte Fuchs gegen die von Voigt vertretenen Anschauungen über die wirtschaftlichen, hygienischen usw. Eigenschaften der Mietkaserne vor allem auch den Trumpf ausspielen zu müssen, Voigt lege durch seine Lehren der Wohnungsreformbewegung „in bedauerlicher Weise Prügel in den Weg“ und leite „Wasser auf die Mühle aller Gegner dieser Bestrebungen“²⁾. Während es dem völlig voraussetzungslosen Forscher gar nichts ausmacht, die eine Lehre gegen die andere auszuwechseln, sobald die zweite die besseren Beweisgründe für sich anzuführen vermag — und in der Tat sehen wir, wie in der Naturwissenschaft oft entgegengesetzte Lehren mit der größten Leichtigkeit ausgewechselt werden —, beurteilt hier also der Vertreter der Wissenschaft wissenschaftliche Anschauungen nach ihrer Wirkung auf praktische Reformbestre-

¹⁾ Bericht über den I. Allg. deutschen Wohnungskongreß in Frankfurt a. M. Göttingen 1905, S. 175.

²⁾ Vgl. A. Voigt, Zum Streit um Kleinhaus und Mietkaserne. Dresden 1907, S. 12.

bungen. Mag das auch nur eine Entgleisung sein, so zeigt sie doch deutlich, wie dem Forscher, der sich als Vorkämpfer einer Reformbewegung fühlt, die Freiheit der wissenschaftlichen Stellungnahme verloren geht.

In dem eben erwähnten literarischen Streit hat auch Eberstadt ein bezeichnendes Beispiel der früher erwähnten, hier allerdings wohl nicht ganz unabsichtlichen Seelenblindheit geliefert. Im „Wörterbuch der Volkswirtschaft“, das Ludwig Elster herausgibt, sind ihm die wichtigsten Artikel über Fragen des Wohnungswesens anvertraut. Das Wörterbuch sieht seine Aufgabe im allgemeinen darin, über den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft zu orientieren, und erfüllt diese Aufgabe im großen und ganzen auch recht gut. In den Eberstadtschen Artikeln zur Wohnungsfrage kommt aber die Darstellung des status controversiae über der Entwicklung des eigenen Reformprogramms des Verfassers sehr schlecht weg. Eberstadt bringt es sogar fertig, in der fast 1 1/2 Spalten langen Literaturzusammenstellung am Schluß des Artikels „Wohnungsfrage, Wohnungswesen“ die Literatur aus dem seinen Anschauungen entgegengesetzten Lager einfach wegzulassen. Weder von A. Voigt, noch von Adolf Weber, noch von mir ist auch nur eine einzige Arbeit namentlich aufgeführt. Wenn L. Bernhard in seiner Anzeige der 2. Auflage des Wörterbuchs in der deutschen Literaturzeitung ¹⁾ diesem nachrühmt, daß hier ein Wille auf möglichst unparteiische Darstellung hindränge, und daß man am Schlusse jedes Artikels die Literatur ohne parteiische Tendenz zusammengefaßt finde, so trifft das also jedenfalls auf die Artikel aus Eberstadts Feder nicht zu.

Der Mangel an Objektivität ²⁾, der bei den Anhängern der

¹⁾ 29. Jahrg. Nr. 1, Spalte 6.

²⁾ Auf diesen Mangel an Objektivität als notwendige Begleiterscheinung des Hineintragens politischer Bestrebungen in die Wissenschaft hat schon H. von Treitschke in seinem Sendschreiben an Schmoller warnend hingewiesen. Er spricht da davon, daß sich die Vereinsgenossen Schmollers in einigen Blättern häuslich eingerichtet hätten und dort das kritische Richtschwert mit einer ungeschminkten Parteilichkeit führten, die ihm unter deutschen Gelehrten neu sei. Wie sehr hat überhaupt schon Treitschke mit seinem Urteile über die Art, wie von den Kathedersozialisten Nationalökonomie getrieben werde, das Rechte getroffen. Auch wenn er alle späteren Schriften Schmollers, insbesondere dessen Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, noch hätte lesen können, würde er von seinem Urteile über die verschwommene Unklarheit Schmollers und über den Mangel an scharfen und klaren Grundbegriffen, die die unbestreitbare Schwäche der historischen Schule bilde, bis zum heutigen Tage nichts zurückzunehmen haben. Ist doch Schmoller bis zum heutigen Tage nicht imstande gewesen, nach Treitschkes Verlangen aus seiner allgemeinen Forderung einer Korrektur der Einkommensverteilung

politischen Methode so leicht sich einstellt, tritt ganz besonders auch in ihren Urteilen über die Vertreter entgegengesetzter wissenschaftlicher Anschauungen zutage. Wer sich als Vertreter der Wissenschaft berufen fühlt, zugleich praktische politische Propaganda zu treiben, und wer dabei, wie das ja selbstverständlich ist, von der Trefflichkeit seiner Reformziele felsenfest überzeugt ist, der wird sich mit den auf anderem Boden stehenden Forschern nicht mehr als an demselben gemeinsamen Werke der Wissenschaft arbeitend verbunden fühlen, sondern er wird in erster Linie in ihnen die unbequemen politischen Gegner sehen, deren Widerstand besiegt werden muß. Das geschieht aber am wirksamsten, wenn man ihre Autorität dadurch untergräbt, daß man ihnen einen moralischen Makel anhängt, daß man sie als die Vertreter bestimmter Einzelinteressen bezeichnet, während man sich selbst als lediglich von dem Streben nach dem Gesamtwohl geleitet hinstellt. Auf diese Weise ist es gekommen, daß die Anhänger der „ethischen Nationalökonomie“, wie sich die Cohn, Schmoller usw. oft mit Stolz genannt haben, von der Ethik in der Nationalökonomie gern in der Weise Gebrauch machen, daß sie die gleiche Höhe der ethischen Gesinnung, die sie für sich selbst in Anspruch nehmen, ihren wissenschaftlichen Gegnern absprechen. Dafür zunächst einige Beispiele!

Derjenige, der in der deutschen Wissenschaft es zuerst gewagt hat, wider den Stachel des Kathedersozialismus zu löken, und der den Kathedersozialismus auch gleich im ersten Anlauf aus einer seiner Hauptpositionen, der pessimistischen Lehre von der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der modernen Volkswirtschaft, hinauszuerwerfen verstanden hat, war Julius Wolf.

in der modernen Volkswirtschaft nach der Richtung, daß Einkommen und Vermögen den Tugenden und Leistungen besser als jetzt entsprechen sollen, irgendwelche präzisen und gesetzgeberisch formulierbaren Reformvorschläge abzuleiten, es sei denn, daß man seinen Mannheimer Vorschlag, an besonders hohen Gewinnen großer Aktiengesellschaften den Staat und die Gemeinden zu beteiligen, als solchen ansehen will.

Da uns von kathedersozialistischer Seite häufig versichert wird, in dem Streit zwischen Schmoller und Treitschke sei der letztere unterlegen, werden ja auch die Kathedersozialisten nichts dagegen haben, wenn wir hier dazu auffordern, Treitschkes etwas in Vergessenheit geratene Schrift, „Der Sozialismus und seine Gönner“, Berlin 1875, wieder mehr zu lesen und sie mit Schmollers Antworten, die ja öfter aufgelegt worden sind, zu vergleichen. Die Leser mögen dann selbst entscheiden, auf welcher Seite die größere Klarheit, die richtigere Auffassung von den Aufgaben der Wissenschaft sowie auch das höhere Ethos, dem sie sich selbst anschließen wollen, zu finden sind.

Wenngleich Schmoller diesem die Genugtuung bereitete, daß er in seinen nach dem Erscheinen des Wolfschen Buchs veröffentlichten Arbeiten nicht mehr an seinen früheren extrem pessimistischen Anschauungen über die Gestaltung der Einkommensverhältnisse, die Entwicklung des Kleinbetriebs und des Mittelstandes, die Lage der Arbeiter usw. festhielt, sondern sie einer gründlichen Revision unterzog, so ist doch alles, was Schmoller über Wolf in seinem Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre in dem Abschnitt über die Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft zu sagen hat, in den folgenden Worten zusammengefaßt, die sofort das Dominieren des Politikers in Schmoller erkennen lassen: „Das Manchestertum ist noch lange nicht ausgestorben, gegen die Vertreter der sozialen Reform erheben sich mit Macht die der Kapital- und Unternehmerinteressen, wie z. B. Julius Wolf.“ Sehr bezeichnend für Schmoller ist auch die Art und Weise, wie er die Charakterisierung der beiden in der Wohnungsfrage einander gegenüberstehenden Standpunkte vornimmt, worauf schon A. Voigt aufmerksam gemacht hat. Auf der einen Seite stehen nach ihm „die Geschäftsleute des Bodenmarktes und die Anhänger der alten abstrakten Wertlehre“, auf der anderen Seite „praktische Magistratsbeamte, Menschenfreunde und die Anhänger der historischen Schule“. Auf diese Weise wird die erstgenannte Richtung, zu der die „Menschenfreunde“ nicht gehören, als die moralisch minderwertige zu kennzeichnen gesucht. Noch deutlicher hat Brentano sich mehrfach des gleichen Verfahrens, in dem auf kathedersozialistischer Seite ein gewisses System steckt, bedient, so z. B. gegen mich selbst nach dem Frankfurter Wohnungskongreß. Weil ich meine Aufgabe auf dem Kongreß nicht darin gesucht hatte, durch einige aus dem großen Material der Wohnungsenqueten beliebig herausgegriffene Daten und Zahlen ein möglichst dunkles Gemälde der herrschenden Wohnungszustände zu entwerfen, hielt er sich für berechtigt, mir nach dem Kongreß in einem Zeitungsartikel vorzuwerfen, ich sei immer bereit, „dem unverdienten Wertzuwachs weniger das Wohl der breiten Masse des Volks zu opfern, wie früher durch Verteuerung des Brotes, so jetzt durch Verteuerung der Miete“. Diese Methode, den Vertreter abweichender Ansichten moralisch zu diskreditieren, wird aber auch sonst von kathedersozialistischer Seite mit Vorliebe angewendet. Am schlimmsten haben unter dieser Methode in den letzten Jahren A. Voigt und R. Ehrenberg zu leiden gehabt. Es widerstrebt mir, von den unwürdigen Verdächtigungen, mit denen man auf kathedersozialistischer Seite ihnen gegenüber nicht gespart

hat, hier Proben anzuführen. Wer diese Kampfweise näher kennen lernen will, der sei auf die unten angeführten Schriften¹⁾ der beiden vorgenannten verwiesen, in denen er zahlreiche Beispiele für diese Politik, den Gegner mit einem moralischen Makel zu behaften, finden kann. Nur ein besonders drastisches Beispiel für dieses bei den Anhängern der politisierenden Methode so beliebte Verfahren sei zum Schluß noch angeführt. K. Wilbrandt, der, wie früher gezeigt wurde, selbst als Apostel für bestimmte und zwar sehr weitgehende sozialreformatorsche Pläne²⁾ auftritt und die Wissenschaft dadurch in den Dienst der Politik stellt, hält sich für berechtigt, die Werke älterer Nationalökonomien, wie die von Say, Bastiat, Senior, vornehm mit dem einen Wort „Apologetik“ abzutun. Und die Schwierigkeiten, auf welche die von ihm verlangte Sozialreform stößt, führt er ganz in der vorhin gekennzeichneten Weise zurück auf den „Widerstand der bedrohten Besitzinteressen, mittels wohlorganisierter Interessenvertretung mit hoch bezahlten, gutgeschulten und oft durch Borniertheit zum guten Glauben befähigten Besoldeten“. Die ganze Taktlosigkeit, zugleich aber auch eine gewisse Komik dieser aus Vorlesungen vor Studenten entnommenen Worte erhellt erst, wenn man sich vergegenwärtigt, daß, soweit unter den Studenten zu Wilbrandts Füßen, an welche die Worte gerichtet sind, künftige Doktoren

¹⁾ A. Voigt, *Wie um die Bauordnung gekämpft wird*. Berlin 1909. — Richard Ehrenberg, *Terrorismus in der Wirtschafts-Wissenschaft*. Berlin 1910.

²⁾ Was auf sozialpolitischem Gebiete bisher geschehen ist, ist nach Wilbrandt überhaupt noch nichts Rechtes. Er fordert ganze Arbeit. „Die entscheidende Enge der Sozialpolitik üblichen Stils ist zu suchen in ihrem Bemühen, Vorschriften zu erlassen über das Wie der Beschäftigung, für den Fall, daß der Arbeiter beschäftigt wird, ohne dafür sorgen zu können, daß er beschäftigt werde; und wir werden daher verstehen, daß die Empörung dieser Klasse gegen ein solches Verhältnis nicht beseitigt werden kann durch Reformen auf der Oberfläche, durch »Gleichberechtigung der Arbeiter« und durch gute Lehren, sondern nur durch Beseitigung jenes Grundverhältnisses, aus dem alles andere mit Notwendigkeit hervorgeht.“ Unter dem Grundverhältnis, von dem er hier spricht, versteht er das (S. 116), „daß diese Menschen nur als Mittel für die Vermehrung des Vermögens jedes Besitzenden existieren . . .“, „daß der Arme nur arbeiten kann, wenn sich dem Besitzenden eine Vermögensvermehrung dadurch bietet, samt allen Folgen für die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung; daß der Arbeiter, anderer Hilfsmittel bar und auf die Arbeit beim kapitalbesitzenden Arbeitgeber angewiesen, von diesem notwendig sich all sein Arbeitsleben so einrichten, so vorschreiben, so beherrschen lassen muß, daß jene *conditio sine qua non*, die Kapitalverzinsung, dabei herauskommt, — da er ja sonst arbeitslos, dem Betteln, Hungern oder Stehlen preisgegeben; und daß der Proletarier darum gezwungen werden kann, als Vorbedingung für sein eigenes Dasein eine Kapitalrente zu erarbeiten, eine für den Besitzer des Kapitals arbeitslos erreichte Rente.“

der Staatswissenschaften sitzen, sich ihnen zum größten Teil kaum andere Aussichten bieten werden, das bei ihrem Lehrer Gelernte zu verwerten, als der Eintritt in solche Stellungen, von denen ihr Lehrer hier so verächtlich spricht!

Wer von dem wissenschaftlichen Gegner so niedrig denkt, daß er in ihm nur den Vertreter bestimmter einseitiger Interessen sieht, von dem kann man unmöglich ein objektives Urteil über die Leistungen der Vertreter entgegengesetzter wissenschaftlicher Richtungen erwarten. Der Anhänger der politisierenden Methode verliert gegenüber dem Vertreter anderer Anschauungen die Unbefangenheit des Urteils. Das hat sich auch beim letzten Fall Ehrenberg¹⁾, der im Herbst so großes Aufsehen erregte, deutlich gezeigt. In der Presse — die Kathedersozialisten in der Presse sind ja oft noch eifriger als die auf dem Katheder — wurden damals sowohl die älteren als auch die späteren Arbeiten Ehrenbergs in der abfälligsten Weise beurteilt und als wissenschaftlich minderwertig hingestellt. Diese Urteile sind lediglich als ein Mittel des politischen Kampfes gegen Ehrenberg zu werten. Die Presse, die „Frankfurter Zeitung“ voran, gebärdete sich, als sei sie berufen, in ihrem politischen Teil mit unfehlbarer Sicherheit über die wissenschaftlichen Leistungen in der Nationalökonomie zu urteilen. Und auch Fachkollegen, wie Max Weber, haben sich nicht gescheut, über die wissenschaftliche Gesamtleistung Ehrenbergs bei dieser Gelegenheit in einer Weise sich zu äußern, die nur zu deutlich erkennen ließ, daß es sich nicht um ein ruhiges objektives Urteilen handelte. Die wissenschaftliche Presse des Sozialismus verstand es in erfreulichem Gegensatz hierzu, sich die Unbefangenheit des Urteils zu erhalten. Die „Neue Zeit“ schrieb über Ehrenberg damals (28. Jahrg., Bd. 1, S. 324): „Ehrenberg hat wissenschaftliche Werke veröffentlicht, die die historische Forschung wirklich gefördert haben, was auch von unserem Standpunkte aus anerkannt werden muß; er hat darin mehr geleistet als viele der Professoren, die sich komischerweise aufs hohe Pferd setzen möchten, um auf

¹⁾ Es ist hier nicht der Ort, auf die Einzelheiten des Falles Ehrenberg einzugehen. Ehrenberg gegenüber wurde, indem man eine von ihm begangene Ungeschicklichkeit zum Staatsverbrechen stempelte, eine besondere Art der Methode, den wissenschaftlichen Gegner moralisch zu diskreditieren, angewandt. Die hochnotpeinliche Anklage, die gegen den Rostocker Nationalökonom erhoben wurde, lautete auf Gefährdung der Freiheit und Unabhängigkeit der Wissenschaft. Es ist nicht nötig, hier zu zeigen, wie bei näherem Zusehen diese gegen Ehrenberg erhobene Anklage in sich zusammenfällt, zumal Ehrenberg inzwischen in der vorhin genannten Broschüre sich schon eingehend und wie mir scheint, überzeugend gegen sie verteidigt hat.

ihn herabzusehen.“ Um zu zeigen, wie sehr die damals über Ehrenberg von kathedersozialistischer Seite gefällten Urteile der Objektivität entbehren, genügt es festzustellen, daß die älteren wirtschaftshistorischen Arbeiten Ehrenbergs von der wissenschaftlichen Kritik seinerzeit überwiegend günstig beurteilt worden sind, und zwar gerade auch in den Organen des Kathedersozialismus selbst. Durch Zitate ließe sich das leicht beweisen. Die neueren nationalökonomischen Arbeiten Ehrenbergs sind von der Fachpresse mit wenigen Ausnahmen überhaupt totgeschwiegen worden — ein deutliches Zeichen für den politischen Charakter der wissenschaftlichen Richtung, die man Kathedersozialismus nennt. Es ist hier nicht der Ort, die wissenschaftliche Gesamtleistung Ehrenbergs näher zu beurteilen, neben manchem Schwächeren enthalten m. E. gerade seine letzten Arbeiten viel Treffendes, Feines und Originelles.¹⁾ Er braucht in dieser Hinsicht den Vergleich mit den Ordinarien an manchen größeren Hochschulen durchaus nicht zu scheuen. Und selbstverständlich kann ein Urteil dieser Art immer nur relativ sein, es fragt sich, in welcher Reihenfolge folgen die Fachvertreter etwa aufeinander. In dieser Reihenfolge braucht aber Ehrenberg, obwohl er das Ordinariat an der kleinsten deutschen Hochschule bekleidet, durchaus nicht an der letzten Stelle zu stehen.

Die mangelnde Objektivität in der Beurteilung wissenschaftlicher Leistungen, welche die politisierende Methode bei ihren Anhängern weit über das der allgemeinen menschlichen Schwäche entspringende Maß hinaus erzeugt, muß selbstverständlich auch auf die Auswahl der auf erledigte Lehrstühle zu berufenden Dozenten einwirken und diese in einseitige Bahnen lenken. Die

¹⁾ Der sog. „exakten“ Methode, deren sich Ehrenberg in diesen Arbeiten größtenteils bedient, können wir freilich nur einen bedingten Erkenntniswert beimessen. Ehrenberg hat von der Anwendbarkeit seiner Methode sehr übertriebene Vorstellungen; es ist aber nur ein beschränkter Kreis von Gegenständen, dessen Untersuchung mit Hilfe der exakten Methode — dieser anspruchsvolle Name wäre besser vermieden worden — gefördert werden kann. Sie ist durchaus nicht etwa „die“ Methode der Nationalökonomie; insbesondere vermag sie bei der Lösung der Hauptprobleme der eigentlichen Theorie nur gewisse Hilfsdienste zu leisten. Das, was Ehrenberg als exakte Methode bezeichnet, macht ja auch nicht entfernt das ganze Wesen der wissenschaftlichen Methode Thünens aus. In dieser verbanden sich induktives und deduktives Verfahren in viel vollkommenerer Weise als das in der exakten Methode Ehrenbergs geschieht, die sich durch eine starke Feindschaft gegen die deduktive Methode auszeichnet, deren wahre Natur und deren enger Zusammenhang mit der Erfahrung von Ehrenberg in ganz ähnlicher Weise verkannt wird wie von Schmoller und seiner Schule.

hieraus entstehende Gefahr, daß eine bestimmte Richtung allmählich eine Monopolstellung an den Hochschulen erlangt, erfährt aber durch die Eigentümlichkeiten der politisierenden Methode noch eine weitere starke Steigerung. Wenn in einem Fache Sätze und Ansichten als ein wesentlicher Bestandteil oder gar als der „beste Teil“ der Wissenschaft gelten, die sich, wie die Vertreter dieser Anschauungen selbst zugeben müssen, auf logisch-verstandsmäßigem Wege gar nicht beweisen lassen, so kann für solche Sätze und Anschauungen nur auf künstlichem Wege, nämlich nur dadurch ein größeres Ansehen und eine höhere Autorität erzielt werden, daß sie von einer möglichst großen Zahl von Fachvertretern übereinstimmend gelehrt werden. In diesem Zusammenhang sei an das, wie man hieraus sieht, durchaus nicht zufällige große Gewicht erinnert, das G. Cohn in der früher (S. 53) zitierten Stelle darauf legt, daß eine so große Zahl von Vertretern der akademischen Wissenschaft sowie von Gebildeten überhaupt heute sich zu den politischen Idealen des Kathedersozialismus bekenne.

Aus dem geschilderten Sachverhalt erwächst aber, unter Umständen ganz unbewußt und unwillkürlich, jedoch mit innerer Notwendigkeit, die Neigung, den Einfluß, den die einzelnen Forscher auf die Besetzung von Lehrstühlen besitzen, nach der Richtung zu verwenden, daß die Übereinstimmung in der Wissenschaft in bezug auf die nichtbeweisbaren Sätze immer erhalten bleibt und möglichst noch vergrößert wird. Denn die Geltung der ganzen Richtung hängt in solchen Fällen von der Zahl und der äußeren Autorität ihrer Vertreter ab. Wer auf zwingende logische Gründe sich stützen kann, der ist allein stark genug, eine ganze Welt zu besiegen, wem aber diese starke innere Stütze fehlt, der muß durch die große Zahl der Gleiches Bekennenden das Gewicht der inneren Gründe zu ersetzen suchen. Es ist nun eine nicht zu leugnende Tatsache, daß der Kathedersozialismus heute beinahe eine Monopolstellung bei der Besetzung der nationalökonomischen Lehrstühle an den deutschen Hochschulen besitzt. Hätten nicht einige Nationalökonomien, nachdem sie bereits mit hoher kathedersozialistischer Genehmigung auf Lehrstühle berufen worden waren, ihren Tag von Damaskus erlebt und die kathedersozialistischen Anschauungen wieder abgelegt, in denen auch sie zunächst aufgewachsen waren — niemand vermag sich dem Einfluß der Zeitströmung ganz zu entziehen —, so würde die Zahl der Nichtkathedersozialisten auf deutschen Hochschulen noch geringer sein als sie ohnehin ist.

Wenn man die herrschende Stellung des Kathedersozialismus in Deutschland betrachtet und zugleich die oben dargelegten psychologischen Momente sich gegenwärtig hält, dann kann man doch etwas stutzig werden, ob der Kathedersozialismus diese seine dominierende Stellung nicht wesentlich mit der wissenschaftlichen Engherzigkeit, dem Mangel an Objektivität, zu dem er seine Anhänger schon durch seine politische Natur zwingt, mit zu danken hat. Jedenfalls muß es auffallen, daß in keinem der anderen großen Kulturländer, weder in Frankreich, noch in Großbritannien, noch in den Vereinigten Staaten die älteren, der Staatseinmischung insbesondere auf sozialpolitischem Gebiet abgeneigten national-ökonomischen Richtungen im letzten Menschenalter so völlig und fast bis auf den letzten Rest aus den einflußreichen öffentlichen Stellungen verdrängt worden sind wie in Deutschland. Man lese z. B. die kürzlich erschienenen eingehenden Darstellungen von Feilbogen ¹⁾ sowie von Dr. Raymund de Waha ²⁾ über die national-ökonomischen Richtungen im gegenwärtigen Frankreich. In welcher Zahl und mit welchem Ansehen sowohl in der Wissenschaft als im öffentlichen Leben treten uns da die Vertreter des alten ökonomischen Liberalismus, von dem der politische Liberalismus heute freilich nichts mehr wissen will, noch entgegen! In Deutschland dagegen ist diese Richtung so gut wie ausgestorben. Gewiß kann das ja nun auch lediglich das Werk des Zeitgeistes sein, der lange Jahre entschieden gegen diese Richtung war und in Deutschland sich vielleicht stärker durchgesetzt hat als anderswo. Wenn man die vorhin dargelegten Zusammenhänge durchdenkt, dann regt sich aber doch ein leiser Zweifel, ob nicht vielleicht der natürlichen Entwicklung durch die Auslese, welche die Professoren getroffen haben, etwas nachgeholfen worden ist. Bei der Zulassung der Privatdozenten zunächst haben die Ordinarien der einzelnen Universitäten meist völlig freie Hand, — dieser professorale Absolutismus wird ja merkwürdigerweise von manchen liberalen Organen als ein Bestandteil der Freiheit der Wissenschaft betrachtet, während man sonst so wichtige Entscheidungen mit größeren Garantien für eine möglichst objektive Behandlung zu umgeben sucht —, und über die Abweisung von Privatdozenten dringt gewöhnlich nichts in die Öffentlichkeit, wenn es sich nicht gerade um einen Sozialdemokraten handelt. Aber auch auf die

¹⁾ Zeitschrift für das Privat- und Öffentliche Recht der Gegenwart. Herausgegeben von Grünhut. 37. Bd., S. 1 ff.

²⁾ Die Nationalökonomie in Frankreich. Stuttgart 1910.

Besetzung der Lehrstühle üben ja die Fachvertreter durch ihr gewohnheitsmäßiges Vorschlagsrecht noch einen weitgehenden Einfluß aus¹⁾).

Es fällt mir nun nicht etwa ein, zu behaupten, es werde dabei bewußt einseitig und unter absichtlicher Berücksichtigung der wirtschafts- und sozialpolitischen Stellung der einzelnen Kandidaten verfahren. Niemand auch bilde sich ein, es bestehe etwa eine Abmachung, Nichtkathedersozialisten nicht zur Habilitation zuzulassen oder nicht zu berufen. An alles das ist nicht entfernt ernstlich zu denken. Die Menschen tun überhaupt viel seltener absichtlich, aber freilich viel häufiger unabsichtlich Unrecht, als man gemeinhin glaubt. Man hüte sich auch, Personen zum Vorwurf zu machen, was in Wahrheit eine Folge des Systems, nämlich die Wirkung der politisierenden Methode auf die ganze Denkweise ist. Infolge der Beurteilung der Menschen und der Verhältnisse, die diese Methode hervorruft, ergibt sich von selbst eine gewisse Einseitigkeit der Auswahl. Es werden nur die wissenschaftlichen Leistungen gewogen, und da werden eben die der nicht zur herrschenden Schule Gehörigen für zu leicht befunden, woran die Nichtkathedersozialisten doch nur selbst die Schuld tragen. Für die Bewertung der wissenschaftlichen Leistungen gibt es ja keine feststehenden Maßstäbe. Da kann auch bei der besten Absicht, objektiv zu sein, viel Willkür und Subjektivismus vorkommen, zumal in Wissenschaften, die ethischen oder richtiger politischen Gesichtspunkten einen so breiten Raum gewähren wie heute die Nationalökonomie. Und für die Urteile, die gefällt werden, ist man ja stets in der glücklichen Lage, sich auf übereinstimmende Urteile anderer Fachkollegen berufen zu können. So entsteht jener Zustand, der in seiner Wirkung auf dasselbe

¹⁾ G. Cohn, der auf diesem Gebiete als wohlunterrichtet geltend darf, hebt ausdrücklich hervor, daß auch in Preußen die Besetzungen in der Regel nach den Vorschlägen der Fakultäten vorgenommen werden. Von den kleineren Bundesstaaten ist es ja ohnehin bekannt, daß die Ministerien nicht in Widerspruch zu den Vorschlägen der Fakultäten zu treten wagen. Daher kann der Kathedersozialismus seine dominierende Stellung auf den deutschen Hochschulen ohne große Schwierigkeiten behaupten, nachdem einmal seit dem Anfang der 70er Jahre die Mehrzahl der volkswirtschaftlichen Lehrstühle mit Anhängern dieser Richtung besetzt worden ist. Auf die förmliche Invasion der volkswirtschaftlichen Lehrstühle durch kathedersozialistische Professoren, die sich damals vollzogen haben muß, weist in sehr bezeichnender Weise eine Äußerung des damaligen preußischen Kultusministers hin, die G. Cohn berichtet. (Vgl. den Aufsatz von G. Cohn in der Internationalen Wochenschrift für Wissenschaft, Kultur und Technik, 5. Jahrg., No. 20, S. 585.)

hinausläuft, wie wenn unter den Kathedersozialisten eine stillschweigende Verschwörung zur Fernhaltung der Nichtanhänger ihrer Richtung bestände, ähnlich wie Adam Smith es als den natürlichen Zustand der Dinge bezeichnet, daß die Unternehmer sich beständig in einer stillschweigenden, darum aber nicht weniger wirksamen Koalition zur Niedrighaltung der Löhne befinden.

Für das Gedeihen der Wissenschaft ist dieser Zustand, bei dem eine einzige, nur kleine Schattierungen aufweisende Richtung fast eine Monopolstellung einnimmt, aber unzweifelhaft nicht förderlich. Für den Fortschritt und die Freiheit der Wissenschaft ist immer am besten gesorgt, wenn mehrere durch wirkliche Gegensätze voneinander getrennte Schulen nebeneinander bestehen und miteinander ringen. Dann besteht die größte Gewähr, daß aus der Meinungen Streit schließlich siegreich die Wahrheit hervorgeht. Die Anhänger des Kathedersozialismus, so z. B. auch Cohn, möchten freilich gern glauben machen, daß auch unter den Anhängern dieser Richtung selbst starke Meinungsverschiedenheiten herrschten, Meinungsverschiedenheiten, die ebenso groß seien wie die zwischen Kathedersozialisten und Nichtkathedersozialisten. Und bei oberflächlicher Betrachtung der Verhältnisse scheint diese Auffassung auch zunächst mit den Tatsachen übereinzustimmen. Denn es hat in der Tat nicht an heftigen literarischen Fehden zwischen den Kathedersozialisten gefehlt, so z. B. über handelspolitische Fragen. Allein das hebt die Tatsache nicht auf, daß im Grunde die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Anhängern der herrschenden Richtung nur minimale sind, und daß insbesondere in den Fragen, die von dem Kathedersozialismus als die wichtigsten betrachtet werden, in den sozialpolitischen, eine sehr weitgehende Übereinstimmung der Ansichten und Forderungen besteht. Eine Richtung, die eine so mächtige Stellung einnimmt wie z. Z. der Kathedersozialismus in Deutschland, kann sich eben den Luxus gestatten, auch über relativ untergeordnete Fragen so heftig und leidenschaftlich zu diskutieren, wie wenn es sich um große grundsätzliche Fragen handelte. Sobald sich aber gegen die Grundlagen der kathedersozialistischen Lehren selbst und namentlich auch gegen die Berechtigung der politisierenden Methode Widerspruch erhob, da hörten bisher stets noch die Streitigkeiten im kathedersozialistischen Lager auf und die Reihen schlossen sich gegen den Gegner. Das hat Anfang der 90er Jahre J. Wolf erfahren und das hat sich neuerdings wieder beim Falle Ehrenberg gezeigt. Sie haben den Kampf ohne jeden Beistand führen müssen. Nur minder Kundige können sich durch die lite-

rarischen Fehden im kathedersozialistischen Lager darüber täuschen lassen, daß man es hier mit einer im wesentlichen geschlossenen Richtung mit stark politischem Einschlag zu tun hat, einer Richtung, die selbst als ihr Hauptmerkmal und als den Punkt, auf den sie das größte Gewicht legt, ihre prinzipielle Übereinstimmung in der Auffassung der Arbeiterfrage, also einer Frage überwiegend politischer Natur empfindet. Das ging z. B. aus der letzten Rede Adolf Wagners im Herrenhause (vom 7. April 1911) wieder deutlich hervor. Abweichungen in anderen wirtschaftlichen Fragen können verziehen werden, da ist die Stellungnahme freigegeben, aber wer in der Arbeiterfrage einen anderen Standpunkt als den kathedersozialistischen einzunehmen wagt, der wählt selbst seinen Platz außerhalb der herrschenden nationalökonomischen Richtung, der stellt sich in Gegensatz zu ihr, und in bezug auf den stellt sich auch sofort der Verdacht ein, wie man gerade aus der letzterwähnten Rede Wagners wieder erkennen kann, daß er irgendwie in Abhängigkeit von den Geldmächten unserer Zeit, vom mobilen Kapital sich befinde. Man ist auf kathedersozialistischer Seite offenbar so absolut unfähig, sich vorzustellen, daß jemand anders über die Arbeiterfrage denken könne als der Kathedersozialismus es tut und daß ein Nationalökonom prinzipiell darauf verzichten könne, soziale Reformen zugunsten der arbeitenden Klassen zu fordern, daß man ein solches Verhalten sich eben nur so zu erklären vermag, daß der Betreffende unter „kapitalistischen Einflüssen“ stehe. Darin offenbart sich zugleich die ganze Enge des kathedersozialistischen Horizonts.

Hierin liegt nun auch in der Gegenwart die eigentliche Gefahr für die Freiheit der nationalökonomischen Wissenschaft und ihre unabhängige Weiterentwicklung in Deutschland. Die Gefahr, daß die nationalökonomische Wissenschaft in Deutschland in Abhängigkeit von einzelnen privaten Interessentengruppen geraten könnte, ist, wenn auch die Kathedersozialisten mit Vorliebe dieses Gespenst an die Wand malen und insbesondere gegen die Errichtung von Hochschulen, die dem Staate in etwas größerer Unabhängigkeit gegenüberstehen, in dieser Beziehung offen oder versteckt Befürchtungen äußern ¹⁾, bei den Zuständen, die wir in Deutschland an den Hochschulen selbst sowie bei den Regierungen haben, nicht groß zu veranschlagen. Der wirklich bedrohte Punkt ist heute ein ganz anderer. Von diesem wirklich bedrohten Punkte

¹⁾ Die Unabhängigkeit vom Staate könnte ja nach den früher zitierten Mitteilungen Cohns auch eine Unabhängigkeit vom Kathedersozialismus bedeuten!

lenkt aber der Kathedersozialismus, der wie jede herrschende Schule ängstlich für die Aufrechterhaltung seiner heutigen Machtstellung besorgt ist, die öffentliche Aufmerksamkeit in sehr geschickter Weise ab, wenn er von Zeit zu Zeit zum Kampf für die Freiheit der Wissenschaft auf die Schanzen ruft¹⁾, ein Ruf, der bei dem großen Publikum seine Wirkung ja nie verfehlt.

Neben der grob materiellen Abhängigkeit der Wissenschaft von einzelnen Interessentenkreisen gibt es auch feinere, weniger leicht zu erkennende Arten der Unfreiheit der Wissenschaft. Und die Gefahr, daß diese feineren Arten der wissenschaftlichen Abhängigkeit, die sich aus der einseitigen Vorherrschaft einer von bestimmten politischen Anschauungen und sozialen Idealen ausgehenden Richtung ergeben, ihre verhängnisvollen Wirkungen auf die Entwicklung der Wissenschaft äußern und diese innerlich unfrei machen — was im Grunde viel schlimmer ist als eine leicht wieder zu lösende äußere Abhängigkeit —, diese Gefahr ist in Deutschland nach dem früher Bemerkten heute ohne Zweifel viel brennender als die Gefahr des direkten Abhängigwerdens der Wissenschaft von den Organisationen der Interessenten oder der politischen Parteien.

Endlich noch ein Wort darüber, wie sich die Stellung der Nationalökonomie im öffentlichen Leben unter der Herrschaft der politisierenden Methode gestaltet hat! Scheinbar hat ja die Wissenschaft seit dem Aufkommen der kathedersozialistischen Richtung an Einfluß und Ansehen gewonnen. Wie oft werden nicht heute in den Organen der Tagespresse Urteile akademischer Nationalökonomien als höchste Autoritäten angeführt, in denen die Richtigkeit irgendeiner wirtschaftspolitischen Bestrebung anerkannt oder auch irgendeine Maßnahme der Regierung als verfehlt und von der Wissenschaft abgelehnt bezeichnet wird. Das geht dann unter dem Stichwort: Ein Urteil der Wissenschaft über die Finanzreform oder über die Handelspolitik usw. durch große Teile der Presse. Wer darin schon einen wachsenden Einfluß der

¹⁾ Als vor einigen Jahren aus Mitteln der Carl Zeiß-Stiftung an der Universität Jena eine außerordentliche nationalökonomische Professur errichtet wurde, mit der insbesondere auch nach Wunsch der Stifterin ein Lehrauftrag für Sozialpolitik verbunden wurde, da ist übrigens meines Wissens von kathedersozialistischer Seite nicht das geringste Bedenken geäußert worden, daß hierdurch die Freiheit der Wissenschaft beeinträchtigt werden könnte, obwohl hier viel eher von einer Bindung der Wissenschaft — es handelt sich um einen Lehrstuhl für, nicht bloß über Sozialpolitik — gesprochen werden darf als in manchen von den Fällen, in denen der Kathedersozialismus es für nötig hielt, mit Leidenschaft für die Freiheit der Wissenschaft zu kämpfen.

Wissenschaft auf das Leben sieht, der sei aber an das Wort Manzoni's erinnert: „Es ist nicht zu sagen, wie groß die Autorität eines Gelehrten von Profession ist, wenn er den Anderen die Dinge beweisen will, von denen sie schon überzeugt sind.“ In der Tat ist es auch mit der Autorität der betreffenden Gelehrten schnell vorbei, sobald sie etwa ein Urteil abgeben, das den in der politischen Presse vertretenen Anschauungen nicht entspricht. Da hat die vorher so ehrfürchtig zitierte Autorität auf einmal alles Ansehen verloren und muß sich eine sehr wenig respektvolle Behandlung gefallen lassen. Für den Gelehrten freilich, der das Glück hat, in seinen wirtschaftspolitischen Urteilen mit einer politischen Parteirichtung gewöhnlich übereinzustimmen, führt die politisierende Methode zu dem angenehmen Zustand, daß ihm in der Presse, der er die wissenschaftliche Richtigkeit ihrer wirtschaftspolitischen Bestrebungen bescheinigt, dafür seine wissenschaftliche Bedeutung von Zeit zu Zeit neu attestiert wird.

Auf der anderen Seite hat die Herrschaft der politisierenden Methode der nationalökonomischen Wissenschaft auch sehr heftige Angriffe eingetragen. Und da die Mehrzahl der Kathedersozialisten nach ihrem eigenen Zeugnis bisher in der Weise politisiert hat, daß sie den arbeitenden Klassen zu Hilfe gekommen ist, so darf man sich nicht wundern, daß diese Angriffe vorwiegend aus Unternehmerkreisen stammten. Die Kathedersozialisten haben die Anklagen, die aus Unternehmerkreisen und in der diesen Schichten nahestehenden Presse gegen sie erhoben wurden, mit Vorliebe als Angriffe auf die Freiheit der Wissenschaft abgewehrt und sich selbst als frei von jeglicher Schuld und Fehle hingestellt. Wenn zwei so heftig und so oft miteinander in Streit geraten, dann pflegt aber gewöhnlich nicht alle Schuld bloß auf der einen Seite zu liegen, wie uns die Kathedersozialisten gern glauben machen wollen. Gewiß ist auch auf der anderen Seite oft gefehlt worden, vor allem im Ton, aber der Kathedersozialismus trägt ebenfalls einen großen Teil der Schuld an den vielfach unerquicklichen Auseinandersetzungen, die sicherlich nicht gerade zur Erhöhung des Ansehens der Wissenschaft beigetragen haben. Und zwar ist sein Grundfehler eben darin zu sehen, daß er die persönliche politische Stellungnahme der Vertreter der akademischen Wissenschaft für das Urteil der Wissenschaft selbst ausgab und für die Vertreter der Wissenschaft, obwohl sie in den wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen so entschieden Partei ergriffen, zugleich eine Stellung über den Parteien beanspruchte. Das Eintreten der Vertreter der Wissenschaft für die eine Partei sollte gleichsam als

ein Gottesurteil aufgefaßt werden. Die unparteiische Wissenschaft war es angeblich, welche der einen Partei recht gab. Man kann es den Unternehmern, gegen welche sich diese Stellungnahme der Wissenschaft kehrte, nicht verdenken, daß sie gegen solche Ansprüche der Wissenschaft Protest erhoben, wenn sie ihrem Protest meist auch nicht die rechte Begründung zu geben vermochten. Die Männer der Praxis fühlten gewissermaßen nur instinktiv, daß die Wissenschaft nicht das Recht haben könne, sich in dieser Weise in die politischen Kämpfe zu mischen und ihre Rolle dabei auch noch als die des unparteiischen, über den Parteien stehenden Dritten auszugeben. In der Tat hat ja auch nach unseren früheren Darlegungen eine Wissenschaft, die selbst bestimmte wirtschaftspolitische Ziele erreichen will und für sie Propaganda macht, den Anspruch verwirkt, als unparteiisch gelten zu können. Daß der Vertreter der Wissenschaft sich nicht direkt am politischen Parteitreiben beteiligt, daß er sich den Parteiorganisationen fernhält, das allein genügt nicht, um ihm schon eine Stellung über den Parteien zu verleihen. Cohn glaubt, mit der Erfüllung dieser sehr äußerlichen Bedingung sei schon genug getan, um die Unparteilichkeit der Wissenschaft zu wahren. „Für den Beruf der Männer unserer Wissenschaft, dem praktischen Wirtschaftsleben ein unparteiisches Gericht zu sein, ist es gewiß nicht wünschenswert, daß sie selber in das politische Parteiwesen hinabsteigen“, schreibt er. Das sind indessen Mauern von Pappe, die er damit zwischen der Wissenschaft und dem Parteitreiben aufrichtet. Diese Mauern werden niemals eine wirkliche Trennung zwischen Wissenschaft und Politik bewirken. Der Gelehrte, der bestimmte wirtschaftspolitische Ziele verfolgt, der etwas durchsetzen will im praktischen Leben, der treibt auch schon Politik und steht infolgedessen, da alle Politik ihrem Wesen nach Parteipolitik ist, auch nicht mehr über den Parteien, der hat vielmehr schon Partei ergriffen in seinem Herzen, auch wenn er sich keiner Parteiorganisation anschließt. Stellt er sich trotzdem als unparteiisch hin, so gleicht er dem Schiff, bei dem die neutrale Flagge Konterbande für den Feind deckt. Und die Vertreter der Praxis haben recht, wenn sie an die Unparteilichkeit der Vertreter der Wissenschaft nicht glauben, die so deutlich erkennen lassen, daß sie selbst ein bestimmtes wirtschaftspolitisches Programm besitzen, wenn sie in ihnen gleichsam Wölfe in Schafspelzen sehen.

Wahrhaft unparteiisch kann nur die Wissenschaft sein, die grundsätzlich darauf verzichtet, das Wollen der Parteien und der Regierungen zu beeinflussen und zu leiten, die sich vielmehr da-

mit begnügt, zu erkennen und zu verstehen. Nur dann, wenn der akademische Nationalökonom das Politisieren, wenigstens auf wirtschaftspolitischem Gebiete, grundsätzlich meidet, hat er auch etwas, was den Vertreter der Wissenschaft von allen, die sonst Nationalökonomie treiben, scharf scheidet, während heute dieser Unterschied völlig verschwindet. Dieser Verzicht des akademischen Nationalökonomens bedeutet nicht etwa eine Charakterlosigkeit; wenn irgendwo, so gilt vielmehr hier das Wort, daß erst in der Beschränkung der Meister sich zeigt. Eine nach diesen Grundsätzen betriebene Nationalökonomie wird auch in ganz anderem Maße versöhnend und beruhigend wirken als eine, die unter dem Deckmantel der Wissenschaft vielfach Politik treibt. Cohn beansprucht, wie gezeigt, für die Wissenschaft ein Richteramt in den wirtschaftlichen Kämpfen und begründet das damit, „daß es in unserer Gesellschaft oder gar in dem heutigen Zustande unserer Volkswirtschaft und unseres Staatslebens scharfe Gegensätze und Parteiungen gibt, zwischen denen zu vermitteln eine wünschenswerte und dringende Pflicht ist.“ Es will mir aber äußerst fraglich erscheinen, ob von den Nationalökonomern, die nach den Grundsätzen des Kathedersozialismus zu den sozialen Gegensätzen unserer Zeit Stellung genommen haben, wirklich eine beruhigende und versöhnende Wirkung ausgegangen ist. Ich fürchte vielmehr, sie haben durch den ewig und meist ohne jede Begründung erhobenen Vorwurf, daß alle die, die ihre Forderungen nicht billigten, im Dienste „egoistischer Geld- und Wirtschaftsinteressen“ ständen, vielfach nur Haß und Erbitterung gesät. Die Aufgabe aber, bei Arbeitskämpfen vermittelnd einzugreifen und auf das Zustandekommen von Kompromissen hinzuwirken — falls sich Cohns Worte etwa in erster Linie hierauf beziehen sollten —, können die Vertreter der akademischen Wissenschaft ruhig anderen Leuten, z. B. den städtischen oder staatlichen Verwaltungsbeamten oder anderen Personen von hervorragender Stellung im öffentlichen Leben überlassen, die hier, weil sie den Dingen näher stehen, wohl auch eher etwas ausrichten werden als Hochschulprofessoren.

Auf die Wissenschaft selbst hat das Eindringen der politisierenden Methode jedenfalls nicht beruhigend und versöhnend gewirkt. Im Gegenteil, die Erörterungen in ihr sind seitdem viel heftiger und leidenschaftlicher geworden. Die rein wissenschaftliche Diskussion wird unter der Herrschaft der politisierenden Methode unwillkürlich zur politischen Auseinandersetzung, und bei dieser Auseinandersetzung bedient man sich dann leicht aller der

zum Teil moralisch wenig schönen Mittel, die im politischen Kampf angewendet zu werden pflegen. Schon der Umfang, in dem heute gerade die Nationalökonomien in den Organen der Tagespresse das Wort ergreifen, muß bedenklich stimmen. Es ist eben alles darauf abgestellt, politische Wirkungen zu erzielen, eventuell auch mit dem Urteil über die Leistungen eines wissenschaftlichen Gegners. Wer rein wissenschaftliche Ideale im Busen trägt, der wird in diesem Zustand, in diesem fortwährenden Hinaustreten der Wissenschaft in den Lärm des Marktes nicht gerade einen Beweis besonderer Blüte der Wissenschaft erblicken.

Und wie die wissenschaftliche Diskussion durch die grundsätzlich unpolitische Behandlung der volkswirtschaftlichen Probleme nur gewinnen kann, so wird auch im öffentlichen Leben von einer Nationalökonomie, die von solchen Prinzipien sich leiten läßt, eine wirklich beruhigende und versöhnende Wirkung ausgehen. Die Wissenschaft hat keinen Anlaß, eine solche Wirkung direkt zu erstreben, sie wird aber, wenn sie der politisierenden Methode abschwört, ganz von selbst sich einstellen. Wodurch könnte wohl die Wissenschaft in höherem Grade beruhigend und auf die Schärfe der politischen und sozialen Kämpfe dämpfend wirken, als wenn sie ihre Aufgabe ausschließlich in der Untersuchung der Folgen der Maßregeln der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie in der Ableitung der wirtschaftspolitischen Urteile und Forderungen aus ihren obersten ethischen Prinzipien sieht? Denn damit lehrt sie die notwendige Bedingtheit aller politischen Urteile durch das Bekenntnis zu bestimmten, vom Willen der Einzelnen gewählten ethischen Idealen und Zielen der gesellschaftlichen Entwicklung erkennen und läßt uns so auch für die Haltung des Gegners ein besseres Verständnis gewinnen. Einer so betriebenen Wissenschaft muß auch ganz von selbst wieder eine Stellung über den politischen und wirtschaftlichen Parteien zufallen, wie sie unsere Wissenschaft heute — leider! — nicht besitzt. Wenn der akademische Nationalökonom seine Stellung zur praktischen Politik dem Verhältnis entsprechend gestaltet, in dem der technische Sachverständige zu dem erkennenden Gericht steht, der dem Richter zwar Unterlagen für sein Urteil liefert, aber das Urteil nicht selbst zu fällen hat, wenn er also nicht mehr erstrebt die Richtung der Wirtschaftspolitik von sich aus, aus angeblich wissenschaftlichen Gesichtspunkten bestimmen zu wollen, sondern sich damit begnügt, sich nur über die Mittel gutachtlich zu äußern, mit denen die von anderer Seite gesetzten wirtschaftlichen Zwecke am besten erreicht werden können, dann kann er das Vertrauen

aller Parteien, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, erlangen. Dann werden auch die heutigen für die Wissenschaft so unerfreulichen Angriffe in Presse und Parlament auf die Vertreter der Nationalökonomie an den Hochschulen aufhören, und die politischen Parteien werden ihre Versuche einstellen, auf die Besetzung der nationalökonomischen Professuren Einfluß zu erlangen, kurz, es wird in der Nationalökonomie der ruhige Zustand einziehen, wie er in anderen Wissenschaften herrscht. Erst durch das Vordringen der politisierenden Methode mit den Einseitigkeiten, zu denen sie notwendig führt, ist in den Parteien der Wunsch und das Interesse geweckt worden, mitzusprechen bei der Besetzung der nationalökonomischen Lehrstühle und eigene Kandidaten dafür zu präsentieren. Verzichtet der Hochschullehrer auf ein direktes Eingreifen in die politische Willensbildung, so hört auch das Mitsprechenwollen der wirtschaftlichen Interessentengruppen bei der Auswahl der nationalökonomischen Professoren von selbst wieder auf. Das Umsichgreifen der politisierenden Methode in der Wissenschaft ist es, was in letzter Linie alle diese unerfreulichen Erscheinungen hervorgerufen hat. Sie ist die Wurzel aller Übel in der heutigen deutschen Nationalökonomie. Mit der Abwehr der vorerwähnten Bestrebungen als unberechtigter Angriffe auf die Freiheit der Wissenschaft ist es daher allein nicht getan. Die Vertreter der Wissenschaft haben auch allen Anlaß, an die eigene Brust zu schlagen und das System aufzugeben, mit dem sie bisher gefehlt haben. An einer völlig unpolitischen Behandlung der Streitfragen der Wirtschaftspolitik durch die akademische Wissenschaft scheinen mir alle Parteien und Richtungen interessiert zu sein, auch diejenigen, die von dem heutigen Zustand zunächst Vorteil ziehen. Wenn die letzteren klug und weit-sichtig sind, dann werden sie einsehen, daß auch ihren Interessen, wie überhaupt denen der Praxis, mit einem nach den hier aufgestellten Forderungen sich richtenden Wissenschaftsbetrieb auf die Dauer am besten gedient ist.

Ruskin hat einmal die Nationalökonomie eine trostlose Wissenschaft genannt. An sich ist die Volkswirtschaftslehre nicht trostloser wie irgendeine andere Wissenschaft. Die Wahrheit auf irgendeinem Gebiete zu erkennen und zu suchen ist niemals trostlos, sondern hat, wenn es in ehrlichem Streben geschieht, etwas Erhebendes. In keinem Punkte trifft auf den Menschen so sehr das biblische Wort zu, daß auch wir göttlichen Geschlechts sind, als wenn wir in den Zusammenhang der Dinge Einsicht gewinnen. Aber trostlos scheint mir allerdings der heutige Zustand in der

Nationalökonomie zu sein, bei dem die Wissenschaft vielfach zur dienenden Magd der Politik geworden ist und ihre Autonomie eingebüßt hat. Und nicht eher wird die Nationalökonomie aufhören, eine trostlose Wissenschaft zu sein, als bis auch sie lernt, die Erkenntnis allein um der Erkenntnis willen zu suchen, wie das andere Wissenschaften tun. Das Streben nach Erkenntnis ist ein völlig selbständiger und anderen menschlichen Seelenkräften durchaus gleichberechtigter Bestandteil unserer Natur, der beanspruchen kann, frei von allen praktischen Zwecken sich zu betätigen.

Cohn macht den Gegnern der politisierenden Methode, wenn auch nur versteckt, den Vorwurf, sie riefen die Entscheidung der Männer der praktischen Geschäftswelt über eine Streitfrage der wissenschaftlichen Methode an und stellten dadurch die Wissenschaft bloß. Es fällt mir nicht ein, über die hier zur Erörterung stehenden methodischen Probleme etwa gerade in den industriellen Unternehmern besonders kompetente Beurteiler zu erblicken. Wohl aber meine ich, daß die Vertreter der anderen Wissenschaften berufen sind, bei der Beantwortung der hier aufgeworfenen methodologischen Fragen ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Sie sind ja an dem Streit selbst mit interessiert, da auch sie in gewissem Umfang unter den Angriffen auf die politisierenden Nationalökonomien zu leiden haben.

Sie mögen entscheiden, welche der beiden in der Nationalökonomie sich jetzt bekämpfenden Richtungen die höhere wissenschaftliche Auffassung vertritt. Man kann ja mit demselben Namen „Wissenschaft“ etwas sehr Verschiedenes bezeichnen, und um Worte soll hier nicht gestritten werden. Wenn z. B. Männer, die auf irgendeinem Gebiete praktisch tätig sind und bei ihrem Tun ein bestimmtes Ziel verfolgen, eine Stelle einrichten, in der ihre Erfahrungen gesammelt und verglichen und so der beste Weg zu ermitteln gesucht wird, der zu dem erstrebten Ziele, etwa zu der besten Technik auf irgendeinem Spezialgebiet, führt, so kann man das gewiß auch Wissenschaft nennen. Aber „voraussetzungslose Ursachenforschung“ ist es nicht. Denn die wissenschaftliche Tätigkeit ist hier nicht autonom, sie steht im Dienst eines ihr von außen vorgeschriebenen praktischen Zwecks. Zu einer ähnlichen Rolle wie in diesem Beispiele wird heute die Nationalökonomie verurteilt, wenn man ihr die Aufgabe zuweist, geeignete politische Beruhigungsmittel zur Milderung der sozialen Gegensätze ausfindig zu machen, wohl gar diese Mittel auch selbst zu handhaben, zum mindesten aber Predigten zum sozialen Frieden zu halten. Von dem Ideal einer voraussetzungslosen Ursachen-

forschung ist ein solcher Wissenschaftsbetrieb weit entfernt. Ich meine aber, wo dieses Ideal irgend erreichbar erscheint — und daß seine Verwirklichung auch in der praktischen Nationalökonomie sehr wohl möglich ist, habe ich in den beiden vorhergehenden Abschnitten dargelegt —, da muß es auch erstrebt werden. Und jede Richtung, die dieses Ideal nicht anerkennt, ist als ein Hindernis des wissenschaftlichen Fortschritts zu betrachten. Wenn Schmoller in seiner Rektoratsrede von 1897 ausführt, es hieße sich dem Fortschritt und der Entwicklung entgegenstemmen, wenn man absterbende, überlebte Richtungen und Methoden den höherstehenden und ausgebildeteren gleichstellen wollte, so ist das gewiß richtig; wenn er dann aber fortführt: „Weder strikte Smithianer noch strikte Marxianer können heute Anspruch darauf machen, für vollwertig gehalten zu werden“ so sind von dem hier vertretenen Standpunkte aus den Smithianern und den Marxianern auch noch die strikten Schmollerianer selbst, überhaupt die Anhänger der politisierenden Methode, anzureihen.

Vor allem möchte ich wünschen, daß man auf fachphilosophischer Seite sich mehr als bisher geschehen um die Streitfragen der nationalökonomischen Methode kümmere und insbesondere auch zu der Frage der wissenschaftlichen Berechtigung der politisierenden Methode Stellung nehme. Was der Nationalökonomie heute not tut, das scheint mir überhaupt in erster Linie eine stärkere Durchdringung mit philosophischem Geiste zu sein. Wenn es in der Nationalökonomie besser werden soll, so müssen, wie man in Anlehnung an das bekannte platonische Wort sagen kann, entweder die Philosophen Nationalökonomie zu treiben anfangen, oder die Nationalökonomien müssen lernen, an die Stelle der jetzigen, vielfach recht kleinlichen, politischen Gesichtspunkte eine mehr philosophisch-wissenschaftliche Denkweise zu setzen!

A. Deichert'sche Verlagsbuchh. Inh. Werner Scholl Leipzig.

Zeitschrift
für
Socialwissenschaft.

Begründet

von

Julius Wolf

fortgeführt

von

Dr. Ludwig Pohle,

Professor der Staatswissenschaften an der Frankfurter Akademie.

Neue Folge. II. Jahrgang.

Mit der Statistischen Übersicht über die
allgemeine Wirtschaftslage.

Preis pro Quartal M. 5.—.



A. Deichert'sche Verlagsbuchh. Inh. Werner Scholl, Leipzig.

Karl Georg Winkelblech (Karl Marlo).

Sein Leben und sein Werk

von

Dr. W. Ed. Biermann,
Professor an der Universität Leipzig.

Band I:

Leben und Wirken bis zum Jahre 1849.

Mit Bildnis und Faksimile Winkelblechs.

25 Bogen. Preis 7 Mk. 80 Pf.

Band II:

**Die deutsche Handwerker- und Arbeiterbewegung des
Jahres 1848.**

Winkelblechs Leben und Wirken bis zu seinem Tode 1865.

Mit Bildnis Winkelblechs.

32 $\frac{1}{2}$ Bogen. Preis: 10 Mk.

Anarchismus und Kommunismus.

Sechs Volkshochschulvorträge

von

Dr. W. Ed. Biermann,
Professor an der Universität Leipzig.

Preis: 2 Mk. 70 Pf., kart. 3 Mk

A. Deichert'sche Verlagsbuchh. Inh. Werner Scholl, Leipzig.

Finanzwissenschaft.

Von

Dr. Karl Theodor von Eheberg,
Professor der Staatswissenschaften in Erlangen.

==== Elfte verbesserte u. stark vermehrte Auflage. ====

Preis: 8 Mk. 80 Pf., geb. 10 Mk.

Die Jagd

in

volkswirtschaftlicher Beziehung.

Von

Dr. Karl Theodor von Eheberg,
Professor der Staatswissenschaften in Erlangen.

Preis: 1 Mark.

Der Einfluss des Bergbaus

auf die

erste Entwicklung der Forstwirtschaft in Deutschland.

Von

Dr. Clamor Neuburg.

Preis: 1 Mk. 20 Pf.

A. Deichert'sche Verlagsbuchh. Inh. Werner Scholl, Leipzig.

Das Weltwechselrecht.

Im Auftrage
der Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin

verfaßt von

Dr. Felix Meyer,
Kammergerichtsrat in Berlin.

I. Teil: **Die geltenden Wechselrechte in vergleichender Darstellung.**

M. 17.50, eleg. geb. M. 19.—. Register zu Teil I M. 3.—.

II. Teil: **Der Entwurf eines einheitlichen Wechselgesetzes nebst Begründung.**

M. 11.50, eleg. geb. M. 13.—.

Lehrbuch des gewerblichen Rechtsschutzes.

Von

Prof. Dr. A. Osterrieth,
Professor in Berlin.

Preis: 10 Mark, geb. 11 Mk. 25 Pf.

Die Reichsversicherungsordnung im Entwurf.

Ein Vortrag
gehalten im Hansabund zu Würzburg am 22. Juni 1910

von

Dr. Robert Piloty,
o. ö. Professor der Rechte zu Würzburg.

Preis: 70 Pf.

A. Deichert'sche Verlagsbuchh. Inh. Werner Scholl, Leipzig.

Einführung in die Rechtswissenschaft.

Von

Dr. J. Kohler,

Professor der Rechte in Berlin.

Dritte sehr veränderte und vermehrte Auflage.

Preis: 6 Mk., eleg. geb. 7 Mk.

Sammlung

zivilprozess- und konkursrechtlicher Aufgaben.

Zum akademischen Gebrauche

von

Dr. Paul Oertmann,

o. ö. Professor der Rechte in Erlangen.

2 Mk. 60 Pf., kart. 3 Mk.

Sammlung

handelsrechtlicher und wechselrechtlicher Fälle.

Zum akademischen Gebrauche

von

Dr. Emil Sehling,

o. Professor der Rechte in Erlangen.

——— **Dritte umgearbeitete Auflage.** ———

2 Mk. 10 Pf., kart. 2 Mk. 50 Pf.

A. Deichert'sche Verlagsbuchh. Inh. Werner Scholl, Leipzig.

Grundriss des Verwaltungsrechts

in Preussen und dem Deutschen Reiche.

Von

Conrad Bornhak.

Dritte Auflage.

4 Mark, eleg. geb. 4 Mark 80 Pf.

Grundriss des Deutschen Staatsrechts.

Von

Conrad Bornhak.

Zweite Auflage.

5 Mark, eleg. geb. 5 Mk. 80 Pf.

Sammlung von Fällen und Fragen

aus dem

österreichischen Verfassungs- und Verwaltungsrechte.

Für den akademischen Gebrauch bearbeitet

von

Dr. Franz Hauke,
Professor in Graz.

Preis: 2 Mk., geb. 2 Mk. 60 Pf.

Grundzüge

des

Deutschen Privatrechts.

Von

Dr. R. Hübner,
Professor der Rechte in Rostock.

Preis: 12 Mk. 50 Pf., geb. 14 Mk.

A. Deichert'sche Verlagsbuchh. Inh. Werner Scholl, Leipzig.

Ein
Landesgewerbeam t
für das
Königreich Sachsen.

Von
Dr. Wilhelm Stieda,
Professor der Nationalökonomie in Leipzig.

Preis: 60 Pf.

Tarifgemeinschaften,
ihre wirtschaftliche, sozialpolitische und juristische Bedeutung
mit besonderer Berücksichtigung des Arbeitgeberstandpunktes.

Von
Fritz Schmelzer.
Zweite, durchgesehene Auflage.

Preis: 2 Mk. 80 Pf.

Der
Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft.

Reformfragen und Bedenken

von
Dr. Stier-Somlo,
Professor in Bonn a. Rh.

Preis: 2 Mark.

A. Deichert'sche Verlagsbuchh. Inh. Werner Scholl, Leipzig.

Wirtschafts- und Verwaltungsstudien mit besonderer Berücksichtigung Bayerns.

Herausgegeben von Professor Dr. Georg Schanz in Würzburg.

- I. Bd.: Schanz, Prof. Dr. G., **Zur Geschichte der Kolonisation und Industrie in Franken.** (XVIII u. 426 S. Text u. 354 S. Urkunden). 12 Mk.
- II. Bd.: Hoffmann, Dr. L., **Ökonomische Geschichte Bayerns unter Graf Montgelas.** 2 Mk.
- III. Bd.: Zöpfl, Dr. G., **Fränkische Handelspolitik im Zeitalter der Aufklärung.** Ein Beitrag zur deutschen Staats- und Wirtschafts-Geschichte. Mit 2 Karten. 5 Mk.
- IV. Bd.: Köberlin, Dr. A., **Der Obermain als Handelsstrasse im späteren Mittelalter.** 1 Mk. 80 Pf.
- V. Bd.: Mayer, Dr. Wilh., **Anerben- und Teilungssystem** dargelegt an den zwei pfälzischen Gemeinden Gerhardsbrunn und Martinshöhe. Mit 3 Karten. 2 Mk.
- VI. Bd.: Schachner, Dr. Robert, **Das bayr. Sparkassenwesen.** Mit 1 Tab. 3 Mk.
- VII. Bd.: Lindner, Dr. Friedr., **Die unehelichen Geburten als Sozialphänomen.** Ein Beitrag zur Statistik der Bevölkerungsbewegung im Königreich Bayern. Mit 2 Karten. 4 Mk. 80 Pf.
- VIII. Bd.: Kmietek, Dr. Bruno, **Siedelung und Waldwirtschaft im Salzforst.** Ein Beitrag zur deutschen Wirtschaftsgeschichte. Mit einer Karte des Salzforstgebiets. 3 Mk. 60 Pf.
- IX. Bd.: Heil, Dr. K., **Die Reichsbank und die bayrische Notenbank** in ihrer gegenseitigen Entwicklung in Bayern 1876—1899. Mit 1 Karte. 1 Mk. 60 Pf.
- X. Bd.: Müller, Dr. Friedrich, **Die geschichtliche Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Deutschland von 1848/49 bis zur Gegenwart.** 10 Mk.
- XI. Bd.: Lohmann, Dr. Fr., **Die Entwicklung der Lokalbahnen in Bayern.** 6 Mk. 50 Pf.
- XII. Bd.: Maier, Dr. A. K., **Der Verband der Glacéhandschuhmacher und verwandten Arbeiter Deutschlands. 1869—1900.** 8 Mk.
- XIII. Bd.: Rustmann, Dr. O., **Zur Frage der Mobiliar-Feuerversicherung im Königreiche Bayern.** 1 Mk. 50 Pf.
- XIV. Bd.: Heubach, Dr. E., **Die zukünftige Verkehrsentwicklung auf dem regulierten Main mit besonderer Berücksichtigung der Stadt Würzburg.** 1 Mk. 80 Pf.
- XV. Bd.: Weyermann, Dr. M. R., **Das Verlagssystem der Lauschaer Glaswaren-Industrie und seine Reformierung.** 3 Mk. 50 Pf.
- XVI. Bd.: Hartung, Gottfried, **Die bayerischen Landstrassen, ihre Entwicklung im XIX. Jahrhundert und ihre Zukunft.** Eine historisch-kritische Studie aus dem Gebiete der bayerischen Verkehrspolitik. 2 Mk.
- XVII. Bd.: Hübschmann, Dr. Arthur, **Die obligatorische Mobiliarbrandversicherung in der Schweiz.** 2 Mk. 40 Pf.
- XVIII. Bd.: Limburg, Dr. Herm., **Die kgl. bayer. Bank von Nürnberg in ihrer Entwicklung seit ihrer Gründung. 1780—1900.** 4 Mk. 25 Pf.

A. Deichert'sche Verlagsbuchh. Inh. Werner Scholl, Leipzig.

- XIX. Bd.: Habersbrunner, Dr. Franz Xaver, **Die Lohn-, Arbeits- und Organisationsverhältnisse im deutschen Baugewerbe.** 5 Mk. 25 Pf.
- XX. Bd.: Herzfelder, Dr. E., **Das Problem der Kreditversicherung** mit besonderer Berücksichtigung der berufsmäßigen Auskunftserteilung und des außergerichtlichen Vergleichs. 4 Mk. 80 Pf.
- XXI. Bd.: Pernwerth von Bärnstein, Dr. Fr., **Die Dampfschiffahrt auf dem Bodensee** und ihre geschichtl. Entwicklung während ihrer ersten Hauptperiode (1824—1847). Unter Benutzung amtlicher Quellen. (XIV u. 241 S.) 5 Mk. 40 Pf.
- XXII. Bd.: Pernwerth von Bärnstein, Dr. Fr., **Die Dampfschiffahrt auf dem Bodensee und ihre geschichtliche Entwicklung im Zusammenwirken mit den Eisenbahnen während der zweiten Hauptperiode (1847-1900).** Mit 1 Karte. Unter Benutzung amtlicher Quellen. (XV u. 302 S.) 1906. 6 Mark 80 Pf.
- XXIII. Bd.: Steinert, Valentin, **Zur Frage der Naturalteilung.** Eine Untersuchung über die bäuerlichen Verhältnisse. (VIII u. 66 S.) 1 M. 50 Pf.
- XXIV. Bd.: Kambe, Masao, **Der russisch-japanische Krieg und die japanische Volkswirtschaft.** (VII u. 75 S.) 1 Mk. 80 Pf.
- XXV. Bd.: Mehler, Dr. Siegfried, **Die Volksversicherung in der Schweiz.** (VIII u. 123 S.) 2 Mk. 50 Pf.
- XXVI. Bd.: Jenne, Dr. Heinrich, **Das landwirtschaftliche Unterrichtswesen in Bayern.** (X. u. 286 S.) 5 Mk. 50 Pf.
- XXVII. Bd.: Endrucks, Dr. Bernh., **Die Besteuerung des Wandergewerbes in den deutschen Bundesstaaten.** (XII u. 146 S.) 3 Mk.
- XXVIII. Bd.: Born, Dr. Erich, **Die finanzielle Heranziehung der Zentralbanken durch den Staat Europa.** 2 Mk. 20 Pf.
- XXIX. Bd.: Zöllner, Dr. August, **Eisenindustrie und Stahlwerksverband.** Eine wirtschaftspolitische Studie zur Kartellfrage. 4 Mk. 80 Pf.
- XXX. Bd.: Spenkuch, Dr. Georg, **Zur Geschichte der Münchener Börse.** 3 Mk.
- XXXI. Bd.: Bing, Dr. Siegfried, **Die Entwicklung des Nürnberger Stadthaushalts von 1806—1906.** 4 Mk.
- XXXII. Bd.: Eitler, Dr. Ewald, **Das ärarialische Weingut in Unterfranken 1805—1905.** 4 Mk.
- XXXIII. Bd.: v. Stieda, Dr. Eugen, **Das livländische Bankwesen in Vergangenheit und Gegenwart.** 11 Mk.
- XXXIV. Bd.: v. Kühlmann, Dr. C., **Der Terminhandel in der nordamerikanischen Baumwolle.** 2 Mk. 40 Pf.
- XXXV. Bd.: Fürst zu Oettingen-Spielberg, Dr. Moritz, **Der bayrische Holzhandel.** 7½ Bogen. Mit 3 Tafeln. 3 Mk. 25 Pf.
- XXXVI. Bd.: Vanselow, Dr. Karl, **Die ökonomische Entwicklung der bayrischen Spessartstaatswäldungen 1814—1905.** 14 Bogen. Mit 1 Karte und 4 Tafeln. 7 Mk.
- XXXVII. Bd.: May, Dr. Paul, **Die bayrische Zementindustrie.** 2 Mk. 40 Pf.
- XXXVIII. Bd.: Röper, Dr. August, **Das Unterseekabel.** Mit 1 Karte. 6 Mk.
- XXXIX. Bd.: Frankenberg, Dr. H., **Die gemischten und reinen Hypothekenbanken in Deutschland.** 2 Mk. 80 Pf.
- XL. Bd.: Maiholzer, Cl., **Die Rentabilität der bayerischen Staatseisenbahnen.** 2 Mk. 80 Pf.

A. Deichert'sche Verlagsbuchh. Inh. Werner Scholl, Leipzig.

Nationalökonomie als exakte Wissenschaft.

Ein Grundriß

von

Dr. Julius Wolf,

ord. Professor der Staatswissenschaften in Berlin.

Preis: 4 Mark, in Ganzleinen geb. 5 Mark.

Man ersieht, daß der Autor sich das höchste Ziel gesteckt hat, das ein nationalökonomischer Autor sich vor Augen stellen kann, ein geschlossenes System nach selbständiger Methode. . . . Gewiß ist, daß kein Leser ohne reichen geistigen Gewinn von den scharfsinnigen Erörterungen des Buches scheiden wird. (Aug. Oncken in Deutsche Literatur-Ztg.)

Professor Wolf ist in hohem Grade ein analytischer Kopf, am stärksten dort, wo es sich darum handelt, verwickelte Probleme in ihre Elementarteile aufzulösen. . . . Eine exakte Nationalökonomie hat es in erster Linie und grundsätzlich mit wirtschaftlichen Kräften und Hemmungen und ihren Wirkungsfähigkeiten zu tun. Nicht durchgängig ist dies Prinzip im vorliegenden Buch festgehalten. . . . Aber im allgemeinen rechtfertigt es seinen Titel dadurch, daß bei jeder Kategorie auf die Grundelemente und ihre Funktionen zurückgegangen wird. . . . Den Studierenden wird es von großem Nutzen sein können.

(Ed. Bernstein im Archiv für Sozialwissenschaft u. Sozialpolitik.)

Wolfs Darlegungen zeigen den Gelehrten, dem die Praxis des wirtschaftlichen und technischen Lebens in unserer gesamten Wirtschaft nicht fremd ist, der vielmehr seine Probleme von der tatsächlichen Grundlage der praktischen Erfahrungen ausgehend gestaltet.

(W. Beumer in Stahl und Eisen.)

Auch ist in dem Buche eine erdrückende Fülle von Stoff enthalten.
(Germania.)

Was ein Mann wie Wolf zu sagen hat, hat Anspruch auf Beachtung.
(Kölnische Zeitung.)

Vorschläge

zur

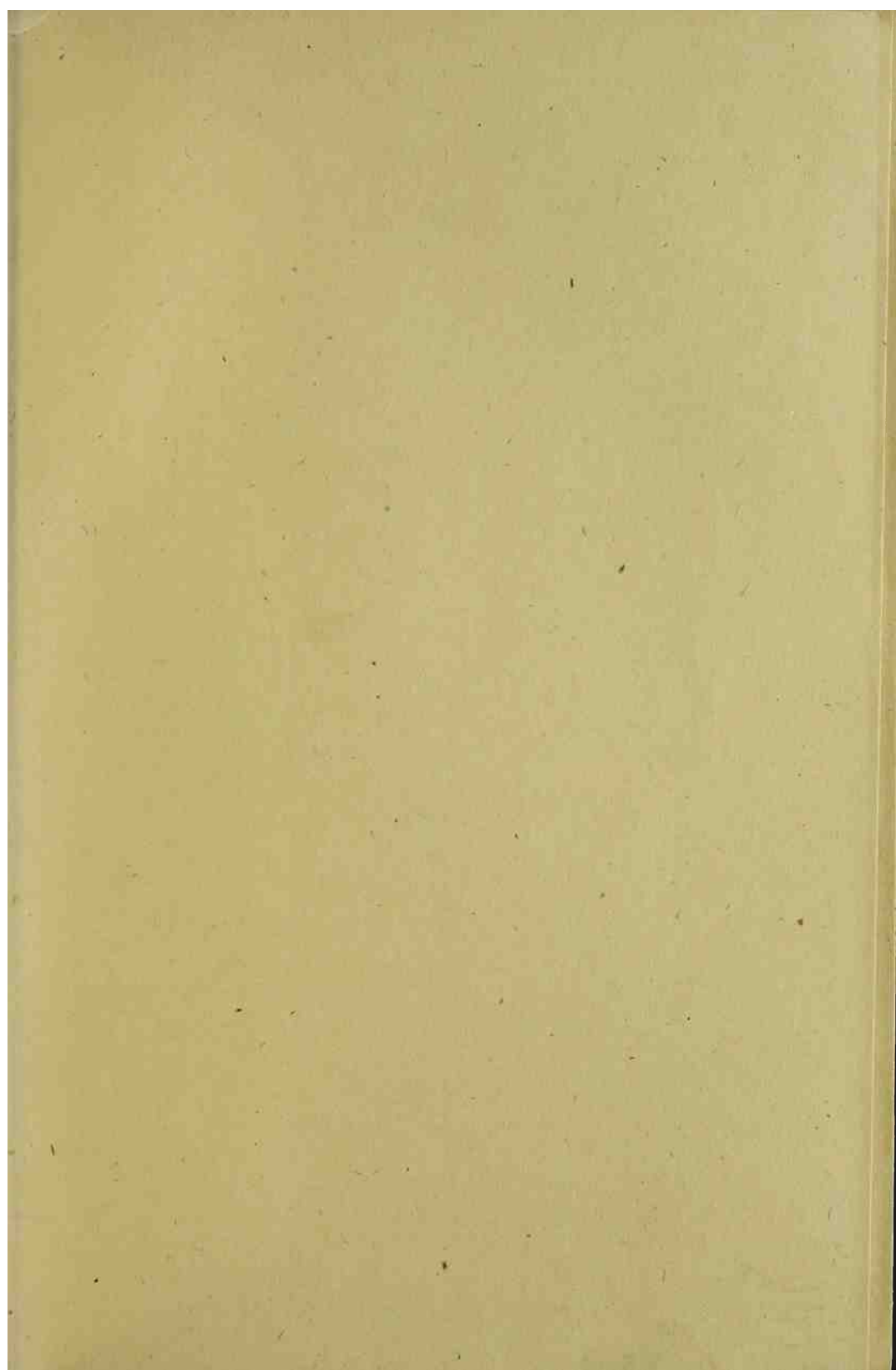
Hebung der Kurse der deutschen Staatsanleihen.

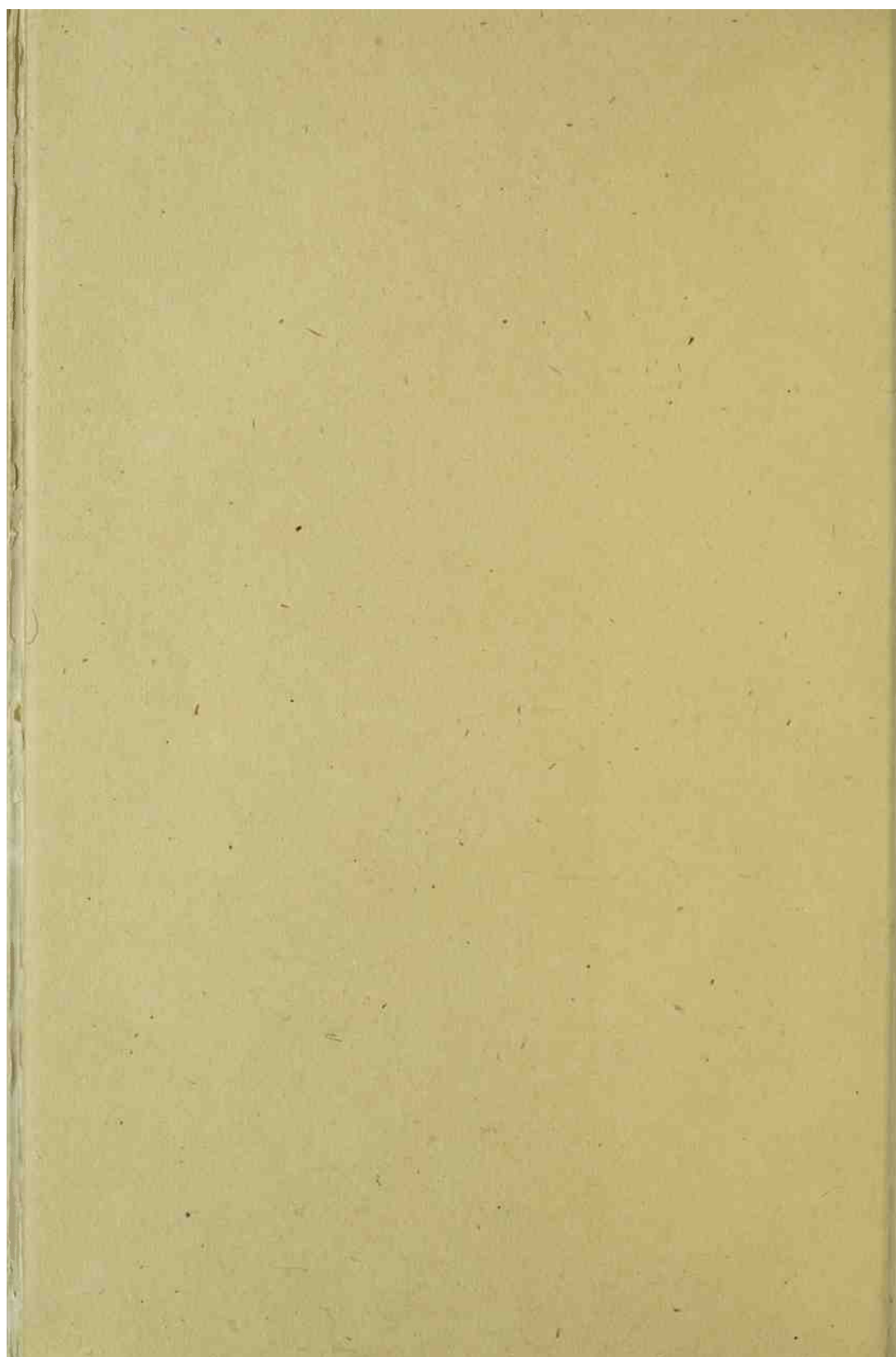
Von

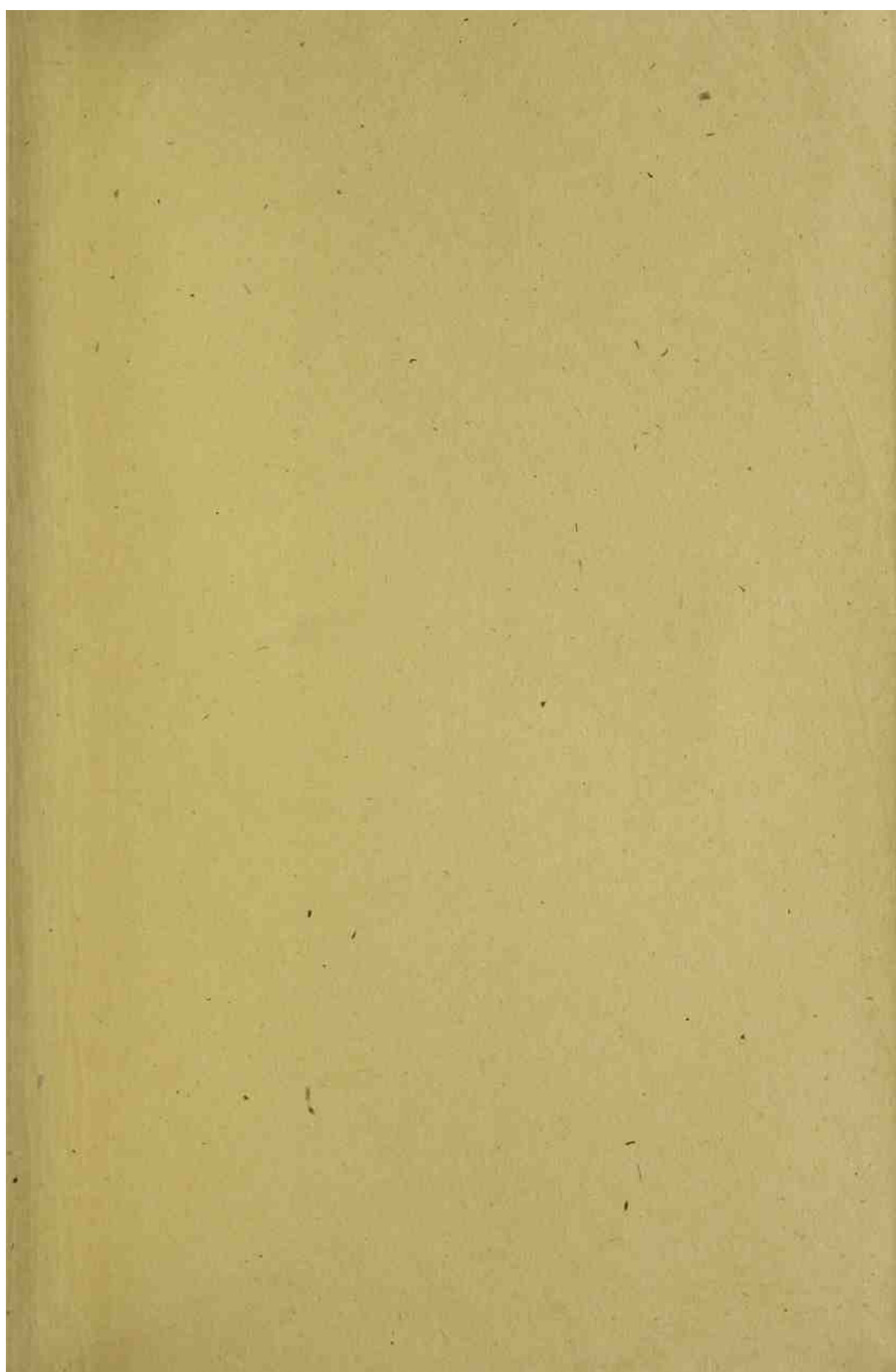
Dr. Julius Wolf,

Professor der Nationalökonomie an der Universität Berlin, Geheimer Regierungsrat.

Preis: 70 Pf.







A. Deichert'sche Verlagsbuchh. Inh. Werner Scholl, Leipzig

Das
Hypothekbankgesetz

vom 13. Juli 1899

herausgegeben
mit kurzen erläuternden Anmerkungen und einem Anhang:

Das Recht der Hypothekpfandbriefe

von

Dr. jur. Joseph Löhr,

Direktor der Bayerischen Handelsbank in München.

2 Mk. 50 Pf., geb. 3 Mk.

**Die volkswirtschaftliche Bedeutung
der Hypothekbanken**

von

Dr. jur. Joseph Löhr,

Direktor der Bayerischen Handelsbank in München.

Preis: 1 Mark.

Das Reichsgesetz
über die
privaten Versicherungsunternehmen

vom 12. Mai 1901.

Mit Einleitung, Erläuterungen und Sachregister, sowie den
einschlägigen Vollzugsinstruktionen

herausgegeben von

Dr. Karl Deybeck,

kgf. Regierungsrat im kgf. bayr. Staatsministerium der Finanzen.

2 Mk. 80 Pf., geb. 3 Mk. 30 Pf.

G. Pätz'sche Buchdr. Lippert & Co. G. m. b. H., Naumburg a. d. S.